

III-60 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Republik Österreich

BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS

FÜR DAS JAHR

1999

Band 1

Bericht zum Bundesrechnungsabschluss

Verfasst vom Rechnungshof



WIEN 2000
PRINT MEDIA AUSTRIA AG

Bundesrechnungsabschluss 1999

Kapitelmäßige Gliederung der Voranschlagsvergleichsrechnung

Kapitel

- 01 Präsidentschaftskanzlei
- 02 Bundesgesetzgebung
- 03 Verfassungsgerichtshof
- 04 Verwaltungsgerichtshof
- 05 Volksanwaltschaft
- 06 Rechnungshof
- 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen
- 11 Inneres
- 12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
- 13 Kunst
- 14 Wissenschaft und Forschung
- 15 Soziales
- 16 Sozialversicherung
- 17 Gesundheit
- 18 Umwelt
- 19 Jugend und Familie
- 20 Äußeres
- 30 Justiz
- 40 Militärische Angelegenheiten
- 50 Finanzverwaltung
- 51 Kassenverwaltung
- 52 Öffentliche Abgaben
- 53 Finanzausgleich
- 54 Bundesvermögen
- 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)
- 56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen
- 58 Finanzschuld, Währungstauschverträge
- 60 Land- und Forstwirtschaft
- 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr
- 64 Bauten und Technik
- 65 Verkehr und Telekom
- 71 Bundestheater

**Auszug aus dem
Verzeichnis der Abkürzungen**

AB	Aufgabenbereich
ADV	Automationsunterstützte Datenverarbeitung
BFG	Bundesfinanzgesetz
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BHV	Bundeshaushaltsverordnung
BAK	Bundeskanzleramt
BM	Bundesministerium
BMA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMAGS ..	Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLF	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMUJF ...	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
BMUK	Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
BMwA	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
BMWV	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr
BRA	Bundesrechnungsabschluss
BVA	Bundesvoranschlag
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
D	Darlehen
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
GG	Gehaltsgesetz
GOG	Geschäftsordnungsgesetz
H	Haben (vor Beträgen in Tabellen)
Kap	Kapitel
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖPSK	Österreichische Postsparkasse AG
PG	Pensionsgesetz
PTA	Post und Telekom Austria AG
RGV	Reisegebührevorschrift
RH	Rechnungshof
RHG	Rechnungshofgesetz
RLV	Rechnungslegungsverordnung
S	Schilling
	Soll (vor Beträgen in Tabellen)
VA	Voranschlag
VAP	Voranschlagspost
ZEDVA ...	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
zw	zweckgebunden

Republik Österreich

BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS

FÜR DAS JAHR

1999

Band 1

Bericht zum Bundesrechnungsabschluss

Wien, im September 2000

Der Präsident des Rechnungshofes:

Fiedler

Gesamtinhaltsverzeichnis

Band 1: Bericht zum Bundesrechnungsabschluss 1999

		Seite
1.	Allgemeine Bemerkungen	
1.1	Rechtliche Grundlagen	11
1.2	Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen	11
1.3	Kontinuität der Rechnungsabschlüsse	11
1.4	Statistische Daten	11
1.5	Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen	12
2.	Gesamtwirtschaft und Finanzwirtschaft des Bundes	
2.1	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen	14
2.2	Brutto-Inlandsprodukt und Nationaleinkommen	16
2.3	Fiskalische Gesamtbelastung	20
2.4	Bundeshaushalt und finanzpolitische Schlussfolgerungen	22
3.	Gesamtergebnis der Haushaltsführung des Bundes	
3.1	Rechtliche Grundlagen der Gebarung	29
3.2	Allgemeiner Haushalt und Ausgleichshaushalt	29
3.3	Darstellung der Ergebnisse	30
3.4	Gebarungsergebnisse	30
3.5	Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen	42
3.6	Vorbelastungen und Vorberechtigungen (einschließlich offen gebliebener Stände des Finanzjahres 1999)	44
3.7	Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben	48
3.8	Haushaltsrücklagen	50
3.9	Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur EU	50
4.	Bericht zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
4.1	Allgemeine Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen des Gesamthaushalts	52
4.2	Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben	55
4.3	Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen	131

		(Ausgaben/Einnahmen)
Kapitel		
01	Präsidentenkanzlei	55/ -
02	Bundesgesetzgebung	55/131
03	Verfassungsgerichtshof	- / -
04	Verwaltungsgerichtshof	56/ -
05	Volksanwaltschaft	- / -
06	Rechnungshof	56/ -
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	56/131
11	Inneres	60/132
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	65/133
13	Kunst	71/135
14	Wissenschaft und Forschung	72/135
15	Soziales	79/136
16	Sozialversicherung	84/137
17	Gesundheit	86/138
18	Umwelt	87/139
19	Jugend und Familie	88/139
20	Äußeres	90/140
30	Justiz	92/140
40	Militärische Angelegenheiten	95/141

	Seite
50 Finanzverwaltung	96/142
51 Kassenverwaltung	99/144
52 Öffentliche Abgaben	101/146
53 Finanzausgleich	101/150
54 Bundesvermögen	103/150
55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)	104/153
56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	106/154
58 Finanzschuld, Währungstauschverträge	108/157
60 Land- und Forstwirtschaft	111/159
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	119/161
64 Bauten und Technik	121/162
65 Verkehr und Telekom	127/165
71 Bundestheater	130/166
5. Bericht zur Jahresbestandsrechnung	
5.1 Darstellung des Vermögens und der Schulden	166
5.2 Darstellung des Kapitalausgleichs	166
5.3 Gesamtstand des Vermögens	167
5.4 Gesamtstand der Schulden	167
5.5 Rücklagen	167
5.6 Bundesbetrieb und betriebsähnliche Einrichtungen	168
5.7 Erläuterungen zur Jahresbestandsrechnung über Veränderungen des Vermögens und der Schulden des Bundes gegenüber dem Vorjahr	169
6. Bericht zur Jahreserfolgsrechnung	
6.1 Darstellung der Aufwendungen und Erträge	175
6.2 Erläuterungen zur Jahreserfolgsrechnung über Veränderungen der Aufwendungen und Erträge des Bundes gegenüber dem Vorjahr	176
7. Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschulden	
7.1 Allgemeines	183
7.2 Ausgleichshaushalt	183
7.3 Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen	186
7.4 Entwicklung und Stand der Finanzschulden und Währungstauschverträge	187
7.5 Rechtsträgerfinanzierung	191
7.6 Entwicklung und Stand der Bundesschulden 1990–1999	192
8. Bericht zu den Bundeshaftungen	
8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen	193
8.2 Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen	194
9. Bericht zu den Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger	
9.1 Allgemeines	194
9.2 Ausstehende Fondsabschlüsse	195
9.3 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds	195
9.4 Reservefonds für Familienbeihilfen	195
9.5 Erstmals veröffentlichte Jahresabschlüsse	195
9.6 Nachträglich veröffentlichte Fondsabschlüsse	195
9.7 Agrarmarkt Austria (AMA)	196
Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	197
Verzeichnis der Abkürzungen	198

Band 2: Abschlußrechnungen und Übersichten zum Bundesrechnungsabschluss 1999

	Seite
A	Voranschlagswirksame Verrechnung
1.	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages 1999
A.1.1	Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung 9
A.1.2	Zusammenfassung der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln 10
A.1.3	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages 12
	(Ausgaben/Einnahmen)
Kapitel	
01	Präsidentschaftskanzlei 12/ 78
02	Bundesgesetzgebung 13/ 79
03	Verfassungsgerichtshof 14/ 80
04	Verwaltungsgerichtshof 15/ 81
05	Volksanwaltschaft 16/ 82
06	Rechnungshof 17/ 83
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen 18/ 84
11	Inneres 22/ 87
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten 25/ 89
13	Kunst 32/ 94
14	Wissenschaft und Forschung 34/ 95
15	Soziales 37/ 97
16	Sozialversicherung 41/ 99
17	Gesundheit 42/100
18	Umwelt 44/101
19	Jugend und Familie 45/102
20	Äußeres 46/103
30	Justiz 48/104
40	Militärische Angelegenheiten 49/105
50	Finanzverwaltung 50/106
51	Kassenverwaltung 53/108
52	Öffentliche Abgaben 55/109
53	Finanzausgleich 56/111
54	Bundesvermögen 57/112
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung) 59/115
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen 60/116
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge 62/118
60	Land- und Forstwirtschaft 64/120
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr 69/124
64	Bauten und Technik 71/126
65	Verkehr und Telekom 75/129
71	Bundestheater 77/130
2.	Gesamtübersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung
A.2.1.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben 132
A.2.1.2	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach Personal- und Sachausgaben 133
A.2.1.3	Gesamtübersicht über die Sachausgaben getrennt nach erfolgswirksamen Ausgaben und bestandswirksamen Ausgaben 134
A.2.1.4	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) getrennt nach Gebarunggruppen 135
A.2.2.1	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach erfolgswirksamen Einnahmen und bestandswirksamen Einnahmen 136
A.2.2.2	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach zweckgebundenen Einnahmen und sonstigen Einnahmen 137

	Seite
A.2.3.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben und Einnahmen (Zahlungen) gegliedert nach Aufgabenbereichen 138
A.2.3.2	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) gegliedert nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen 139
3.	Übersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung
A.3.1.1	Übersicht über die Verpflichtungen 140
A.3.1.2	Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren . 141
A.3.2.1	Übersicht über die Schulden 142
A.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden getrennt nach Finanzjahren 143
A.3.3.1	Übersicht über die Berechtigungen 144
A.3.3.2	Übersicht über die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren 145
A.3.4.1	Übersicht über die Forderungen 146
A.3.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen getrennt nach Finanzjahren 147
4.	Nachweise über die abgesetzten Zahlungen und die Abschreibungen von Forderungen
A.4.1.1	Nachweis über die von den Ausgaben abgesetzten Zahlungen 148
A.4.1.2	Nachweis über die von den Einnahmen abgesetzten Zahlungen 149
A.4.2	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen 150
5.	Nachweise über die Haushaltsrücklagen
A.5.1	Nachweis über die Gebarung aus zweckgebundenen Einnahmen 151
A.5.2	Nachweis über die allgemeinen Rücklagen 173
A.5.3	Nachweis über die besonderen Rücklagen 180
A.5.4	Nachweis über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU) 183
A.5.5	Nachweis über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen 184
A.5.6	Nachweis über die Ausgleichsrücklage 192
B	Bestands- und Erfolgsverrechnung
1.	Bestandsverrechnung
B.1	Jahresbestandsrechnung des Bundes 1999 193
2.	Gesamtübersichten zur Jahresbestandsrechnung
B.2.1	Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes nach Vermögensarten 194
B.2.2	Gesamtübersicht über die Schulden des Bundes nach Schuldarten 198
3.	Übersichten zur Jahresbestandsrechnung
B.3.1	Übersicht über das unbewegliche (einschließlich in Bau befindliche) Anlagevermögen 200
B.3.2	Übersicht über die Beteiligungen des Bundes 202
B.3.3.1	Übersicht über die Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen 207
B.3.3.2	Übersicht über die allgemeinen Rücklagen 209
B.3.3.3	Übersicht über die besonderen Rücklagen 212
B.3.3.4	Übersicht über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU) 213
B.3.3.5	Übersicht über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen 214
B.3.3.6	Übersicht über die Ausgleichsrücklage 216
4.	Erfolgsverrechnung
B.4	Jahreserfolgsrechnung des Bundes 1999 217
5.	Gesamtübersichten zur Jahreserfolgsrechnung
B.5.1	Gesamtübersicht über die Aufwendungen des Bundes nach Aufwandsarten 218
B.5.2	Gesamtübersicht über die Erträge des Bundes nach Ertragsarten 220
6.	Abschlussrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen und des Bundesbetriebs
6.1	Betriebsähnliche Einrichtungen
B.6.1.1	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig 223
B.6.1.2	Bundesbaudirektion für Wien, NÖ u Bgld – Wien 224
6.2	Bundesbetrieb
B.6.2	Österreichischer Bundestheaterverband 226

	Seite
C	Finanzierung des Bundeshaushalts; Bundeshaftungen
C.1.1	Kapitel 51, 56 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichsrechnung) 228
C.1.2	Kapitel 51, 56 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen) 229
C.1.3	Kapitel 51, 56 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen) in künftigen Jahren 230
C.2.1	Kapitel 51, 54, 56 und 58 – Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt 231
C.2.2	Kapitel 51, 54, 56 und 58 – Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt 237
C.3.1.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Finanzschulden getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 243
C.3.1.2	Übersicht über die nichtfälligen Finanzschulden (Tilgung) getrennt nach Finanz- jahren – Kapitel 58 244
C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungs- tauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 245
C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 245
C.3.3.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungs- tauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 246
C.3.3.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 246
C.3.4.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Rechtsträgerschulden getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 56 247
C.3.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Rechtsträgerschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 56 248
C.3.5.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 56 249
C.3.5.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 56 249
C.3.6.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungs- tauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 56 250
C.3.6.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 56 250
C.3.7.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungs- tauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 56 251
C.3.7.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 56 251
C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts 252
C.5.1	Nachweis über Konversionen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen 262
C.5.2	Nachweis über Aufnahmen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen gemäß § 65b Abs 3 Z 1 lit c BHG 265
C.5.3	Nachweis über Aufnahmen von Rechtsträgerschulden gemäß § 65b Abs 3 Z 1 lit c BHG 267
C.6.1	Übersicht über die Finanzschulden – Kapitel 58 268
C.6.2	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58 280
C.6.3	Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58 282
C.6.4	Übersicht über die Finanzschulden – Kapitel 56 284
C.6.5	Übersicht über die Forderungen an Rechtsträger – Kapitel 56 286
C.6.6	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen – Kapitel 56 287
C.6.7	Übersicht über die Forderungen an Währungstauschverträgen – Kapitel 56 289
C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld im Jahr 1999 – Kapitel 58 292
C.7.1.2	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in fremder Währung im Jahr 1999 – Kapitel 58 294
C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1999 – Kapitel 58 298
C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 1999 – Kapitel 58 302
C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 1999 – Kapitel 58 304

	Seite
C.7.2.3 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1999 – Kapitel 58	306
C.7.3.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 1999 – Kapitel 58	308
C.7.3.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 1999 – Kapitel 58	310
C.7.3.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1999 – Kapitel 58	314
C.7.4.1 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld im Jahr 1999 – Kapitel 56	318
C.7.4.2 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld im fremder Währung im Jahr 1999 – Kapitel 56	320
C.7.4.3 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld in der jeweiligen Währung im Jahr 1999 – Kapitel 56	322
C.7.5.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger im Jahr 1999 – Kapitel 56	324
C.7.5.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in fremder Währung im Jahr 1999 – Kapitel 56	326
C.7.5.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1999 – Kapitel 56	328
C.7.6.1 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 1999 – Kapitel 56	330
C.7.6.2 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 1999 – Kapitel 56	332
C.7.6.3 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Währung im Jahr 1999 – Kapitel 56	334
C.7.7.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 1999 – Kapitel 56	336
C.7.7.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 1999 – Kapitel 56	338
C.7.7.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Währung im Jahr 1999 – Kapitel 56	340
C.8.1 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen im Jahr 1999	342
C.8.2.1 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in heimischer Währung im Jahr 1999	343
C.8.2.2 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 1999	344
C.8.2.3 Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen aufgegliederten Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 1999	345
C.8.2.4 Übersicht über die Entwicklung der in Fremdwährungen zusammengefassten Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 1999	346
C.8.3 Nachweis der Bundeshaftungen	347
D Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger (wenn nicht anders vermerkt, für das Jahr 1999)	
1. Parlamentsdirektion	
D.1.1 Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus	360
2. Bundeskanzleramt	
D.2.1 Österreichisches Filminstitut	362
D.2.2 Künstlerhilfe-Fonds	364
3. Bundesministerium für Inneres	
D.3.1 Fonds zur Integration von Flüchtlingen	366
D.3.2 Gendarmeriejubiläumfonds 1949	368
D.3.3 Unterstützungsinstitut der Bundes-Sicherheitswache in Wien	370
D.3.4 Wiener Stadterweiterungsfonds	372
D.3.5 Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei	374
D.3.6 Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes	376

	Seite
4. Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	
D.4.1 Stiftung Theresianische Akademie	378
D.4.2 Kunsthistorisches Museum	380
5. Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	
D.5.1 Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	382
D.5.2 Österreichisches Institut für Sportmedizin	384
D.5.3 ERP-Fonds (für das Jahr 1998/99)	386
6. Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
D.6.1 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds	388
D.6.2 Ausgleichstaxfonds	390
D.6.3 Nationalfonds zur besonderen Hilfe für behinderte Menschen	392
D.6.4 Kriegsofferfonds	394
D.6.5 Erzbischof Ladislaus von Pyrker- und Erzherzog Albrecht-Gasteiner Badestiftung (Kurhaus Ferdinand Hanusch)	396
D.6.6 Fonds zur besonderen Hilfe für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung – Hilfsfonds	398
D.6.7 Arbeitsmarktservice Österreich (für das Jahr 1998)	400
D.6.8.1 Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (für das Jahr 1998)	402
D.6.8.2 Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (für das Jahr 1999)	404
D.6.9 Fonds „Gesundes Österreich“	406
D.6.10 Strukturfonds (für das Jahr 1998)	408
7. Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	
D.7.1 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	410
D.7.2 Reservefonds für Familienbeihilfen	412
D.7.3.1 Bundesstelle für Sektenfragen (für das Jahr 1998)	414
D.7.3.2 Bundesstelle für Sektenfragen (für das Jahr 1999)	416
8. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten	
D.8.1 Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland	418
D.8.2 Diplomatische Akademie Wien	420
9. Bundesministerium für Landesverteidigung	
D.9.1 Vereinigte Altösterreichische Militärstiftungen	422
10. Bundesministerium für Finanzen	
D.10.1.1 Bundes-Wertpapieraufsicht (für das Jahr 1997)	424
D.10.1.2 Bundes-Wertpapieraufsicht (für das Jahr 1998)	426
D.10.1.3 Bundes-Wertpapieraufsicht (für das Jahr 1999)	428
D.10.2 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	430
11. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	
D.11.1.1 Agrarmarkt Austria (für das Jahr 1998)	432
D.11.1.2 Agrarmarkt Austria (für das Jahr 1999)	434
12. Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	
D.12.1 Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft	436
D.12.2 Bundeswohnbaufonds	438
E Tabellen zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1999	
1. Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes nach Abzug der Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige	
E.1 Gesamtübersicht über die wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen und funktionellen Gesichtspunkten	440

	Seite
2. Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes – Gesamtgebarung nach der Gliederung des Bundesvoranschlages	
E.2.1 Gesamtübersicht der wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Gesichtspunkten	441
E.2.2 Gesamtübersicht der Gesamtausgabengebarung nach ökonomischen Gesichtspunkten	442
E.2.3 Aufgliederung der Instandhaltungsausgaben	443
E.2.4 Aufgliederung der Bruttoinvestitionen	444
E.2.5.1 Aufgliederung der Investitionsförderung (Kapitaltransfers)	445
E.2.5.2 Aufgliederung der Investitionsförderung (Darlehen)	446
E.2.6.1 Aufgliederung der Vermögensgebarung (Ausgaben)	447
E.2.6.2 Aufgliederung der Vermögensgebarung (Einnahmen)	448
E.2.7.1 Aufgliederung der Ausgaben an andere Stellen des öffentlichen Sektors	450
E.2.7.2 Aufgliederung der Einnahmen von anderen Stellen des öffentlichen Sektors	451
Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	452
Verzeichnis der Abkürzungen	453

1. Allgemeine Bemerkungen

1.1 Rechtliche Grundlagen

Der Rechnungshof (RH) legt gemäß Art 121 Abs 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes und gemäß § 9 Abs 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) idGF den von ihm verfassten Bundesrechnungsabschluss (BRA) für das Jahr 1999 zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. Der gemäß § 9 Abs 2 RHG vorzulegende Nachweis über den Stand der Bundesschulden ist darin enthalten (TZ 7).

Der BRA enthält gemäß § 98 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl Nr 213/1986, idGF, die Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages, die Jahresbestandsrechnung und die Jahreserfolgsrechnung des Bundes. Der Textteil des BRA (= Band 1: Bericht zum Bundesrechnungsabschluss) wurde vom RH angefertigt. Der Zahlenteil (= Band 2: Abschlussrechnungen und Übersichten) wurde vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Wege der Bundesrechenzentrum GmbH unter Berücksichtigung der vom RH veranlassten Richtigstellungen erstellt und durch die vom RH geprüften Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger vervollständigt.

Der vom RH verfasste BRA wurde gemäß § 9 Abs 1 RHG dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme übermittelt. Hiezu gab der Bundesminister für Finanzen keine Äußerung ab.

Die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen und des Bundesbetriebes Österreichischer Bundestheaterverband, die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger sowie ein Nachweis der Bundeshaftungen sind gesondert dargestellt (siehe Band 2, Tabellen B.6 und C.8 sowie Tabellen des Abschnittes D).

1.2 Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen

Gemäß § 9 Abs 1 RHG hat der RH die ihm vorgelegten Jahresrechnungen geprüft. Diese Prüfung umfasste die Feststellung der formalen und rechnerischen Richtigkeit sowie die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften bei der Vollziehung des Bundesfinanzgesetzes (BFG). Zu diesem Zweck wurde an Ort und Stelle bei den Buchhaltungen der anweisenden Organe stichprobenweise Einsicht in die Verrechnungsaufschreibungen und Belege genommen. Vorgefundene Mängel wurden im unmittelbaren Verkehr mit den rechnungslegenden Stellen behoben.

Eine eingehende Überprüfung des Budgetvollzuges wird im Rahmen zahlreicher laufender Gebarungsprüfungen des RH im Bereich der gesamten öffentlichen Verwaltung durchgeführt. Über deren Ergebnis geben die Tätigkeits- und Wahrnehmungsberichte des RH Auskunft.

1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse

Der BRA für das Jahr 1998 wurde vom Nationalrat mit Bundesgesetz, BGBl I Nr 11/2000, genehmigt. Der mit Abschluss des Finanzjahres 1998 ausgewiesene Bestand der flüssigen Mittel, der sich aus den in der Jahresbestandsrechnung des Bundes 1998 (BRA 1998, Band 2, Tabelle B.1) in den Punkten II.4 bis II.9 ausgewiesenen Teilbeständen des Umlaufvermögens zusammensetzt, stimmt mit dem diesbezüglichen anfänglichen Gesamtbestand des Finanzjahres 1999 überein, wie er in Übersicht 6 über das Ergebnis der geldwirksamen Gebarung im vorliegenden BRA ausgewiesen ist.

1.4 Statistische Daten

Soweit im BRA für das Jahr 1999 Daten der Statistik Österreich, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) sowie des Institutes für Höhere Studien, Wien (IHS) verwendet werden, entsprechen sie dem Stand vom Mai 2000 und haben teilweise noch vorläufigen Charakter. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 1998 enthaltenen – und zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls noch vorläufigen – Daten ergeben.

1.5 Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen

1.5.1 Verrechnungsverfahren

Das in der Verrechnung des Bundes angewandte Verrechnungssystem beruht auf einer Zusammenführung finanzplanerischer und doppischer Elemente. Es ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Alle rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge in der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung des Bundes werden nach einheitlichen Grundsätzen dezentral von den einzelnen Buchhaltungen erfasst und an die Bundesrechenzentrum GmbH zur zentralen Verarbeitung weitergeleitet.
- Die Verrechnung der einzelnen Geschäftsfälle erfolgt im Rahmen der sogenannten Phasen- und Fernbuchführung in einem oder mehreren Verrechnungskreis(en), deren Ergebnisse jeweils zum Ende eines Verrechnungszeitraumes (Monats- und Jahresende) für die Hoheits-, Privatwirtschafts- und Betriebsverwaltung des Bundes unmittelbar zur Verfügung stehen.
- Ein **Verrechnungskreis** stellt eine selbständige, in sich geschlossene Verrechnungseinheit gleichartiger Konten zwecks zusammenfassender Darstellung von Verrechnungsgrößen dar. Die Verrechnungskreise sind derart miteinander verbunden, dass ein Geschäftsfall durch eine einzige Buchung gleichzeitig in mehreren Verrechnungskreisen erfasst wird und die Salden sofort verändert werden (Simultanbuchführung). Bei den Verrechnungskreisen ist zwischen Haupt- und Nebenverrechnungskreisen zu unterscheiden.
- Hauptverrechnungskreise stellen zwingend vorzusehende Verrechnungskreise dar und umfassen
 - die voranschlagswirksame Verrechnung (VWV) für das laufende Finanzjahr und für
 - die künftigen Finanzjahre (zur Erfassung der Vorberechtigungen und Vorbelastungen) sowie
 - die Bestands- und Erfolgsverrechnung (BEV).
- Nebenverrechnungskreise werden zur gesonderten Erfassung abgrenzbarer Tätigkeiten eines Aufgabenträgers gebildet und sind entweder in die Buchführung integriert (zB Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Projekt- und Vorhabensabrechnung) oder dieser vorgelagert (zB Besoldung der Bundesbediensteten, Bundespensionen, Abgabeneinhebung der Finanz- und Zollämter); sie werden einzeln oder zusammengefasst in die Hauptverrechnungskreise übernommen.

Die **voranschlagswirksame Verrechnung** stellt das "Kernstück" des Rechnungswesens des Bundes dar und enthält die aufgrund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen einzuhebenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben des Bundes, wie sie im Bundesvoranschlag finanzgesetzlich genehmigt wurden. Gemäß § 16 Abs 1 BHG sind in den Bundesvoranschlag sämtliche im folgenden Finanzjahr zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) aufzunehmen.

In der VWV werden die rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge im Gebarungsablauf festgehalten (§ 78 BHG); sie dient vor allem der Überwachung der Jahresvoranschlagsbeträge und der Aufstellung der Voranschlagsvergleichsrechnung. Sie stellt ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Budgeterstellung und den Budgetvollzug dar.

Die **voranschlagsunwirksame Verrechnung** enthält jene Einnahmen und Ausgaben, die nicht endgültig solche des Bundes oder die aufgrund gesetzlicher Anordnung nicht zu veranschlagen sind. Es sind dies nach § 16 Abs 2 BHG beispielsweise die einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge von Bediensteten des Bundes oder Konversionen und Prolongationen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen.

1.5.2 Abschlussrechnungen

Die **Voranschlagsvergleichsrechnung** entspricht in ihrer Form sowohl der im Bundesvoranschlag festgelegten Gliederung als auch den für die Verrechnung festgelegten Phasen. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der Voranschlagsansätze bis zur Verwirklichung der Einnahmen und Ausgaben und spiegelt den Budgetvollzug wider.

Die **Jahresbestandsrechnung** ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet: Sie gibt Aufschluss über Stand und Struktur des Bundesvermögens am Ende des Verrechnungszeitraumes.

Wenn auch der RH weiterhin bemüht ist, das Vermögen des Bundes möglichst vollständig zu erfassen, ist der Aussagewert der Vermögensrechnung des Bundes allerdings eingeschränkt und mit der Bilanz einer Unternehmung nicht vergleichbar, weil beispielsweise wesentliche Vermögensteile mangels Bewertbarkeit überhaupt nicht erfasst sind (wie etwa historische Bauwerke, Kunstschatze oder der Musealbesitz) und das Verwaltungsvermögen bei den Amtsorganen bereits bei der Anschaffung mit 50 % abgeschrieben wird. Daraus folgt, dass jüngere Vermögenswerte unterbewertet und ältere Vermögenswerte überbewertet werden. Weiters werden – einer internationalen Übung folgend – militärische Anlagen und Ausrüstungsgegenstände nicht in die Bestandsrechnung aufgenommen. Auch wird die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" als bedeutsam erachtete Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert.

Die sich in der Verwaltung von Straßensondergesellschaften befindlichen Vermögensteile (Autobahnen und Schnellstraßen) werden seit dem Jahre 1984 wertmäßig erfasst und dargestellt. Die wertmäßige Erfassung des übrigen Bundesstraßenvermögens erfolgte erstmals im Jahre 1985.

Bemerkenswert ist weiters, dass das Grundkapital zusammen mit dem Kapitalausgleich (insgesamt 1 286 369 Mill S) unter den Aktiva ausgewiesen wird. Diese Position ist jedoch nicht als negatives Eigenkapital im betriebswirtschaftlichen Sinn zu verstehen, sondern ergibt sich aus den zuvor erwähnten Eigenheiten bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie aus weiteren Besonderheiten des Verrechnungsverfahrens: So etwa setzt sich das Grundkapital des Bundes lediglich aus dem Grundkapital der Bundesbetriebe zusammen, wogegen für die Amtsorgane und betriebsähnlichen Einrichtungen kein Eigenkapital festgelegt wurde. Der zusammen mit dem Grundkapital ausgewiesenen Position des Kapitalausgleichs kommt daher lediglich die Bedeutung einer Rechnungsgröße zu, die den Unterschied zwischen den höheren Passiva und den niedrigeren Aktiva ausgleicht.

Die **Jahreserfolgsrechnung** ist grundsätzlich einer Gewinn- und Verlustrechnung nachgebildet. Durch die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen entspricht sie einer finanzwirtschaftlichen Saldo-rechnung. Der mit 115 953 Mill S ausgewiesene Vermögensabgang stellt ebenfalls eine rechentechnische Ausgleichsposition dar. Von der voranschlagswirksamen Verrechnung unterscheidet sich die Jahreserfolgsrechnung durch die Periodenabgrenzung der Zahlungsströme, durch die Ausgrenzung der bloß bestandswirksamen Zahlungen und durch bestimmte Bewertungsvorgänge.

Die Jahresbestandsrechnung wird ebenso wie die Jahreserfolgsrechnung nach den Grundsätzen der kaufmännischen Doppik erstellt, weshalb der Kontenplan des Bundes in Anlehnung an den Einheitskontenrahmen der österreichischen Wirtschaft erstellt wurde.

1.5.3 Phasenbuchführung

Die Phasenbuchführung wird dem Umstand gerecht, dass sich die Einnahmen- und Ausgabebebarung des Bundes nicht in einem Akt erschöpft, sondern alle rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge im Gebarungsablauf festgehalten werden. Die Buchungen selbst erfolgen auf der Ebene der Voranschlagsansätze bzw der Voranschlagsposten. Jedes Voranschlagskonto wird dabei in sechs Abschnitte (= Phasen) mit folgenden Inhalten untergliedert (§ 78 BHG in Verbindung mit §§ 60 ff BHV 1989):

Phase 1: Genehmigungen

Sie enthält die für die zuständigen Organe vorgesehenen Voranschlagsbeträge. Diese stimmen mit dem Bundesvoranschlag überein und werden lediglich im Falle einer Änderung des Bundesfinanzgesetzes erhöht oder vermindert.

Phase 2: Verfügungen

Hier wird die Inanspruchnahme der genehmigten Voranschlagsbeträge durch Anordnungen der haushaltsleitenden und sonstigen anweisenden Organe sowie die Veränderung der ursprünglich vorgesehenen Beträge aufgrund von überplanmäßigen Ausgaben/Einnahmen und die Bewilligung von außerplanmäßigen Ausgaben/Einnahmen sowie von Ausgaben-/Einnahmenbindungen dargestellt. Der jeweilige Saldo während des Jahres zeigt den Verfügungsrest.

Phase 3: Berechtigungen oder Verpflichtungen

Dabei werden jene Anordnungen verrechnet, die durch Erlassung behördlicher Entscheidungen oder Verfügungen oder durch Abschluss von Rechtsgeschäften eine Leistungspflicht Dritter bzw eine solche des Bundes begründen oder in Aussicht stellen. Es handelt sich dabei um Maßnahmen, die eine Forderung oder Schuld begründen, wie etwa eine erhaltene oder erteilte Bestellung einer Lieferung oder Leistung. Der jeweilige Saldo stellt die Summe der noch offenen Berechtigungen bzw Verpflichtungen dar.

Phase 4: Forderungen oder Schulden

Hier werden Anordnungen, die finanzielle Ansprüche auf Empfang bzw Erbringung einer Geldleistung begründen, verrechnet. Die Beurteilung ist nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes (zB Ausgangs- oder Eingangsrechnung über eine erfolgte Lieferung oder Leistung) vorzunehmen. Der jeweilige Saldo zeigt die offenen Forderungen oder Schulden.

Phase 5: Zahlungen

Mit der Einzahlung oder Auszahlung (zB aufgrund einer Rechnung) wird der Gebarungsfall abgeschlossen und der Voranschlagsbetrag endgültig in Anspruch genommen. Der jeweilige Saldo zeigt in Gegenüberstellung zur Genehmigung (= Phase 1) das Ergebnis des Budgetvollzugs (Mehr- oder Mindereinnahmen sowie Überschreitungen oder Ersparungen bei den Ausgaben).

Der im § 75 Abs 1 BHG enthaltene Grundsatz der Bruttoverrechnung wird in Ausnahmefällen (§§ 16 Abs 2 ff sowie 78 Abs 7 und 8 BHG) durchbrochen. In diesen Fällen können Ausgaben oder Einnahmen auf den Konten der ursprünglichen Zahlungen rückverrechnet werden (absetzbare Zahlungen). Dies erfolgt beispielsweise bei Rückzahlungen von Einnahmen oder Ausgaben (Stornobuchungen) sowie bei der vermittlungsweisen Leistung von Zahlungen für ein anderes anweisendes Organ. Ab 1. Jänner 1995 sind auch die an die Europäische Union abzuführenden Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes gemäß Art 201 des EG-Vertrages als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben zu veranschlagen (§ 16 Abs 3a BHG idF BGBl Nr 297/1995).

In Zusammenhang mit der Absetzbarkeit von Zahlungen werden Schulden und Forderungen als Ersatzschulden und Ersatzforderungen festgehalten, sofern die Rückzahlung noch nicht durchgeführt wurde.

Phase 9: Verzweigungen

Hier werden alle nicht in der Phasenfolge 1 bis 5 abzuwickelnden Geschäftsfälle festgehalten. Dazu zählen Vorsorgen für außer- und überplanmäßige Ausgaben, Ausgaben- und Einnahmenbindungen, Postenausgleiche, Freigaben aus dem Konjunkturausgleich-Voranschlag sowie alle sich nur innerhalb der Verwaltung auswirkenden Maßnahmen zur Erhöhung oder Verminderung des jeweils zur Verfügung stehenden Voranschlagsbetrages.

2. Gesamtwirtschaft und Finanzwirtschaft des Bundes

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Bundesvoranschlag wurde gemäß Art III Abs 2 BFG 1999 auf der Grundlage einer nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 4,5 % erstellt.

Nach den bisherigen und vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Stand: Mai/Juni 2000) belief sich das Brutto-Inlandsprodukt 1999 zu laufenden Preisen auf 2 685,9 Mrd S und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (2 610,9 Mrd S) um nominell 2,8 %. Es lag damit 1,7 Prozentpunkte unter der bei der Erstellung des Bundesvoranschlags angenommenen Wachstumsrate.

Mit einer jahresdurchschnittlichen realen Zunahme des Brutto-Inlandsproduktes von 2,2 % (1998: + 2,9 %) lag Österreich damit leicht unter dem Durchschnitt der EU (EU: + 2,4 %). Im Vergleich: USA + 4,1 %, Deutschland + 1,5 %, Japan - 0,3 % und OECD insgesamt + 3,0 %.

Bei der Arbeitslosenrate trat eine leichte Besserung ein (Jahresdurchschnitt 1999: 6,7 %, Jahresdurchschnitt 1998: 7,2 %).

Der Preisauftrieb (= Veränderung der Verbraucherpreise im Jahresabstand) ging im vergangenen Jahr weiter zurück und belief sich im Jahresdurchschnitt 1999 auf + 0,6 % (1998: + 0,9 %).

Aufgrund eines ab Jänner 1998 zur Anwendung kommenden neuen Zahlungsbilanzkonzeptes betrug das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 1999 - 58,6 Mrd S (1998: -56,8 Mrd S rückgerechnet) oder 2,2 % des BIP (1998: 2,2 %).¹⁾

Die im § 2 BHG als Ziele der Haushaltsführung und zugleich als Erfordernisse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes angeführten Indikatoren (hoher Beschäftigungsstand, hinreichend stabiler Geldwert, Sicherung des Wachstumspotentials sowie Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts) zeigen für 1999 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklungen:

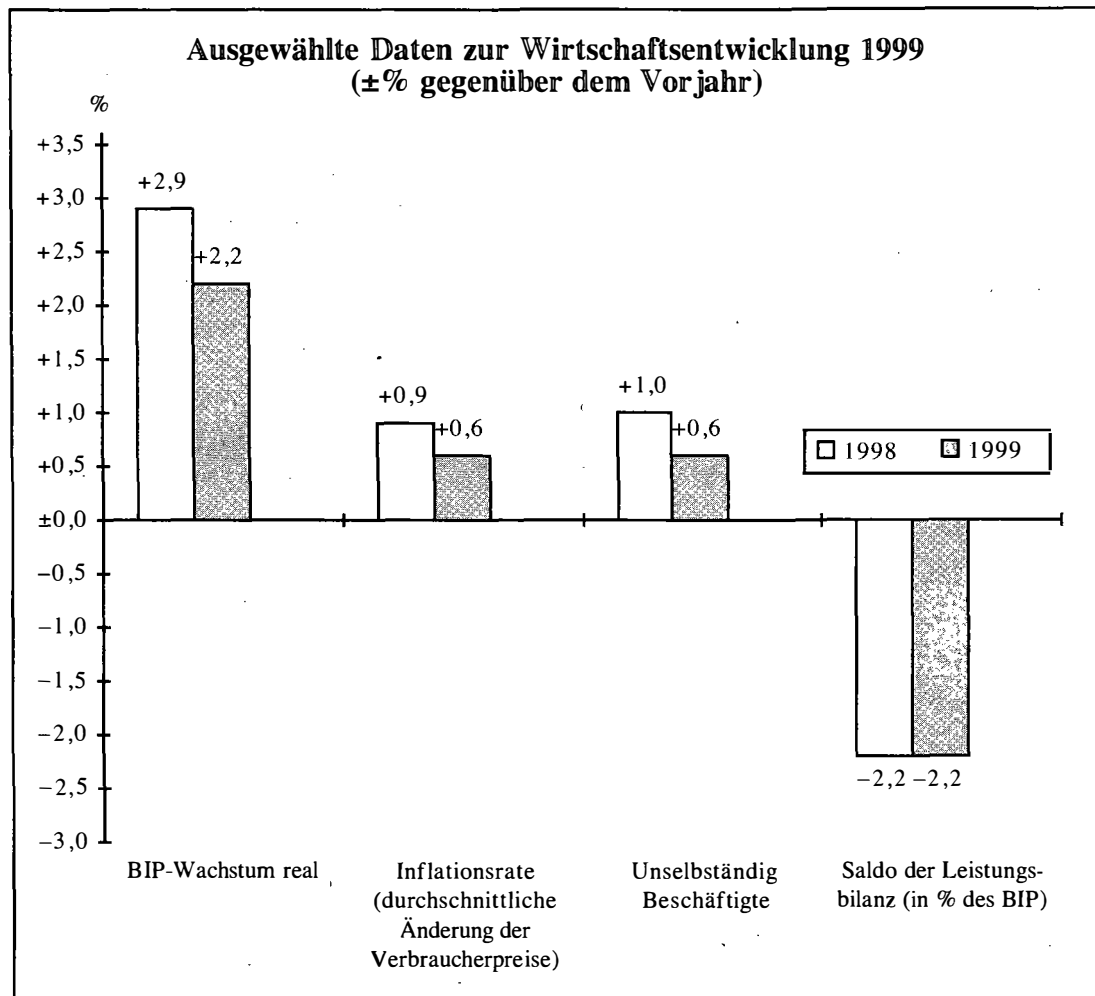
¹⁾ siehe dazu Marcus Scheiblecker et al, WIFO Monatsberichte 4/1999

	Gegenüberstellung	
	1998	1999
BIP-Wachstum real ("Sicherung des Wachstumspotentials")	+ 2,9 %	+ 2,2 %
Inflationsrate (durchschnittliche VPI-Entwicklung)	+ 0,9 %	+ 0,6 %
Arbeitslosenquote *)	7,2 %	6,7 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT **)	4,7 %	4,4 %
Unselbständig Beschäftigte ("hoher Beschäftigtenstand")	+ 0,7 %	+ 1,0 %
Leistungsbilanzsaldo (absolut – in Mrd S)	– 56,8 Mrd S	– 58,6 Mrd S
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) ("Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts")	– 2,2 %	– 2,2 %

*) Die österreichische Arbeitslosenquote stellt das Verhältnis von im Jahresdurchschnitt bei den Geschäftsstellen des AMS vorgemerkten Arbeitslosen zum Arbeitskräftepotential (= unselbständig Beschäftigte laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger und vorgemerkte Arbeitslose) dar.

***) Die Arbeitslosenquote des EUROSTAT ist der Anteil an den nach den Kriterien des EUROSTAT definierten Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Summe von Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Diese Quote wird aufgrund des Mikrozensus und einer Befragung nach einem standardisierten Fragenprogramm ermittelt (hinsichtlich der Fragestellungen und der Berechnungshinweise darf auf die Statistischen Nachrichten Nr 5/1996, Seiten 357 ff hingewiesen werden).

Quellen der Arbeitslosenquote: Geschäftsberichte des AMS, WIFO, Statistik Österreich.



Quellen: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; Statistik Österreich

2.2 Brutto-Inlandsprodukt und Nationaleinkommen

2.2.1 Entstehung des Brutto-Inlandsprodukts

Bei der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen waren gegenüber dem Vorjahr folgende prozentuelle Veränderungen zu verzeichnen:

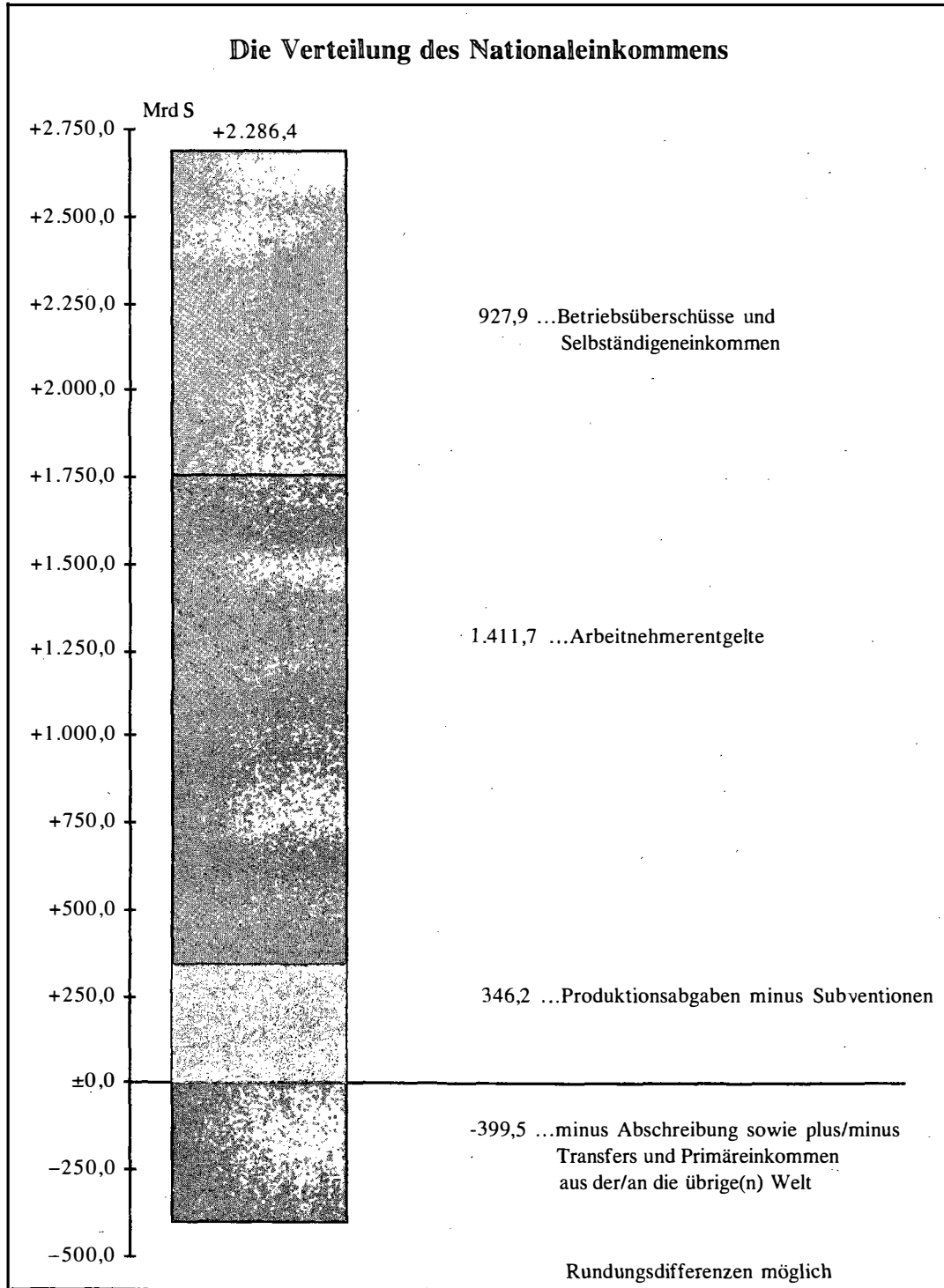
BIP in %: + 2,2 real

Land- und Forstwirtschaft	+ 2,8
Bergbau	- 0,2
Sachgütererzeugung	+ 2,0
Energie und Wasserversorgung	+ 0,7
Bauwesen	+ 1,1
Handel	+ 3,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 4,2
Kredit- und Versicherungswesen	+ 0,5
Realitätenwesen	+ 3,3
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,6
Öffentliche Dienste	+ 0,7

Quelle: WIFO, Monatsberichte Nr 4/2000.

2.2.2 Verteilung des Nationaleinkommens

Die Steigerung des Bruttonationaleinkommens (zu Marktpreisen) betrug 1999 + 2,1 % (nominell) (1998: + 3,2 %), wobei die Arbeitnehmerentgelte um 3,9 % und die Betriebsüberschüsse und Selbständigen-einkommen um 1,2 % stiegen. Das verfügbare Nettonationaleinkommen erhöhte sich von 1998 auf 1999 von 2 224,1 Mrd S auf 2 286,4 Mrd S.

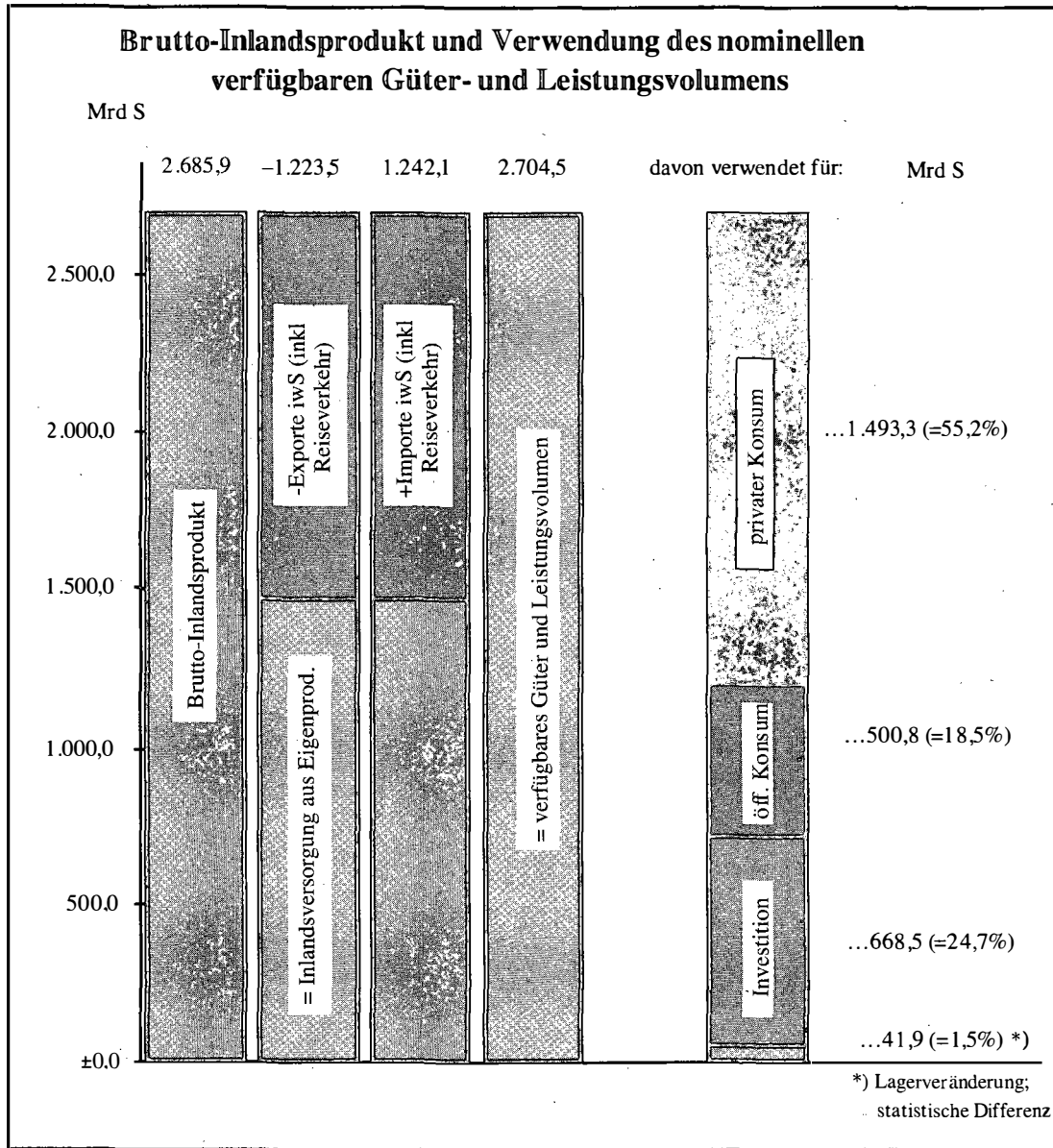


Quelle: BMF

2.2.3 Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens

Werden vom BIP (2 685,9 Mrd S) die Exporte im weiteren Sinn (1 223,5 Mrd S) abgezogen und die Importe im weiteren Sinn (1 242,1 Mrd S) hinzugerechnet, so ergibt sich daraus das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen für 1999 in der Höhe von 2 704,5 Mrd S.

Die Steigerungsrate der Exporte iwS betrug gegenüber 1998 4,3 % und jene der Importe 4,6 %. Der private Konsum stieg gegenüber 1998 um 2,4 %, während der öffentliche um 0,8 % zunahm.



Quellen: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; BMF

Die weitere Ausgangslage der österreichischen Wirtschaft lässt sich anhand der vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie der sich gegen Jahresmitte 2000 abzeichnenden Wirtschaftslage anhand ausgewählter Indikatoren folgendermaßen darstellen:

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für 1999 und 2000

	Gegenüberstellung	
	1999	2000
	%	%
BIP-Wachstum, real	+ 2,2	+ 3,1
Privater Konsum, real	+ 2,4	+ 2,7
Brutto-Anlageinvestitionen, real	+ 2,8	+ 3,6
Warenexporte, real	+ 4,7	+ 5,5
Warenimporte, real	+ 3,5	+ 5,1
Unselbständige Beschäftigte	+ 1,0	+ 0,2

Quelle: WIFO, Monatsberichte Nr 4/2000.

2.3 Fiskalische Gesamtbelastung

Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt belief sich der Anteil der Abgaben aller Gebietskörperschaften und der abgabenähnlichen öffentlichen Einnahmen (wie Kammerumlagen, Beiträge an die Träger der Sozialversicherung und Fonds) 1999 auf 44,0 %. Gegenüber 1998 (= 44,0 %) ergibt sich somit keine Änderung.

Die Berechnung der Abgabenquote nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfolgt nach dem sogenannten "accrual-principle", dh dass der Zeitpunkt der Abgabefälligkeit maßgebend ist. Im Gegensatz dazu arbeitet die OECD-Steuerliste nach dem "cash-principle" oder "Kassenprinzip". Entscheidend für die Zuordnung ist diesfalls der Zahlungszeitpunkt.

Die Darstellung der Quote nach der OECD-Steuerliste, die für zwischenstaatliche Vergleiche besser geeignet ist, zeigt einen Rückgang von 44,2 % (1998) auf 44,0 %.

Übersicht 1

Entwicklung der fiskalischen Gesamtbelastung

Bezeichnung	Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) 1)									
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Milliarden Schilling									
Bund	493,3	539,0	585,9	613,0	612,2	625,8	682,7	722,8	757,2	778,9
Länder ohne Wien	4,8	5,0	5,4	5,8	6,2	6,9	7,2	6,7	6,9	6,9
Gemeinden mit Wien	25,6	27,2	29,3	30,7	39,6	41,4	42,9	43,9	45,2	46,2
Kammern	10,1	10,5	11,3	11,5	12,0	13,5	14,0	14,2	15,2	15,8
Sozialversicherungs- träger	208,7	225,9	248,6	265,5	281,7	294,7	304,3	313,1	323,0	333,1
Fonds	5,1	4,8	5,2	5,6	2,8	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Staat (Summe)	747,6	812,4	885,7	932,1	954,5	983,4	1.052,2	1.101,7	1.148,5	1.181,9
Beiträge zum EU-Haus- haushalt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	18,3	18,2	19,6	16,2	17,0
Staat + EU (Summe)	747,6	812,4	885,7	932,1	954,5	1.001,7	1.070,4	1.121,3	1.164,7	1.198,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2).....	1.813,5	1.945,8	2.057,3	2.125,3	2.237,9	2.375,2	2.453,2	2.522,2	2.610,9	2.685,9
<i>Abgaben in % des BIP</i>										
Staat (Summe)	41,2	41,8	43,0	43,9	42,6	41,4	42,9	43,7	44,0	44,0
Staat + EU (Summe)	41,2	41,8	43,0	43,9	42,6	42,2	43,6	44,5	44,6	44,6
<i>Anmerkungen:</i>										
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) Stand März 2000.										
2) Zeitreihenbruch: Bis 1994 gemäß ESVG, 2. Auflage, ab 1995 gemäß ESVG 1995.										
OECD-Steuerliste in Mrd ATS	743,6	806,6	885,0	923,1	969,5	987,0	1.065,9	1.113,8	1.154,7	1.185,8
<i>in % des BIP</i>	<i>41,0</i>	<i>41,5</i>	<i>43,0</i>	<i>43,4</i>	<i>43,3</i>	<i>41,6</i>	<i>43,4</i>	<i>44,2</i>	<i>44,2</i>	<i>44,0</i>

Quellen: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999, BIP bis einschließlich 1998);
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Juni-Prognose 2000)

2.4 Bundeshaushalt und finanzpolitische Schlussfolgerungen

2.4.1 Der Bundeshaushalt 1999 im Überblick

Zusammengefasst zeigt der Bundeshaushalt für 1998 und 1999 folgende Ergebnisse:

	Bundesrechnungs- abschluss 1998 Mrd S	Bundesvor- anschlag 1999 Mrd S	Bundesrechnungs- abschluss 1999 Mrd S	Veränderungen BRA 1998:1999 %
Allgemeiner Haushalt:				
Ausgaben	777,6	767,6	787,8	+ 7,8
Einnahmen	711,6	697,4	719,6	+ 1,2
Saldo (= Abgang)	- 66,0	- 70,1	- 68,2	+ 3,3
Ausgleichshaushalt:				
Ausgaben	342,4	264,1	421,8	+ 23,2
Einnahmen	408,4	334,2	490,0	+ 20,0
Saldo (= Überschuss)	+ 66,0	+ 70,0	+ 68,2	- 3,3

Bezogen auf das nominelle BIP-Wachstum von + 2,8 % lagen die Zuwächse der Einnahmen um 1,6 Prozentpunkte unter und die der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts um 5,0 Prozentpunkte über diesem Wert. Im Budgetvollzug wurden die veranschlagten Ausgabenansätze des Allgemeinen Haushalts um 20,2 Mrd S überschritten, wobei in diesem Betrag die Rücklagenzuführungen in der Höhe von 9,2 Mrd S enthalten sind. Die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts stiegen gegenüber dem Voranschlag um 22,1 Mrd S.

Das Haushaltsjahr 1999 schloss mit einem Abgang von 68,2 Mrd S; das entspricht einem Anteil von 2,5 % am BIP. Ohne die Rücklagenzuführungen würde sich der zuvor angeführte Abgang auf 59,0 Mrd S (2,2 % des BIP) verringern und läge somit um 11,1 Mrd S unter dem präliminierten Abgang.

Da infolge der bereits ausgegliederten bzw aufgelösten Bundesbetriebe seit dem BRA 1998 nur mehr der Österreichische Bundestheaterverband als Bundesbetrieb aufscheint, wird ein Vergleich der Einnahmen- und Ausgabenkategorien mit den Vorjahren erheblich erschwert und führt ohne entsprechende Bereinigung zu verzerrten Ergebnissen.

Entsprechend dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Einklang mit der international üblichen Darstellungsweise erfolgt daher die finanzpolitische Untersuchung des Bundeshaushalts auch für den verbliebenen Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband nach dem "Nettoprinzip".²⁾

Diese auch vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung gewählte Art der Darstellung vermeidet nicht nur eine weitere Verzerrung durch die ab 1. September 1999 wirksame Ausgliederung der Bundestheater, es werden auch die durchlaufenden Einnahmen und Ausgaben ausgeblendet, deren schwankende Höhe die Ableitung mittelfristiger Trends beeinträchtigt.³⁾ Eine derart vorgenommene Bereinigung liefert für die Jahre 1998 und 1999 folgendes Bild:

²⁾ Dabei werden die Einnahmen und Ausgaben nicht in voller Höhe, sondern nur mit ihren Salden – das heißt die Betriebsabgänge als Ausgaben und die Betriebsüberschüsse als Einnahmen – dargestellt. Diese Vorgangsweise empfiehlt sich nicht nur aus analytischen Gründen, sondern entspricht auch der vom (Verfassungs)Gesetzgeber für Veranschlagungszwecke bei den Bundesbetrieben und Sondervermögen für zulässig erklärten Durchbrechung des Budgetgrundsatzes der Bruttodarstellung (Art 51 Abs 3, zweiter Satz B-VG bzw § 16 Abs 4 BHG).

³⁾ Vgl Monatsberichte des WIFO 5/1999

Modifizierte Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts

	Bundesrech-	Bundesrech-	Veränderungen
	nungsabschluss 1998	nungsabschluss 1999	BRA 1998:1999
	Mrd S	Mrd S	%
Allgemeiner Haushalt:			
Ausgaben gesamt	777,6	787,8	+ 1,3
- Ausgaben der Betriebe	- 3,0	- 2,1	- 30,0
- Durchlaufer	- 14,7	- 14,9	- 1,4
+ Abgänge der Betriebe	+ 2,3	+ 1,6	- 17,4
Ausgaben bereinigt	762,1	772,4	+ 1,3
Einnahmen gesamt	711,6	719,6	+ 1,2
- Einnahmen der Betriebe	- 0,7	- 0,5	- 28,5
- Durchlaufer	- 14,7	- 14,9	+ 1,4
+ Überschüsse der Betriebe	-	-	-
Einnahmen bereinigt	696,1	704,2	+ 1,2

Quellen: Eigene Berechnungen (siehe Band 2 , Tabelle E.1); WIFO

2.4.2 Konjunkturpolitische Beurteilung

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts – der dem Überschuss des Ausgleichshaushalts zu entsprechen hat, um den Ausgleich im Gesamthaushalt herstellen zu können – kann als Saldo für die ökonomische Beurteilung der Budgetpolitik wegen der Außerachtlassung längerfristig wirksamer Gesichtspunkte nicht alleine herangezogen werden.

Bereinigt man den Saldo des Allgemeinen Haushalts um die vermögenswirksamen Transaktionen, so erhält man den BIP-relevanten Saldo. Dieser Vorgangsweise liegt die Vorstellung zugrunde, dass die vermögenswirksamen Transaktionen, das heißt die Ausgaben für den Vermögenserwerb und die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen, zu einer zeitlichen Verschiebung von Ausgaben und Einnahmen führen und folglich saldenneutral wirken.

Der Primärsaldo wiederum bringt vom Saldo des Allgemeinen Haushalts die Ausgaben für den Zinsendienst in Abzug und kann als Indikator der Auswirkungen der aktuellen Finanzpolitik auf künftige Haushalte angesehen werden. Er ermöglicht dadurch Rückschlüsse auf die längerfristige Stabilität der Budgetentwicklung.

Die genannten Größen stehen zueinander in folgender Beziehung:

	BRA 1998	BRA 1999
	Mrd S	Mrd S
Saldo laufender Transaktionen	+ 39,6	+ 16,9
Investitionen und Kapitaltransfers (netto)	- 85,6	- 85,7
BIP-relevanter Saldo	- 46,0	- 68,8
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen und Rücklagenzuführungen (netto)	- 20,0	+ 0,6
Saldo Allgemeiner Haushalt	- 66,0	- 68,2
Zinsen (ohne Währungstauschverträge)	+ 93,2	+ 98,9
Primärsaldo	+ 27,2	+ 30,7

Während der Abgang des Allgemeinen Haushalts auf Kassenbasis (- 68,2 Mrd S) unter dem Voranschlag (- 70,1 Mrd S) liegt, macht eine Gegenüberstellung des BIP-relevanten Saldos deutlich, dass der Saldo des Allgemeinen Haushalts im Gegensatz zu 1998 kaum einen Unterschied aufweist.

2.4.3 Kriterien gemäß Art 104 des EG-Vertrages

Der Vollständigkeit der Betrachtung der gesamt- und finanzwirtschaftlichen Situation halber werden auch die Eckdaten der "Maastricht-Kriterien" und ihre Erfüllung im BRA 1999 veröffentlicht.

Nach Artikel 104 (= alt 104c) des EG-Vertrages haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und sich zur Haushaltsdisziplin verpflichtet. Diese ist dann gegeben, wenn

a) die Defizitquote entweder erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes (= 3 % des BIP) erreicht hat oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und

b) die Staatsschuldenquote den Referenzwert (= 60 % des BIP) nicht überschreitet, es sei denn, dass das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Neben den genannten Kriterien der öffentlichen Verschuldung sieht der Vertrag von Maastricht noch die Kriterien der Preisstabilität, der Wechselkurse und der Zinsen vor, deren Erfüllung für den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion maßgeblich war.

Wie erwähnt, stellen die fiskalischen Konvergenzkriterien auf den öffentlichen Sektor insgesamt ab. Die Entwicklung des öffentlichen Defizits, des öffentlichen Schuldenstandes und – zum Vergleich – des Primärsaldos des Bundes – dieser gibt Aufschluss über das aktuelle Einnahmen- und Ausgabenverhältnis, wobei Schuldenbelastungen aus der Vergangenheit nicht berücksichtigt werden – im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der letzten Jahre zeigt die folgende Übersicht: ⁴⁾

⁴⁾ Die Werte geben den Stand per Ende Februar 2000 wieder.

	BIP		öffentliches Defizit		öffentlicher Schuldenstand		Primärsaldo des Bundes	
	Mrd S	Mrd S	in % d. BIP	Mrd S	in % d. BIP	Mrd S	in % d. BIP	
1994	2 237,9	110,9	5,0	1 474,5	65,9	- 31,7	1,4	
1995	2 375,2	120,7	5,1	1 624,1	68,4	- 29,9	1,3	
1996	2 453,2	93,1	3,8	1 676,3	68,3	- 14,6	0,6	
1997	2 522,2	48,0	1,9	1 611,7	63,9	20,9	0,8	
1998	2 610,9	64,3	2,5	1 656,9	63,5	27,2	1,0	
1999	2 685,9	54,4	2,0	1 742,6	64,9	30,7	1,1	

Quellen: BMF (Öffentliches Defizit und Schuldenstand), WIFO (Primärsaldo)

Für die Darstellung des öffentlichen Defizits nach der EU-Berechnungsweise ist das Finanzierungsdefizit des Bundes in das Finanzierungsdefizit des Bundessektors nach VGR-Kriterien überzuleiten (plus/minus Finanzierungsdefizite bzw -überschüsse zB der Bundeskammern) und sind die Finanzierungsdefizite bzw -überschüsse der Gebietskörperschaften sowie weiterer öffentlicher Rechtsträger (zB Landeskammern und Sozialversicherungsträger) zu berücksichtigen. Die Darstellung folgt ab 1996 dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995 Verordnung). Eine Vergleichbarkeit mit der Darstellung vorhergehender Jahre ist nicht gegeben. Die Zeitreihe beginnt deshalb erst mit 1996. Das öffentliche Defizit nahm in den Jahren 1996 bis 1999 folgende Entwicklung:

	1996	1997	1998	1999
	Mrd S			
Finanzierungsdefizit des Bundes laut VGR	98,4	66,7	77,2	64,9
Finanzierungsdefizit des Bundessektors laut VGR	98,9	67,7	77,0	64,7
minus Finanzierungsüberschuss der Landesebene laut VGR	- 7,2	- 13,7	- 10,9	- 10,8
plus Finanzierungsdefizit der Gemeindeebene (einschließlich Wien)	3,4	-	-	-
minus Finanzierungsüberschuss der Gemeindeebene (einschließlich Wien)	-	- 5,3	- 1,2	- 1,0
minus Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherung	- 1,9	- 0,7	- 0,5	-
Plus Finanzierungsdefizit der Sozialversicherung	-	-	-	1,5
Finanzierungsdefizit des Staates laut VGR	93,1	48,0	64,3	54,4

Quelle: BMF; (Stand: Juli 2000)
Rundungsdifferenzen möglich

Der Schuldenstand im Sinne des Maastrichter Vertrages wird definiert als Brutto-Gesamtschuldenstand zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung innerhalb und zwischen den einzelnen Bereichen des Staatssektors. Einzelheiten und Begriffsbestimmungen wurden mit EG-Rats-Verordnung festgelegt.⁵⁾ In dieser Verordnung hat der Rat in großem Umfang auf Begriffe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) Bezug genommen und die Schlüsselbegriffe "öffentlich", "Defizit" und "Schuldenstand" klargestellt. Dabei stehen weniger rechtlich-formale Gegebenheiten als die Art der wirtschaftlichen Aktivität im Vordergrund.

Gegliedert nach Sektoren hat sich der öffentliche Schuldenstand in den letzten Jahren wie folgt entwickelt (Stand Februar 2000):

	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Mrd S					
Verschuldung des Bundes ⁶⁾	1225,9	1341,8	1393,8	1450,9	1502,3	1591,0
+ Verbindlichkeiten der ASFINAG ⁷⁾	79,6	83,1	80,2	0,0	0,0	0,0
+ Verschuldung der Bundesfonds ⁸⁾	23,7	24,6	22,6	20,8	17,8	17,0
(1) Verschuldung des Bundes-sektors	1329,1	1449,6	1496,6	1471,7	1520,2	1608,1
(2) Verschuldung auf Landesebene (ohne Wien)	49,6	64,2	64,4	60,9	59,3	57,5
(3) Verschuldung der Gemeinden (ohne Wien)⁹⁾	58,7	59,6	65,7	47,3	48,1	49,0
(4) Verschuldung von Wien¹⁰⁾	37,0	50,6	49,5	31,7	33,0	28,0
Verschuldung der Gemeinden mit Wien (= \sum (3)+(4))	95,7	110,2	115,2	79,0	77,4	77,0
Verschuldung des Staates (= \sum (1)+(2)+(3)+(4))	1474,5	1624,1	1676,3	1611,7	1656,9	1742,6
Bruttoinlandsprodukt	2237,9	2375,2	2453,2	2522,2	2610,9	2685,9
Verschuldung des Staates in % des BIP	65,9	68,4	68,3	63,9	63,5	64,9

Quellen: Statistik Österreich; BMF

⁵⁾ Verordnung (EG) Nr 3603/93 des Rates vom 13. Dezember 1993 zur Festlegung der Begriffsbestimmungen für die Anwendung der in Artikel 104 und Artikel 104b Absatz 1 des Vertrages vorgesehenen Verbote.

⁶⁾ Finanzschulden des Bundes laut BRA abzüglich Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern, zuzüglich bzw abzüglich Swap-Schulden bzw -Forderungen, zuzüglich Silbermünzen der OeNB und abzüglich eigene Bundestitel sowie Bundesanleihen im Besitz von Bundesfonds.

⁷⁾ Verbindlichkeiten der ASFINAG zuzüglich Verbindlichkeiten der Straßenbausondergesellschaften, abzüglich ASFINAG-Verbindlichkeiten für den Eisenbahnbau.

⁸⁾ Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds, IESG-Fonds (abzüglich Bundesdarlehen) und Verschuldung des Arbeitsmarktservice.

⁹⁾ Finanzschulden der Gemeinden (ohne Wien) abzüglich Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern.

¹⁰⁾ Finanzschulden von Wien abzüglich Schulden der Wiener Stadtwerke, Schulden für sonstige nicht-öffentliche Rechtsträger und Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern.

Den Hintergrund für die Fiskalkriterien bildet die Zielsetzung nach einer auf Dauer tragbaren Finanzlage der Mitgliedsstaaten (Artikel 121[= alt 109j] Abs 1, zweiter Spiegelstrich des EG-Vertrages). Diese Vorgabe gilt nicht alleine für den Bund, sondern für den gesamten öffentlichen Sektor. Bei einer Evaluierung der Zielerreichung ist daher die budgetmäßige Darstellung nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) aufzubereiten und das öffentliche Defizit der weiteren Analyse zugrunde zu legen.

Die von der am 4. Februar 2000 angelobten Bundesregierung bekanntgegebene Absicht, den Allgemeinen Haushalt auszugleichen zu erstellen und zu vollziehen, dh kein Defizit vorzusehen, wird vom RH grundsätzlich begrüßt. In diesem Zusammenhang verweist der RH auf seinen Wahrnehmungsbericht über die Konsolidierungspakete der Jahre 1995 und 1996 („Sparpakete“), der am 26. Jänner 2000 vom Nationalrat zur Kenntnis genommen wurde. Der RH gelangte in diesem Bericht zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass das wesentliche Ziel der Budgetkonsolidierung, das Defizit („Maastricht“-Defizit) des gesamten öffentlichen Sektors bis 1997 auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu senken, erreicht wurde (öffentliches Defizit 1997: 1,9 %).

Neben diesem positiven, erwünschten Effekt musste jedoch im Wahrnehmungsbericht auf zahlreiche negative, unerwünschte Nebeneffekte der Konsolidierungsmaßnahmen aufmerksam gemacht werden. Einer Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) zufolge, auf das sich der Wahrnehmungsbericht in Ansehung der makroökonomischen Effekte stützte, wirkten die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung einerseits direkt auf Komponenten der Nachfrage, wie öffentlicher Konsum und öffentliche Investitionen, und veränderten andererseits die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit Auswirkungen auf Konsumausgaben und Sparen. Die Nachfragedämpfung hatte negative Konsequenzen für die Investitionsentscheidungen der Unternehmungen. Der Drosselung der Gesamtnachfrage passten sich sowohl die Importe als auch die Produktion im Inland an. Langsameres Produktionswachstum hatte geringere Nachfrage nach unselbständig Beschäftigten und mehr Arbeitslose zur Folge.

Aus einer Modellsimulation des WIFO ist insbesondere herauszulesen, dass das Strukturanpassungsgesetz 1996 gegenüber einer Entwicklung der Wirtschaft ohne Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung das BIP-Wachstum dämpfte, die verfügbaren persönlichen Einkommen schmälerte und die Arbeitslosenquote ansteigen ließ (Wahrnehmungsbericht des RH, Seite 22).

Weiters wurde in diesem Wahrnehmungsbericht des RH auch darauf hingewiesen, dass von den Konsolidierungsmaßnahmen auch sozial Schwächere betroffen waren. Schließlich musste der RH auch bemängeln, dass die Budgetkonsolidierung nicht zur Verwaltungsvereinfachung genützt wurde und dadurch die Dauerhaftigkeit einzelner Maßnahmen nicht gegeben war.

Die im Zusammenhang mit den Konsolidierungspaketen 1995 und 1996 gemachten Erfahrungen sollten daher für die nunmehr in Aussicht genommene Budgetkonsolidierung verwertet und daraus die erforderlichen Konsequenzen – insbesondere hinsichtlich einer möglichst weitgehenden Vermeidung unerwünschter Nebeneffekte – gezogen werden.

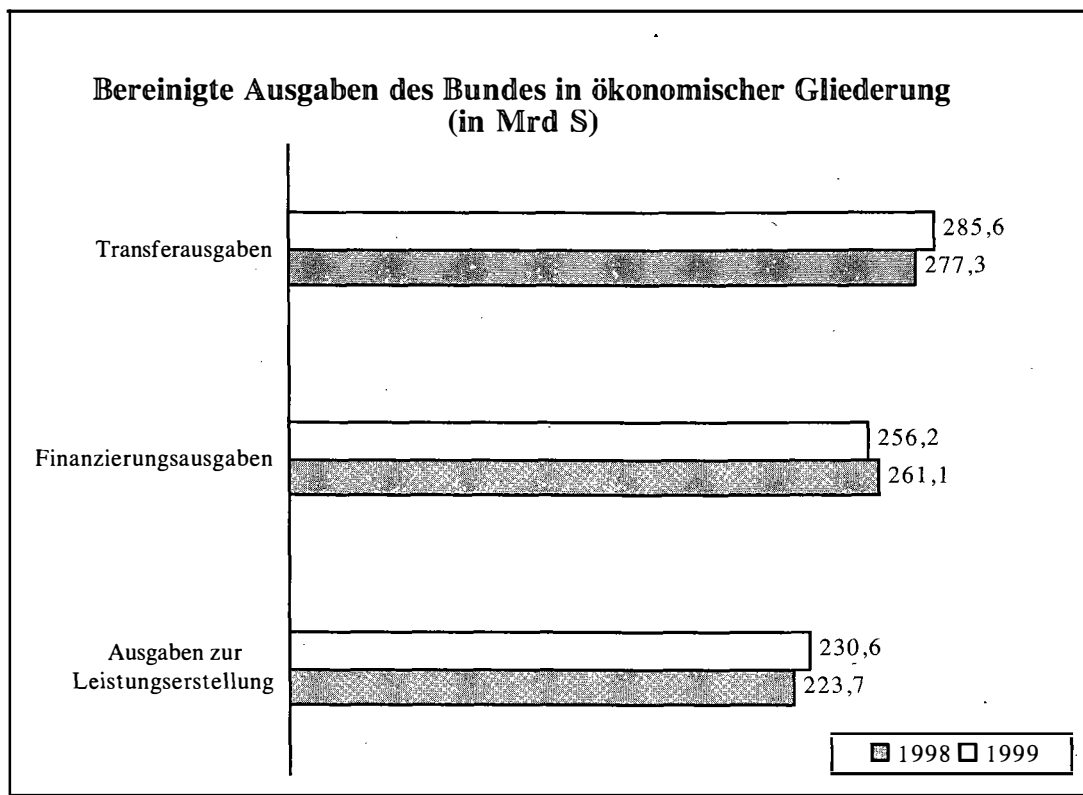
2.4.4 Finanzwirtschaftliche Betrachtung

Setzt man die bereinigten Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts (siehe oben, TZ 2.4.1) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so blieb die Ausgabenquote gegenüber 1998 mit 28,8 % annähernd gleich, während die Einnahmenquote gegenüber 1998 von 26,5 % auf 26,2 % fiel. Eine nach ökonomischen Kriterien vorgenommene Betrachtung legt die dafür maßgeblichen Ursachen offen.

Die **bereinigten Ausgaben des Bundes** stiegen im Jahresabstand um 10,3 Mrd S oder 1,3 % an, wobei die Ausgaben nach ökonomischen Kriterien gegliedert folgendes Bild zeigen:

- Auf die Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen entfielen 1999 230,6 Mrd S oder 29,8 % (1998: 29,4 %) der bereinigten Bundesausgaben. Im Gegensatz dazu betragen die Ausgaben für Investitionen einschließlich Liegenschaftserwerb bloß 14,3 Mrd S; das entspricht einem Anteil von 1,8 % der bereinigten Ausgaben. Gegenüber 1998 bedeutet dies einen Anstieg um 0,3 Prozentpunkte.
- Auf die Transferausgaben entfiel mit 285,6 Mrd S oder 37,0 % der größte Teil der Bundesausgaben; als größte Ausgabenpositionen sind dabei die Pensionen für die Bundesbediensteten (32,0 Mrd S), die Landeslehrer (9,1 Mrd S), die ÖBB-Beamten (22,3 Mrd S), die Postbeamten (11,0 Mrd S) und der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (einschließlich Pflegegeld: 92,2 Mrd S) anzuführen. Die Ausgaben für Familienbeihilfen (einschließlich Geburten-, Schulfahrt- und Lehrlingsbeihilfen) stiegen auf 35,8 Mrd S (1998: 32,8 Mrd S).

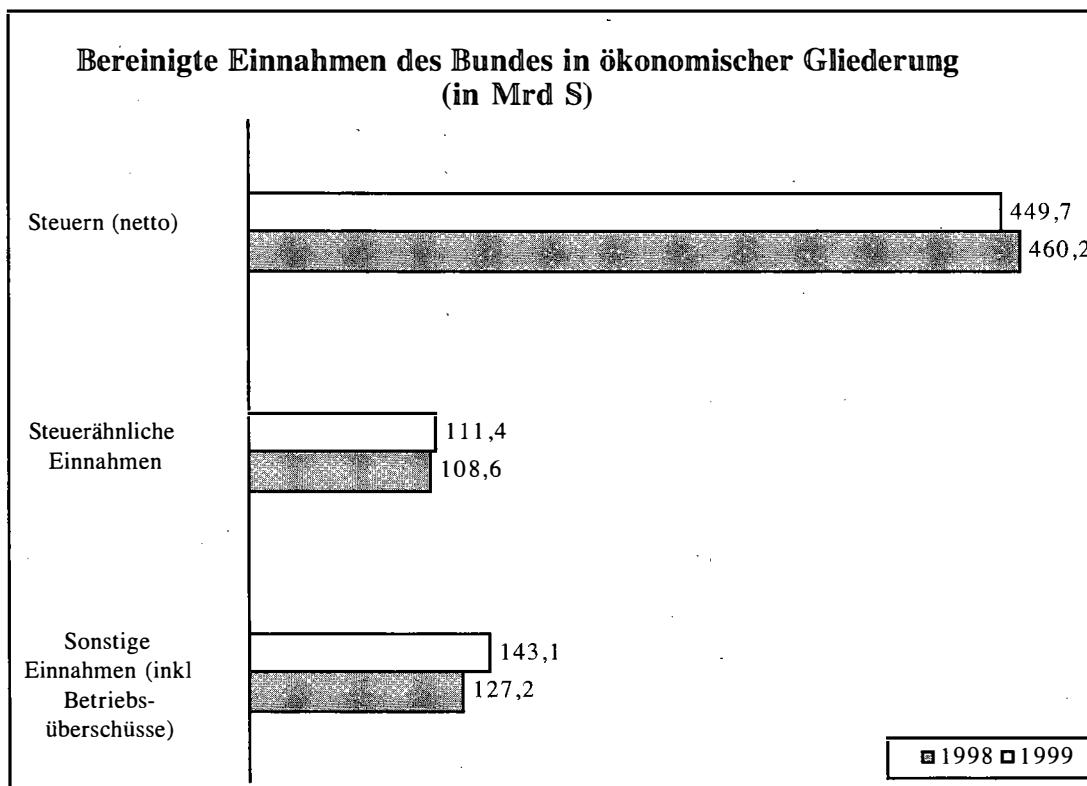
- Der Anteil der Finanzierungsausgaben ging gegenüber dem Vorjahr zurück. Auf sie entfielen 1999 256,2 Mrd S oder 33,2 % (1998: 34,3 %) der bereinigten Ausgaben des Bundes.



Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die **bereinigten Einnahmen des Bundes** in ökonomischer Gliederung stellen sich für 1998 und 1999 wie folgt dar:

- Das Steueraufkommen erbrachte 1999 Gesamteinnahmen von brutto 669,8 Mrd S (- 0,1 % gegenüber 1998) bzw nach Abzug der Überweisungen netto 449,7 Mrd S (- 2,3 %).
- Gegenüber 1998 stieg das Steueraufkommen bei der Lohnsteuer von 193,7 Mrd S auf 203,0 Mrd S; jenes aus der veranlagten Einkommensteuer fiel von 41,5 Mrd S auf 39,8 Mrd S; die Körperschaftsteuer sank auf 44,7 Mrd S (1998: 52,1 Mrd S). Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer I und II betragen 1999 25,2 Mrd S (1998: 26,7 Mrd S).
- Weitere Steuereinnahmen betragen 1999 bei der Umsatzsteuer 227,0 Mrd S (1998: 216,2 Mrd S), bei der Mineralölsteuer 37,1 Mrd S (1998: 35,6 Mrd S) und bei der Tabaksteuer 15,9 Mrd S (1998: 15,1 Mrd S).



Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

3. Gesamtergebnis der Haushaltsführung des Bundes

3.1 Rechtliche Grundlagen der Gebarung

Bindende Grundlage der Ausgaben- und Einnahmegerbarung waren gemäß § 37 Abs 1 BHG

- das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1999 (Bundesfinanzgesetz 1999 – BFG 1999), BGBl I Nr 105/1998, in der Fassung
- der 1. BFG-Novelle, BGBl I Nr 107/1998;
- der 2. BFG-Novelle, BGBl I Nr 123/1998, Art XIX;
- der Kundmachung, BGBl I Nr 157/1998, (Druckfehlerberichtigung);
- der 3. BFG-Novelle, BGBl I Nr 189/1998;
- der 4. BFG-Novelle, BGBl I Nr 5/1999, Art IX;
- der 5. BFG-Novelle, BGBl I Nr 10/1999, Art VII;
- der 6. BFG-Novelle, BGBl I Nr 102/1999;
- der 7. BFG-Novelle, BGBl I Nr 127/1999 Art XVII;
- der 8. BFG-Novelle, BGBl I Nr 161/1999 Art VI und
- des Budgetüberschreitungsgesetzes, BGBl I Nr 103/1999.

3.2 Allgemeiner Haushalt und Ausgleichshaushalt

Der Bundesfinanzgesetzgeber hat gemäß Art I BFG 1999 in der geltenden Fassung den Ausgabenrahmen des **Allgemeinen Haushalts** mit 767 584 Mill S bewilligt und zu dessen Bedeckung Einnahmen von 697 438 Mill S vorgesehen. Weiters wurde verfügt, dass sich der Abgang des Allgemeinen Haushalts von 70 146 Mill S um jene Beträge zu vermindern habe, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1999

an Mehreinnahmen und Ausgabenersparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs 3 und 5 BHG sowie der Art IV bis VII BFG 1999 oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen heranzuziehen sind.

Der in Art I dargestellte Abgang des Allgemeinen Haushalts zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen abzüglich der Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen, war gemäß Art II durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag war um jene Beträge zu vermindern, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1999 für die Rückzahlung von Finanzschulden nicht in Anspruch genommen und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs 3 und 5 BHG sowie Art V und VI BFG 1999 herangezogen werden. Schließlich erhöhte sich die Bedeckungsermächtigung noch um jene Beträge, die sich aus der Ausnutzung der Ermächtigungen gemäß Art III und VII BFG 1999 sowie gemäß § 41 Abs 3 Z 1 BHG ergeben, sofern diese Überschreitungen nicht durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen bedeckt werden können.

Im **Ausgleichshaushalt** war bei Ausgaben von 264 077 Mill S und Einnahmen von 334 223 Mill S ein Überschuss von 70 146 Mill S vorgesehen, der damit dem Abgang des Allgemeinen Haushalts entsprach. Daraus ergab sich ein veranschlagter Rahmen des **Gesamthaushalts** von 1 031 661 Mill S.

Art III Abs 1 BFG 1999 enthielt die Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen, Überschreitungen der im Bundesvoranschlag enthaltenen Voranschlagsansätze durch zusätzliche Ausgaben und deren Bedeckung durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Falle des Einsatzes des Konjunkturausgleich-Voranschlags zu genehmigen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sah dafür einen Überschreitungsrahmen von 2 418 455 Mill S für die Stabilisierungsquote und 2 646 380 Mill S für die Konjunkturbelebungsquote vor.

Art III Abs 2 BFG 1999 ermächtigte den Bundesminister für Finanzen weiters, bei einem sich abzeichnenden Konjunkturrückgang und einem Zurückbleiben der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts einen höheren Abgang durch zusätzliche Kreditoperationen im Höchstausmaß von 3 % der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts zu bedecken.

Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, einen gegenüber dem veranschlagten Betrag aufgrund der Eigenmittelvorschriften der EU entstehenden Mehrbedarf für den Beitrag an dem Gesamthaushalt der EU bis zu 20 % des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushalts zu bedecken.

Von diesen Ermächtigungen hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht.

3.3 Darstellung der Ergebnisse

Gemäß §§ 94 bis 96 BHG hat die Rechnungslegung eine Voranschlagsvergleichsrechnung, eine Jahresbestandsrechnung und eine Jahreserfolgsrechnung zu enthalten.

Für die zeitliche Zugehörigkeit zur Rechnung des Finanzjahres ist bei den Zahlungen gemäß § 52 Abs 1 BHG der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind (Grundsatz der Jährlichkeit und des Kassenbudgets). Dieser Grundsatz wird durch den "Auslaufzeitraum" (§ 52 Abs 2 bis 4 BHG) und den "Vorlaufzeitraum" (§ 52 Abs 5 BHG) durchbrochen.

3.4 Gebarungsergebnisse

3.4.1 Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

Für Rechnung aller Voranschlagsansätze wurden im **Allgemeinen Haushalt** des Finanzjahres 1999 787 764 Mill S ausgegeben und 719 570 Mill S eingenommen. Verglichen mit dem Bundesvoranschlag wurde die bewilligte Ausgabensumme um 20 180 Mill S (+ 2,6 %) und die Einnahmensumme um 22 132 Mill S (+ 3,2 %) überschritten. Der Abgang von 68 194 Mill S lag somit um 1 952 Mill S (- 2,8 %) unter dem in Art I BFG 1999 ausgewiesenen Betrag. Das Gesamtergebnis ist in Band 2, Tabelle A.1.1, dargestellt.

Der **Ausgleichshaushalt** erbrachte bei Ausgaben von 421 820 Mill S und Einnahmen von 490 014 Mill S einen Überschuss von 68 194 Mill S in Höhe des Abgangs des Allgemeinen Haushalts. Dabei war gegenüber dem Voranschlag bei den Ausgaben eine Überschreitung von 157 743 Mill S (+ 59,7 %) und bei den

Einnahmen eine solche von 155 791 Mill S (+ 46,6 %) zu verzeichnen. Daraus ergibt sich – spiegelbildlich zum Allgemeinen Haushalt – eine rechnerische Unterschreitung des veranschlagten Überschusses um 1 952 Mill S (– 2,8 %).

Der **Gesamthaushalts** belief sich auf 1 209 584 Mill S und wurde gegenüber dem Voranschlag um 177 923 Mill S (+ 17,2 %) überschritten. Unter Verwendung der Schlusssummen zeigt der Bundesrechnungsabschluss 1999 folgendes Ergebnis:

Finanzjahr 1999		Einnahmen Mill S	Ausgaben Mill S	Überschuss Mill S	Abgang Mill S
Allgemeiner Haushalt	Bundeschvoranschlag 1999	697.438	767.584	–	70.146
	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+ 21.366	+ 20.180	–	– 1.186
	Zusätzliche Veränderung aufgrund der Ausgleichs- buchung Ende 1999	+ 766		–	– 766
	Bundesrechnungsabschluss	719.570	787.764	–	68.194
+					
Ausgleichs- haushalt	Bundeschvoranschlag 1999	334.223	264.077	70.146	–
	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+ 155.791	+ 157.743	– 1.952	–
	Bundesrechnungsabschluss	490.014	421.820	68.194	–
=					
Gesamthaushalt	Bundeschvoranschlag 1999	1.031.661	1.031.661	–	–
	Gesamtveränderungen	+ 177.923	+ 177.923	–	–
	Bundesrechnungsabschluss	1.209.584	1.209.584	–	–

Eine Aufgliederung der Ergebnisse der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln ist in Band 2, Tabelle A.1.2 enthalten. Die Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben und Einnahmen in kapitelweiser Aufgliederung für die Finanzjahre 1990 bis 1999 sowie deren Anteil am Gebarungsrahmen kann den Übersichten 2 und 3 entnommen werden.

Zwecks besserer inner- und zwischenstaatlicher Vergleichbarkeit werden die einzelnen Voranschlagsansätze in Anlehnung an ein von den Vereinten Nationen empfohlenes Schema einem oder mehreren Aufgabenbereichen zugeordnet und durch entsprechende finanzstatistische Kennziffern unterschieden. Dieser funktionellen Gliederung kommt jedoch nicht die Eigenschaft von Voranschlagsansätzen und daher auch keine Bindungswirkung zu.

Über die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der funktionellen Gliederung für die Finanzjahre 1990 bis 1999 gibt die Übersicht 4 Aufschluss (Kapitelbezeichnungen beziehen sich jeweils auf das letzte Nachweisungsjahr).

Übersicht 2

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt

Kap	Bezeichnung	1990		1991		1992		1993	
		Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
	Allgemeiner Haushalt								
01	Präsidentenkanzlei	52	0,0	50	0,0	58	0,0	63	0,0
02	Bundesgesetzgebung	738	0,1	867	0,1	961	0,1	1.144	0,1
03	Verfassungsgerichtshof	47	0,0	53	0,0	55	0,0	57	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	92	0,0	100	0,0	105	0,0	113	0,0
05	Volksanwaltschaft	35	0,0	37	0,0	41	0,0	43	0,0
06	Rechnungshof	206	0,0	227	0,0	240	0,0	251	0,0
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	2.694	0,4	4.166	0,6	4.186	0,6	4.481	0,5
11	Inneres	14.008	2,2	15.188	2,3	16.315	2,2	18.347	2,1
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	47.261	7,6	50.871	7,5	54.778	7,4	59.625	7,0
13	Kunst	700	0,1	823	0,1	975	0,1	1.015	0,1
14	Wissenschaft und Forschung	20.105	3,2	23.750	3,5	25.453	3,4	28.914	3,4
15	Soziales	36.312	5,8	41.110	6,1	47.724	6,5	57.996	6,8
16	Sozialversicherung	53.523	8,6	58.610	8,6	60.063	8,1	67.696	7,9
17	Gesundheit	4.392	0,7	6.783	1,0	6.415	0,9	6.583	0,8
18	Umwelt	45.098	7,2	46.391	6,8	51.315	6,9	57.476	6,7
19	Jugend und Familie	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	2.550	0,4	2.097	0,3	2.305	0,3	2.695	0,3
30	Justiz	6.185	1,0	6.645	1,0	7.296	1,0	7.920	0,9
40	Militärische Angelegenheiten	17.537	2,8	18.208	2,7	18.419	2,5	19.349	2,3
50	Finanzverwaltung	9.739	1,6	10.603	1,6	11.418	1,6	11.627	1,3
51	Kassenverwaltung	11.874	1,9	13.628	2,0	15.170	2,1	9.967	1,2
52	Öffentliche Abgaben	328	0,1	332	0,1	335	0,0	206	0,0
53	Finanzausgleich	24.275	3,9	27.323	4,0	30.134	4,1	29.955	3,5
54	Bundesvermögen	20.268	3,2	28.187	4,2	24.212	3,3	23.082	2,7
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	39.796	6,4	43.148	6,4	45.704	6,2	48.868	5,7
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen ..	-	-	-	-	-	-	-	-
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	66.640	10,7	76.125	11,2	81.373	11,0	85.331	10,0
60	Land- und Forstwirtschaft	14.244	2,3	15.790	2,3	17.689	2,4	17.807	2,1
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr ...	3.465	0,6	3.467	0,5	3.253	0,4	3.281	0,4
64	Bauten und Technik	24.638	3,9	24.669	3,6	26.762	3,6	26.490	3,1
65	Verkehr und Telekom	11.894	1,9	12.320	1,8	12.270	1,7	13.403	1,6
	Summe 01 bis 65	478.696	76,6	531.568	78,3	565.024	76,4	603.785	70,5
71	Bundestheater	2.288	0,4	2.496	0,4	2.710	0,4	2.911	0,3
74	Glücksspiele (Monopol)	851	0,1	-	-	-	-	-	-
75	Alkohol (Monopol)	402	0,1	395	0,0	391	0,1	349	0,1
77	Österreichische Bundesforste	1.795	0,3	1.795	0,3	1.773	0,2	1.892	0,2
78	Post- und Telegraphenverwaltung	42.160	6,7	44.046	6,5	46.704	6,3	48.972	5,7
79	Österreichische Bundesbahnen	38.544	6,2	39.557	5,8	41.358	5,6	41.776	4,9
	Summe 71 bis 79	86.040	13,8	88.289	13,0	92.936	12,6	95.900	11,2
	Summe Allgemeiner Haushalt	564.736	90,4	619.857	91,3	657.960	89,0	699.685	81,7
	Ausgleichshaushalt								
51	Kassenverwaltung	10.649	1,7	14.616	2,2	16.940	2,3	79.626	9,3
54	Bundesvermögen	-	-	-	-	-	-	1.455	0,2
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen ..	-	-	-	-	-	-	-	-
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	49.473	7,9	44.416	6,5	64.607	8,7	75.361	8,8
	Summe Ausgleichshaushalt	60.122	9,6	59.032	8,7	81.547	11,0	156.442	18,3
	Gesamtausgaben	624.858	100,0	678.889	100,0	739.507	100,0	856.127	100,0

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Übersicht 2

Kap	1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
01	72	0,0	79	0,0	62	0,0	61	0,0	61	0,0	71	0,0
02	1.238	0,1	1.342	0,1	1.909	0,2	1.888	0,2	1.915	0,2	1.497	0,1
03	58	0,0	61	0,0	61	0,0	64	0,0	66	0,0	74	0,0
04	119	0,0	124	0,0	126	0,0	129	0,0	136	0,0	148	0,0
05	44	0,0	45	0,0	45	0,0	44	0,0	49	0,0	51	0,0
06	273	0,0	264	0,0	262	0,0	263	0,0	276	0,0	303	0,0
10	4.890	0,6	4.625	0,5	5.012	0,6	5.403	0,6	5.920	0,5	5.921	0,5
11	19.494	2,3	20.448	2,1	21.051	2,4	21.346	2,1	22.374	2,0	23.633	2,0
12	63.441	7,4	66.674	6,9	67.251	7,6	67.713	6,8	71.018	6,3	74.432	6,2
13	1.150	0,1	1.156	0,1	1.134	0,1	1.177	0,1	1.168	0,1	1.927	0,2
14	30.935	3,6	29.778	3,1	27.157	3,1	25.736	2,6	27.548	2,5	28.802	2,4
15	80.755	9,5	84.527	8,7	92.298	10,4	88.862	8,9	87.024	7,8	88.673	7,3
16	55.242	6,5	68.447	7,1	69.631	7,9	70.208	7,0	72.354	6,5	75.391	6,2
17	6.893	0,8	5.970	0,6	9.837	1,1	11.011	1,1	11.311	1,0	11.776	1,0
18	67.644	7,9	2.801	0,3	2.353	0,3	2.952	0,3	3.541	0,3	4.011	0,3
19	-	-	59.020	6,1	55.582	6,3	54.981	5,5	56.647	5,1	57.938	4,8
20	3.015	0,4	4.037	0,4	3.903	0,4	3.957	0,4	4.397	0,4	4.098	0,3
30	8.862	1,0	9.709	1,0	9.833	1,1	10.015	1,0	10.478	0,9	10.921	0,9
40	20.137	2,4	20.460	2,1	20.693	2,3	21.132	2,1	21.360	1,9	22.056	1,8
50	12.439	1,5	12.878	1,3	24.915	2,8	41.033	4,1	45.441	4,1	46.148	3,8
51	25.600	3,0	16.239	1,7	9.187	1,0	7.057	0,7	15.553	1,4	12.127	1,0
52	105	0,0	129	0,0	124	0,0	131	0,0	153	0,0	140	0,0
53	32.187	3,8	32.230	3,3	35.721	4,0	40.796	4,1	43.663	3,9	43.922	3,6
54	19.762	2,3	17.297	1,8	18.199	2,1	18.955	1,9	9.804	0,9	10.672	0,9
55	56.045	6,6	58.672	6,1	67.924	7,7	72.295	7,2	73.606	6,6	75.809	6,3
56	-	-	-	-	-	-	-	-	1.375	0,1	3.491	0,3
58	86.095	10,1	98.438	10,2	100.113	11,3	100.017	10,0	105.384	9,4	110.448	9,1
60	20.466	2,4	33.135	3,4	29.162	3,3	26.603	2,7	25.158	2,2	24.069	2,0
63	3.432	0,4	3.515	0,4	3.094	0,4	3.521	0,4	3.727	0,3	3.870	0,3
64	26.873	3,2	26.689	2,8	27.186	3,1	103.337	10,3	17.821	1,6	16.986	1,4
65	27.359	3,2	27.252	2,8	24.368	2,8	29.139	2,9	35.179	3,1	26.215	2,2
	674.625	79,1	706.041	72,9	728.193	82,3	829.826	83,0	774.507	69,1	785.620	64,9
71	3.037	0,4	3.034	0,3	3.027	0,4	3.010	0,3	3.093	0,3	2.144	0,2
74	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
75	309	0,0	246	0,0	238	0,0	-	-	-	-	-	-
77	1.970	0,2	1.884	0,2	1.852	0,2	-	-	-	-	-	-
78	51.506	6,1	53.388	5,5	21.478	2,4	-	-	-	-	-	-
79	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	56.822	6,7	58.552	6,0	26.595	3,0	3.010	0,3	3.093	0,3	2.144	0,2
	731.447	85,8	764.593	78,9	754.788	85,3	832.836	83,3	777.600	69,4	787.764	65,1
51	31.033	3,6	60.018	6,2	3.445	0,4	52.886	5,3	51.095	4,6	152.432	12,6
54	1.252	0,2	4.349	0,4	1.910	0,2	-	-	-	-	-	-
56	-	-	-	-	-	-	-	-	95.686	8,5	65.186	5,4
58	88.807	10,4	140.473	14,5	124.875	14,1	114.448	11,4	195.667	17,5	204.202	16,9
	121.092	14,2	204.840	21,1	130.230	14,7	167.334	16,7	342.448	30,6	421.820	34,9
	852.539	100,0	969.433	100,0	885.018	100,0	1.000.170	100,0	1.120.048	100,0	1.209.584	100,0

Übersicht 3

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt

Kap	Bezeichnung	1990		1991		1992		1993	
		Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
	Allgemeiner Haushalt								
01	Präsidentenkanzlei	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
02	Bundesgesetzgebung	28	0,0	28	0,0	29	0,0	31	0,0
03	Verfassungsgerichtshof	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	5	0,0	6	0,0	5	0,0	5	0,0
05	Volksanwaltschaft	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
06	Rechnungshof	1	0,0	1	0,0	1	0,0	2	0,0
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	561	0,1	630	0,1	681	0,1	658	0,1
11	Inneres	540	0,1	543	0,1	562	0,1	675	0,1
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	552	0,1	551	0,1	550	0,1	569	0,1
13	Kunst	4	0,0	4	0,0	4	0,0	3	0,0
14	Wissenschaft und Forschung	1.454	0,2	1.395	0,2	1.583	0,2	1.504	0,2
15	Soziales	27.671	4,4	31.895	4,7	36.733	5,0	38.465	4,5
16	Sozialversicherung	1.857	0,3	1.558	0,2	1.224	0,2	2.548	0,3
17	Gesundheit	961	0,1	2.465	0,4	1.910	0,2	2.005	0,2
18	Umwelt	44.124	7,1	45.259	6,7	50.384	6,8	53.682	6,3
19	Jugend und Familie	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	114	0,0	122	0,0	90	0,0	91	0,0
30	Justiz	3.793	0,6	4.104	0,6	4.571	0,6	5.036	0,6
40	Militärische Angelegenheiten	524	0,1	466	0,1	472	0,1	469	0,1
50	Finanzverwaltung	1.241	0,2	1.184	0,2	1.387	0,2	1.298	0,2
51	Kassenverwaltung	12.160	1,9	22.145	3,2	8.486	1,1	13.929	1,6
52	Öffentliche Abgaben	282.702	45,2	309.927	45,6	340.185	46,0	339.107	39,6
53	Finanzausgleich	3.502	0,6	3.972	0,6	5.079	0,7	4.389	0,5
54	Bundesvermögen	17.818	2,8	22.312	3,3	24.949	3,4	20.910	2,4
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	4.724	0,8	5.232	0,8	5.361	0,7	5.717	0,7
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen ..	-	-	-	-	-	-	-	-
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	6.099	1,0	8.072	1,2	7.855	1,0	9.483	1,1
60	Land- und Forstwirtschaft	2.773	0,4	2.913	0,4	2.872	0,4	2.957	0,3
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr ...	989	0,2	1.344	0,2	708	0,1	676	0,1
64	Bauten und Technik	4.767	0,8	4.911	0,7	5.046	0,7	5.254	0,6
65	Verkehr und Telekom	1.203	0,2	1.336	0,2	1.411	0,2	1.750	0,2
	Summe 01 bis 65	420.170	67,2	472.378	69,6	502.141	67,9	511.216	59,8
71	Bundestheater	632	0,1	581	0,1	626	0,1	618	0,1
74	Glücksspiele (Monopol)	957	0,2	-	-	-	-	-	-
75	Alkohol (Monopol)	883	0,1	903	0,1	1.014	0,1	1.150	0,1
77	Österreichische Bundesforste	2.055	0,3	1.965	0,3	1.916	0,3	1.773	0,2
78	Post- und Telegraphenverwaltung	47.863	7,7	51.040	7,5	54.057	7,3	57.138	6,7
79	Österreichische Bundesbahnen	29.300	4,7	30.287	4,5	31.809	4,3	29.550	3,4
	Summe 71 bis 79	81.690	13,1	84.776	12,5	89.422	12,1	90.229	10,5
	Summe Allgemeiner Haushalt	501.860	80,3	557.154	82,1	591.563	80,0	601.445	70,3
	Ausgleichshaushalt								
51	Kassenverwaltung	10.649	1,7	14.616	2,1	16.931	2,3	78.929	9,2
54	Bundesvermögen	-	-	-	-	-	-	-	-
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen ..	-	-	-	-	-	-	-	-
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	112.349	18,0	107.119	15,8	131.013	17,7	175.753	20,5
	Summe Ausgleichshaushalt	122.998	19,7	121.735	17,9	147.944	20,0	254.682	29,7
	Gesamteinnahmen	624.858	100,0	678.889	100,0	739.507	100,0	856.127,0	100,0

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Übersicht 3

Kap	1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
01	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
02	30	0,0	61	0,0	61	0,0	59	0,0	34	0,0	30	0,0
03	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
04	5	0,0	3	0,0	5	0,0	5	0,0	4	0,0	4	0,0
05	1	0,0	2	0,0	2	0,0	2	0,0	1	0,0	2	0,0
06	1	0,0	2	0,0	2	0,0	2	0,0	2	0,0	2	0,0
10	881	0,1	916	0,1	821	0,1	742	0,1	781	0,1	715	0,1
11	777	0,1	1.094	0,1	1.222	0,1	1.275	0,1	1.277	0,1	1.344	0,1
12	602	0,1	741	0,1	929	0,1	802	0,1	860	0,1	873	0,1
13	5	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	13	0,0
14	1.529	0,2	1.209	0,1	967	0,1	815	0,1	844	0,1	799	0,1
15	53.544	6,3	56.860	5,9	61.586	7,0	59.794	6,0	58.522	5,2	58.421	4,8
16	1.021	0,1	220	0,0	1.457	0,2	219	0,0	171	0,0	5.227	0,4
17	2.107	0,2	1.980	0,2	2.193	0,2	816	0,1	825	0,1	753	0,1
18	59.037	6,9	236	0,0	10	0,0	11	0,0	151	0,0	2.360	0,2
19	-	-	55.717	5,7	54.547	6,2	55.426	5,5	62.344	5,6	60.174	5,0
20	84	0,0	98	0,0	125	0,0	114	0,0	201	0,0	144	0,0
30	5.651	0,7	6.004	0,6	6.358	0,7	6.700	0,7	7.017	0,6	7.487	0,6
40	575	0,1	543	0,1	455	0,1	676	0,1	565	0,0	560	0,0
50	1.256	0,1	2.038	0,2	14.149	1,6	19.956	2,0	19.497	1,7	19.263	1,6
51	18.646	2,2	36.367	3,8	35.118	4,0	22.803	2,3	21.152	1,9	31.964	2,6
52	358.402	42,0	345.773	35,7	383.470	43,3	413.189	41,3	460.220	41,1	449.663	37,2
53	4.526	0,5	4.649	0,5	3.793	0,4	4.947	0,5	4.659	0,4	4.830	0,4
54	19.757	2,3	26.112	2,7	27.149	3,1	127.549	12,7	25.392	2,3	23.904	2,0
55	10.992	1,3	12.143	1,3	16.266	1,8	21.980	2,2	18.847	1,7	18.825	1,5
56	-	-	-	-	-	-	-	-	1.375	0,1	3.491	0,3
58	8.638	1,0	14.371	1,5	11.579	1,3	11.287	1,1	19.326	1,7	19.001	1,6
60	3.066	0,4	2.373	0,2	2.557	0,3	2.538	0,2	2.709	0,2	2.615	0,2
63	721	0,1	923	0,1	939	0,1	970	0,1	835	0,1	925	0,1
64	5.602	0,7	5.711	0,6	6.291	0,7	2.587	0,3	2.283	0,2	2.353	0,2
65	4.004	0,5	4.347	0,4	7.628	0,9	9.620	1,0	923	0,1	3.337	0,3
	561.462	65,9	580.495	59,9	639.681	72,3	764.886	76,5	710.819	63,4	719.081	59,5
71	651	0,1	699	0,1	738	0,1	731	0,1	754	0,1	489	0,0
74	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
75	1.150	0,1	278	0,0	98	0,0	-	-	-	-	-	-
77	2.079	0,2	2.105	0,2	2.028	0,2	-	-	-	-	-	-
78	61.287	7,2	63.113	6,5	22.877	2,6	-	-	-	-	-	-
79	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	65.167	7,6	66.195	6,8	25.741	2,9	731	0,1	754	0,1	489	0,0
	626.629	73,5	646.690	66,7	665.422	75,2	765.617	76,6	711.573	63,5	719.570	59,5
51	31.135	3,7	60.026	6,2	3.445	0,4	52.888	5,3	51.281	4,6	152.592	12,6
54	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
56	-	-	-	-	-	-	-	-	95.686	8,5	65.186	5,4
58	194.775	22,8	262.717	27,1	216.151	24,4	181.665	18,1	261.508	23,4	272.236	22,5
	225.910	26,5	322.743	33,3	219.596	24,8	234.553	23,4	408.475	36,5	490.014	40,5
	852.539	100,0	969.433	100,0	885.018	100,0	1.000.170	100,0	1.120.048	100,0	1.209.584	100,0

Übersicht 4

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur

Aufgabenbereiche		1990		1991		1992		1993	
Kz	Bezeichnung	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
Ausgaben									
Bildungssektor:									
11	Erziehung und Unterricht	48.465	7,7	52.956	7,8	57.083	7,7	61.741	7,2
12	Forschung und Wissenschaft	19.480	3,1	22.966	3,4	24.527	3,3	26.877	3,1
13	Kunst	5.458	0,9	6.090	0,9	6.940	0,9	7.985	0,9
14	Kultus	483	0,1	503	0,1	517	0,1	531	0,1
	Summe	73.886	11,8	82.515	12,2	89.067	12,0	97.134	11,3
Sozialsektor:									
21	Gesundheit	5.116	0,8	6.824	1,0	6.491	0,9	6.964	0,8
22	Soziale Wohlfahrt	134.924	21,6	145.517	21,4	159.645	21,6	183.031	21,4
23	Wohnungsbau	18.479	3,0	20.614	3,1	22.493	3,0	23.633	2,8
	Summe	158.519	25,4	172.955	25,5	188.629	25,5	213.628	25,0
Wirtschaftssektor:									
32	Straßen	14.962	2,4	14.607	2,1	15.363	2,1	15.463	1,8
33	Sonstiger Verkehr	105.143	16,8	109.837	16,2	114.413	15,5	118.931	13,9
34	Land- und Forstwirtschaft	14.129	2,3	15.610	2,3	17.632	2,4	17.936	2,1
35	Energiewirtschaft	181	0,0	166	0,0	199	0,0	274	0,0
36	Industrie und Gewerbe	17.744	2,8	25.441	3,7	22.354	3,0	22.548	2,7
37	Öffentliche Dienstleistungen	4.432	0,7	3.761	0,6	2.510	0,3	3.242	0,4
38	Private Dienstleistungen	5.602	0,9	5.215	0,8	4.063	0,6	4.530	0,5
	Summe	162.193	25,9	174.637	25,7	176.534	23,9	182.924	21,4
Hoheitssektor:									
41	Landesverteidigung	18.092	2,9	18.533	2,7	18.882	2,6	19.734	2,3
42	Staats- und Rechtssicherheit	17.478	2,8	19.115	2,8	20.772	2,8	22.484	2,6
43	Übrige Hoheitsverwaltung	194.690	31,2	211.134	31,1	245.623	33,2	320.223	37,4
	Summe	230.260	36,9	248.782	36,6	285.277	38,6	362.441	42,3
	Gesamtausgaben	624.858	100,0	678.889	100,0	739.507	100,0	856.127	100,0
Einnahmen									
	Bildungssektor	3.134	0,5	3.101	0,5	3.236	0,4	3.065	0,4
	Sozialsektor	73.705	11,8	80.011	11,8	90.644	12,3	96.763	11,3
	Wirtschaftssektor	109.099	17,5	118.149	17,4	122.420	16,6	119.917	14,0
	Hoheitssektor	438.920	70,2	477.628	70,3	523.207	70,7	636.382	74,3
	Gesamteinnahmen	624.858	100,0	678.889	100,0	739.507	100,0	856.127	100,0

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur (Fortsetzung)

Übersicht 4

AB	1994		1995		1996		1997		1998		1999	
Kz	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
11	65.650	7,7	67.465	7,0	67.677	7,6	68.237	6,8	72.003	6,4	75.127	6,2
12	28.654	3,3	28.766	3,0	28.784	3,2	29.149	2,9	31.212	2,8	32.845	2,7
13	8.505	1,0	8.598	0,9	8.609	1,0	8.502	0,8	8.752	0,8	8.694	0,7
14	540	0,1	551	0,0	588	0,1	587	0,1	596	0,1	606	0,1
	103.349	12,1	105.380	10,9	105.658	11,9	106.475	10,6	112.563	10,1	117.272	9,7
21	7.337	0,8	7.257	0,7	8.490	1,0	20.114	2,0	25.257	2,3	25.590	2,1
22	200.082	23,5	213.288	22,0	218.748	24,7	214.777	21,5	216.967	19,4	222.740	18,4
23	23.038	2,7	24.156	2,5	25.320	2,9	25.257	2,5	25.131	2,2	25.082	2,1
	230.457	27,0	244.701	25,2	252.558	28,6	260.148	26,0	267.355	23,9	273.412	22,6
32	15.500	1,8	16.014	1,7	16.327	1,8	93.364	9,3	7.585	0,7	7.346	0,6
33	96.691	11,4	99.672	10,3	88.606	10,0	81.853	8,2	87.614	7,8	80.038	6,6
34	20.467	2,4	33.241	3,4	29.284	3,3	24.747	2,5	23.298	2,1	22.054	1,8
35	262	0,0	202	0,0	140	0,0	78	0,0	44	0,0	25	0,0
36	22.253	2,6	21.087	2,2	17.012	1,9	12.479	1,2	12.269	1,1	11.462	1,0
37	6.219	0,7	3.725	0,4	3.312	0,4	3.820	0,4	4.332	0,4	4.678	0,4
38	3.669	0,5	6.079	0,6	5.721	0,7	4.484	0,5	3.110	0,2	3.564	0,3
	165.061	19,4	180.020	18,6	160.402	18,1	220.825	22,1	138.252	12,3	129.167	10,7
41	20.530	2,4	20.732	2,1	20.942	2,4	21.402	2,1	21.669	1,9	22.323	1,8
42	24.579	2,9	26.295	2,7	27.015	3,0	27.622	2,8	28.944	2,6	30.194	2,5
43	308.563	36,2	392.305	40,5	318.443	36,0	363.698	36,4	551.265	49,2	637.216	52,7
	353.672	41,5	439.332	45,3	366.400	41,4	412.722	41,3	601.878	53,7	689.733	57,0
	852.539	100,0	969.433	100,0	885.018	100,0	1.000.170	100,0	1.120.048	100,0	1.209.584	100,0
BS	3.140	0,4	2.760	0,3	2.849	0,3	2.566	0,2	2.610	0,2	2.264	0,2
SS	114.585	13,4	115.217	11,9	120.158	13,6	118.011	11,8	123.827	11,1	111.889	9,2
WS	101.050	11,9	107.816	11,1	84.123	9,5	78.598	7,9	57.511	5,1	55.242	4,6
HS	633.764	74,3	743.640	76,7	677.888	76,6	800.995	80,1	936.100	83,6	1.040.189	86,0
	852.539	100,0	969.433	100,0	885.018	100,0	1.000.170	100,0	1.120.048	100,0	1.209.584	100,0

Von den Ausgaben wurden insgesamt 21 299 Mill S (1998: 14 324 Mill S) während des Auslaufzeitraumes vom 1. bis zum 20. Jänner 2000 noch zu Lasten der Ansätze für das Finanzjahr 1999 vollzogen, das sind 2,1 % der Ausgaben des Gesamthaushalts.

3.4.2 Abgang des Allgemeinen Haushalts

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts gemäß Art I BFG 1999 war in Verbindung mit Art II und den Ermächtigungen gemäß Art III durch Erlöse aus Schuld aufnehmen zu bedecken. Diese werden im Ausgleichshaushalt verrechnet.

Von der im Art III Abs 1 BFG 1999 eingeräumten Befugnis, entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung im Finanzjahr 1999 die Genehmigung zu Überschreitungen bei den im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II zum BFG 1999) angeführten Ansätzen zu erteilen, hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht.

Von der im Art III Abs 2 BFG 1999 eingeräumten Ermächtigung, einen infolge eines Konjunkturrückganges durch Zurückbleiben der Einnahmen des Allgemeinen Haushalts entstehenden höheren Abgang in Höhe der Mindereinnahmen bis zu 3 % der veranschlagten Einnahmen durch zusätzliche Kreditoperationen zu bedecken, wurde ebenfalls nicht Gebrauch gemacht.

Für die Bedeckung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts waren die im folgenden dargestellten Ermächtigungen vorgesehen:

	Mill S
Bedeckung des veranschlagten Abgangs des Allgemeinen Haushalts aufgrund der	
Ermächtigung gemäß Art II Abs 1 BFG 1999	70 146
+ Ermächtigung gemäß Art II Abs 2 Z 2 BFG 1999	45 404
+ Ermächtigung gemäß Art II Abs 2 Z 3 BFG 1999	1 700
	<hr/>
Gesamter Bedeckungsrahmen	117 250

Der tatsächliche Abgang des Allgemeinen Haushalts in Höhe von 68 194 Mill S war dadurch haushaltsrechtlich bedeckt.

In Übersicht 5 wird die Entwicklung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts dargestellt und zum Bruttoinlandsprodukt in Beziehung gesetzt.

Übersicht 5

Entwicklung des Abgangs

Zl	Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
		Millionen Schilling (Index 1990 = 100)									
1	Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	564.736 (100)	619.857 (110)	657.960 (117)	699.685 (124)	731.447 (130)	764.593 (135)	754.788 (134)	832.836 (147)	777.600 (138)	787.764 (139)
2	Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	501.860 (100)	557.154 (111)	591.563 (118)	601.445 (120)	626.629 (125)	646.690 (129)	665.422 (133)	765.617 (153)	711.573 (142)	719.570 (143)
3	Abgang des Allgemeinen Haushalts	62.876 (100)	62.703 (100)	66.397 (106)	98.240 (156)	104.818 (167)	117.903 (188)	89.366 (142)	67.219 (107)	66.027 (105)	68.194 (108)
4	3 in % von 1	11,1	10,1	10,1	14,0	14,3	15,4	11,8	8,1	8,5	8,7
5	Brutto-Inlandsprodukt ...	1.813.500 (100)	1.945.800 (107)	2.057.300 (113)	2.125.300 (117)	2.237.900 (123)	2.328.700 (128)	2.414.600 (133)	2.514.400 (139)	2.622.600 (145)	2.685.900 (148)
6	3 in % von 5	3,5	3,2	3,2	4,6	4,7	5,1	3,7	2,7	2,5	2,5

3.4.3 Ergebnis der geldwirksamen Gebarung

Über den Vollzug des Bundeshaushalts insgesamt unterrichtet zusammenfassend Übersicht 6. Sie ergänzt die Darstellung des Ergebnisses der voranschlagswirksamen Gebarung durch die voranschlagsunwirksame Gebarung. Die daraus ermittelte kassenmäßige Gesamtgebarung erhöhte den anfänglichen Gesamtbestand von 18 444 Mill S um 24 053 Mill S auf 42 497 Mill S. Die wesentlichen Gründe für diese starke Erhöhung (130 % des anfänglichen Bestandes) liegen einerseits in der Veräußerung von Beteiligungen (12 822 Mill S) und andererseits in Schuldenaufnahmen.

Gesetzliche Bestimmungen über die Verwendung von Kassenbeständen in Bezug auf die Bedeckung des Abgangs gibt es nicht.

Übersicht 6

Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 1999

Bezeichnung	Voranschlag	Zahlungen	Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)
	Schilling		
1. Voranschlagswirksame Gebarung			
1.1 Allgemeiner Haushalt			
Ausgaben	767.584.245.000,00	787.764.242.476,85	- 20.179.997.476,85
Einnahmen	697.438.016.000,00	719.569.808.159,64	+ 22.131.792.159,64
Abgang	70.146.229.000,00	68.194.434.317,21	+ 1.951.794.682,79
1.2 Ausgleichshaushalt			
Ausgaben	264.077.311.000,00	421.819.863.250,54	- 157.742.552.250,54
Einnahmen	334.223.540.000,00	490.014.297.567,75	+ 155.790.757.567,75
Überschuss	70.146.229.000,00	68.194.434.317,21	- 1.951.794.682,79
2. Voranschlagsunwirksame Gebarung			
Ausgaben		2.845.418.628,92	
Einnahmen		26.898.556.983,79	
Überschuss		24.053.138.354,87	
3. Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		24.053.138.354,87	
4. Gesamtbestand			
Anfänglicher Gesamtbestand		18.443.587.267,25	
Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		24.053.138.354,87	
Schließlicher Gesamtbestand		42.496.725.622,12	

Der in Übersicht 6 ausgewiesene schließliche Gesamtbestand der geldwirksamen Gebarung (42 497 Mill S) setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle B.2.1):

	Mill S	
Bargeld	+	139
Wertzeichen	+	18
Guthabenstände bei:		
Österreichische Postsparkasse AG	+	1 105
Oesterreichische Nationalbank	+	7
sonstige Kreditunternehmungen	+	42 454
Schecks		0
schwebende Geldgebarungen	-	1 226
		<hr/>
Summe flüssige Mittel:		42 497

3.4.4 Periodenvergleich des Gesamthaushalts 1999

Gegenüber dem Finanzjahr 1998 stiegen die Ausgaben des Gesamthaushalts um 89 536 Mill S oder 8,0 %. Dieser Anstieg ist auf folgende Veränderungen zurückzuführen (Band 2, Tabellen A.2.1.2 und A.2.1.4):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill S	%
Personalausgaben	+ 5 045	+ 3,7
Ausgaben für Anlagen	- 6 686	- 31,8
Ausgaben für Förderungen	+ 816	+ 1,3
übrige Ausgaben (mit Ausgaben des Ausgleichshaushalts)	+ 84 491	+ 8,6

Die gegenüber 1998 erzielten Mehreinnahmen im Gesamthaushalt von insgesamt 89 536 Mill S (+ 8,0 %) setzen sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle A.1.2):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill S	%
gesunkenes Nettoaufkommen an öffentlichen Abgaben (Kapitel 52)	- 10 557	- 2,3
niedrigere Einnahmen des Bundesbetriebes (Kapitel 71 Bundestheater)	- 265	- 35,1
Mehreinnahmen der übrigen Budgetkapitel (Kapitel 01 bis 51 und 53 bis 65) (mit Einnahmen des Ausgleichshaushalts)	+100 358	+ 37,8

Unter Einschluss der Entnahme von 766 Mill S aus der Ausgleichsrücklage (1998: Zuführung von 27 Mill S) lag 1999 der Abgang des Allgemeinen Haushalts um 2 167 Mill S oder um 3,3 % höher als im vorangegangenen Jahr.

3.5 Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen

3.5.1 Grundlagen

Neben § 41 Abs 3 BHG enthält das BFG 1999 in seinen Art III bis VIII Ermächtigungen zum Abweichen von den grundsätzlich als unüberschreitbare Höchstbeträge anzusehenden Voranschlags-Ausgabenansätzen. Die Bedeckung der bewilligten Ansatzüberschreitungen sollte zum Teil in Mehreinnahmen sowie in Einsparungen bei anderen Ausgabenansätzen (Ausgabenrückstellungen), zum Teil auch in Erlösen aus zusätzlichen Kreditoperationen und in Einzelfällen durch Entnahmen aus Haushaltsrücklagen gefunden werden.

3.5.2 Voranschlagsabweichungen des Allgemeinen Haushalts

Bei den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts erfolgten gegenüber den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Voranschlagsansätzen Mehrausgaben (Überschreitungen) von 60 518 Mill S und Minderausgaben (Einsparungen) von 40 338 Mill S. Überschritten wurden die Ansätze für Personalausgaben um 3 561 Mill S, die Ansätze für Sachausgaben um 56 957 Mill S, hievon erfolgswirksam 44 905 Mill S und bestandswirksam 12 052 Mill S. Erspart wurden bei Ansätzen für Personalausgaben 1 856 Mill S, bei Ansätzen für Sachausgaben 38 482 Mill S, hievon erfolgswirksam 32 678 Mill S und bestandswirksam 5 804 Mill S.

Bei den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts ergaben sich gegenüber den einzelnen Voranschlagsansätzen Mehreinnahmen von 61 545 Mill S und Mindereinnahmen von 39 413 Mill S. In der erfolgswirksamen Gebarung beliefen sich die Mehreinnahmen auf 53 857 Mill S und die Mindereinnahmen auf 31 585 Mill S. In der bestandswirksamen Gebarung waren Mehreinnahmen von 7 688 Mill S und Mindereinnahmen von 7 828 Mill S zu verzeichnen.

Die Abweichungen von den veranschlagten Beträgen haben sich zum Teil finanziell ausgeglichen und wirken sich daher bei den ausgewiesenen Ausgaben- und Einnahmensummen des Allgemeinen Haushalts nicht in voller Höhe aus. Die aus den Minderausgaben und Mehreinnahmen (ermittelt als Abweichung von den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Ansatzbeträgen) erzielten zusätzlichen Deckungsmittel betragen 101 883 Mill S. Da die zusätzlich gewonnenen Deckungsmittel für die Bedeckung der Mehrausgaben und für den Ausgleich der Mindereinnahmen von zusammen 99 931 Mill S (das sind 13,9 % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts) ausreichten, erfolgte durch diese Umschichtungen im Rahmen des Budgetvollzuges eine Verminderung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts in der Höhe von 1 952 Mill S.

Übersicht 7 gibt über das jeweilige Ausmaß der Flexibilität des Budgetvollzugs in den Finanzjahren 1990 bis 1999 Auskunft.

Übersicht 7

Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling									
1.1 Gewonnene zusätzliche Deckungsmittel:										
Minderausgaben:										
Personalausgaben	499	682	5.268	5.872	1.259	1.744	1.317	1.350	1.011	1.856
Sachausgaben – erfolgswirksame Gebarung	18.259	11.609	15.487	26.162	24.952	17.211	14.843	46.712	21.357	32.678
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	2.459	4.007	6.990	5.372	2.160	3.970	4.961	9.710	6.907	5.804
Mehreinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	23.431	22.521	24.359	12.367	25.108	29.738	24.408	105.619	48.311	53.857
bestandswirksame Gebarung	6.280	9.877	4.342	8.903	8.628	4.603	4.161	20.888	4.051	7.688
Summe 1.1	50.928	48.696	56.446	58.676	62.107	57.266	49.690	184.279	81.637	101.883
1.2 Erhöhung des Abgangs	–	–	3.336	34.120	24.118	15.630	–	–	–	–
Summe 1	50.928	48.696	59.782	92.796	86.225	72.896	49.690	184.279	81.637	101.883
2.1 Verwendung der zusätzlichen Deckungsmittel:										
Ausgleich der Mindereinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	9.505	8.340	14.039	35.741	26.445	30.899	18.221	35.338	20.354	31.585
bestandswirksame Gebarung	1.429	4.127	8.798	8.383	9.274	7.300	7.591	4.772	7.234	7.828
Bedeckung der Mehrausgaben:										
Personalausgaben	4.570	1.734	6.818	8.736	4.725	819	1.366	3.253	2.093	3.561
Sachausgaben – erfolgswirksame Gebarung	15.935	15.835	15.975	31.898	17.100	20.719	14.799	120.843	26.626	44.905
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	16.070	18.067	14.152	8.038	28.681	13.159	7.267	19.337	24.047	12.052
Summe 2.1	47.509	48.103	59.782	92.796	86.225	72.896	49.244	183.543	80.354	99.931
2.2 Verminderung des Abgangs	3.419	593	–	–	–	–	446	736	1.283	1.952
Summe 2	50.928	48.696	59.782	92.796	86.225	72.896	49.690	184.279	81.637	101.883
3. Summe 1 bzw 2 in % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	9,0	7,9	9,1	13,3	11,8	9,5	6,6	22,1	10,5	12,9

3.5.3 Überwachung von Ansatzabweichungen

Gemäß § 1 Abs 2 RHG hat der RH Ausgaben, die vom Bundesvoranschlag hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Natur abweichen (überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben) laufend überwacht und insbesondere geprüft, ob in allen derartigen Gebarungsfällen die gesetzlich erforderliche Bewilligung vorlag und ob die vorgesehenen Bedeckungsmaßnahmen eingehalten wurden. In den ansatzweisen Erläuterungen zur Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 4.2 und 4.3) wird vom RH nur bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, auf diesen Mangel hingewiesen.

Im Jahre 1999 kam es diesbezüglich zu keinen Bemängelungen (daher Entfall der Übersicht 7a).

3.6 Vorbelastungen und Vorberechtigungen (einschließlich offen gebliebener Stände des Finanzjahres 1999)

Vorbelastungen und Vorberechtigungen werden in einem eigenen Verrechnungskreis erfasst. So wie die VVW kennt auch dieser Verrechnungskreis Verpflichtungen und Berechtigungen in der Phase 3 sowie Schulden und Forderungen in der Phase 4. Bei letzteren handelt es sich beispielsweise um die erst in künftigen Finanzjahren fällig werdenden Schulden bzw Forderungen. Im Folgenden werden jeweils die Gesamtstände dieses Verrechnungskreises zu Ende des Finanzjahres 1999 zuzüglich der sich zu Jahresende aus der VVW ergebenden, aus dem Vollzug im Finanzjahr 1999 offen gebliebenen Stände angeführt. Der Gesamtstand der Schulden erfasst beispielsweise somit den Stand der nichtfälligen (erst in künftigen Finanzjahren fälligen) Schulden zuzüglich der aus dem Finanzjahr 1999 offen gebliebenen (fälligen) Schulden einschließlich der empfangenen Anzahlungen und der Ersatzschulden.

3.6.1.1 Leasingverpflichtungen und -schulden

Die sich aus Leasingverträgen ergebenden Verpflichtungen sind im Zeitpunkt des Abschlusses des Rechtsgeschäftes voll zu erfassen und werden in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Leasingraten für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Leasingverträgen (zusammen 6 983 Mill S) sind nachgewiesen: Im Bereich BMI 90 Mill S für Dienstkraftfahrzeuge und im Bereich BMWV 6 893 Mill S, hievon 6 884 Mill S für diverse Gebäude sowie 9 Mill S für Büro- und Geschäftsausstattung.

3.6.1.2 Bauträgerverpflichtungen und -schulden

Beim Abschluss von Bauträgerverträgen werden die Verpflichtungen in Höhe der zu erwartenden Gesamtbaukosten voll erfasst und in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Verpflichtungen für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Bauträgervorhaben sind in den Bereichen BMLF 359 Mill S für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft und BMwA 1 476 Mill S, hievon für Schulen der Unterrichtsverwaltung 20 Mill S, für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten 293 Mill S sowie für sonstige Amtsgebäude 1 163 Mill S, nachgewiesen.

3.6.2 Gesamtstand der Verpflichtungen

Die Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre in Band 2, Tabelle A.3.1.2, weist eine Gesamtsumme von 886 382 Mill S aus (1998: 797 197 Mill S). Der größte Teilbetrag von 672 012 Mill S entfiel auf die Verzinsung der Finanzschuld in künftigen Jahren und wird in Band 2, Tabelle C.3.1.1, aufgeschlüsselt. Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 1999 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 5 664 Mill S hinzuzuzählen. Sie sind in Band 2, Tabelle A.1.3, ansatzweise in einer eigenen Spalte bei den Ausgaben ausgewiesen und werden kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.1.1, zusammengefasst. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 1999 beträgt somit 892 046 Mill S (1998: 804 266 Mill S).

Die Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes in den letzten zehn Jahren ist in Übersicht 8 dargestellt.

Übersicht 8

Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling (Index 1990 = 100)									
Verpflichtungen des Bundes	817.417 (100)	829.676 (101)	829.936 (102)	820.931 (100)	877.669 (107)	882.861 (108)	871.616 (107)	806.268 (99)	804.266 (98)	892.046 (109)

3.6.3 Gesamtstand der Berechtigungen

Die Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.3.2) weist 226 142 Mill S (1998: 102 797 Mill S) aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 1999 offen gebliebenen Berechtigungen (ansatzweise bei den Einnahmen in Band 2, Tabelle A.1.3, kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.3.1 dargestellt) in Höhe von 639 Mill S folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 1999 von 226 781 Mill S (1998: 104 275 Mill S).

3.6.4 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden

Der Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden belief sich zum Jahresende 1999 auf 2 117 751 Mill S (Band 2, Tabelle A.3.2.1) und lag damit um 260 915 Mill S oder + 7,6 % über dem Wert des Vorjahres (1998: 1 856 836 Mill S). Der Gesamtstand setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.2.1 und A.3.2.2):

	Mill S
Empfangene Anzahlungen (fällige)	7
Ersatzschulden (fällige)	15 175
Fällige Finanzschulden (Tilgungen)	7
Fällige sonstige Schulden	7 765
Nichtfällige Finanzschulden (Kap 58)	1 687 817
Nichtfällige Rechtsträgerschulden (Kap. 56)	75 801
Nichtfällige Währungstauschver- tragsschulden	62 032
Nichtfällige sonstige Schulden	169 147
	<hr/>
Summe VAV-Schulden	2 117 751

Über die Zusammensetzung der nichtfälligen Finanzschulden (Kap 58) von 1 687 817 Mill S und die Fälligkeiten der künftigen Tilgungsraten, getrennt nach Finanzjahren, gibt Band 2, Tabelle C.3.1.2 Aufschluss. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresstand von 1 568 899 Mill S beträgt + 7,6 %.

Hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Ausweisungen im Bericht des Staatsschuldenausschusses über die Finanzschuld des Bundes 1999 und jenen des vorliegenden Bundesrechnungsabschlusses wird auf TZ 7 verwiesen.

Die Entwicklung des Schuldenstandes des Bundes, der Zinsenverpflichtungen sowie der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen für die Jahre 1990 bis 1999 wird in den Übersichten 14 bis 17 unter TZ 7 dieses Berichtes dargestellt.

3.6.5 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen

Der Gesamtbestand an voranschlagsverbundenen Forderungen betrug zum Jahresende 1999 460 501 Mill S und lag damit um 158 979 Mill S über dem Vergleichswert des Vorjahres (301 522 Mill S) oder + 52,7 %. Der Forderungsbestand setzte sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.4.1 und A.3.4.2):

	Mill S
Anzahlungen für Anlagen	68
Sonstige gegebene Anzahlungen	2 834
Ersatzforderungen	1 633
Fällige Darlehens- forderungen	629
Sonstige fällige Forde- rungen	124 567
Nichtfällige Darlehens- forderungen	83 963
Nichtfällige Forderungen aus Währungstausch- verträgen	159 041
Nichtfällige Forderungen an Rechsträger	76 350
Sonstige nichtfällige Forderungen	- 3 510
	<hr/>
Summe VAV-Forde- rungen	460 501

3.6.6 Rückstände an öffentlichen Abgaben

Die auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückstände an vom Bund einzuhebenden und allenfalls nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes auf die Gebietskörperschaften aufzuteilenden öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) betragen insgesamt 83 176,0 Mill S (1998: 78 579,4 Mill S). Diesen fälligen und nichtfälligen Abgabenrückständen standen Guthaben von 15 158,8 Mill S (1998: 13 607,9 Mill S) ge-

genüber, so dass mit 31. Dezember 1999 Nettorückstände von 68 018,1 Mill S (1998: 64 971,5 Mill S) verblieben. Bezogen auf die Brutto-Einnahmen beim Kapitel 52 (669 786,0 Mill S) waren dies 10,1 % (1998: 9,7 %).

Von den auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückständen (83 176,0 Mill S) entfallen 79 972,3 Mill S auf fällige Rückstände (Band 2, Tabelle A.1.3) und 3 204,6 Mill S auf nichtfällige Rückstände.

Eine Aufgliederung der fälligen Abgaberrückstände nach Abgabarten für die Jahre 1990 bis 1999 zeigt die Übersicht 9.

Von den bei den Finanzämtern und Zollämtern zum 31. Dezember 1999 bestehenden fälligen Abgaberrückständen waren zu diesem Stichtag 38 018,8 Mill S in Vollstreckung. Bei Abgaberrückständen in Höhe von 24 110,2 Mill S war die Einhebung bzw Einbringung gemäß den §§ 212a und 231 Bundesabgabenordnung ausgesetzt. Für 4 413,7 Mill S waren zu diesem Stichtag Ansuchen um Zahlungserleichterungen angemerkelt bzw bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 12 733,0 Mill S auf Insolvenzverfahren.

Übersicht 9

Entwicklung der fälligen Abgaberrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling									
Einkommen- und Vermögensteuern	12.891	14.127	14.970	16.736	17.161	20.127	25.784	26.555	27.650	29.809
Umsatzsteuern	22.526	21.690	22.239	23.993	31.195	28.423	32.896	34.577	35.622	37.514
Einfuhrabgaben	1.046	910	873	909	1.217	771	650	831	906	1.012
Verbrauchssteuern	916	913	666	685	761	1.608	1.018	1.600	1.528	1.766
Stempel- und Rechtsgebühren	163	55	65	132	754	3.116	1.665	1.907	1.716	1.745
Verkehrssteuern	792	640	707	736	867	776	973	929	1.078	1.004
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	1.759	1.907	2.010	2.487	2.618	2.851	5.977	6.443	6.674	7.122
Gesamtsumme Kapitel 52	40.093	40.242	41.530	45.678	54.573	57.671	68.963	72.842	75.174	79.972

Entwicklung der Guthaben von Abgabepflichtigen

Guthaben	10.288	11.631	11.035	12.197	12.703	15.007	15.008	14.886	13.608	15.159
----------------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

3.6.7 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten

Gemäß § 13 der Rechnungslegungsverordnung (RLV), BGBl Nr 150/1990, ist ein Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen in den Bundesrechnungsabschluss aufzunehmen. Dieser Nachweis ist in Band 2, Tabelle A.4.2 enthalten.

Die von den Finanzämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Nachsichten) betragen 3 356,4 Mill S (1998: 3 875,2 Mill S); bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (669 786,0 Mill S) (1998: 670 247,4 Mill S) waren dies 0,50 % (1998: 0,58 %).

Die von den Zollämtern (bisher unberücksichtigten) gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Erlassungen) betragen rd 36,6 Mill S (1998: 24,0 Mill S).

Bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (669 786,0 Mill S) betragen daher die Abschreibungen bei den Finanzämtern und Zollämtern im Jahre 1999 0,51 % (1998: 0,58 %).

3.7 Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben

Seit Geltung der RLV ist bei Ausgabenansätzen zu begründen, wenn aufgrund der buchmäßigen Erfassung von Anordnungen der gemäß § 78 Abs 3 BHG im Finanzjahr zur Verfügung gestandene Betrag nicht eingehalten wurde. Gemeint ist damit ein negativer Saldo der Phase 2 der Phasenbuchführung, also ein negativer Verfügungsrest (zu den Begriffen der Phasenbuchführung siehe TZ 1.5.2). Aus diesem Grund ist in Band 2, Tabellen A.1.2 und A.1.3 eine Spalte "Verfügungsrest" enthalten, aus der kapitel- und ansatzweise ein positiver bzw allenfalls auch ein negativer Verfügungsrest ersichtlich ist.

Da mit den in Phase 2 (= Verfügungen) verbuchten Beträgen den haushaltsleitenden bzw anweisenden Organen die Ermächtigung zur Inanspruchnahme der vom Nationalrat genehmigten Voranschlagsbeträge (= Phase 1) erteilt wird, zeigt ein positiver Saldo der Phase 2, dass diese Ausgabenermächtigung durch Bindungen (= Phase 9) und durch eingegangene Geschäfte, die zu Verpflichtungen (= Phase 3), Schulden (= Phase 4) und Zahlungen (= Phase 5) führten, eingehalten wurde. Ein negativer Saldo der Phase 2 (= negativer Verfügungsrest) bedeutet daher wirtschaftlich gesehen eine "Überziehung des Kontos", das heißt eine Art "Vorgriff" auf künftige Haushalte, auch wenn es durch Auszahlungen nicht zu Mehrausgaben gekommen ist. Er zeigt an, dass über die in Phase 2 festgehaltenen Verfügungsermächtigungen hinaus Bindungen oder Verpflichtungen (etwa durch Bestellungen) eingegangen wurden, Schulden (insbesondere durch Lieferungen oder Leistungen) entstanden sind, deren Richtigkeit dem Grunde und der Höhe nach bereits feststeht, oder Zahlungen erfolgt sind. Damit wird ein negativer Verfügungsrest zu einer wichtigen Kennzahl zur Beurteilung der Finanzmittelbewirtschaftung eines haushaltsleitenden bzw anweisenden Organs. Die Ursachen der damit zum Ausdruck kommenden Entwicklung können beispielsweise entweder im Vollzug des Haushalts ("Überziehung" der Ausgabenermächtigung) oder in einer unzureichenden Veranschlagung begründet liegen. Andererseits können zum Jahresende offen gebliebene positive Verfügungsreste bedeuten, dass Verfügungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden (zB durch überhöhte Veranschlagung, sparsamen Budgetvollzug oder ausgebliebene Lieferungen).

Zu Ende des Finanzjahres 1999 waren im Gesamthaushalt bei 312 Ausgabenansätzen negative Verfügungsreste von insgesamt 19 002 Mill S, hievon 8 521 Mill S für nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen, zu verzeichnen. In Übersicht 10 sind kurze Begründungen zu jenen negativen Verfügungsresten enthalten, die 5 % der Voranschlagsbeträge, jedoch mindestens den Betrag von 1 Mill S überstiegen und dementsprechend zu erläutern waren.

Übersicht 10 Negative Verfügungsreste bei Ausgabenansätzen im Gesamthaushalt 1999

Kap	Anzahl der Ansätze	Gesamtbetrag in Millionen Schilling	B e g r ü n d u n g der zu erläuternden Positionen
01	1	0	War nicht zu erläutern.
02	2	3	Waren nicht zu erläutern.
03	2	1	Waren nicht zu erläutern.
04	2	0	Waren nicht zu erläutern.
10	22	29	Unbeglichene Rechnungen im Zusammenhang mit dem Bundesgesetzblatt und für Aufwendungen der veterinärmedizinischen Anstalten.
11	32	845	Offene Verpflichtungen für Aufwendungen der Zentralleitung, der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes, des Zivildienstes und der Bundespolizei, für Aufwendungen im Zusammenhang mit Deponieräumungen, für Anlagen der Zentralleitung und der Bundesgendarmerie sowie für Förderungen und Aufwendungen der Flüchtlingsbetreuung und Integration.
12	62	464	Offene Bestellaufträge, unbeglichene Rechnungen und sonstige offene Verpflichtungen hauptsächlich für Anlagen und Aufwendungen der Museen, für Aufwendungen der berufsbildenden Schulen, der Nationalbibliothek und Phonothek sowie der Schulaufsichtsbehörden.
13	14	1	Waren nicht zu erläutern.
14	13	220	Offene Verpflichtungen infolge von Lieferverzögerungen im Zusammenhang mit der Ersteinrichtung der Universität für Musik Wien.
15	12	218	Offene Verpflichtungen für ADV-Ausstattung im Bereich Zentralleitung.
17	3	9	Höherer Mittelbedarf für die Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen.
18	5	199	Offene Verpflichtungen für Aufwendungen der Zentralleitung und im Rahmen der Altlastensanierung sowie für die Förderung des Umweltschutzes.
19	6	954	Rückzahlung der Schuld des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.
20	7	36	Offene Verpflichtungen infolge von Lieferverzögerungen betreffend Presse und Information.
30	13	224	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen hauptsächlich für Aufwendungen und Anlagen der Justizanstalten sowie für Anlagen der Justizbehörden in den Ländern.
40	13	826	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen für Aufwendungen von Heer und Heeresverwaltung infolge von Liefer- und Abnahmeverzögerungen und für Aufwendungen sowie für ADV- und Amtsausstattung der Zentralleitung.
50	7	11	Waren nicht zu erläutern.
51	4	8.521	Nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen.
58	2	5	Fällige nicht eingelöste Finanzschulden in fremder Währung.
60	39	841	Offene Verpflichtungen durch die Zurückstellung von genehmigten Bauprojekten – ua infolge der Lawineneignisse – sowie für Aufwendungen der Zentralleitung und der landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten.
63	11	273	Ausständige Bareinlage an die Österreichische Donaubetriebs AG, offene Verpflichtungen für Aufwendungen der Zentralleitung sowie Verzögerungen bei der Abwicklung von EU-kofinanzierten Förderungen.
64	30	5.023	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen vorwiegend für Anlagen u. Aufwendungen der Bundesstraßenverwaltung, der Bundesstraßen, der Schulen der Unterrichtsverwaltung, der land- und forstwirtschaftlichen Schulen und Anstalten und der sonstigen Bundesgebäude, für Aufwendungen der Straßenforschung, der Straßengesellschaften, der Wasserbauverwaltung, der Schulen der Wissenschaftsverwaltung und der Bauten für die Landesverteidigung, weiters für Überweisungen an die Länder, für den Liegenschaftserwerb im Tauschweg sowie für diverse Förderungen.
65	8	206	Verpflichtungen vorwiegend aus der Förderung regional- und strukturpolitischer sowie verkehrswirtschaftlicher Maßnahmen und aus der Technologieförderung.
71	3	93	Offene Bestellungen und unbeglichene Rechnungen für den laufenden Spielbetrieb und die Vorbereitung der Ausgliederung sowie für erforderliche Sanierungsmaßnahmen.
01 – 71	312	19.002	

3.8 Haushaltsrücklagen

Der Bundesminister für Finanzen war gemäß § 53 Abs 1 BHG sowie Art X Abs 1 Z 1 BFG 1999 ermächtigt, nicht in Anspruch genommene Teile bestimmter Ausgabenansätze einer Haushaltsrücklage zuzuführen (Allgemeine Rücklage). Gemäß § 53 Abs 2 BHG war er zur Rücklagenzuführung hinsichtlich der während des Finanzjahres nicht verwendeten zweckgebundenen Einnahmen verpflichtet (Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage). Ferner hatte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs 3 BHG einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen und einen Ausgabenüberschuss im Gesamthaushalt durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen. Anderen als den in § 53 Abs 1 bis 3 BHG angeführten Rücklagenzuführungen durfte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs 4 BHG nur aufgrund bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigung zustimmen. Diese Zuführungsermächtigung wurde in Art X Abs 1 Z 2, 3 und 4 BFG 1999 ausgesprochen (besondere Rücklage). Gemäß Art X Abs 2 BFG 1999 war der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1999 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter Voranschlagsansätze des Titels 2/513 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage). Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen mit der gemäß der 6. BFG-Novelle 1999, BGBl I Nr 102, wieder vorgesehenen Bestimmung im Art X Abs 1 Z 5 BFG 1999 ermächtigt, durch Zahlungen nicht in Anspruch genommene bestimmte Voranschlagsbeträge der Ausgabenansätze mit der Unterteilung 8 (Ermessensausgaben) in Höhe von 50 vH im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Aufwendungen-Rücklage) für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr zu reservieren. Zu Entnahmen aus Haushaltsrücklagen, die aus früheren Finanzjahren stammen, war der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs 6 BHG ermächtigt, wobei gemäß § 53 Abs 7 erster Satz BHG von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch zu machen ist, als dies der Erfüllung fälliger Verpflichtungen dient. Gemäß § 53 Abs 7 zweiter Satz BHG sind jene Haushaltsrücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und zur Bedeckung des gesamten Ausgabenbedarfs des Bundes zu verwenden, wenn die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach weggefallen ist.

Entwicklung 1999	Mill S
Anfänglicher Bestand an Haushaltsrücklagen	32 463
Entnahmen	– 7 540
Auflösungen	– 1 533
Verringerungen	– 3 000
Zuführungen	+ 9 227
	<hr/>
Schließlicher Bestand an Haushaltsrücklagen	29 617

Weitere Ausführungen über die Haushaltsrücklagen enthält die TZ 5.5; über Stand und Entwicklung geben die Übersichten 11 und 12 Auskunft. Betragliche Einzelheiten können den Tabellen A.5.1 bis A.5.4 sowie B.3.3.1 bis B.3.3.4 im Band 2 entnommen werden.

3.9 Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur EU

In der Folge werden jene Kapitel bzw jener Bereich angeführt, zu deren Gunsten bzw Lasten Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der EU-Zahlungen erzielt bzw geleistet wurden (Bruttonachweisung).

Zu den Einnahmen werden Zuschüsse, Förderungen, Rückerstattungen, Einhebungsvergütungen, Kostenersätze und Kostenbeiträge gerechnet. Zu den Ausgaben zählen Eigenmittel, Mitgliedsbeiträge, Ausfuhrerstattungen, Auszahlungen von überwiesenen EU-Mitteln, Kofinanzierungen bzw Vorfinanzierungen (EU-Anteil und nationaler Bundesanteil), EU-Dienstreisen und besondere Verwaltungsaufwendungen für die EU.

Es handelt sich somit einerseits um Zahlungen zwischen dem Bundeshaushalt und den EU-Haushalten, insbesondere dem Gesamthaushalt der EU, sowie andererseits um EU-induzierte Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushaltes zu Lasten bzw zu Gunsten von Wirtschaftsteilnehmern in Österreich.

Weiters wird bemerkt, dass durch die derzeitige Verrechnung (zB Bruttovorfinanzierung) einer projektbezogenen Verrechnung der EU-Mittel, die eine leichtere Nachvollziehbarkeit gewährleisten würde, oft nicht Rechnung getragen wird.

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen (voranschlagswirksam verrechnet) in Schilling	Ausgaben (voranschlagswirksam verrechnet) in Schilling
02	Bundesgesetzgebung	1 805 449,10	32 698 257,76
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	30 461 792,98	376 326 254,15
11	Inneres	8 449 863,62	44 079 221,48
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	9 401 478,57	15 966 150,70
13	Kunst	902 346,01 ¹¹⁾	182 500,--
14	Wissenschaft und Forschung	3 752 004,51	50 337 132,16
15	Soziales	4 928 974,41	3 632 516 562,43
17	Gesundheit	2 422 076,64	1 079 556,31
18	Umwelt	4 391 866,69	324 385 038,58
20	Äußeres	6 479 963,77	40 539 022,32
30	Justiz	2 143 097,54	3 262 080,18
40	Militärische Angelegenheiten	1 117,57	25 877 519,69
50	Finanzverwaltung	398 332 258,75	1 008 160 489, 25
51	Kassenverwaltung	15 883 209 438,94	–
52	Öffentliche Abgaben	3 358 508 749,26	29 151 836 306,53 ¹²⁾
60	Land- und Forstwirtschaft	491 700 024,70	11 246 051 656,34
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	5 580 209,99	151 018 462,13
65	Verkehr und Telekom	1 773 800,18	232 090 883,21
		(nicht voranschlagswirksam verrechnet) in Schilling	
Bereich 11	Bundesministerium für Inneres	9 304 093,89	–
Bereich 65	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	68 442 652,20	68 683 900,10
Gesamtsumme		20 291 991 259,32	46 405 090 993,32

Insgesamt flossen daher 26 113 099 734,-- S im Rahmen der EU-Gebarung, was aber nicht als "Nettozahlungen an die EU" gleichgesetzt werden darf, weil – wie oben ausgeführt – auch nationale Anteilzahlungen in den Ausgaben enthalten sind.

¹¹⁾ EU-Rückzahlungen (1/13068/7280).

¹²⁾ Beitrag zur EU (2/52904).

3.9.1 Besondere Einnahmen-Rücklage (gemäß Art X Abs 2 BFG 1999)

Wie in TZ 3.8 ausgeführt, war der Bundesminister für Finanzen gemäß Art X Abs 2 BFG 1999 in der Fassung Bundesgesetz BGBl I Nr 105/1998 ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1999 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter Voranschlagsansätze des Titels 2/513 einer besonderen Einnahmen-Rücklage zuzuführen (siehe auch Tabelle A.5.4).

Der Endbestand dieser Rücklage beträgt aufgrund von Entnahmen in der Höhe von 260 Mill S und Zuführungen von 239 Mill S Ende 1999 355 Mill S (1998: 376 Mill S).

4. Bericht zur Voranschlagsvergleichsrechnung

4.1 Allgemeine Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen des Gesamthaushalts

Bei den Erläuterungen ist im folgenden einnahmen- und ausgabenseitig aufgrund der Haushaltsgliederung gemäß § 16 Abs 1 BHG vom Rahmen des Gesamthaushalts in der Höhe von 1 209 584 Mill S auszugehen.

4.1.1 Gliederung der Gesamtausgaben 1999

	Mill S	%
Die Gesamtausgaben (1 209 584 Mill S)		
setzen sich wie folgt zusammen		
– Erfolgswirksame Ausgaben	757 170	62,6
– Bestandswirksame Ausgaben	452 414	37,4
Aufteilung der Gesamtausgaben nach dem Verpflichtungsgrund		
– Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	515 656	42,6
– Ermessensausgaben	693 928	57,4
<hr/>		
Nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten lassen sich die Gesamtausgaben in der vorgeannten Höhe aufteilen in		
Personalausgaben (Ges. Verpf. im Allg. Haushalt)	141 447	11,7
Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	646 317	53,4
<hr/>		
Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	787 764	65,1
Ausgaben des Ausgleichshaushalts	421 820	34,9

Eine genauere Aufteilung der Gesamtausgaben nach dem Verpflichtungsgrund – kapitelweise dargestellt und den Voranschlagsbeträgen gegenübergestellt – ist in Band 2, Tabelle A.2.1.1 dargestellt; die kapitelweise Aufteilung nach Personal- und Sachausgaben enthält die Tabelle A.2.1.2.

4.1.1.1 Personalausgaben 1999

	Mill S	%
Von den Personalausgaben (141 447 Mill S) entfielen auf		
– Aktivbezüge	109 416	77,4
– Pensionen	32 031	22,6
Von den Aktivbezügen entfielen auf		
– Geldbezüge für Beamte	66 987	61,2
– Geldbezüge für Vertragsbedienstete	18 709	17,1
– Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	23 720	21,7
Von den Veränderungen gegenüber dem Voranschlag der Personalausgaben (das sind alle Ausgabenansätze mit der Unterteilung 0) entfielen auf		
– Aktivbezüge	+ 3 070	+ 2,9
– Pensionen	– 1 366	– 4,1

4.1.1.2 Sachausgaben 1999 (Gesamthaushalt)

	Mill S	%
Von den Sachausgaben (1 068 137 Mill S) entfielen auf		
– Erfolgswirksame Ausgaben	615 723	57,6
– Bestandswirksame Ausgaben	452 414	42,4
Aufteilung der Sachausgaben nach dem Verpflichtungsgrund		
– Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	374 209	35,0
– Ermessensausgaben	693 928	65,0
Aufteilung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen		
– Anlagen	14 343	1,3
– Förderungen	61 634	5,8
– Übrige Sachausgaben (Aufwendungen)	992 160	92,9

Einzelheiten zu den Sachausgaben sind in Band 2, Tabellen A.2.1.3, A.2.1.4 und A.2.3.2 dargestellt.

4.1.2 Gliederung der Gesamteinnahmen 1999

	Mill S	%
Von den Gesamteinnahmen (1 209 584 Mill S) entfielen auf		
– Erfolgswirksame Einnahmen	699 139	57,8
– Bestandswirksame Einnahmen	510 445	42,2
Bei den Gesamteinnahmen ist zu unterscheiden		
– Einnahmen aufgrund gesetzlichen Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten (zweckgebundene Einnahmen)	140 701	11,6
– Sonstige Einnahmen zur Bedeckung aller Ausgabenarten (Grundsatz der Gesamtbedeckung).	1 068 883	88,4
<hr/>		
Die wesentlichen Positionen betrafen dabei die		
Einnahmen aus öffentlichen Abgaben(netto)	449 663	37,2
Einnahmen des Bundesbetriebes	489	0,0
Weitere Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	269 418	22,3
<hr/>		
Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	719 570	59,5
Einnahmen des Ausgleichshaushalts	490 014	40,5

Eine kapitelweise Aufgliederung der Einnahmen enthält Band 2, Tabellen A.2.2.1 und A.2.2.2.

4.1.3 Absetzungen

Das Ausmaß der durchgeführten Absetzungen, welche das Bruttoergebnis des Finanzjahres 1999 vermindern, ist Band 2, Tabellen A.4.1.1 und A.4.1.2, zu entnehmen.

4.1.4 Richtlinien für die ansatzweisen Erläuterungen

Unterschiede zwischen Voranschlag und Zahlungen (Voranschlagsabweichungen) von mehr als 5 Mill S werden ansatzweise (in der Regel mit Angabe des Prozentsatzes der Abweichung) unter TZ 4.2 und 4.3 erläutert.

Wie in TZ 3.5.3 dargestellt, wird seit 1991 auf die gegebenen haushaltsrechtlichen Grundlagen von ansatzweisen Voranschlagsabweichungen nicht mehr gesondert hingewiesen.

Nur bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, wird auf diesen Mangel ansatzweise ab 0,5 Mill S in den Erläuterungen hingewiesen.

Die finanziell bedeutsamsten Voranschlagsabweichungen werden in den Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen (TZ 4.2 und 4.3) kapitelweise in Kursivdruck zusammengefasst. Dabei werden jene Budgetkapitel besprochen, bei denen die Summen der ansatzweisen Mehr- oder Minderausgaben bzw Mehr- oder Mindereinnahmen den Betrag von 100 Mill S übersteigen.

4.2 Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben**1/01 Präsidentschaftskanzlei**

1/01008 Aufwendungen (+ 43,1 %) + 7 658 523,98 S

Mehrausgaben aufgrund nicht vorhersehbarer Repräsentationsverpflichtungen des Herrn Bundespräsidenten.

1/02 Bundesgesetzgebung

Minderausgaben von 105 Mill S entstanden hauptsächlich bei den Aufwendungen (44 Mill S) und Anlagen (20 Mill S) der Parlamentsdirektion, Förderungen (8 Mill S) und Aufwendungen (8 Mill S) des Nationalrats sowie bei Förderungen-Gesetzliche Verpflichtungen (7 Mill S) und Aufwendungen (6 Mill S) der gemeinsamen Ausgaben für Mitglieder des Nationalrats, Bundesrats und Europaparlaments.

Die Mehrausgaben betragen 13 Mill S.

1/021 Nationalrat

1/02106 Förderungen (– 5,0 %) – 7 500 000,– S

Minderausgaben infolge Bildung einer Ausgabenrückstellung gemäß Punkt I Abs 2 der Durchführungsbestimmungen zum BFG 1999.

1/02108 Aufwendungen (– 16,1 %) – 8 451 772,56 S

Minderausgaben aufgrund der im Wahljahr 1999 geringeren Anzahl von Ausschuss- und Plenarsitzungen des Nationalrates (5,2 Mill S) und weil Kostenersätze für Aufwendungen gemäß § 10 des Bundesbezügegesetzes nicht im Ausmaß der Vergütungsobergrenze in Anspruch genommen wurden (3,1 Mill S).

1/023 Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des Nationalrates, Bundesrates und Europäischen Parlaments

1/02304 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 4,1 %) – 7 306 568,– S

Minderausgaben vor allem, weil Zuwendungen nach dem Klubfinanzierungsgesetz 1985 nicht in der erwarteten Höhe anfielen (3,2 Mill S).

1/02308 Aufwendungen (– 39,5 %) – 6 223 589,67 S

Minderausgaben bei verschiedenen Voranschlagsposten vor allem wegen geringerer Reisetätigkeit der Mitglieder des Nationalrates im Rahmen internationaler Kontakte im Wahljahr 1999.

1/024 Parlamentsdirektion

1/02400 Personalausgaben (+ 6,8 %) + 13 486 369,40 S

Mehrausgaben vor allem aufgrund der Dienstrechts-Novelle 1999 (19,4 Mill S).

Minderausgaben für Mehrleistungsvergütungen (7,9 Mill S), weil zeitliche und mengenmäßige Mehrleistungen bei bestimmten Funktions- und Bewertungsgruppen mit Zulagen abgegolten wurden.

1/02403 Anlagen (– 37,5 %) – 19 688 010,15 S

Minderausgaben vor allem bei Amtseinrichtung (3,4 Mill S) und Parlamentseinrichtung (15,2 Mill S) aufgrund der Aufschiebung geplanter Anschaffungen. Ferner wurden Softwareanschaffungen (ADV) (4,7 Mill S) zurückgestellt.

Mehrausgaben für Hardware (ADV) (7,5 Mill S), insbesondere durch die Anschaffung von ADV-Peripheriegeräten.

1/02408 Aufwendungen (– 18,9 %) – 43 999 662,01 S

Minderausgaben vor allem, weil die Anschaffung von Amtsausstattung (3,9 Mill S) und Instandhaltungsarbeiten an Gebäuden (48,9 Mill S) teils verschoben wurden, teils sich infolge EU-weiter Ausschreibung verzögerten.

Mehrausgaben für die Tätigkeit der Historikerkommission (6,8 Mill S) und infolge vermehrter Auslagerung von Dienstleistungen an Unternehmungen (3,8 Mill S).

1/04 Verwaltungsgerichtshof

1/04000 Personalausgaben (+ 9,5 %) + 11 312 616,10 S

Mehrausgaben vor allem wegen der Optierungen der Richter und Vertragsbediensteten in die ab 1. Jänner 1999 geltenden neuen Bezugsschemata sowie wegen Bewilligung einer zusätzlichen Richterplanstelle.

1/06 Rechnungshof

1/06008 Aufwendungen (– 14,9 %) – 8 626 411,88 S

Minderausgaben vor allem wegen geringerer Ausgaben für Inlandreisen (3,0 Mill S) sowie für Werkleistungen (6,2 Mill S) und, weil Aufträge für Programmierung (ADV) (4,0 Mill S) verschoben wurden.

1/10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Mehrausgaben von 808 Mill S entstanden vorwiegend bei Aufwendungen für regional- und strukturpolitische Maßnahmen (344 Mill S), Förderungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit zentral- und osteuropäischen Republiken sowie neuen unabhängigen Staaten (145 Mill S), Förderungen (86 Mill S), Personalausgaben (26 Mill S) und Aufwendungen (24 Mill S) der Zentraleitung, vermehrten Förderungen (46 Mill S) und Förderungen-Gesetzliche Verpflichtungen (40 Mill S) im Rahmen der Sportförderung sowie durch höhere Ausgaben für das Bundesgesetzblatt (32 Mill S).

Minderausgaben von 141 Mill S betrafen hauptsächlich geringere Ausgaben im Veterinärwesen bei der Epizootie (20 Mill S), Aufwendungen (16 Mill S) und Anlagen (8 Mill S) für den Strahlenschutz, Anlagen (12 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (8 Mill S) der Zentraleitung, Personalausgaben des Statistischen Zentralamts (9 Mill S) und des unabhängigen Bundesasylsenats (7 Mill S), verminderte Presseförderung (zusammen 13 Mill S) und Verringerungen bei den Zuwendungen an politische Parteien (7 Mill S).

1/100 Bundeskanzleramt

1/1000 Zentraleitung

1/10000 Personalausgaben (+ 5,5 %) + 25 786 197,23 S

Mehrausgaben vor allem bei den Beamtenbezügen (14,9 Mill S) infolge Auswirkungen der Besoldungsreform 1998 und Bezugserhöhungen sowie bei den Vertragsbedienstetenentgelten VB I Z (12,3 Mill S) infolge Optionen in das neue Vertragsbedienstetenschema.

Minderausgaben vor allem bei den Vertragsbedienstetenentgelten VB II Z (4,7 Mill S) infolge vermehrter Fremdvergaben.

1/10003 Anlagen (– 22,9 %) – 11 934 702,54 S

Minderausgaben vor allem bei ADV-Hardware (7,3 Mill S) und ADV-Software (7,3 Mill S) infolge nicht umgesetzter Büroautomationsprojekte.

1/10006 Förderungen (+ 117,5 %) + 85 741 095,17 S

Mehrausgaben vor allem bei den Sondermaßnahmen der Bundesregierung, Ausland (28,7 Mill S), insbesondere für Hilfsmaßnahmen im Kosovo, in der Türkei und in Jerusalem, bei der Förderung von Fraueninitiativen (27,0 Mill S) infolge weiteren Ausbaus von Interventions- und Frauenservicestellen, für das Wohnbauprogramm Palästina (21,1 Mill S), bei sonstigen Subventionen (6,2 Mill S) infolge von Zuwendungen an die Europäische Akademie der Wissenschaften – Club of Rome sowie bei den Sondermaßnahmen der Bundesregierung, Inland (4,7 Mill S), insbesondere für das Internationale Menschenrechtsjahr 1998 und das Grubenunglück in Lassing.

1/10007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 3,1 %) – 8 097 214,29 S

Minderausgaben vor allem beim Mitgliedsbeitrag für die OECD (9,8 Mill S) infolge Aufrechnung von Beitragszahlungen, bei Dienstgeberbeiträgen – Sonstige/Regierungsmitglieder (2,5 Mill S), bei sonstigen Versorgungsbezügen (Bezügegesetz, Art V und VI) (1,4 Mill S), bei Zahlungen für Landeshauptmänner (1,1 Mill S) und Landeshauptmann-Stellvertreter (1,1 Mill S) sowie für die OECD-Energieagentur (Beitrag zu Projektkosten) (1,1 Mill S).

Mehrausgaben vor allem bei den sonstigen Ruhebezügen (Bezügegesetz, Art V und VI) (8,4 Mill S) infolge weiterer ausgeschiedener Regierungsmitglieder und aufgrund des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre (BGBl I Nr 64/1997).

1/10008 Aufwendungen (+ 4,2 %) + 24 117 610,21 S

Mehrausgaben vor allem bei den Entgelten an Unternehmungen für Werkleistungen (EU-Information) (55,6 Mill S) infolge der Europa-Informationsinitiative der Bundesregierung, bei den Entgelten an Unternehmungen für Werkleistungen (22,2 Mill S) infolge gestiegener Informationsleistungen für die Bevölkerung, bei den Entschädigungen für den Auslandsdienst des Kurzwellenfunks (6,6 Mill S) infolge gestiegenen Finanzierungsbedarfs sowie bei den Miet- und Pachtzinsen (Kunst) (3,3 Mill S) infolge Neuanmietung.

Minderausgaben vor allem bei Werkverträgen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen - Raumplanung (15,4 Mill S) infolge zurückgestellter Studienprojekte, bei Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (EU-Information) (10,6 Mill S) infolge von Überschneidungen bei der Zurechnung der einzelnen Ausgaben zu den entsprechenden Konten, bei den Miet- und Pachtzinsen/Datenfernübertragungseinrichtungen (7,5 Mill S) und der ADV-Programmerstellung (5,7 Mill S) infolge Nichtrealisierung von Projekten, bei den Repräsentationsausgaben (5,3 Mill S) infolge geringerer Auslandsreisen des Bundeskanzlers, bei Entgelten an Einzelpersonen (3,5 Mill S) infolge geringeren Bedarfs, bei den sonstigen Leistungen der Post (3,3 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme des EU-Telefons sowie bei der ADV-Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (3,2 Mill S) infolge Nichtrealisierung von Projekten.

1/10038 Bundesgesetzblatt (+ 123,7 %) + 31 994 998,85 S

Mehrausgaben vor allem infolge des gestiegenen Umfanges der Bundesgesetzblätter (32,0 Mill S).

1/1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

1/10048 Aufwendungen + 344 220 260,85 S

Mehrausgaben infolge nur mit einem Erinnerungsbetrag veranschlagter EU-Strukturfondsmittel (344,2 Mill S).

1/1005	Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF) (zweckgebundene Gebarung)	
1/10058	Aufwendungen	(+ 3,1 %) + 12 388 000,-- S
	Mehrausgaben vor allem infolge höheren Auszahlungsbedarfs aufgrund zahlungsreifer Abrechnungen (14,0 Mill S).	
1/1006	Zusammenarbeit mit Zentral- und Osteuropäischen Republiken und den Neuen Unabhängigen Staaten	
1/10066	Förderungen	(+ 103,0 %) + 145 021 682,17 S
	Mehrausgaben vor allem bei Hilfsmaßnahmen (165,9 Mill S) infolge vermehrter Unterstützung und humanitärer Hilfeleistungen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo.	
	Minderausgaben vor allem bei Beratungsmaßnahmen (20,9 Mill S) infolge notwendiger Umschichtungen zugunsten von Hilfsmaßnahmen.	
1/1008	Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)	
1/10080	Personalausgaben	(– 15,9 %) – 7 472 103,40 S
	Minderausgaben vor allem bei Beamtenbezügen (8,6 Mill S) und bei Mehrleistungsvergütungen (3,8 Mill S) infolge nicht vorhersehbaren Bedarfs.	
	Mehrausgaben bei Vertragsbedienstetenentgelten (3,9 Mill S) infolge nicht vorhersehbaren Bedarfs.	
1/1009	EU-Ratspräsidentschaft	
1/10098	Aufwendungen	(+ 121,7 %) + 7 155 855,61 S
	Mehrausgaben vor allem bei der Personalbereitstellung (5,4 Mill S) infolge Fertigstellung und Nachbearbeitung von Projekten im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft.	
1/102	Statistisches Zentralamt	
1/10200	Personalausgaben	(– 1,9 %) – 8 955 218,41 S
	Minderausgaben vor allem bei Vertragsbedienstetenentgelten (14,8 Mill S) infolge von Personaleinsparungen.	
	Mehrausgaben vor allem bei Belohnungen und Geldaushilfen (6,6 Mill S) infolge Umsetzung einer Studie.	
1/104	Presse- und Parteienförderung	
1/1043	Zuwendungen an politische Parteien	
1/10434	Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(– 1,4 %) – 6 791 408,73 S
	Minderausgaben vor allem bei den Wahlwerbungskosten-Beiträgen (6,8 Mill S) infolge rückgängiger Anzahl von Wahlberechtigten.	
1/1045	Presseförderung (Allgemeine Förderung)	
1/10456	Förderungen	(– 5,0 %) – 5 041 649,88 S
	Minderausgaben vor allem bei den Zuschüssen an Unternehmungen und Vereine (5,0 Mill S) infolge Kürzung der Förderungsmittel.	

1/1046 Presseförderung (Besondere Förderung)

1/10466 Förderungen (– 5,0 %) – 8 250 000,-- S

Minderausgaben vor allem bei Zuschüssen an Unternehmungen (7,1 Mill S) infolge Kürzung der Förderungsmittel.

1/105 Volksgruppenförderung

1/10506 Förderungen (+ 24,2 %) + 12 544 910,61 S

Mehrausgaben vor allem infolge der Förderung der Volksgruppenradios (15,0 Mill S).

1/107 Sportangelegenheiten**1/1070 Sportförderung**

1/10704 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 10,0 %) + 40 000 000,-- S

Mehrausgaben bei der besonderen Sportförderung (Sporttoto) (40,0 Mill S) infolge gesetzlich geregelter Aufstockung der Totomittel.

1/10706 Förderungen (+ 22,1 %) + 46 122 749,56 S

Mehrausgaben vor allem für die Errichtung von Sportanlagen in Innsbruck, insbesondere für das Tivoli Stadion und die Leichtathletikanlage am Universitätsgelände (zusammen 63,0 Mill S) infolge Verrechnung der Förderungsmittel zu Lasten dieser neu eröffneten Voranschlagsposten, für den World Sports Award of the Century (16,5 Mill S) infolge nicht budgetierter Förderungsmittel, für die Alpine Ski-WM St. Anton 2001 (29,0 Mill S) und sonstige Sportstätten (8,4 Mill S) infolge verstärkter Förderung, für die Ski-Akademie Kitzsteinhorn (8,0 Mill S), bei Zuschüssen an Unternehmungen (6,1 Mill S) infolge eines nicht budgetierten Tarifausgleichs, bei Sportgroßveranstaltungen (3,9 Mill S) infolge zusätzlicher Förderung von Welt- und Europameisterschaften sowie bei der Spitzensportförderung (4,9 Mill S) infolge vermehrter Förderung von Projekten.

Minderausgaben vor allem bei Sportanlagen der Gemeinde Innsbruck (45,0 Mill S) infolge Verrechnung der Förderungsmittel zu Lasten von neu eröffneten Voranschlagsposten, bei den Investitionen der Länder und Gemeinden/Sportstätten sowie der Klagenfurter Messe GesmbH (22,3 Mill S) infolge nicht realisierter Projekte sowie bei den sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen (17,1 Mill S) infolge gekürzter Förderungsmittel.

1/1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

1/10753 Anlagen + 6 185 613,82 S

Mehrausgaben vor allem bei der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (6,4 Mill S) infolge der im Jahr 1998 eingegangenen Zahlungsverpflichtungen für Baumaßnahmen in den ehemaligen Bundessporteinrichtungen.

1/108 Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten und Gentechnologie**1/1081 Strahlenschutz**

1/10813 Anlagen (– 65,2 %) – 7 690 573,65 S

Minderausgaben aufgrund geänderter Verrechnung von Software (6,1 Mill S) sowie bei diversen Ausgabenzwecken (4,9 Mill S).

Mehrausgaben für die Anschaffung von Aerosolmessgeräten und Anlagen für den Datentransfer mit dem Ausland (3,2 Mill S).

1/10818 Aufwendungen (– 17,0 %) – 15 677 457,19 S

Minderausgaben vor allem bei angemieteten Postleitungen (5,0 Mill S) infolge Senkung der Tarife für die Leitungsmieten des Strahlenfrühwarnsystems sowie bei Leistungsaufträgen (8,8 Mill S) infolge verspäteter Fertigstellung von Forschungsaufträgen und Verzögerungen bei der Geräteumrüstung im Bereich des Strahlenfrühwarnsystems.

1/1082 Veterinärwesen

1/10827 Epizootie (– 33,8 %) – 19 974 133,51 S

Minderausgaben bei Handelswaren (9,9 Mill S) infolge geringeren Bedarfs an Tollwutködern sowie bei Entgelten an Einzelpersonen (4,6 Mill S) infolge geringeren Bedarfs an TBC-Untersuchungen.

1/109 Dienststellen

1/1092 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

1/10920 Personalausgaben (+ 30,0 %) + 5 061 899,80 S

Mehrausgaben vor allem durch die Auswirkungen des neuen Vertragsbedienstetenrechts (3,0 Mill S).

1/11 Inneres

Mehrausgaben von 991 Mill S betrafen vorwiegend Personalausgaben der Bundespolizei (351 Mill S), der Bundesgendarmerie (180 Mill S) und der Zentraleitung (84 Mill S), Aufwendungen (145 Mill S), Förderungen (58 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (20 Mill S) für Einrichtungen zur Flüchtlingsbetreuung und Integration, Aufwendungen des Zivildienstes (55 Mill S) sowie vermehrte Zahlungen an die BIG (31 Mill S).

Minderausgaben von 555 Mill S betrafen vor allem Aufwendungen (209 Mill S) und Anlagen (30 Mill S) der Bundesgendarmerie, Aufwendungen (185 Mill S) und Anlagen (20 Mill S) der Bundespolizei, Anlagen der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes (41 Mill S) sowie verminderte Aufwendungen für Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt F, Z 13 BMG (15 Mill S).

1/110 Bundesministerium für Inneres

1/1100 Zentraleitung

1/11000 Personalausgaben (+ 9,3 %) + 83 631 629,89 S

Mehrausgaben vor allem bei den Beamtenbezügen (33,7 Mill S), den Mehrleistungsvergütungen (18,9 Mill S), den Vertragsbedienstetenentgelten (zusammen 18,2 Mill S), den sonstigen Dienstgeberbeiträgen für Beamte und Vertragsbedienstete (zusammen 6,6 Mill S) und den sonstigen Nebengebühren (5,7 Mill S) aufgrund der Auswirkungen des jährlichen Struktureffektes, der allgemeinen Bezugerhöhung in Höhe von 2,5 % bzw des Vertragsbediensteten-Reformgesetzes aufgrund der Umstellung in der Verrechnung des Nachdienstgeldes für Exekutivbeamte sowie infolge vermehrter Zuteilungen von Exekutivbeamten.

1/11008 Aufwendungen (– 0,8 %) – 5 444 121,14 S

Minderausgaben vor allem bei den ADV-Lizenzgebühren (32,9 Mill S) aufgrund von Vorauszahlungen im Jahre 1998 und des Wegfalls von Gebühren, bei ADV-Instandhaltungen von Maschinen und maschinellen Anlagen (31,0 Mill S) durch Abbau von Büroautomations- und Kommunikationssystem-Geräten (BAKS), sonstigen Firmenleistungen (zusammen 7,8 Mill S), übrigen Gerichtskosten (7,0 Mill S), Instandhaltung von Gebäuden (6,0 Mill S), Schadensvergütungen (5,7 Mill S) und bei den Beiträgen an das Schengener-Generalsekretariat (4,0 Mill S).

Mehrausgaben für ADV-Konzepte, Analysen und Gutachten für Schengen- und Outsourcing-Projekte (zusammen 35,6 Mill S), ADV-Programmerstellung (zusammen 4,0 Mill S), bei den sonstigen ADV-Leistungen (zusammen 13,3 Mill S), ADV-Gebrauchsgütern (10,1 Mill S), Druckwerken (zusammen 6,6 Mill S), übrigen Ausgaben (6,0 Mill S) durch die Leistung der Ergreiferprämie in der Causa Franz Fuchs, Transportleistungen (zusammen 4,2 Mill S) sowie bei ADV-Software, Energiebezügen, Instandhaltung von sonstigem Inventar, sonstigen Geldverkehrsspesen und für die Herstellung von Ablichtungen (zusammen 9,0 Mill S).

1/1101 Zahlungen an die BIG

1/11018 Aufwendungen (+ 21,6 %) + 30 971 396,52 S

Mehrausgaben bei den Investitionsmieten durch die Sanierungsmaßnahmen in der Roßbauerkaserne und die Generalsanierung der BPD Klagenfurt (zusammen 43,0 Mill S) sowie durch die Normmietzahlungen für die Bundesamtsgebäude Eisenstadt, Murau und Krems (3,8 Mill S).

Minderausgaben im Bereich der Bundespolizei bei den Normmieten (6,5 Mill S) und Betriebskosten (7,1 Mill S) durch bauliche Verzögerungen beim Amtsgebäude Roßbauer Lände sowie bei den Zuschlagsmieten (1,1 Mill S).

1/111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)

1/1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

1/11103 Anlagen (– 62,9 %) – 40 987 776,46 S

Minderausgaben vor allem bei der VA-Post Luftfahrzeuge aufgrund einer Rücklagenbildung für die Beschaffung von Hubschraubereinheiten (39,2 Mill S).

1/11108 Aufwendungen (+ 11,9 %) + 6 998 273,49 S

Mehrausgaben aufgrund altersbedingter Intensivierung der Instandhaltungsarbeiten an Luftfahrzeugen (zusammen 12,9 Mill S).

Minderausgaben bei den Treibstoffen (zusammen 3,4 Mill S) sowie bei den Ersatzteilen für Luftfahrzeuge durch geringere Flugstunden (zusammen 1,4 Mill S).

1/1114 Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen

1/11146 Förderungen (+ 131,2 %) + 9 182 196,68 S

Die Förderung von Interventionsstellen und Opferschutzeinrichtungen stellt seit 1998 ein neues Aufgabengebiet dar. Durch die Ausweitung der Betreuungsstruktur auf die Bundesländer Niederösterreich, Kärnten, Vorarlberg und Burgenland sind Mehrausgaben (9,2 Mill S) entstanden.

1/1116 Auslandseinsätze gemäß BGBl I Nr 38/1997

1/11168 Aufwendungen (+ 65,4 %) + 13 190 784,06 S

Mehrausgaben ergaben sich durch die verstärkte Entsendung von Exekutivbeamten zu Auslandseinsätzen (Bosnien-Herzegowina, Ostslawonien, Albanien, Osttimor und Kosovo) vor allem bei den Auslandzulagen (9,7 Mill S) sowie bei der Bekleidung und Ausrüstung (2,1 Mill S).

1/1117 Zivildienst

1/11178 Aufwendungen (+ 12,3 %) + 54 556 120,88 S

Mehrausgaben bei den Ersätzen und Überweisungen gemäß § 41 ZDG (zusammen 42,3 Mill S) durch den vermehrten Einsatz von Zivildienstleistenden und bei den sonstigen Leistungen (zusammen 13,7 Mill S).

1/1118	Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	
1/11183	Anlagen (zweckgebundene Gebarung)	(– 33,0 %) – 13 195 225,72 S
	Minderausgaben durch Verzögerungen bei der Beschaffung von technischen Geräten (4,3 Mill S) und Sonderanlagen (8,9 Mill S).	
1/1119	Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt F, Z 13 BMG	
1/11198	Aufwendungen	(– 5,0 %) – 15 000 000,01 S
	Minderausgaben vor allem bei den sonstigen Leistungen im Zusammenhang mit der Räumung der Helene-Berger-Deponie.	
1/112	Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand)	
1/1122	Fremdenwesen	
1/11228	Aufwendungen	(+ 44,4 %) + 5 391 796,56 S
	Mehrausgaben vor allem bei den Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz (4,4 Mill S) durch die gestiegene Anzahl von fremdenpolizeilichen Maßnahmen.	
1/113	Bundespolizei	
1/1130	Bundespolizei	
1/11300	Personalausgaben	(+ 5,1 %) + 350 626 108,99 S
	Mehrausgaben vor allem bei den Mehrleistungsvergütungen (161,1 Mill S) durch vermehrtes Überstundenaufkommen aufgrund von Demonstrationen, bei den sonstigen Nebengebühren (134,0 Mill S) insbesondere durch die Umstellung der Verrechnung des Nachtdienstgeldes für Exekutivbeamte von den Aufwendungen zu den Personalausgaben, bei den Vertragsbedienstetenentgelten (zusammen 64,1 Mill S) aufgrund der Auswirkungen des jährlichen Struktureffektes, der allgemeinen Bezugserhöhung von 2,5 % sowie der Auswirkungen des Vertragsbediensteten-Reformgesetzes, bei den Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (16,1 Mill S) sowie bei den Nebentätigkeitsvergütungen (4,1 Mill S) und bei den Jubiläumszuwendungen (3,2 Mill S).	
	Minderausgaben bei den Beamtenbezügen (26,2 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen für Beamte (5,3 Mill S) infolge der restriktiven Planstellen-Nachbesetzungen.	
1/11303	Anlagen	(– 8,8 %) – 20 086 194,51 S
	Minderausgaben bei den Fernmeldeeinrichtungen (zusammen 12,8 Mill S) vor allem durch Ausgabenrückstellungen zugunsten anderer Verrechnungspositionen, bei den Amtsausstattungsanforderungen (zusammen 10,3 Mill S) sowie bei den sonstigen Kraftfahrzeugen (7,4 Mill S).	
	Mehrausgaben für Bewaffnung und Schießanlagen (6,5 Mill S), bei der Kücheneinrichtung (2,8 Mill S) sowie für Bekleidung und Ausrüstung (zusammen 2,6 Mill S).	
1/11308	Aufwendungen	(– 12,6 %) – 185 241 192,86 S
	Minderausgaben bei den Aufwandsentschädigungen (105,5 Mill S) aufgrund der Umstellung der Verrechnung des Nachtdienstgeldes für Exekutivbeamte zu den Personalausgaben, bei den Leistungen der Post (22,1 Mill S) insbesondere aufgrund der Änderung der Vergütung sowie der Umstellung bei Exekutionsverfahren auf "Online-Betrieb", bei Entgelten für Flughafenüberwachung (15,9 Mill S) aufgrund von Verzögerungen bei der Privatisierung des Flughafens	

Salzburg, bei Munition (15,2 Mill S) aufgrund verspäteter Ausschreibung, bei Energiebezügen (zusammen 13,3 Mill S) durch Sparmaßnahmen und neue Fälligkeitsvereinbarungen sowie bei Kennzeichentafeln für Kraftfahrzeuge (13,1 Mill S) durch neue Fälligkeitsvereinbarungen. Weitere Minderausgaben entstanden bei Vergütungen gemäß § 129 KFG (zusammen 9,4 Mill S) durch Einführung der Computerprüfung, bei Druckwerken (zusammen 7,4 Mill S), Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz (6,2 Mill S), sonstigen Verbrauchsgütern (6,0 Mill S), Treibstoffen für Kraftfahrzeuge (zusammen 6,0 Mill S), Schreib-, Zeichen- und sonstigen Büromitteln (zusammen 5,3 Mill S), Ersatzteilen für Fahrzeuge (zusammen 5,1 Mill S), Instandhaltung von Gebäuden (4,4 Mill S) und Verpflegskosten für Polizeiarrestanten (3,2 Mill S).

Mehrausgaben bei der sonstigen Amtsausstattung (15,3 Mill S), insbesondere durch die Generalsanierung von Dienststellen und Errichtung von BAKS-Arbeitsplätzen, bei den Entgelten für DNA-Analysen (10,8 Mill S), bei Miet- und Pachtzinsen (zusammen 8,2 Mill S), sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (7,4 Mill S), bei der Instandhaltung von Sonderanlagen (6,7 Mill S) und Versicherungen (5,4 Mill S).

1/1131 Bundespolizei (zweckgebundene Gebarung)

1/1131 Personalausgaben (– 12,4 %) – 10 343 247,20 S

Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (13,5 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben ergaben sich vor allem bei den Beamtenbezügen und sonstigen Nebengebühren (zusammen 3,3 Mill S).

1/114 Bundesgendarmerie

1/1140 Bundesgendarmerie

1/1140 Personalausgaben (+ 2,3 %) + 179 531 159,40 S

Mehrausgaben bei den sonstigen Nebengebühren (174,2 Mill S), insbesondere durch die Umstellung der Verrechnung des Nachtdienstgeldes für Exekutivbeamte von den Aufwendungen zu den Personalausgaben, bei den Mehrleistungsvergütungen (134,2 Mill S) durch Überstundenleistungen infolge von Elementarereignissen und Katastrophen sowie im Zuge von verstärkten Überwachungsmaßnahmen beim Grenzdienst.

Minderausgaben vor allem bei den Beamtenbezügen (46,1 Mill S), den Vertragsbedienstetenentgelten (zusammen 57,1 Mill S), den Dienstgeberbeiträgen für Beamte (zusammen 10,6 Mill S) und Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (zusammen 12,6 Mill S), hauptsächlich infolge der restriktiven Nachbesetzung von Planstellen, sowie bei den Jubiläumszuwendungen (1,4 Mill S).

1/11403 Anlagen (– 6,4 %) – 30 092 719,69 S

Minderausgaben bei den Fernmeldeeinrichtungen (zusammen 41,3 Mill S) vor allem durch Ausgabenrückstellungen zugunsten erkennungsdienstlicher Ausrüstungsgegenstände, bei Bewaffnung und Schießanlagen (6,9 Mill S), bei den Wasserfahrzeugen (5,0 Mill S) und den Maschinen (2,8 Mill S).

Mehrausgaben im Wesentlichen für erkennungsdienstliche Maßnahmen (22,5 Mill S), vorwiegend für Kfz-Wärmebildausrüstungen, sowie bei der Amtsausstattung (3,0 Mill S).

1/11408 Aufwendungen (– 13,2 %) – 209 479 299,03 S

Minderausgaben bei den Aufwandsentschädigungen (zusammen 132,7 Mill S) aufgrund der Umstellung der Verrechnung des Nachtdienstgeldes für Exekutivbeamte zu den Personalausgaben, den Leistungen der Post (73,1 Mill S) ua aufgrund der Änderung der Vergütung bzw Verzögerungen beim Ausbau des BMI-Netzes sowie bei Mietenvorauszahlungen (38,5 Mill S), bei Bekleidung und Ausrüstung (18,2 Mill S), den sonstigen Leistungen von Gewerbe-

treibenden, Firmen und juristischen Personen (14,5 Mill S), bei Treibstoffen für Kraftfahrzeuge (14,0 Mill S), Inlandreisen (zusammen 12,4 Mill S), der Amtsausstattung (9,1 Mill S) und den Energiebezügen (3,7 Mill S), vorwiegend durch Einsparungen, Bedarfsüberschätzung bzw gesetzliche Änderungen.

Mehrausgaben entstanden vorwiegend durch den Ausbau des Grenzdienstes, und zwar vor allem bei der Instandhaltung von Gebäuden (22,0 Mill S), bei den Miet- und Pachtzinsen (zusammen 16,6 Mill S), Reinigungskosten (14,9 Mill S), Entgelten für DNA-Analysen (10,8 Mill S), Planungskosten (10,6 Mill S), Instandhaltungen von Sonderanlagen (10,5 Mill S), Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz (6,3 Mill S), Instandhaltungen von sonstigen Kraftfahrzeugen (5,2 Mill S), sonstigen Verbrauchsgütern (3,6 Mill S), Transferzahlungen an den Gendarmeriemassafonds (3,2 Mill S) sowie bei den Schulungskosten (2,2 Mill S).

1/115 Besondere Einrichtungen

1/1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

1/11506 Förderungen (+ 49,6 %) + 57 975 673,95 S

Mehrausgaben vor allem infolge der Betreuung von Kriegsflüchtlingen aus dem Kosovo (68,8 Mill S).

Demgegenüber Minderausgaben bei den Förderungen an private Institutionen (11,1 Mill S).

1/11507 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 141,4 %) + 20 498 988,30 S

Mehrausgaben bei den Sozialversicherungsbeiträgen für Asylwerber (20,6 Mill S) durch die gestiegene Anzahl von Asylwerbern, vor allem wegen der Kosovo-Krise.

1/11508 Aufwendungen (+ 77,7 %) + 145 017 201,09 S

Die Mehrausgaben sind durch die gestiegene Anzahl von Asylwerbern und Kriegsflüchtlingen, insbesondere aus dem Kosovo, entstanden, und zwar bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (zusammen 89,4 Mill S), Transporten (zusammen 29,3 Mill S), Taschengeld für hilfsbedürftige Flüchtlinge (12,5 Mill S), Kranken- und Heilanstaltskosten (12,2 Mill S), Lebensmitteln (zusammen 8,9 Mill S), Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe und Instandhaltung von Gebäuden sowie Entgelten für sonstige Werkleistungen (zusammen 4,1 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei den Beiträgen zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen (9,7 Mill S) und den Beiträgen an das ICMPD (International centre for migration policy development) (3,5 Mill S).

1/1152 Bundesasylamt

1/11520 Personalausgaben (+ 18,1 %) + 7 569 727,20 S

Mehrausgaben bei den Vertragsbedienstetenentgelten (8,8 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (1,4 Mill S) durch die Auswirkungen des Vertragsbediensteten-Reformgesetzes bzw Planstellenaufstockung.

Minderausgaben bei den Beamtenbezügen (3,7 Mill S) infolge restriktiver Besetzung von Planstellen.

1/11528 Aufwendungen (+ 26,9 %) + 7 726 908,01 S

Mehrausgaben durch die gestiegene Zahl von Asylwerbern, insbesondere bei den Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz (4,5 Mill S), sowie bei Instandhaltung von Gebäuden und sonstigen Verbrauchsgütern (zusammen 2,8 Mill S).

1/12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Mehrausgaben von 2 491 Mill S betrafen vorwiegend Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der allgemein bildenden (1 429 Mill S) und berufsbildenden (63 Mill S) Pflichtschulen, Personalausgaben an technischen und gewerblichen Lehranstalten (301 Mill S), an Handelsakademien und Handelsschulen (154 Mill S), an den Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (149 Mill S), an allgemein bildenden höheren Schulen (118 Mill S), an den BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik (18 Mill S) sowie auch der Museen (13 Mill S). Weiters entstanden Mehrausgaben bei den Aufwendungen der Museen (zusammen 62 Mill S) sowie den Förderungen im Rahmen der Erwachsenenbildung (28 Mill S).

Minderausgaben von 762 Mill S entstanden insbesondere bei den Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für allgemein-pädagogische Erfordernisse (189 Mill S) und der pädagogischen Akademien (28 Mill S), bei Aufwendungen (153 Mill S), Förderungen (29 Mill S) sowie Bezugsvorschüssen (15 Mill S) im Bereich der Zentraleitung, bei den Aufwendungen für Zahlungen an die BIG (107 Mill S), bei Förderungen des Denkmalfonds im zweckgebundenen Gebahrungsbereich (50 Mill S), bei den Anlagen der Museen (22 Mill S) und der allgemein bildenden höheren Schulen (21 Mill S) sowie bei den Aufwendungen der technischen und gewerblichen Lehranstalten (14 Mill S) und der Sozialakademien, der Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (12 Mill S).

1/120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten**1/1200 Zentraleitung**

1/12003 Anlagen (+ 9,0 %) + 6 030 952,79 S

Mehrausgaben beim Erwerb von Rechten (30,1 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben vorwiegend für Schulraumbeschaffung (12,2 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen, für Hardware (5,5 Mill S) sowie für Software (4,1 Mill S) infolge kontengerechter Verbuchung.

1/12005 Bezugsvorschüsse (- 29,3 %) - 14 646 380,-- S

Minderausgaben vor allem infolge geringerer Gewährung von sonstigen Bezugsvorschüssen (12,0 Mill S).

1/12006 Förderungen (- 21,7 %) - 28 676 000,27 S

Minderausgaben für Anniversarien (16,0 Mill S), für die Interkulturförderung (13,5 Mill S), für sonstige gemeinnützige Einrichtungen (4,8 Mill S) sowie beim Verein Österreichische Schule Prag (3,0 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen; weiters für die allgemeine Kulturförderung (6,1 Mill S), für die Förderung von Minderheiten (4,3 Mill S) sowie für den Bildungsfilm (3,6 Mill S) infolge Änderung der Verrechnungsweise.

Mehrausgaben für Zuschüsse an Unternehmungen (7,0 Mill S) und für Baukostenzuschüsse (5,8 Mill S) infolge Änderung der Verrechnungsweise; weiters für das Kardinal-König-Haus (5,0 Mill S) infolge Eröffnung dieser Verrechnungspost.

1/12007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 1,3 %) + 7 667 753,20 S

Mehrausgaben beim Kultus - Ständige Leistungen (9,7 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/12008 Aufwendungen (- 17,6 %) - 152 623 490,74 S

Minderausgaben für Leistungen von Gewerbetreibenden (zusammen 108,2 Mill S), für Druckwerke (31,4 Mill S), für Schulraumbeschaffung und -be-

wirtschaftung (26,6 Mill S) sowie für Entgelte für Anniversarien (12,2 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen; weiters für Entgelte an die BRZ GmbH (13,1 Mill S) infolge Ausgabenrückstellung.

Mehrausgaben bei Leistungen für Anniversarien (11,9 Mill S), für Mieten von DFÜ-Leitungen (7,5 Mill S), bei der Instandhaltung von Gebäuden (4,1 Mill S) sowie für Patent- und Lizenzgebühren (3,1 Mill S) infolge vermehrten Anfalls; weiters für Programmierstellung (10,2 Mill S) und für Aushilfskräfte (4,0 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.

1/1201 Zahlungen an die BIG

1/12018 Aufwendungen (– 5,5 %) – 107 004 336,43 S

Minderausgaben vor allem bei Zuschlagsmieten (84,4 Mill S), bei Schulraum-Normmieten (40,6 Mill S) und bei Betriebskosten (10,4 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben bei Mieterinvestitionen (28,3 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1202 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten – Schulraum (zweckgebundene Gebarung)

1/12028 Aufwendungen + 9 246 790,12 S

Mehrausgaben für die Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung (9,2 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1205 Museen (Anstalten öffentlichen Rechts)

1/12058 Aufwendungen (+ 4,6 %) + 8 321 000,-- S

Mehrausgaben für die Basisabteilung an das Kunsthistorische Museum (8,3 Mill S).

1/122 Bundesministerium; Zweckaufwand

1/1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse

1/12206 Förderungen (– 11,3 %) – 5 219 031,80 S

Minderausgaben vor allem bei sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen (1,7 Mill S), beim Museum "Arbeitswelt Steyr" (1,5 Mill S) sowie bei der Kulturvermittlung (1,2 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen.

1/12207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 24,0 %) – 189 374 158,05 S

Minderausgaben bei Schülerbeihilfen (118,6 Mill S) sowie bei der Studienförderung (63,8 Mill S) infolge geringeren Anfalls; weiters bei Gutachterkommissionen (5,6 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.

1/1221 Erwachsenenbildung

1/12216 Förderungen (+ 16,5 %) + 28 072 348,07 S

Mehrausgaben bei sonstigen Einrichtungen der Erwachsenenbildung (14,5 Mill S), bei den gesamtösterreichischen Einrichtungen für Zuschüsse zu Personal- und Sachausgaben (4,0 Mill S) sowie bei der Kammer der gewerblichen Wirtschaft (3,3 Mill S) infolge dringend erforderlichen Bedarfs; weiters für die Nachholung von Bildungsabschlüssen (37,7 Mill S) und für die Kofinanzierungen der EU (4,0 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben bei gemeinnützigen Einrichtungen (8,9 Mill S), beim Entwicklungsplan-Projektförderung (8,3 Mill S), für den Förderungsschwerpunkt innovative Bildungsangebote (6,5 Mill S), für die Bildungsinformation und Bildungsberatung (4,9 Mill S), für strukturverbessernde Maßnahmen (4,7 Mill S) sowie

beim Volksbüchereiwesen-Projektförderung (3,9 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen.

1/1225 Allgemein bildendes Schulwesen

1/12256 Förderungen (– 10,8 %) – 11 435 000,-- S

Minderausgaben vor allem bei Zuschüssen für sonstige Anlagen (3,5 Mill S), bei sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen (2,5 Mill S) und bei der Internationalen Schule Wien (1,8 Mill S) infolge allgemeiner Einsparungsmaßnahmen.

1/1229 Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung)

1/12296 Förderungen (– 100,0 %) – 50 120 000,-- S

Minderausgaben bei Baukostenzuschüssen (50,0 Mill S) mangels entsprechender Einnahmen.

1/124 Nachgeordnete Dienststellen

1/1244 Museen

1/12440 Personalausgaben (+ 4,3 %) + 13 497 343,60 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (8,6 Mill S) infolge Vorrückungen und der Optionsmöglichkeiten der Besoldungsreform sowie bei den Vertragsbediensteten I (3,7 Mill S) und bei den Dienstgeberbeiträgen (3,4 Mill S).

Minderausgaben für Entgelte an Vertragsbedienstete II (3,8 Mill S) infolge Nichtnachbesetzung von ausgeschiedenem Personal.

1/12443 Anlagen (– 12,0 %) – 21 556 594,71 S

Minderausgaben für Betriebsausstattungen (45,0 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen.

Mehrausgaben für Neuanschaffungen von Sammlungsobjekten (23,7 Mill S) für das Technische Museum.

1/12448 Aufwendungen (+ 13,6 %) + 49 998 771,78 S

Mehrausgaben vor allem für Leistungen von Gewerbebetrieben und Firmen (64,1 Mill S), für Miet- und Pachtzinse (7,7 Mill S), für sonstige Transporte (5,7 Mill S) und für Werkverträge (entstanden durch verstärkten Ausstellungsbetrieb sowie die Wiedereröffnung des Technischen Museums).

Minderausgaben bei der Stiftung Leopold (29,2 Mill S) und beim Museumsquartier (5,7 Mill S) infolge Ausgabenrückstellung.

1/1245 Museen (zweckgebundene Gebarung)

1/12458 Aufwendungen (+ 235,4 %) + 12 317 478,13 S

Mehrausgaben vor allem für Leistungen von Gewerbebetrieben und Firmen (5,4 Mill S) und für sonstige Transporte (3,2 Mill S) für den Ausstellungsbetrieb und für Kunsttransporte.

1/1246 Nationalbibliothek und Phonotheke

1/12463 Anlagen (+ 12,6 %) + 5 000 000,-- S

Mehrausgaben vor allem für die Betriebsausstattung (9,1 Mill S), für maschinelle Anlagen (3,8 Mill S) sowie für ADV-Betriebsausstattungen (3,2 Mill S), entstanden durch verstärkten Ausstellungsbetrieb und die Aufrüstung des neuen Bibliothekssystems.

Minderausgaben bei den Sondersammlungen (12,2 Mill S) infolge Ausgabenrückstellung.

1/12468 Aufwendungen (+ 11,9 %) + 7 000 000,-- S

Mehrausgaben vor allem für Leistungen von Gewerbebetrieben und Firmen (8,1 Mill S) für die Neuproduktion der Kartensammlung und den Ausbau des Pressebüros.

1/1247 Bundesdenkmalamt

1/12476 Förderungen (+ 3,6 %) + 5 650 850,47 S

Mehrausgaben für Baukostenzuschüsse an Gemeinden (12,5 Mill S) und sonstige gemeinnützige Einrichtungen (3,7 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.

Minderausgaben für Baukostenzuschüsse im privaten Bereich (5,9 Mill S) und an die Länder (5,1 Mill S) infolge Ausgabenrückstellung.

1/1248 Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)

1/12486 Förderungen (+ 40,4 %) + 12 303 933,94 S

Mehrausgaben für das Wiener Konzerthaus (17,2 Mill S) durch höheres Spendenaufkommen.

Minderausgaben für Baukostenzuschüsse im privaten Bereich (4,4 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.

1/126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene

1/1260 Schulaufsichtsbehörden

1/12603 Anlagen (– 27,1 %) – 7 064 437,77 S

Minderausgaben bei der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (6,2 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen.

1/12607 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 6,2 %) – 5 665 865,14 S

Minderausgaben vor allem bei Aushilfskräften (3,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/127 Allgemein bildende Schulen

1/1270 Allgemein bildende höhere Schulen

1/12700 Personalausgaben (+ 1,0 %) + 118 193 351,62 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (115,3 Mill S), für Entgelte von Vertragsbediensteten I/L (47,1 Mill S) sowie für Dienstgeberbeiträge (41,5 Mill S) infolge vermehrter Aufnahmen; weiters für Jubiläumsgeldleistungen (21,4 Mill S) und für Belohnungen und Geldaushilfen (3,2 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.

Minderausgaben für Entgelte von Vertragsbediensteten II (15,8 Mill S), von Vertragsbediensteten I (14,2 Mill S) sowie von Vertragsbediensteten I/R (6,3 Mill S) infolge Reduzierung von Planstellen; weiters Minderausgaben für Mehrdienstleistungsvergütungen (76,3 Mill S) infolge Gesetzesänderung.

1/12703 Anlagen (– 18,3 %) – 20 846 468,38 S

Minderausgaben bei der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (20,2 Mill S) infolge Verschiebung von Anschaffungen sowie bei Software (6,9 Mill S) infolge kontengerechter Verbuchung.

Mehrausgaben bei Maschinen und maschinellen Anlagen (6,3 Mill S) infolge vermehrter Anschaffungen.

1/12707 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 2,4 %) – 8 370 752,87 S

Minderausgaben vor allem bei der Besoldung der im Dienstverhältnis zu privaten Schulerhaltern stehenden Lehrer (5,4 Mill S) sowie für kirchlich bestellte Religionslehrer (zusammen 8,8 Mill S) infolge deren vermehrter Übernahme in ein Bundesdienstverhältnis.

Mehrausgaben für Nebengebühren (9,6 Mill S) infolge vermehrten Anfalls.

**1/1272 Allgemein bildende höhere Schulen
(zweckgebundene Gebarung)**

1/12728 Aufwendungen (+ 66,9 %) + 6 468 353,70 S

Mehrausgaben vor allem für geringwertige Wirtschaftsgüter, Energiebezüge und Leistungen von Gewerbetreibenden (zusammen 3,7 Mill S) infolge vermehrten Anfalls.

1/1275 Allgemein bildende Pflichtschulen

1/12757 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 4,2 %) + 1 429 392 273,91 S

Mehrausgaben vor allem für laufende Transferzahlungen gemäß FAG (1 521,6 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben bei der Besoldung der im Dienstverhältnis zu privaten Schulerhaltern stehenden Lehrer (71,0 Mill S) und bei Dienstgeberbeiträgen (18,4 Mill S) infolge Änderung der Verrechnungsweise.

1/128 Berufsbildende Schulen

1/1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

1/12800 Personalausgaben (+ 6,4 %) + 301 247 557,38 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (100,0 Mill S), für Entgelte von Vertragsbediensteten I/L (6,4 Mill S) sowie für Dienstgeberbeiträge (21,1 Mill S) infolge allgemeiner Bezugserhöhungen; weiters für Mehrleistungsvergütungen (192,5 Mill S) und für Jubiläumszuwendungen (5,9 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben für Entgelte von Vertragsbediensteten I (22,1 Mill S) und Vertragsbediensteten II (6,8 Mill S) infolge Personaleinsparungen.

1/12803 Anlagen (+ 8,7 %) + 10 780 169,91 S

Mehrausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen (21,2 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen.

Minderausgaben für Software (8,4 Mill S) infolge kontengerechter Verbuchung.

1/12808 Aufwendungen (– 3,5 %) – 14 346 630,68 S

Minderausgaben für Energiebezüge (8,2 Mill S) infolge günstigen Witterungsverlaufes; weiters für Inlandreisen (4,7 Mill S), für die Instandhaltung von sonstigen Anlagen (4,4 Mill S) sowie von Gebäuden (3,3 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen; schließlich für Miet- und Pachtzinse (4,3 Mill S) infolge geringerer Anzahl von Anmietungen sowie für sonstige Gebühren und Kostenersätze (4,1 Mill S) infolge Einsparungen.

Mehrausgaben für geringwertige Einrichtungserfordernisse (13,3 Mill S) sowie für Patent- und Lizenzgebühren (5,6 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen; weiters für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland (4,1 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1281	Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe	
1/12810	Personalausgaben	(+ 4,6 %) + 149 039 254,-- S
	Mehrausgaben für Entgelte von Vertragsbediensteten (zusammen 108,3 Mill S) sowie für Mehrleistungsvergütungen (11,4 Mill S) und Dienstgeberbeiträge (41,9 Mill S) infolge vermehrter Aufnahmen.	
	Minderausgaben für Bezüge von Beamten (15,0 Mill S) infolge vermehrter Pensionierungen.	
1/12818	Aufwendungen	(- 4,1 %) - 11 545 884,49 S
	Minderausgaben für Leistungen von Gewerbetreibenden (5,8 Mill S), für Lebensmittel (3,6 Mill S) sowie für Inlandreisen (3,6 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.	
	Mehrausgaben für sonstige Gebühren und Kostenersätze (6,0 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/1282	Handelsakademien und Handelsschulen	
1/12820	Personalausgaben	(+ 4,4 %) + 153 856 575,71 S
	Mehrausgaben für Mehrleistungsvergütungen (70,7 Mill S), für Entgelte von Vertragsbediensteten I/L (32,4 Mill S), für Bezüge von Beamten (30,7 Mill S) sowie für Dienstgeberbeiträge (21,5 Mill S) infolge vermehrter Aufnahmen; weiters Mehrausgaben für Jubiläumsszuwendungen (5,7 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.	
	Minderausgaben für Entgelte von Vertragsbediensteten II (7,5 Mill S) infolge Personaleinsparungen.	
1/12823	Anlagen	(+ 10,7 %) + 5 550 150,80 S
	Mehrausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen (8,7 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffung von ADV-Geräten.	
1/12828	Aufwendungen	(- 3,2 %) - 7 001 544,57 S
	Minderausgaben für Inlandreisen (5,2 Mill S), für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden (4,4 Mill S) sowie für sonstige Gebühren und Kostenersätze (4,1 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.	
	Mehrausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter (9,0 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen sowie für Werkverträge (4,8 Mill S).	
1/1284	Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe (zweckgebundene Gebarung)	
1/12848	Aufwendungen	(+ 23,4 %) + 11 366 372,82 S
	Mehrausgaben vor allem für Lebensmittel (6,6 Mill S) infolge vermehrter Teilnahme am Mittagstisch.	
1/1285	Berufsbildende Pflichtschulen	
1/12857	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(+ 4,8 %) + 62 754 071,24 S
	Mehrausgaben für laufende Transferzahlungen gemäß FAG (62,8 Mill S) infolge vermehrter Besetzung von Planstellen und allgemeiner Bezugsenerhöhung.	

1/1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	
1/12868	Aufwendungen	(- 14,8 %) - 5 591 104,37 S
	Minderausgaben für Lebensmittel (5,5 Mill S) infolge rationellerer Beschaffungsweise.	
1/129	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	
1/1290	Pädagogische Akademien	
1/12907	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 23,5 %) - 28 022 807,48 S
	Minderausgaben vor allem für Aushilfskräfte (16,2 Mill S) und für Mehrleistungsvergütungen (5,0 Mill S) infolge Planstellenumschichtungen.	
1/12908	Aufwendungen	(- 10,8 %) - 10 421 042,59 S
	Minderausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden (6,7 Mill S) sowie für Leistungen der Post (2,1 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.	
1/1291	Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	
1/12910	Personalausgaben	(+ 3,0 %) + 18 335 557,40 S
	Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (20,4 Mill S), für Entgelte von Vertragsbediensteten I/L (5,8 Mill S) sowie für Dienstgeberbeiträge (3,6 Mill S) infolge vermehrter Personalaufnahmen.	
	Minderausgaben für Mehrdienstleistungsvergütungen (11,0 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.	
1/12918	Aufwendungen	(- 8,9 %) - 7 225 091,95 S
	Minderausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter (5,8 Mill S) infolge Verschiebung von Anschaffungen.	
1/13	Kunst	
	<i>Mehrausgaben in Höhe von 130 Mill S betrafen vor allem die Förderungsansätze von Musik und darstellender Kunst (73 Mill S) sowie des Filmwesens (27 Mill S) und Kapitalbeteiligungen an Bundestheatergesellschaften (10 Mill S).</i>	
	<i>Die Minderausgaben betragen 41 Mill S.</i>	
1/130	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/1301	Musik und darstellende Kunst	
1/13016	Förderungen	(+ 17,2 %) + 72 853 000,-- S
	Mehrausgaben beim Wiener Konzerthaus (65,4 Mill S) für die Generalsanierung sowie für private Theater (8,8 Mill S) aufgrund höherer Zuschüsse an mittlere und kleinere gemeinnützige Bühnen und an sonstige gemeinnützige Einrichtungen (7,6 Mill S) für musikkulturelle Aufgaben.	
	Minderausgaben bei Zuschüssen an Unternehmungen (8,2 Mill S) und bei den privaten Haushalten (6,6 Mill S) durch verstärkte Inanspruchnahme von Kunstförderungsbeiträgen.	

1/1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung)

1/13036 Förderungen (+ 7,8 %) + 5 349 076,89 S

Mehrausgaben vorwiegend bei Zuschüssen an Unternehmungen (8,4 Mill S) für Projekte, die bei anderen Ansätzen mangels finanzieller Bedeckung nicht verrechnet werden konnten.

Minderausgaben hauptsächlich beim kulturpolitischen Maßnahmenkatalog (8,4 Mill S), weil weniger innovative Projekte eingereicht wurden.

1/1304 Filmwesen

1/13046 Förderungen (+ 14,4 %) + 27 442 862,96 S

Mehrausgaben beim Österreichischen Filminstitut (26,5 Mill S), weil viele Filmprojekte noch vor Ende des Jahres fertig wurden, und bei den gemeinnützigen filmkulturellen Einrichtungen (4,0 Mill S).

Minderausgaben bei den privaten Haushalten (4,6 Mill S) aufgrund geringerer Anzahl von Projektansuchen.

1/131 Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand)**1/1310 Amt der Bundestheater**

1/13100 Personalausgaben (+ 78,2 %) + 6 538 177,-- S

Mehrausgaben für Beamte (6,8 Mill S), weil bei Budgeterstellung die genaue Zahl der Optanten zu den neuen Gesellschaften nicht feststand.

1/1311 Bundestheatergesellschaften

1/13113 Kapitalbeteiligungen + 9 999 000,-- S

Mehrausgaben für die Stammeinlagen (10,0 Mill S) der fünf Gesellschaften.

1/13117 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 4,6 %) – 31 199 999,-- S

Minderausgaben für die Basisabteilung (31,2 Mill S) an die drei Bühnengesellschaften und die Theaterholding GesmbH.

1/14 Wissenschaft und Forschung

Mehrausgaben von 1 253 Mill S betrafen hauptsächlich Personalausgaben der Universitäten (650 Mill S) sowie der Universitäten der Künste (18 Mill S), Förderungen für die wissenschaftliche Forschung (260 Mill S), die Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute (18 Mill S) sowie für die anwendungsorientierte Forschung (15 Mill S), Aufwendungen (148 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (20 Mill S) der anwendungsorientierten Forschung, Anlagen der Universitäten der Künste (35 Mill S) und Aufwendungen der wissenschaftlichen Anstalten (31 Mill S).

Minderausgaben von 770 Mill S entstanden hauptsächlich bei den Aufwendungen (173 Mill S) und den Anlagen (141 Mill S) im nicht zweckgebundenen Gebarungsbereich sowie den Personalausgaben (54 Mill S) und Aufwendungen (19 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich der Universitäten, bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (117 Mill S), Aufwendungen (54 Mill S) und Förderungen (17 Mill S) der hochschulischen Einrichtungen, bei Förderungen für Fachhochschulen (37 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Universitäten der Künste (26 Mill S) sowie bei den Aufwendungen der Forschungseinrichtungen (26 Mill S) und der Forschungsunternehmungen (16 Mill S).

1/140	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	
1/1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft	
1/14000	Personalausgaben	(+ 2,6 %) + 6 205 421,70 S
	Mehrausgaben bei den Bezügen von Beamten (10,4 Mill S) infolge von Bezugserhöhungen.	
	Minderausgaben überwiegend bei den Entgelten der Vertragsbediensteten (3,6 Mill S) aufgrund der Nichtbesetzung von Planstellen.	
1/14005	Bezugsvorschüsse	(- 28,9 %) - 7 231 390,-- S
	Minderausgaben vor allem bei den sonstigen Bezugsvorschüssen (6,3 Mill S) infolge geringerer Antragstellungen.	
1/14008	Aufwendungen	(+ 5,9 %) + 5 999 849,18 S
	Mehrausgaben bei der Instandhaltung von Gebäuden (8,2 Mill S) und den Miet- und Pachtzinsen (4,0 Mill S) aufgrund der Renovierungs- und Übersiedlungsarbeiten für das Amtsgebäude in der Teinfaltstraße.	
	Minderausgaben bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (7,1 Mill S) infolge verstärkter Einsparungsbemühungen.	
1/14018	Zahlungen an die BIG	(+ 0,3 %) + 5 799 979,35 S
	Mehrausgaben bei den Zuschlagsmieten (134,7 Mill S), da Vorhaben, die als Mieterinvestitionen vorgesehen waren, im Wege von Zuschlagsmieten finanziert wurden.	
	Minderausgaben bei den Normmieten (73,3 Mill S) infolge der Aussetzung der Reservierungsentgeltzahlungen für die Aspanggründe sowie bei den Betriebskosten (29,9 Mill S), weil deren Höhe noch nicht feststand und daher nur Teilzahlungen geleistet wurden. Schließlich auch Minderausgaben bei den Mieterinvestitionen (25,7 Mill S), weil nicht für alle im Jahr 1999 in Angriff genommenen Vorhaben Abschlussrechnungen vorlagen.	
1/141	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/1410	Hochschulische Einrichtungen	
1/14106	Förderungen	(- 5,0 %) - 16 590 089,10 S
	Minderausgaben bei den Studentenheimen (190,7 Mill S), weil große Investitionen fast ausschließlich über Studentenheimträger getätigt wurden, bei den Baukostenzuschüssen für Studentenmensen (13,4 Mill S), da die Förderung über die Österreichische Mensenbetriebsgesellschaft mbH erfolgte. Schließlich Minderausgaben bei den sonstigen Transferzahlungen an Gemeinden (4,0 Mill S), weil die Endabrechnung für die Generalsanierung des ehemaligen Kolpinghauses in Innsbruck noch nicht vorlag.	
	Mehrausgaben bei der Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten (54,9 Mill S) infolge dringend notwendig gewordener Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden. Weitere Mehrausgaben aufgrund eines rascheren Baufortschritts bei der Errichtung von Studentenheimen ergaben sich bei den Kapitaltransfers an die übrigen Sektoren der Wirtschaft (43,7 Mill S), beim Internationalen Studentenhaus Innsbruck (34,1 Mill S), bei der Österreichischen Jungarbeiterbewegung (12,3 Mill S), bei der Österreichischen Studentenförderungsstiftung (11,3 Mill S), bei den Dr Adolf Schärf-Studentenheimen (11,2 Mill S), beim Oberösterreichischen Studentenwerk (9,7 Mill S) und beim Studentenunterstützungsverein Akademikerhilfe (4,1 Mill S). Schließlich Mehrausgaben für das Salzburger Studentenwerk (8,6 Mill S) infolge der vorzeitigen Tilgung eines Darlehens und bei der Österreichischen Mensenbetriebsgesellschaft mbH (4,8 Mill S) aufgrund	

der Sanierung und Neukonzeption der Mensa der Technischen Universität Wien im Institutsgebäude Freihausgründe.

1/14107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 7,5 %) – 117 240 405,48 S

Minderausgaben bei der Studienförderung (117,2 Mill S) infolge der geringeren Zahl von Zuerkennungen.

1/14108 Aufwendungen (– 5,4 %) – 53 662 981,28 S

Minderausgaben bei den sonstigen Miet- und Pachtzinsen (64,7 Mill S) aufgrund verringerter Anmietungen, beim Universitätszentrum Althanstraße (21,1 Mill S), weil die Schlussrechnungen wegen anhängiger Gerichtsverfahren noch nicht vorlagen, bei den sonstigen Leistungen (ADV) (23,8 Mill S) und bei den sonstigen Transporten (6,8 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme. Weitere Minderausgaben bei der Studienunterstützung (11,3 Mill S) aufgrund geringerer Antragstellungen, bei der Wissenschafts- und Erziehungskooperation (4,9 Mill S) infolge der Verlagerung einiger Programme in Bereiche der EU-Zusammenarbeit, bei den Messebeteiligungen (4,5 Mill S) aufgrund von Einsparungsmaßnahmen, schließlich bei der Studienunterstützung (4,1 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme.

Mehrausgaben bei der Universität Salzburg für Raumbeschaffung (30,8 Mill S) aufgrund der vorzeitigen Refundierung der anteiligen Kosten für die Erweiterung des Universitäts- und Landessportzentrums Rif, beim Universitätszentrum Althanstraße – Überbauungsrechtsentgelt (26,7 Mill S) infolge einer im Jahr 1999 vereinbarten zusätzlichen Einmalzahlung, bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (25,2 Mill S) hauptsächlich aufgrund der vermehrten Nutzung von ADV-Netzen durch die Universitäten sowie bei der Studientätigkeit im Ausland (3,7 Mill S) infolge vermehrter Zuerkennung von Stipendien.

1/1414 Wissenschaftliche Forschung

1/14146 Förderungen (+ 43,3 %) + 260 000 000,-- S

Mehrausgaben bei der Sonderdotation (Technologiemilliarde) (190,0 Mill S) und dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (40,0 Mill S) aufgrund vermehrter Vergabe von Projekten des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, bei den Schrödinger-, Meitner- und Habilitationsstipendien (30,0 Mill S) infolge der Intensivierung des Hertha Firnberg-Programms.

1/1415 Anwendungsorientierte Forschung

1/14156 Förderungen + 15 091 754,-- S

Mehrausgaben bei den Fachhochschul-Kooperationen (Technologiemilliarde) (10,2 Mill S) infolge der Finanzierung der Aktion "Kooperation.Fachhochschulen mit der Wirtschaft" sowie beim Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Technologiemilliarde) (4,8 Mill S), weil für das Kooperationsprojekt "Molekulare Medizin" eine Rate fällig wurde.

1/14157 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 8,8 %) + 19 658 916,78 S

Mehrausgaben bei EUMETSAT (33,4 Mill S) infolge des Starts des Polarsystem-Programmes EPS.

Minderausgaben beim ESA-Beitrag (13,8 Mill S) aufgrund von Kursschwankungen.

1/14158 Aufwendungen (+ 59,4 %) + 148 443 013,40 S

Mehrausgaben bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (118,3 Mill S) und den Impulsprogrammen im Rahmen der Technologiemilliarde (31,3 Mill S) hauptsächlich infolge der Finanzierung von Referenzprojekten und der Zahlung eines Gesellschafterzuschusses

an die TIG-Technologieimpulse GmbH und die TECH-GATE Vienna GmbH. Weitere Mehrausgaben bei den Vorhaben ESA-ARTES (44,0 Mill S), ESA-PP (24,8 Mill S), ESA-MSG (20,0 Mill S), ESA-GSTP (5,8 Mill S) sowie ESAEOPP (3,7 Mill S) aufgrund der Verschiebung des Zahlungsplanes.

Minderausgaben bei den Vorhaben ASTP 4 (41,7 Mill S), ESA-DRTM (32,9 Mill S) sowie ESA-ARIANE (23,9 Mill S) infolge der Verschiebung des Zahlungsplanes.

1/1416 Forschungseinrichtungen

1/14168 Aufwendungen (– 43,1 %) – 25 534 844,23 S

Minderausgaben bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (15,2 Mill S), bei den Vorträgen, Seminaren und Tagungen (7,2 Mill S) und bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (4,5 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme dieser Leistungen.

**1/1417 Österreichische Akademie der Wissenschaften und
Forschungsinstitute**

1/14176 Förderungen (+ 4,3 %) + 17 550 000,-- S

Mehrausgaben beim Investitionsprogramm aus der Technologiemilliarde (10,6 Mill S) aufgrund von Investitionen im High Tech-Bereich an Instituten der österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie bei den APART-Stipendien (8,0 Mill S) zur Verbesserung der Förderung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

1/14178 Aufwendungen (+ 11,7 %) + 8 999 999,33 S

Mehrausgaben hauptsächlich für die Galerie der Forschung (5,4 Mill S), weil ein Beitrag zum Institut Max von Laue-Paul Langevin (ILL) fällig wurde.

1/1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

1/14186 Förderungen (+ 20,0 %) + 12 427 145,32 S

Mehrausgaben bei den gemeinnützigen Einrichtungen (9,8 Mill S), für den Verein der Freunde der Salzburgstiftung (5,6 Mill S), bei den Zuschüssen an Unternehmungen (5,4 Mill S), für das Salzburg Seminar (4,5 Mill S) sowie für die Jerusalem Foundation (4,0 Mill S) infolge vermehrter Antragstellung.

Minderausgaben bei den Zuschüssen an universitäre Einrichtungen (12,0 Mill S) und bei den privaten Haushalten (6,9 Mill S) aufgrund geringerer Antragstellung.

1/1419 Forschungsunternehmungen

1/14196 Förderungen (– 3,0 %) – 11 439 000,-- S

Minderausgaben bei den Investitionskostenzuschüssen an das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf für Gebäude (6,7 Mill S) und maschinelle Anlagen (6,7 Mill S) resultieren aus den gemäß Art XVI Abs 1 BFG 1999 verfügbaren Bindungen.

1/14198 Aufwendungen (– 8,3 %) – 15 725 350,-- S

Minderausgaben bei den laufenden Transferzahlungen an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (15,7 Mill S) resultieren aus den gemäß Art XVI Abs 1 BFG 1999 verfügbaren Bindungen.

1/142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen**1/1420 Universitäten**

1/14200 Personalausgaben (+ 6,0 %) + 649 779 808,52 S

Mehrausgaben vor allem bei den Bezügen von Beamten (zusammen 456,8 Mill S) und den Entgelten von Vertragsbediensteten (zusammen 274,6 Mill S), den Dienstgeberbeiträgen (95,6 Mill S) sowie den Belohnungen und Geldaushilfen (3,1 Mill S) infolge von Vorrückungen, Beförderungen und Bezugserhöhungen bei den Beamten bzw aufgrund der Vertragsbediensteten-reform.

Minderausgaben bei den Vergütungen für Nebentätigkeit (zusammen 180,4 Mill S) sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (5,7 Mill S) aufgrund ge-ringerer Nachbesetzungen.

1/14203 Anlagen (– 10,6 %) – 141 157 185,17 S

Minderausgaben bei Maschinen und maschinellen Anlagen (120,7 Mill S) infolge verminderter Anschaffungen, bei den Ersteinrichtungen (88,9 Mill S) aufgrund von Liefer-, Planungs- und Bauverzögerungen, bei der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (32,3 Mill S) infolge der Auflassung von Anmietungen und Zurückstellung von Anschaffungen im Hinblick auf eine Übersiedlung in Neu-bauprojekte, schließlich bei der Software (zusammen 22,5 Mill S) sowie bei den Unterrichts- und Forschungserfordernissen (14,1 Mill S) aufgrund zu hoher Ver-anschlagung.

Mehrausgaben bei der Hardware (ADV) (135,4 Mill S) sowie der ADV-Betriebs-ausstattung (7,5 Mill S) infolge eines stark vermehrten Bedarfs an Neu- und Wiederbeschaffungen.

1/14207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 1,4 %) – 10 365 926,68 S

Minderausgaben überwiegend bei der Abgeltung von Lehrtätigkeit (164,8 Mill S) und Lehrveranstaltungs-Abgeltungen (56,9 Mill S) infolge geringerer Inanspruch-nahme von Remunerationen und Vergütungen sowie aufgrund der Übertragung der Abgeltung der zusätzlichen Lehrtätigkeit der Bundesbediensteten zu den Kollegengeldern und Nebentätigkeiten. Weitere Minderausgaben bei den Prü-fungsentschädigungen (33,6 Mill S) infolge der Absenkung der Prüfungsgebüh-ren.

Mehrausgaben bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 74,9 Mill S) infolge der Einbeziehung der Lehrbeauftragten in die Lohnsteuerpflicht, bei den Lehr-auftrags-Remunerationen (66,4 Mill S) und bei den Gastprofessoren-Vergütun-gen (19,9 Mill S) aufgrund vermehrter Lehrtätigkeit sowie bei den Mitarbeitern im Lehrbetrieb (43,1 Mill S) durch den vermehrten Einsatz von kostengünstigeren Studienassistenten. Weitere Mehrausgaben bei den Ausbildungsbeihilfen und -beiträgen (BGBl Nr 430/75 und 184/86) (10,8 Mill S) infolge der Verlängerung des Studiums der Zahnmedizin, bei den Lehrveranstaltungsabgeltungen (BGBl Nr 463/74) (9,3 Mill S) sowie den Prüfungsentschädigungen für Lehr-beauftragte (7,5 Mill S) aufgrund vermehrter Lehr- und Prüfungstätigkeit, bei den Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen (5,7 Mill S), weil die Veterinärmedizinische Universität erst 1999 die Wasser-rechnung für 1997/1998 erhalten hat und verbuchen konnte, schließlich beim Strahlenschutzgesetz – Beseitigung von radioaktivem Abfall (5,2 Mill S), da eine Rechnung aus dem Jahr 1998 erst 1999 einlangte und bezahlt werden konnte.

1/14208 Aufwendungen (– 4,7 %) – 173 323 819,81 S

Minderausgaben entstanden bei Energiebezügen (104,7 Mill S), Leistungen der Post (71,9 Mill S), Reinigung der Universitäten durch Unternehmungen (45,5 Mill S), Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (34,7 Mill S), geringwertigen Wirtschaftsgütern (29,4 Mill S), Miet- und Pachtzinsen für Hard-ware (ADV) (29,1 Mill S), Instandhaltung von Maschinen und maschinellen An-lagen (23,3 Mill S), Bibliothekserfordernissen (18,6 Mill S), Instandhaltung von Ma-schinen und maschinellen Anlagen (ADV) (17,0 Mill S), Schreib-, Zeichen- und

sonstigen Büromitteln (12,1 Mill S), sonstigen Transporten (11,8 Mill S), Programmerstellung (ADV) (11,6 Mill S), Chemikalien (10,2 Mill S), Instandhaltung von sonstigen Anlagen (9,9 Mill S), Aufwandsentschädigungen (9,3 Mill S), Fahrtkostenzuschüssen (9,2 Mill S), Inlandreisen (8,6 Mill S) und den Exkursionen (5,2 Mill S) infolge von Bauverzögerungen sowie durch Einsparungs- und Verbesserungsmaßnahmen.

Mehrausgaben aufgrund der Neueinrichtung und Inbetriebnahme von Gebäuden sowie wegen gestiegener Studentenzahlen betrafen Leistungen von Firmen, Gewerbetreibenden und juristischen Personen (74,8 Mill S), die Instandhaltung von Gebäuden (54,6 Mill S), Werkverträge (33,3 Mill S), Lizenzgebühren für ADV-Software (29,2 Mill S), Miet- und Pachtzinse (16,4 Mill S), Druckwerke (14,4 Mill S), sonstige Nachrichtenübermittlungen (13,0 Mill S), ADV-Gebrauchsgüter (11,7 Mill S), sonstige ADV-Leistungen (9,9 Mill S), Mieten von DFÜ-Leitungen (9,8 Mill S), sonstige Verbrauchsgüter (8,9 Mill S), Lizenzgebühren (6,3 Mill S), Refundierungen von Nebengebühren (6,0 Mill S), Dienstgeberbeiträge für Werkverträge (4,8 Mill S), Vergütungen an das BMWV (4,1 Mill S) sowie geringwertige ADV-Ersatzteile (3,3 Mill S).

1/1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)

1/14210 Personalausgaben (– 45,0 %) – 54 020 292,10 S

Minderausgaben vor allem bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (65,2 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (12,4 Mill S) infolge des verringerten Personalstandes.

Mehrausgaben bei den Vergütungen für Nebentätigkeit (24,3 Mill S) aufgrund zu geringer Veranschlagung.

1/14217 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 23,7 %) + 9 482 488,17 S

Mehrausgaben bei den Anteilen der Universitätslehrkräfte an Taxen (9,0 Mill S), sowie den sonstigen Dienstgeberbeiträgen (4,4 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben bei der Abgeltung von Lehrtätigkeit (Remunerationen, Vergütungen) (5,6 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

1/14218 Aufwendungen (– 9,7 %) – 18 523 145,92 S

Minderausgaben bei den sonstigen Verbrauchsgütern (12,6 Mill S), Chemikalien, Exkursionen, übrigen Ausgaben und Studienbeihilfen und -unterstützungen (zusammen 10,1 Mill S), den Handelswaren zur entgeltlichen Abgabe (8,6 Mill S) sowie den sonstigen Leistungen von Einzelpersonen (5,4 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben bei Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (18,6 Mill S) aufgrund zu niedriger Veranschlagung.

1/1423 Bibliotheken

1/14233 Anlagen (– 93,7 %) – 9 835 872,89 S

Minderausgaben bei der ADV-Hardware (3,6 Mill S) sowie bei der ADV-Software (3,4 Mill S), weil der geplante ADV-Ausbau im Jahr 1999 nicht mehr erfolgen konnte.

1/14238 Aufwendungen (– 25,7 %) – 8 213 662,07 S

Minderausgaben bei Energiebezügen, Lizenzgebühren für ADV-Software, ADV-Programmerstellung, Instandhaltung von ADV-Betriebsausstattung, Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen, bei Entgelten für Auftragsforschung (Unternehmungen) sowie Leistungen der Post (zusammen 10,7 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/1424	Wissenschaftliche Anstalten	
1/14240	Personalausgaben	(- 2,6 %) - 5 830 739,12 S
	Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten (5,3 Mill S) aufgrund der Nichtbesetzung von Planstellen.	
1/14243	Anlagen	(- 19,6 %) - 7 859 481,88 S
	Minderausgaben bei Maschinen und maschinellen Anlagen und ADV-Hilfsmaschinen (zusammen 4,6 Mill S) sowie bei der ADV-Software (3,4 Mill S) infolge von Lieferverzögerungen.	
1/14248	Aufwendungen	(+ 34,6 %) + 30 931 810,96 S
	Mehrausgaben bei der Instandhaltung von Gebäuden (23,2 Mill S) sowie bei wissenschaftlichen Unternehmungen (3,1 Mill S), überwiegend bedingt durch das Projekt der Hanghausüberdachung in Ephesos.	
1/143	Universitäten der Künste	
1/1430	Universitäten der Künste	
1/14300	Personalausgaben	(+ 1,5 %) + 18 087 074,13 S
	Mehrausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (27,9 Mill S) sowie den Dienstgeberbeiträgen (7,2 Mill S) und den Jubiläumszuwendungen (3,3 Mill S) infolge der Vertragsbedienstetenreform.	
	Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten (18,7 Mill S) und den Vergütungen für Nebentätigkeit (5,5 Mill S) aufgrund der Nichtbesetzung von Planstellen.	
1/14303	Anlagen	(+ 50,6 %) + 35 421 703,36 S
	Mehrausgaben bei Ersteinrichtungen (34,3 Mill S) infolge der Übersiedlung der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien in neue Gebäude, aufgrund der Inbetriebnahme der Ersatzobjekte für die Universität Mozarteum Salzburg sowie eines Neubaus für die Universität für Musik und darstellende Kunst Graz. Weitere Mehrausgaben bei ADV-Hardware (4,3 Mill S) sowie Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (3,3 Mill S) infolge notwendiger Erneuerungs- und Ersatzinvestitionen.	
	Minderausgaben bei Maschinen und maschinellen Anlagen (3,2 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.	
1/14307	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 11,0 %) - 26 013 422,24 S
	Minderausgaben bei den Abgeltungen von Lehrtätigkeit (Remunerationen, Vergütungen) (33,4 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme und aufgrund der Übertragung der Abgeltung der zusätzlichen Lehrtätigkeit der Bundesbediensteten zu den Kollegengeldern und Nebentätigkeiten.	
	Mehrausgaben bei den sonstigen Dienstgeberbeiträgen (4,0 Mill S) infolge der Einbeziehung der Lehrbeauftragten in die Lohnsteuerpflicht, bei den Entschädigungen für Gastprofessoren (Leitungsfunktion) (3,2 Mill S) aufgrund eines verstärkten Einsatzes von Gastprofessoren als Klassenleiter anstelle von Hochschulprofessoren.	
1/146	Fachhochschulen	
1/14606	Förderungen	(- 5,0 %) - 37 100 007,-- S
	Minderausgaben bei Zuschüssen an Vereine (71,5 Mill S), laufenden Transferzahlungen an sonstige juristische Personen (20,0 Mill S) sowie laufenden Transferzahlungen an Kammern (16,0 Mill S), weil die Träger von Fachhochschul-Studiengängen dazu übergegangen sind, sich als Gesellschaften mbH zu konstituieren.	

Mehrausgaben bei laufenden Transferzahlungen an die übrigen Sektoren der Wirtschaft (75,4 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/15 Soziales

Mehrausgaben von 3 246 Mill S betrafen vor allem Förderungen im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (1 078 Mill S), das Beschäftigungsprogramm (480 Mill S) und Maßnahmen zur Sicherung der Jugendausbildung (435 Mill S) im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik II, den Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (425 Mill S), Aufwendungen (307 Mill S) und Förderungen (68 Mill S) für Zahlungen im Zusammenhang mit der EU, Überweisungen an das AMS gemäß § 41 Abs 2 AMSG (161 Mill S), Förderungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (EU) (133 Mill S), Personalausgaben der Ämter des AMS (46 Mill S) und der Zentralleitung (27 Mill S) sowie den Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (42 Mill S).

Minderausgaben von 1 234 Mill S entstanden insbesondere bei Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (312 Mill S), bei Versorgungsgebühren (265 Mill S), bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (57 Mill S) und Darlehen (141 Mill S) gemäß § 51a AMFG, bei Leistungen nach dem AIVG (116 Mill S), bei der Sonderunterstützung (57 Mill S), bei der Heilfürsorge (44 Mill S), bei Aufwendungen (37 Mill S) und Förderungen (D) (15 Mill S) der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG, bei Aufwendungen (36 Mill S) und Förderungen (15 Mill S) der Zentralleitung, bei den Aufwendungen der Bundessozialämter (23 Mill S) sowie bei der Krankenversicherung (21 Mill S).

1/150 Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

1/1500 Zentralleitung

1/15000 Personalausgaben (+ 6,6 %) + 26 503 937,60 S

Mehrausgaben für Beamte (29,7 Mill S) infolge Auswirkung der 3. Etappe der Besoldungsreform sowie des Struktureffektes.

Minderausgaben bei Vertragsbediensteten (3,4 Mill S) infolge restriktiver Maßnahmen bei der Nachbesetzung freier Planstellen.

1/15006 Förderungen (– 19,9 %) – 15 326 016,40 S

Minderausgaben bei Subventionen an private Institutionen (12,0 Mill S) infolge gemeinsamer Veranschlagung der Förderungen sowie beim Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen (12,8 Mill S) infolge Auflösung von Rücklagen.

Mehrausgaben für die Arbeiterkammer (9,4 Mill S) infolge gemeinsamer Veranschlagung der Förderungen.

1/15007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 9,8 %) + 7 445 667,73 S

Mehrausgaben für Mitgliedsbeiträge zur WHO aufgrund des starken Anstiegens des Dollarkurses.

1/15008 Aufwendungen (– 14,9 %) – 35 521 127,31 S

Minderausgaben bei Leistungen von Dritten (13,4 Mill S) infolge restriktiver Maßnahmen, bei Mieten (11,6 Mill S) insbesondere für Räumlichkeiten aufgrund der Lösung eines Mietvertrages, bei Leistungen der Post (5,8 Mill S) aufgrund eines redaktionellen Fehlers sowie bei diversen Ausgabenzwecken (11,2 Mill S).

Mehrausgaben bei diversen ADV-Posten (3,8 Mill S) aufgrund der „Jahr 2000“-Umstellung sowie der geplanten Umstellung auf SAP-System und bei übrigen

Gerichtskosten (3,1 Mill S) aufgrund eines OGH-Erkenntnisses betreffend Ausländerbeschäftigung.

1/1501 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU

1/15016 Förderungen + 67 840 043,32 S

Mehrausgaben aufgrund von Rücklagenentnahmen sowie aus Rückflüssen von der EU im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds.

1/15018 Aufwendungen + 306 869 790,88 S

Mehrausgaben aufgrund von Rücklagenentnahmen sowie aus Rückflüssen der EU im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds.

1/15057 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (+ 17,0 %) + 424 812 477,23 S

Mehrausgaben infolge Abgangsdeckung der zweckgebundenen Gebarung der Arbeitsmarktpolitik.

1/151 Bundesministerium; Opferfürsorge

1/15127 Versorgungsgebühren (- 5,7 %) - 12 105 916,13 S

Minderausgaben bei Rentengebühren für Opfer (4,9 Mill S) und für Witwen bzw Lebensgefährtinnen (8,5 Mill S) aufgrund stärkeren Rückganges der Zahl der Versorgungsberechtigten.

1/1516 Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz

1/15166 Förderungen (- 50,0 %) - 15 000 000,-- S

Minderausgaben infolge verzögerter Durchführung von Projekten der Altenbetreuung.

1/153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

1/1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (- 1,8 %) - 311 741 064,96 S

Minderausgaben bei Kostenersätzen an die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, die Sozialversicherungsanstalt der Bauern und der gewerblichen Wirtschaft (657,8 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben für Kostenersätze an die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und die Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen (342,9 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/155 Arbeitsmarktpolitik (I)

1/1550 Ämter des AMS

1/15500 Personalausgaben (+ 7,0 %) + 45 854 412,41 S

Mehrausgaben für Beamte (44,1 Mill S) im wesentlichen aufgrund geringer Veranschlagung sowie durch Fehleinschätzung der Anzahl der Pensionierungen und bei Dienstgeberbeiträgen/Überweisungsbeträge (4,1 Mill S) aufgrund geringer Veranschlagung.

Minderausgaben bei Mehrleistungsvergütungen (4,6 Mill S) aufgrund restriktiver Maßnahmen.

1/15507 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (- 27,1 %) - 5 530 750,-- S

Minderausgaben bei Familienbeihilfen.

1/15508 Aufwendungen (– 25,0 %) – 5 354 952,16 S

Minderausgaben bei Inlandreisen infolge Überschätzung.

1/1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG

1/15515 Förderungen (D) (– 15,0 %) – 15 000 000,-- S

Minderausgaben bei Betrieben infolge geringerer Inanspruchnahme von Darlehen.

1/15516 Förderungen (+ 22,0 %) + 1 078 431 043,81 S

Mehrausgaben für Betriebe (1 047,8 Mill S), private Institutionen (495,8 Mill S), Berufsförderungsinstitute (108,7 Mill S), Kammern der gewerblichen Wirtschaft (34,7 Mill S), Gemeinden (34,0 Mill S), Unternehmen mit Bundesbeteiligung (24,5 Mill S), Arbeiterkammern-Ziel 3 (9,0 Mill S), Gemeindeverbände (5,5 Mill S) und Länder (4,1 Mill S) sowie für Investitionen von privaten Institutionen (42,0 Mill S) und von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (39,2 Mill S).

Minderausgaben bei Einzelpersonen (439,9 Mill S), Gemeinden-Ziel 1, 2 und 3 (79,7 Mill S), Sozialversicherungsträgern (67,7 Mill S), Betrieben/AMFG (94,1 Mill S), Berufsförderungsinstituten-Ziel 2, 3 und 5b (56,4 Mill S), privaten Institutionen-Ziel 2 und 5b (15,3 Mill S), Landwirtschaftskammern (10,6 Mill S) und Arbeiterkammern (7,3 Mill S).

1/15518 Aufwendungen (– 22,2 %) – 36 615 548,69 S

Minderausgaben bei Leistungsaufträgen an Dritte (39,0 Mill S), Forschung (9,4 Mill S) und Gemeinschaftsinitiativen (6,7 Mill S) infolge Überschätzung des Bedarfes.

Mehrausgaben im Rahmen der Kofinanzierung durch die EU-Ziel 4 (8,9 Mill S) und Ziel 3 (7,5 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1553 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)

1/15536 Förderungen (+ 10,7 %) + 133 052 997,46 S

Mehrausgaben für Förderungen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds betrafen private Institutionen (131,9 Mill S), Berufsförderungsinstitute (82,4 Mill S), Betriebe (74,6 Mill S), Kammern der gewerblichen Wirtschaft (22,3 Mill S) und Arbeiterkammern (10,6 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben bei Einzelpersonen (189,8 Mill S) und Gemeinden (3,8 Mill S) infolge Verzögerung bei der Abwicklung.

1/15538 Aufwendungen (– 22,1 %) – 8 840 697,58 S

Minderausgaben bei Leistungsaufträgen an Dritte infolge Überschätzung des Bedarfes.

1/15547 Sonderunterstützung (– 5,1 %) – 56 953 160,70 S

Minderausgaben bei Überweisungen an die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus für die Durchführung des SUG (185,3 Mill S) und bei den Pensionsversicherungsbeiträgen (17,6 Mill S) infolge Überschätzung.

Mehrausgaben für Unterstützungsleistungen gemäß § 1 Abs 1 Z 2 SUG (133,7 Mill S) sowie bei Krankenversicherungsbeiträgen (12,2 Mill S) infolge Unterschätzung der Zahl der Antragsteller zum Zeitpunkt des Auslaufens der allgemeinen Sonderunterstützung.

1/1555	Arbeitsmarktpolitische Leistungen gemäß AIVG und KGG	
1/15554	Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG	(+ 54,5 %) + 5 714 860,88 S
Mehrausgaben infolge Unterschätzung im Zusammenhang mit der Umstellung der Auszahlung ab 1. Jänner 1998 über die Gebietskrankenkassen.		
1/15557	Leistungen nach dem AIVG und KGG	(- 0,3 %) - 116 143 063,26 S
Minderausgaben bei Überweisungen an die Krankenversicherungsträger für Karenzurlaubsgeld (839,1 Mill S) und bei den Krankenversicherungsbeiträgen für Bezieher von Notstands- und Sondernotstandshilfe infolge Überschätzung (296,1 Mill S) sowie bei der Solidaritätsprämie infolge Fehlens von Vergleichswerten für diese neue Leistungsart (35,5 Mill S).		
Mehrausgaben für Notstandshilfe (327,3 Mill S) und Arbeitslosengeld (317,3 Mill S) infolge Überschätzung der Auswirkungen der "Besonderen Eingliederungsbeihilfe" sowie für Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitslosengeldbezieher (94,7 Mill S) infolge höherer Leistungsausgaben; weiters für Weiterbildungsgeld (86,8 Mill S) infolge Fehlens von Vergleichswerten für diese neue Leistungsart (Minderausgaben bei der Solidaritätsprämie), für Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger (73,4 Mill S) infolge Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe, für Krankenversicherungsbeiträge für Karenzurlaubsgeldbezieher (62,9 Mill S) infolge Unterschätzung des Aufwandes für die Weiterversicherung nach dem Karenzurlaub, für Karenzurlaubsgeld (56,4 Mill S) infolge Unterschätzung der Restauszahlungen an die Gebietskrankenkasse sowie für Sondernotstandshilfe (31,7 Mill S), ebenfalls infolge Unterschätzung.		
1/1557	Überweisung an das AMS	
1/15578	Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG	(+ 6,5 %) + 161 250 000,-- S
Mehrausgaben für den Verwaltungskostenersatz an das AMS (155,0 Mill S) sowie die Personalkostenabdeckung für die Durchführung des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (6,3 Mill S) aufgrund der Regierungsklausur in Bad Aussee.		
1/15597	Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	(+ 141,5 %) + 42 453 074,05 S
Mehrausgaben infolge Unterschätzung des Abgangs des Sachbereiches Schlechtwetterentschädigung.		
1/156	Arbeitsmarktpolitik (II)	
1/15626	Sicherung der Jugendausbildung	+ 434 932 030,43 S
Mehrausgaben für Berufsförderungsinstitute (200,4 Mill S), Kammern der gewerblichen Wirtschaft (108,6 Mill S), private Institutionen (94,8 Mill S), Landwirtschaftskammern (15,6 Mill S), Betriebe (8,4 Mill S) und Arbeiterkammern (7,2 Mill S) infolge Nichtveranschlagung dieses mit der BFG-Novelle 1998 geschaffenen VA-Ansatzes.		
1/15656	Beschäftigungsprogramm	(+ 96,0 %) + 479 825 119,42 S
Mehrausgaben infolge zu geringer Veranschlagung.		
1/15665	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG (D)	(- 94,0 %) - 141 000 000,-- S
Minderausgaben infolge geringerer Darlehensinanspruchnahme von Betrieben.		

1/15666	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG	(– 37,7 %)	– 56 570 432,-- S
	Minderausgaben bei Betrieben infolge der Änderung von Fälligkeiten von Zuschüssen (101,6 Mill S).		
	Mehrausgaben für Betriebe infolge der Nichtveranschlagung von EU-Mitteln (45,0 Mill S).		
1/157	Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung		
1/1570	Bundessozialämter		
1/15700	Personalausgaben	(– 1,7 %)	– 6 389 598,02 S
	Minderausgaben bei Vertragsbediensteten (15,5 Mill S) infolge restriktiver Maßnahmen bei der Nachbesetzung freier Planstellen.		
	Mehrausgaben für Beamte (9,4 Mill S) infolge Auswirkung der 3. Etappe der Besoldungsreform sowie des Struktureffektes.		
1/15703	Anlagen	(+ 35,6 %)	+ 5 738 928,64 S
	Mehrausgaben für Hardware (ADV) (8,6 Mill S) für die Ausstattung der Bundessozialämter aufgrund der geplanten Umstellung auf SAP-System.		
	Minderausgaben bei diversen Ausgabenzwecken (3,5 Mill S).		
1/15708	Aufwendungen	(– 9,0 %)	– 22 540 269,25 S
	Minderausgaben bei Geldverkehrsspesen (11,0 Mill S) infolge geringerer Anweisungen, bei Leistungen an das BRZ (7,3 Mill S) durch verspätete Rechnungslegung und bei Leistungen der Post (6,2 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.		
	Mehrausgaben für Lizenzgebühren (ADV-Software) (6,5 Mill S) infolge vermehrter Anschaffung von ADV-Programmen.		
1/15737	Heilfürsorge	(– 32,5 %)	– 43 852 788,64 S
	Minderausgaben bei Zahlungen an Sozialversicherungsträger (20,7 Mill S) infolge Änderung der Krankenanstaltenfinanzierung, bei Leistungen an Dritte (15,1 Mill S) und bei sonstigen Leistungen an Länder (3,5 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung, sowie bei diversen Ausgabenzwecken (4,6 Mill S).		
1/15757	Orthopädische Versorgung	(– 16,7 %)	– 15 876 193,98 S
	Minderausgaben bei Handelswaren (4,2 Mill S), Zahlungen an Sozialversicherungsträger (3,1 Mill S) und bei sonstigen Zuwendungen (3,0 Mill S) sowie bei verschiedenen Ausgabenzwecken (5,6 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme orthopädischer Hilfsmittel.		
1/15767	Versorgungsgebühren	(– 5,0 %)	– 264 534 170,96 S
	Minderausgaben in der Kriegsofferversorgung bei Rentengebühren für Witwen bzw Witwer (161,5 Mill S) und Beschädigte (90,1 Mill S), beim Sterbegeld (24,5 Mill S) sowie bei Rentengebühren für Eltern (5,0 Mill S) infolge stärkeren Rückganges der Versorgungsberechtigten.		
	Mehrausgaben in der Kriegsofferversorgung für Waisen (7,1 Mill S), für Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (6,9 Mill S) und für Familienbeihilfen (3,5 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.		

1/15777 Krankenversicherung (– 9,4 %) – 20 672 746,38 S

Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Krankenversicherungsleistungen.

1/159 Verschiedene Dienststellen

1/1592 Arbeitsinspektion

1/15920 Personalausgaben (+ 2,9 %) + 6 475 808,90 S

Mehrausgaben für Beamte (12,1 Mill S) infolge der Auswirkungen der 3. Etappe der Besoldungsreform sowie der Übernahme von Beamten der Bergbehörden.

Minderausgaben bei Vertragsbediensteten (5,8 Mill S) infolge restriktiver Maßnahmen bei der Nachbesetzung freier Planstellen.

1/15928 Aufwendungen (– 13,9 %) – 8 589 685,29 S

Minderausgaben bei Inlandreisen (5,7 Mill S) vor allem aufgrund der Beschränkung der Reisetätigkeit vorrangig auf Inspektionen sowie bei diversen Ausgabenzwecken (2,9 Mill S).

1/16 Sozialversicherung

Mehrausgaben von 4 821 Mill S betrafen vor allem Bundesbeiträge an die PVA der Angestellten (1 969 Mill S), an die SVA der gewerblichen Wirtschaft (1 167 Mill S), an die PVA der Arbeiter (1 096 Mill S), an die VA der österreichischen Eisenbahnen (243 Mill S), den Betrag gemäß § 31 Abs 2 BSVG (149 Mill S) sowie Ausgleichszulagen an die PVA der Arbeiter (156 Mill S) und an die SVA der gewerblichen Wirtschaft (25 Mill S).

Minderausgaben von 584 Mill S betrafen vorwiegend geringere Bundesbeiträge an die SVA der Bauern (472 Mill S) und an die VA des österreichischen Bergbaues (13 Mill S), die Überweisung gemäß § 34 Abs 1 GSVG (53 Mill S) und den Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld im Zusammenhang mit Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (18 Mill S).

1/160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

1/16007 PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag (+ 4,9 %) + 1 096 100 000,-- S

Mehrausgaben infolge geringerer Erträge der Anstalt.

1/16027 VA der österreichischen Eisenbahnen; Bundesbeitrag (+ 44,3 %) + 242 730 759,84 S

Mehrausgaben infolge höheren Pensionsaufwandes der Anstalt.

1/16037 PVA der Angestellten; Bundesbeitrag (+ 20,1 %) + 1 969 231 289,12 S

Mehrausgaben infolge höheren Pensionsaufwandes und geringerer Erträge der Anstalt sowie Begleichung von Abrechnungsresten.

1/16047 VA des österreichischen Bergbaues; Bundesbeitrag (– 0,7 %) – 12 700 000,-- S

Minderausgaben infolge geringeren Pensionsaufwandes der Anstalt.

1/16057 Überweisung gemäß § 34 (1) GSVG (– 0,6 %) – 52 680 868,23 S

Minderausgaben infolge geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt gemäß § 27 GSVG.

1/16067	SVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag	(+ 35,5 %)	+ 1 167 400 000,-- S
	Mehrausgaben infolge geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt.		
1/16077	Betrag gemäß § 31 (2) BSVG	(+ 3,3 %)	+ 149 427 125,21 S
	Mehrausgaben infolge höherer Beitragseinnahmen der Anstalt gemäß § 24 Abs 2 BSVG sowie Begleichung von Abrechnungsresten.		
1/16087	SVA der Bauern; Bundesbeitrag	(- 5,8 %)	- 472 300 000,-- S
	Minderausgaben infolge geringeren Pensionsaufwandes und höherer Beitragseinnahmen der Anstalt.		
1/161	Bundesministerium; Ausgleichszulagen		
1/16107	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen	(+ 2,9 %)	+ 155 914 749,15 S
	Mehrausgaben infolge Unterschätzung des Aufwandes sowie Begleichung von Abrechnungsresten.		
1/16127	VA der österreichischen Eisenbahnen; Ausgleichszulagen	(+ 12,6 %)	+ 5 410 061,02 S
	Mehrausgaben infolge Unterschätzung des Aufwandes sowie Begleichung von Abrechnungsresten.		
1/16137	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen	(- 1,9 %)	- 11 552 084,20 S
	Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.		
1/16157	SVA der gewerblichen Wirtschaft; Ausgleichszulagen	(+ 2,6 %)	+ 25 000 000,-- S
	Mehrausgaben infolge Unterschätzung des Aufwandes.		
1/16167	SVA der Bauern; Ausgleichszulagen	(- 0,2 %)	- 7 400 000,-- S
	Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.		
1/162	Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung		
1/16237	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen	(- 27,0 %)	- 7 288 468,49 S
	Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.		
1/164	Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung		
1/16427	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung	(+ 1,9 %)	+ 6 584 634,65 S
	Mehrausgaben infolge Unterschätzung der Berechnungsgrundlagen sowie Begleichung von Abrechnungsresten.		
1/165	Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)		
1/16507	Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld	(- 5,3 %)	- 17 800 000,-- S
	Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.		

1/17 Gesundheit

Minderausgaben von 848 Mill S entstanden vor allem beim klinischen Mehraufwand an den Universitätskliniken (375 Mill S), infolge geringerer Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG) (180 Mill S), bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für den Mutter-Kind-Pass (98 Mill S) und durch verminderte Förderungen der Gesundheitsförderung, Aufklärung und Information (67 Mill S), jeweils im zweckgebundenen Gebarungsbereich, bei Aufwendungen der Vorsorgemedizin; epidemiologische Maßnahmen (49 Mill S) sowie beim Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz (20 Mill S) und bei Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen (18 Mill S).

Die Mehrausgaben betragen 5 Mill S.

1/172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge**1/1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen**

1/17207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (- 59,5 %) - 7 138 672,06 S

Minderausgaben infolge Minderbedarfs an Polio-Impfstoffen aufgrund geringerer Impfbeteiligung.

1/17208 Aufwendungen (- 25,4 %) - 49 406 287,45 S

Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Expertenleistungen und Rückstellung von Studien und Werbekampagnen (31,6 Mill S) sowie infolge Minderbedarfs an Impfstoffen und Aufklärungsmaterial (17,1 Mill S)..

1/17218 Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken) (- 7,8 %) - 375 392 309,55 S

Minderausgaben bei Ersätzen für Klinikneu-, -aus- und -umbauten (245,0 Mill S) und für die Anschaffung medizintechnischer Geräte (179,6 Mill S) infolge Verzögerungen bei Projektabwicklungen sowie längerer Dauer von Abrechnungs- und Prüfverfahren.

Mehrausgaben bei den Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien (35,0 Mill S) sowie beim Kostenbeitrag für den Betrieb der Universitätskliniken (14,3 Mill S).

**1/1723 Gesundheitsförderung, Aufklärung und Information
(zweckgebundene Gebarung)**

1/17236 Förderungen (- 66,7 %) - 66 666 666,64 S

Minderausgaben bei der Auszahlung der Mittel gemäß dem Gesundheitsförderungsgesetz infolge geringerer Anzahl von geeigneten Projektvorschlägen.

1/1724 Mutter-Kind-Pass (zweckgebundene Gebarung)

1/17247 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (- 19,0 %) - 98 477 298,04 S

Minderausgaben bei Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen aufgrund geringeren Bedarfs.

1/174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

**1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstalten-
gesetz (KAG) (- 2,8 %) - 180 199 306,-- S**

Minderausgaben bei den gemäß § 57 Abs 1 Z 1 des Krankenanstaltengesetzes an die Landesfonds zu leistenden umsatzsteuerabhängigen Zweckzuschüssen infolge geringeren Umsatzsteueraufkommens.

1/17437	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz	(- 49,6 %)	- 19 838 454,07 S
	<i>Minderausgaben bei Leistungen an die Länder und Gemeinden für Pflegegebühren (14,4 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme, sowie bei Leistungen an Dritte (4,5 Mill S).</i>		
1/17447	Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen	(- 83,5 %)	- 17 538 222,97 S
	<i>Minderausgaben infolge nicht erfolgter Kostenersätze für Untersuchungen nach dem Bazillenausscheidergesetz (14,5 Mill S) sowie bei verschiedenen Ausgabenzwecken (zusammen 3,0 Mill S).</i>		
1/179	Dienststellen		
1/1792	Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten		
1/17928	Aufwendungen	(- 5,0 %)	- 5 430 989,17 S
	<i>Minderausgaben bei Instandhaltungen (3,9 Mill S) sowie bei verschiedenen Ausgabenzwecken (1,5 Mill S).</i>		
1/1794	Bundes-Hebammenakademien		
1/17948	Aufwendungen	(- 62,6 %)	- 11 903 403,07 S
	<i>Minderausgaben infolge Schließung der Bundes-Hebammenakademien mit Ende des Jahres 1998 (Wien und Innsbruck) sowie im Laufe des Jahres 1999 (Graz und Linz).</i>		
1/18	Umwelt		
	<i>Minderausgaben von 798 Mill S entstanden vorwiegend bei Förderungen (419 Mill S) und Aufwendungen (82 Mill S) der Altlastensanierung im zweckgebundenen Gebarungsbereich, bei Förderungen von sonstigen Umweltmaßnahmen (174 Mill S) und der Siedlungswasserwirtschaft (73 Mill S) sowie bei Aufwendungen im Rahmen umweltpolitischer Maßnahmen (47 Mill S).</i>		
	<i>Mehrausgaben von 170 Mill S betrafen EU-Förderungen (108 Mill S), Aufwendungen für sonstige Umweltmaßnahmen (23 Mill S) sowie Personalausgaben der Zentralstelle (21 Mill S).</i>		
1/180	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie		
1/1800	Zentraleitung		
1/18000	Personalausgaben	(+ 9,0 %)	+ 20 736 634,25 S
	<i>Mehrausgaben vor allem für Beamte (8,0 Mill S) aufgrund der Auswirkungen der Besoldungsreform und der Gehaltserhöhung sowie für Vertragsbedienstete (10,7 Mill S) infolge Option von 204 Vertragsbediensteten in das neue Entlohnungsschema.</i>		
1/18003	Anlagen	(+ 94,8 %)	+ 7 109 433,80 S
	<i>Mehrausgaben vor allem für Anschaffungen von Hardware (ADV) (6,6 Mill S) für das Projekt zur Einführung eines Workflow-Systems.</i>		
1/1801	Umweltbundesamt Gesellschaft mbH (UBA-GmbH)		
1/18018	Aufwendungen		+ 6 099 000,- S
	<i>Mehrausgaben für die ausgegliederte Umweltbundesamt Gesellschaft mbH für Aufwendungen an die Bediensteten infolge der Auswirkungen des neuen Vertragsbedienstetengesetzes.</i>		

1/186 Umweltschutz**1/1860 Umweltpolitische Maßnahmen**

1/18608 Aufwendungen (– 18,6 %) – 46 987 647,35 S

Minderausgaben für die Nationalpark Thayatal GesmbH (33,5 Mill S), weil einmalige Entschädigungszahlungen an die Grundeigentümer noch nicht erfolgten, für Entgelte an Einzelpersonen, Firmen und juristische Personen (zusammen 17,6 Mill S) durch Projektrückstellungen, um die vorgeschriebene Bindung einhalten zu können, sowie für die Nationalpark Donau-Auen GesmbH (5,3 Mill S).

Mehrausgaben vor allem für Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (3,5 Mill S) durch Druckkosten für Begleitscheinformulare und verstärkte Nachfrage an Druckwerken, für Werkverträge und die Österreichische Akademie der Wissenschaften (zusammen 3,9 Mill S).

1/1862 Altlastensanierung (zweckgebundene Gebarung)

1/18626 Förderungen (– 64,9 %) – 418 983 896,87 S

Minderausgaben an Investitionszuschüssen für die Altlastensanierung, weil die Auszahlungen nur entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten erfolgten.

1/18628 Aufwendungen (– 71,8 %) – 81 907 746,41 S

Minderausgaben, weil die Zahlungen gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes nur entsprechend den Projektfortschritten erfolgten.

1/1863 Siedlungswasserwirtschaft

1/18636 Förderungen (– 3,1 %) – 72 559 406,88 S

Minderausgaben bei Investitionsförderungen wegen geringerer Zahlungen entsprechend den Projektfortschritten.

1/1864 Sonstige Umweltmaßnahmen

1/18646 Förderungen (– 35,4 %) – 173 643 747,33 S

Minderausgaben für Investitionszuschüsse (93,5 Mill S) und für Umweltschutzmaßnahmen im Ausland (80,1 Mill S), weil die Auszahlungen nur entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten erfolgten.

1/18648 Aufwendungen (+ 36,3 %) + 23 343 465,63 S

Zweckgebundene Mehrausgaben für die Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (29,0 Mill S) für die Abwicklungskosten der bisherigen Sondertranchen im Rahmen der Siedlungswasserwirtschaft.

Minderausgaben für die sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (5,7 Mill S) aufgrund von Projektverschiebungen.

1/18656 EU-Förderungen + 107 763 706,-- S

Mehrausgaben vor allem bei den Strukturfonds Siedlungswasserwirtschaft (80,7 Mill S), sonstigen Umweltmaßnahmen (23,0 Mill S) und Umweltschutz (2,8 Mill S) aufgrund mangelnder Vorhersehbarkeit der Höhe der Förderungen durch die EU, die sich erst im Zuge der jeweiligen Projekte ergeben.

1/19 Jugend und Familie

Mehrausgaben von 1 889 Mill S betrafen Rückzahlungen und Überweisungen (1 591 Mill S) sowie Ausgaben für Schulbücher (106 Mill S), Unterhaltsvorschüsse (89 Mill S) und Familienbeihilfen (80 Mill S).

Minderausgaben von 1 549 Mill S gab es vorwiegend bei sonstigen familienpolitischen Maßnahmen (1 440 Mill S), bei Ausgaben für Geburtenbeihilfen (78 Mill S) sowie Schulfahrt- und Lehrlingsfahrtbeihilfen (18 Mill S).

1/193	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)	
1/19307	Familienbeihilfen	(+ 0,2 %) + 80 225 895,83 S
	Mehrausgaben bei der Sektion B (81,0 Mill S) im Zusammenhang mit der Erhöhung der Leistungen aufgrund der Änderung des FLAG 1967 mit BGBl I Nr 79/1998.	
1/19317	Geburtenbeihilfen	(– 37,5 %) – 78 184 784,40 S
	Minderausgaben für den Mutter-Kind-Pass-Bonus (42,3 Mill S) und für Kleinkindbeihilfen (35,8 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.	
1/19327	Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen	(– 38,9 %) – 18 261 972,-- S
	Minderausgaben für Schulfahrtbeihilfen (17,4 Mill S) infolge erneut zu hoher Veranschlagung.	
1/19337	Schülerfreifahrten	(+ 0,3 %) + 11 765 433,66 S
	Mehrausgaben für Fahrpreisersätze an die Post (87,6 Mill S), für Fahrpreise im Gelegenheitsverkehr (57,4 Mill S) sowie für Kostenersätze an Schulerhalter oder an Gemeinden (42,5 Mill S) im Wesentlichen infolge zu niedriger Veranschlagung sowie für Zahlungen an die ÖBB (3,4 Mill S) im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Einnahmehausfällen von Haupt- und Nebenbahnen, welche diesen Unternehmen bis 31. Dezember 1997 aus der Durchführung der Schülerfreifahrten entstanden sind.	
	Minderausgaben für Fahrpreisersätze an die ÖBB (143,0 Mill S) und an sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften im Verkehrsbereich (35,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.	
1/19347	Schulbücher	(+ 8,8 %) + 105 633 161,80 S
	Mehrausgaben für Schulbuchgutscheine (85,0 Mill S) und Anschaffungskosten für Schulbücher (18,4 Mill S) im Wesentlichen infolge der Öffnung der Schulbuchaktion für Unterrichtsmittel nach eigener Wahl der Schulen.	
1/19357	Lehrlingsfreifahrten	(+ 3,8 %) + 7 050 091,13 S
	Mehrausgaben für Fahrpreisersätze an die ÖBB (9,9 Mill S) und an sonstige Verkehrsunternehmungen (8,5 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.	
	Minderausgaben für Fahrpreisersätze an die Post (7,4 Mill S) und an sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften im Verkehrsbereich (3,7 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.	
1/1938	Sonstige familienpolitische Maßnahmen	
1/19387	Sonstige Maßnahmen	(– 12,4 %) – 1 440 117 344,08 S
	Minderausgaben für Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld (754,5 Mill S), für Beiträge zum Karenzurlaubsgeld (einschließlich Krankenversicherung) (335,8 Mill S), für den Teilzeitbeihilfenersatz gemäß § 39a Abs 4 FLAG 1967 (143,9 Mill S), für den Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld (126,8 Mill S), für Überweisungen an das BMAGS (Mutter-Kind-Pass) (98,5 Mill S) und für die Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten (5,0 Mill S) infolge erneut zu hoher Veranschlagung.	
	Mehrausgaben für die Wiedereinstellungsbeihilfe (10,3 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung, für Pensionsbeiträge im Zusammenhang mit Ersatzzeiten aufgrund der Erziehung eines Wahl- oder Pflegekindes (10,1 Mill S) infolge der	

Inanspruchnahme entsprechender Zahlungen gemäß § 227a Abs 8 ASVG, § 107a Abs 8 BSVG beziehungsweise § 116a Abs 8 GSVG und für Kosten der Betriebshilfe (Teilersatz) (5,3 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/19389 Unterhaltsvorschüsse (+ 9,0 %) + 89 458 398,43 S

Mehrausgaben infolge erneut zu niedriger Veranschlagung.

1/19397 Rückzahlungen und Überweisungen (+ 34,2 %) + 1 590 551 965,84 S

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Überweisung des Überschusses des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen in Höhe von 6 242 418 965,84 S.

1/194 Jugend

1/1941 Außerschulische Jugendberziehung

1/19416 Förderungen (– 6,5 %) – 6 482 700,-- S

Minderausgaben für den Bundesjugendplan, die politische Bildung und verschiedene Subventionen, um die vorgeschriebene Ausgabenbindung einzuhalten.

1/20 Äußeres

Mehrausgaben von 211 Mill S betrafen vor allem Aufwendungen (81 Mill S) und Personalausgaben (24 Mill S) der Zentraleitung sowie Aufwendungen (54 Mill S) und Personalausgaben (37 Mill S) der Vertretungsbehörden und Aufwendungen für das Ressortbudget der EU-Ratspräsidentschaft (12 Mill S).

Minderausgaben von 203 Mill S gab es vorwiegend bei den Anlagen der Vertretungsbehörden (113 Mill S), durch Verringerungen bei den Ausgaben für internationale Konferenzen in Österreich (21 Mill S) sowie durch verminderte Förderungen der Entwicklungshilfe (17 Mill S).

1/200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

1/2000 Zentraleitung

1/20000 Personalausgaben (+ 7,3 %) + 24 310 608,64 S

Mehrausgaben vor allem für Beamte (21,8 Mill S) infolge Optierungen in das neue Besoldungsschema sowie infolge Bezugserhöhungen wegen gesetzlicher Vorrückung und bei Belohnungen und Geldaushilfen (5,8 Mill S) infolge Gewährung von außerordentlichen Belohnungen aus Anlass der EU-Ratspräsidentschaft. Weitere Mehrausgaben betrafen Mehrleistungsvergütungen Z (1,9 Mill S) und Vertragsbedienstete I/SV gemäß Entsendegesetz Z (1,4 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei Vertragsbediensteten I Z (5,1 Mill S) infolge nachhaltiger Pragmatisierungen.

1/20006 Förderungen (– 7,5 %) – 5 833 106,58 S

Minderausgaben vor allem bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern in Wien (7,0 Mill S) sowie beim vorläufigen Sekretariat des Donauschutzübereinkommens (1,9 Mill S) infolge Kompetenzübertragung an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Mehrausgaben für die Unterbringung der OSZE-Institutionen in Wien (3,9 Mill S) infolge Anmietung zusätzlicher Büroräumlichkeiten.

1/20008 Aufwendungen (+ 38,3 %) + 80 973 111,21 S

Mehrausgaben vor allem infolge stark gestiegener Kostenbeiträge zu Institutionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (54,9 Mill S), bei Mieten von DFÜ-Leitungen (15,4 Mill S), bei Entgelten an

Unternehmungen für Werkleistungen (12,1 Mill S), bei sonstigen ADV-Leistungen (8,4 Mill S) infolge vermehrter Betrauung von Fremdfirmen, bei sonstigen Nachrichtenübermittlungen (4,5 Mill S), bei freiwilligen Sozialleistungen (3,8 Mill S) infolge der Weihnachtsaktionen für 1998 und 1999 sowie bei sonstigen Transporten (3,4 Mill S) infolge vermehrter Dienstpostsendungen und Tarifierhöhungen.

Minderausgaben vor allem für die Beobachtermission der EU auf dem Balkan (ECMM) (4,0 Mill S) infolge verringerter Personalentsendungen sowie bei Instandhaltung von ADV-Maschinen und maschinellen Anlagen (2,9 Mill S), bei Repräsentationsausgaben (1,8 Mill S), bei ADV-Schulung und Weiterbildung (1,8 Mill S) und bei GASP-Aktionen (EU) (1,6 Mill S).

1/2003 Beiträge an internationale Organisationen

1/20036 Förderungen (– 3,9 %) – 9 030 926,91 S

Minderausgaben vor allem beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) (12,9 Mill S) und beim Junior Professional Officer Programm (3,2 Mill S) infolge erbrachter Ausgaberrückstellungen.

Mehrausgaben vor allem beim Fonds der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (UNCPCJ) (6,0 Mill S) infolge gestiegener Beitragszahlung und beim Fonds der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDF) (5,1 Mill S) infolge eines zusätzlichen Finanzierungsbedarfs für ein Projekt in Äthiopien.

1/20048 Internationale Konferenzen in Österreich (– 36,9 %) – 20 828 126,18 S

Minderausgaben insbesondere bei Entgelten an Unternehmungen für Werkleistungen (20,6 Mill S) infolge der kostengünstigeren Abhaltung von Konferenzen.

1/2006 EU-Ratspräsidentschaft (Ressortbudget)

1/20068 Aufwendungen (+ 265,6 %) + 11 954 220,68 S

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten an Unternehmungen für Werkleistungen (9,7 Mill S) infolge Zahlungen im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft und bei Repräsentationsausgaben (1,4 Mill S).

1/201 Vertretungsbehörden

1/20100 Personalausgaben (+ 7,6 %) + 37 299 288,22 S

Mehrausgaben vor allem für Beamte und Vertragsbedienstete (24,2 Mill S) infolge Optierungen in das neue Besoldungsschema und aufgrund von Dienstzuteilungen anderer Ressorts zur ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union in Brüssel, ferner für Vertragsbedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (VB I/R) (Ausland) (16,0 Mill S) infolge überwiegend angehobener Entlohnung bei gleichzeitig gestiegenen Fremdwährungskursen sowie für Mehrleistungsvergütungen (2,2 Mill S) und sonstige Nebengebühren (1,7 Mill S).

Minderausgaben vor allem für Vertragsbedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (VB II/R) (Ausland) (6,0 Mill S) infolge Auslagerung von Hilfsdiensten.

1/20103 Anlagen (– 57,0 %) – 112 887 428,09 S

Minderausgaben vor allem bei im Bau befindlichen Gebäuden (86,8 Mill S) infolge verzögerter bzw zurückgestellter Neubauten, beim Erwerb von Gebäuden (24,1 Mill S) infolge eines zurückgestellten Ankaufs für die Botschaft in Agram sowie bei Telekommunikation (4,2 Mill S), bei ADV-Hilfsmaschinen (3,1 Mill S) und bei ADV-Hardware (1,3 Mill S) infolge zurückgestellten Bedarfs.

Mehrausgaben bei Instandsetzung von Gebäuden (12,1 Mill S) vor allem für das Amtsgebäude und die Residenz der Botschaft in Wilna.

1/20107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 17,2 %) – 6 155 577,17 S

Minderausgaben vor allem für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG (4,0 Mill S) infolge strengerer Auslegung der Anspruchsvoraussetzungen und vermehrt abgerechneter Rückersätze offener Vorschüsse aus Vorjahren sowie bei Familienbeihilfen Z (1,2 Mill S).

1/20108 Aufwendungen (+ 5,8 %) + 54 251 280,11 S

Mehrausgaben vor allem bei Auslandszulagen (37,2 Mill S) – insbesondere Kaufkraft-Ausgleichszulage und Wohnungszuschuss – infolge gestiegener Fremdwährungskurse (vorwiegend des US-Dollars) und Mietkosten, bei Auslandsreisen/Übersiedlungen (14,1 Mill S) infolge vermehrter Versetzungen, bei der Instandhaltung von bundeseigenen Gebäuden (12,9 Mill S) infolge notwendiger Sanierung mehrerer Objekte bzw vermehrt abgeschlossener Instandhaltungs- und Serviceverträge, bei Mieten von DFÜ-Leitungen (10,4 Mill S) infolge des gegenüber 1998 rund doppelt so hohen Leitungsverkehrsaufkommens, bei Kursdifferenzen aus der Fremdwährungsgebarung (7,4 Mill S) infolge der Kursentwicklung sowie bei Entgelten an Unternehmungen für Werkleistungen (5,8 Mill S) infolge vermehrt ausgelagerter Tätigkeiten.

Minderausgaben vor allem bei Mieten für Gebäude und Räumlichkeiten für Amtszwecke (22,3 Mill S) infolge geänderter Mietverhältnisse, bei Nachrichtenübermittlung durch staatliche Unternehmungen (5,4 Mill S) infolge rückgängigen Telefonverkehrs und bei sonstigen Druckaufträgen (4,6 Mill S).

1/203 Österreichische Kulturinstitute

1/20303 Anlagen (– 83,0 %) – 6 024 774,80 S

Minderausgaben vor allem bei der Instandsetzung von Gebäuden (3,9 Mill S) infolge verzögerter Adaptierungsarbeiten beim Kulturinstitut Paris sowie bei Amtsausstattungen (0,7 Mill S).

1/204 Kulturelle Veranstaltungen

1/2040 Ministerium und Vertretungen

1/20408 Aufwendungen (– 8,6 %) – 6 439 210,45 S

Minderausgaben vor allem bei Druckaufträgen für Veranstaltungen und Publikationen (3,1 Mill S) infolge vermehrter Kostenübernahme durch ausländische Partner sowie bei Filmen (2,4 Mill S).

1/205 Entwicklungshilfe

1/20506 Förderungen (– 2,1 %) – 16 515 056,82 S

Minderausgaben vor allem wegen der Zurückstellung der Förderung verschiedener Hilfsmaßnahmen (287,2 Mill S).

Mehrausgaben vor allem infolge der Verwirklichung zusätzlicher Vorhaben im Rahmen der Entwicklungshilfe (270,7 Mill S).

1/30 Justiz

Mehrausgaben in Höhe von 218 Mill S betrafen hauptsächlich Personalausgaben der Justizbehörden in den Ländern (136 Mill S) und der Justizanstalten (43 Mill S) sowie Aufwendungen der Bewährungshilfe (14 Mill S).

Minderausgaben von 199 Mill S betrafen vorwiegend Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (124 Mill S), Anlagen (34 Mill S) und Aufwendungen (13 Mill S) der Justizbehörden in den Ländern sowie Personalausgaben der Bewährungshilfe (14 Mill S).

1/300 Bundesministerium für Justiz

1/30000 Personalausgaben (+ 6,9 %) + 11 545 452,20 S

Mehrausgaben vorwiegend bei Beamten (8,5 Mill S) aufgrund neuer Bezugsregelungen und der Überleitung der Richter und Staatsanwälte in ein neues Besoldungssystem sowie bei Vergütungen für Nebentätigkeiten (2,0 Mill S).

1/30008 Aufwendungen(+ 15,3 %) + 5 426 000,-- S

Mehrausgaben bei Druckwerken, bei Auslandsreisen und Auslandszulagen sowie bei sonstigen Transporten vorwiegend im Zusammenhang mit der EU, Instandhaltungen von Gebäuden, Maschinen und maschinellen Anlagen, Personenkraftwagen und sonstigen Anlagen, bei Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen und für die EU-Präsidentschaft 1998 (insgesamt 5,7 Mill S).

1/302 Justizbehörden in den Ländern

1/30200 Personalausgaben (+ 3,7 %) + 136 035 294,74 S

Mehrausgaben hauptsächlich bei Beamten (109,9 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (5,9 Mill S) aufgrund neuer Bezugsregelungen und der Überleitung der Richter und Staatsanwälte in ein neues Besoldungssystem und weil im Durchschnitt um 28 Planstellen mehr besetzt als veranschlagt waren. Weiters Mehrausgaben bei den Vertragsbediensteten (17,4 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (6,0 Mill S) aufgrund des Vertragsbedienstetenreformgesetzes und weil im Durchschnitt um 18 Planstellen mehr besetzt als veranschlagt waren sowie bei Vergütungen für Nebentätigkeit und Mehrleistungsvergütungen (insgesamt 3,6 Mill S).

Minderausgaben bei den jugendlichen Vertragsbediensteten und Lehrlingen (7,0 Mill S) infolge des Aufnahmestopps.

1/30203 Anlagen (– 22,6 %) – 33 787 000,-- S

Minderausgaben hauptsächlich bei sonstiger Amtsausstattung (31,7 Mill S) und bei ADV-Betriebsausstattung (1,5 Mill S) wegen planmäßiger Einsparung zur Erfüllung von Ausgabenrückstellungen.

1/30207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 10,2 %) – 124 250 000,-- S

Minderausgaben bei ersatzpflichtigen Entschädigungen nach dem ASGG (65,0 Mill S) und Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz (43,9 Mill S) aufgrund von Einsparungen bei Sachverständigengebühren sowie bei Bezügen von Rechtspraktikanten (10,6 Mill S) und Dienstgeberbeiträgen (3,3 Mill S), weil weniger Rechtspraktikanten als veranschlagt zur Gerichtspraxis zugelassen wurden.

1/30208 Aufwendungen (– 0,7 %) – 13 051 000,-- S

Minderausgaben hauptsächlich bei Leistungen der Post (72,2 Mill S) aufgrund einer Rabatterhöhung bei den Telefongebühren und Verschiebung der Zahlungen infolge Kreditknappheit ins Haushaltsjahr 2000. Weiters Minderausgaben bei Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (ADV) (8,7 Mill S) durch verstärkte Neubeschaffung und einer damit verbundenen Verjüngung des Gerätebestandes, wodurch weniger Wartungskosten für alte Geräte anfallen. Ferner bei Aufwandsentschädigungen (7,7 Mill S) aufgrund einer Neuregelung im Vollzugs- und Wegegebührengesetz, bei Lizenzgebühren (ADV-Software) (6,0 Mill S) aufgrund weniger Softwarebeschaffungen, bei Schadensvergütungen (3,5 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung, bei Inlandsreisen (3,3 Mill S) weil den Teilnehmern an Fortbildungsveranstaltungen an den Justizschulen entsprechend einer Empfehlung des RH die Verpflegung unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird und somit Abzüge bei den Tagesgebühren erfolgen und bei Maschinen und maschinellen Anlagen, Brennstoffen und Druckwerken (insgesamt 6,9 Mill S).

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (48,6 Mill S) aufgrund vermehrter Presseinschaltungen in Firmenbuchsachen und gestiegener Entgelte nach dem Suchtmittelgesetz. Weiters bei Entgelten an die BRZ-GmbH (ADV) (20,3 Mill S) aufgrund höherer Kosten bei Projekten; bei Mieten für Liegenschaften und Räumlichkeiten für sonstige Amts- und Betriebszwecke (7,2 Mill S) aufgrund höherer Aufwendungen für die Bezirksgerichte Meidling und Liesing sowie allgemeiner Erhöhung der Betriebskosten, bei Mietenvorauszahlungen (6,9 Mill S) wegen der Vorauszahlung für das neu zu errichtende Gerichtsgebäude in Waidhofen an der Thaya; bei Verfahrenskosten im Schuldenregulierungsverfahren (5,6 Mill S), weil der Anfall an Verfahrenskosten, die somit aus Amtsgeldern zu begleichen sind, gestiegen ist; bei Instandhaltung von sonstigen Anlagen (3,5 Mill S) aufgrund zusätzlicher Wartungskosten von Zutrittskontrollen sowie diverser Sanierungsarbeiten; bei freiwilligen Sozialleistungen (3,0 Mill S), weil mehr Zuschüsse gewährt wurden.

1/303 Justizanstalten

1/30300 Personalausgaben (+ 2,5 %) + 42 987 638,18 S

Mehrausgaben bei sonstigen Nebengebühren (26,1 Mill S) aufgrund der Neuregelung des Gehaltsgesetzes hinsichtlich der besonderen Erschwernisse des Exekutivdienstes im Nachtdienst; bei den Vertragsbediensteten (14,1 Mill S) aufgrund des Vertragsbedienstetenreformgesetzes; bei Mehrleistungsvergütungen (13,5 Mill S) aufgrund höherer Sonn- und Feiertagsvergütungen sowie Journaldienstzulagen; bei Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete sowie Vergütungen für Nebentätigkeit (insgesamt 5,3 Mill S).

Minderausgaben bei Beamten (12,1 Mill S) aufgrund altersbedingter Abgänge und bei Jubiläumszuwendungen (3,7 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/30308 Aufwendungen (– 0,5 %) – 5 422 000,-- S

Minderausgaben bei Aufwandsentschädigungen (18,4 Mill S) aufgrund von Neuregelungen im Gehaltsgesetz; bei Energiebezügen (8,2 Mill S) aufgrund gezielter Energiesparmaßnahmen und eines milden Winters; bei sonstigen Roh- und Hilfsstoffen (4,4 Mill S) aufgrund geringerer Ankäufe; bei Lebensmitteln (3,7 Mill S) infolge verstärkter Bedarfsorientierung sowie bei Futtermitteln, Brennstoffen, Treibstoffen für Kraftfahrzeuge, Leistungen der Post und Mieten für Liegenschaften und Räumlichkeiten für sonstige Amts- und Betriebszwecke (insgesamt 6,7 Mill S).

Mehrausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (15,3 Mill S) aufgrund von Vorbelastungen aus dem vorigen Jahr und einem Anstieg der Anzahl der Untergebrachten; bei Entgelten an die BRZ-GmbH (ADV) (8,3 Mill S) wegen eines neu hinzugekommenen Projektes; bei Mitteln zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge (7,9 Mill S) der Gefangenen vor allem im Bereich Hepatitis C und HIV-Aids; bei sonstiger Amtsausstattung (4,4 Mill S) aufgrund der Neuausstattung der Justizanstalten Wien-Simmering und Hirtenberg.

1/305 Bewährungshilfe

1/30500 Personalausgaben (– 14,9 %) – 13 835 470,-- S

Minderausgaben vor allem bei den Vertragsbediensteten (7,9 Mill S) aufgrund der Ausgliederung der Bewährungshilfedienststellen in Graz und Leoben und des damit verbundenen Ausscheidens der Vertragsbediensteten sowie bei Beamten, Mehrleistungsvergütungen und Dienstgeberbeiträgen (insgesamt 6,0 Mill S).

1/30508 Aufwendungen (+ 5,5 %) + 14 310 000,-- S

Mehrausgaben beim Entgelt an Bewährungshilfevereinigungen (17,0 Mill S) aufgrund der Eingliederung der Bewährungshilfedienststellen in Graz und Leoben in den Verein für Bewährungshilfe und Soziale Arbeit.

1/40 Militärische Angelegenheiten

Mehrausgaben in Höhe von 744 Mill S betrafen vorwiegend Aufwendungen (536 Mill S) und Personalausgaben (182 Mill S) bei Heer und Heeresverwaltung sowie Personalausgaben der Zentralstelle (13 Mill S).

Minderausgaben von 219 Mill S betrafen vor allem Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (197 Mill S) sowie geringere Ausgaben für Soldatenheime im zweckgebundenen Gebarungsbereich (12 Mill S) bei Heer und Heeresverwaltung.

1/400 Bundesministerium für Landesverteidigung

1/40000 Personalausgaben (+ 1,8 %) + 12 998 839,99 S

Mehrausgaben bei Beamtenbezügen (16,8 Mill S) infolge allgemeiner Bezugserhöhung und Arbeitsplatzaufwertungen sowie für Jubiläumsszuwendungen infolge vorzeitiger Ruhestandsversetzungen (2,6 Mill S).

Minderausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (7,9 Mill S) infolge Personalreduzierung wegen Ausgliederungen aus der Zentralstelle.

1/401 Heer und Heeresverwaltung

1/40100 Personalausgaben (+ 1,9 %) + 182 000 000,- S

Mehrausgaben bei Bezügen (362,8 Mill S) und Dienstgeberbeiträgen für Beamte (25,8 Mill S) durch Bezugserhöhung und Ausweitung des Grenzeinsatzes, weiters bei den Entgelten für Vertragsbedienstete I (124,8 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (32,5 Mill S) wegen Entgelt-erhöhung, wegen der Auswirkungen der Vertragsbedienstetenreform sowie infolge vermehrter Übernahme von Militärpersonen auf Zeit ins Vertragsbedienstetenschema und der Durchführung von Neuaufnahmen nach Vorgabe des Ministerrates; weitere Mehrausgaben für Vertragsbedienstete II infolge Personalvermehrung wegen der Eingliederung von Dienststellen aus der Zentralstelle und infolge Entgeltserhöhung (7,0 Mill S), für Vertragsbedienstete I/J (5,2 Mill S) und Vertragsbedienstete II/J (2,1 Mill S), weil durch die Lehrlingsoffensive der Bundesregierung zusätzliche Planstellen genehmigt wurden, sowie für Vertragsbedienstete II/R (Ausland) (1,9 Mill S) und die dazugehörigen sonstigen Dienstgeberbeiträge (1,0 Mill S) aufgrund zu niedrig veranschlagter Mittel. Ferner Mehrausgaben für Jubiläumsszuwendungen infolge vorzeitiger Ruhestandsversetzungen (40,1 Mill S), für sonstige Nebengebühren (6,9 Mill S) und höhere Überweisungsbeiträge an die Sozialversicherungsträger (2,3 Mill S) aufgrund wieder vorgenommener Pragmatisierungen.

Minderausgaben aufgrund verringerter Übernahmen von Zeitsoldaten als Militärpersonen auf Zeit (347,0 Mill S) und Einsparungsmaßnahmen im Bereich der Journaldienste (84,3 Mill S).

1/40107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (- 8,4 %) - 196 818 000,- S

Minderausgaben bei den Entschädigungen für Waffenübungen (172,4 Mill S) und freiwilligen Waffenübungen (25,4 Mill S) wegen verminderter Übungstätigkeiten; bei Heilungskosten für Wehrpflichtige (19,3 Mill S) und der Krankenfürsorge für deren Angehörige (2,3 Mill S) sowie für Familienbeihilfen (13,1 Mill S) aufgrund einer geringeren Anzahl von Anspruchsberechtigten. Weiters beim Entgelt für Frauen im Ausbildungsdienst (8,3 Mill S) wegen eines geringeren Aufkommens.

Mehrausgaben bei Geldleistungen für Auslandseinsätze (15,9 Mill S) und bei der Prämie im Grundwehrdienst (10,8 Mill S), weil eine höhere Anzahl von Wehrpflichtigen die vorbereitende Kaderaus- bildung erfolgreich abschloss, und für Fahrtkostenvergütungen (9,9 Mill S) infolge vermehrter Inanspruchnahme. Weiters für Geldleistungen gemäß § 4 des Militärberufsförderungsgesetzes (8,1 Mill S), da zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht absehbar war, wieviele Personen von der Berufsförderung Gebrauch machen würden.

1/40108 Aufwendungen (+ 6,4 %) + 535 989 000,-- S

Mehrausgaben entstanden insbesondere durch Auslandseinsätze und humanitäre Hilfeinsätze sowie durch die Assistenzleistungen im Inland (Galtür).

1/402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)

1/40208 Soldatenheime (– 11,6 %) – 12 367 617,77 S

Minderausgaben infolge geringerer Umsätze.

1/50 Finanzverwaltung

Mehrausgaben von 3 784 Mill S betrafen vorwiegend Förderungsmaßnahmen des BMF im Rahmen gesetzlicher Verpflichtungen (2 856 Mill S), Personalausgaben des Amtes der Post und Telekom Austria AG (275 Mill S), der Dienststellen der Finanzlandesdirektionen (129 Mill S) und der Zentralleitung (18 Mill S) sowie Aufwendungen im IT-Bereich (249 Mill S) und in der Zentralleitung (21 Mill S). Weiters betrafen sie Aufwendungen für Zahlungen an den Innovations- und Technologiefonds (100 Mill S) sowie an die Oesterreichische Kontrollbank-AG (54 Mill S) und den Zweckaufwand des BMF für die Zurückstellung von Silbermünzen (69 Mill S).

Minderausgaben von 995 Mill S betrafen hauptsächlich die Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen (286 Mill S), sonstige Förderungen (194 Mill S), verminderte Zuschüsse an die Oesterreichische Kontrollbank-AG (181 Mill S), Personalausgaben des Österreichischen Postsparkassenamtes (83 Mill S), Aufwendungen der Dienststellen der Finanzlandesdirektionen (80 Mill S) und des Amtes der Post und Telekom Austria AG (39 Mill S), Entschädigungszahlungen gemäß Staatsvertrag für Schäden im Ausland (39 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Zentralleitung (19 Mill S) sowie den Zuschuß an die Finanzierungsgarantie GesmbH (18 Mill S).

1/500 Bundesministerium für Finanzen

1/5000 Zentralleitung

1/50000 Personalausgaben (+ 2,9 %) + 17 744 011,19 S

Mehrausgaben für Beamte (21,4 Mill S) aufgrund der allgemeinen Bezugserhöhung und für Vertragsbedienstete II (3,4 Mill S) aufgrund der allgemeinen Entgelterhöhung und des Vertragsbedienstetenreformgesetzes, BGBl I Nr 10/1999.

Minderausgaben für Vertragsbedienstete I (9,6 Mill S) im Zusammenhang mit der geänderten Rechtslage.

1/50007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 48,8 %) – 19 049 400,64 S

Minderausgaben für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds (17,4 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/50008 Aufwendungen (+ 8,6 %) + 21 059 071,52 S

Mehrausgaben für Werkleistungen (23,9 Mill S) infolge erhöhter Inanspruchnahme und für Mitgliedsbeiträge (8,0 Mill S) infolge der Beteiligung des BMF an der Gründung des Vereines „Zentrum für sichere Informationstechnologie-Austria (A-SIT)“.

Minderausgaben für Amtshaftungsentschädigungen (7,8 Mill S) und für Druckwerke (5,1 Mill S) infolge geringeren Bedarfes und für Auslandsdienstreisen (3,0 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme.

1/5002	IT-Bereich		
1/50028	Aufwendungen	(+ 25,0 %)	+ 249 293 570,98 S
	Mehrausgaben für ADV-Entgelte an die BRZ-GmbH (177,7 Mill S) aufgrund der Erweiterung des Applikationsbetriebes, von Investitionen bei Infrastruktureinrichtungen sowie von genehmigten Projekten, für sonstige ADV-Leistungen von Firmen (81,8 Mill S) infolge der beabsichtigten Reorganisation der Haushaltsverrechnung des Bundes (SAP) und für Vergütungen an das BKA (11,5 Mill S) infolge der erst im Jahre 1999 erfolgten Entrichtung des Kostenersatzes für das Jahr 1998 im Zusammenhang mit dem Zentralen Ausweichrechenzentrum des BKA.		
	Minderausgaben für die ADV-Schulung und Weiterbildung durch Firmen (20,5 Mill S) aufgrund der Reorganisation des Schulungswesens.		
1/501	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)		
1/50107	Zurückstellung von Silbermünzen	(+ 86,2 %)	+ 68 938 864,57 S
	Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Zurückstellung von Silbermünzen gemäß § 21 Abs 1 des Scheidemünzengesetzes 1988, BGBl Nr 597 idgF.		
1/50138	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen	(- 36,4 %)	- 286 158 544,77 S
	Minderausgaben bei den Kosten für Post-Toronto-Abkommen und deren Weiterentwicklung (143,9 Mill S) sowie bei den Kosten für Länder mit mittlerem Einkommen (142,3 Mill S) im Rahmen der Schuldenregelungen des Clubs von Paris.		
1/502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)		
1/50204	Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(+ 23,6 %)	+ 2 855 796 690,46 S
	Mehrausgaben für Transferzahlungen an Länder (2 196,7 Mill S), für Beihilfen und Ausgleichszahlungen (563,7 Mill S) sowie für Transferzahlungen an das Österreichische Rote Kreuz (95,3 Mill S) im Zusammenhang mit dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, BGBl Nr 746/1996 idgF.		
1/5023	ÖKB-AG		
1/50236	Förderungen-Zuschuss	(- 60,3 %)	- 181 030 803,07 S
	Minderausgaben beim allgemeinen Zuschuss für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der ÖKB-AG nach dem Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl Nr 216 idgF (115,5 Mill S), für Finanzierungen aufgrund des Schwellenländerprogrammes (47,4 Mill S) sowie für Kofinanzierungen mit der Weltbank (18,1 Mill S).		
1/50238	Aufwendungen		+ 53 580 984,39 S
	Mehrausgaben für den Studienfonds der ÖKB-AG und für Honorare und Kosten im Rahmen der Exportoffensive (53,6 Mill S).		
1/5024	Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds		
1/50248	Aufwendungen		+ 99 999 000,-- S
	Mehrausgaben zur Dotierung des Fonds zum Ausgleich für die gesunkenen Zinsen.		
1/50294	Zuschuss an Finanzierungsgarantie GesmbH	(- 77,7 %)	- 18 262 716,93 S
	Minderausgaben infolge zu hoher Veranschlagung.		

1/50295 Bezugsvorschüsse (– 11,8 %) – 7 362 891,-- S

Minderausgaben für sonstige Bezugsvorschüsse insbesondere an Bedienstete der Post und Telekom Austria AG infolge einer geringeren Anzahl förderungswürdiger Ansuchen.

1/50296 Sonstige Förderungen (– 48,6 %) – 193 774 913,18 S

Minderausgaben bei den Zuschüssen für Betriebsneugründungen über die Finanzierungsgarantie GesmbH (270,4 Mill S) wegen Verzögerungen bei der Abwicklung verschiedener Projekte und bei der Finanzierung verschiedener Trust Funds (Global Environment Facility-GEF, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung-EBRD, Internationale Finanzkorporation-IFC und Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung-IBRD) (25,9 Mill S) im Zusammenhang mit Kooperationsabkommen.

Mehrausgaben für Katastrophenhilfe (90,0 Mill S) für die vom Wirbelsturm Mitch verwüsteten Länder Mittelamerikas, für den Studienfonds der Finanzierungsgarantie GesmbH (11,3 Mill S) und für Aktivitäten des Gemeinde- und Städtebundes (4,5 Mill S).

1/503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

1/5031 Schäden im Ausland

1/50317 Entschädigungszahlungen (– 36,2 %) – 38 691 046,26 S

Minderausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung des Entschädigungsgesetzes CSSR, BGBl Nr 452/1975 (37,5 Mill S), weil die Abwicklung umfangreiche Erhebungsarbeiten erforderte.

1/504 Finanzlandesdirektionen

1/5040 Dienststellen

1/50400 Personalausgaben (+ 2,0 %) + 129 121 597,19 S

Mehrausgaben für Beamte (106,0 Mill S) aufgrund der allgemeinen Bezugserhöhung, für Vertragsbedienstete I und für jugendliche Vertragsbedienstete (56,0 Mill S) aufgrund der allgemeinen Entgelterhöhung und des Vertragsbedienstetenreformgesetzes, BGBl I Nr 10/1999; ferner für Jubiläumsszuwendungen (9,7 Mill S), Vergütungen für Nebentätigkeit (9,0 Mill S) sowie Belohnungen und Geldaushilfen (4,5 Mill S).

Minderausgaben für Vertragsbedienstete II und sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten (28,2 Mill S) infolge des Aufnahmestopps sowie für Mehrleistungsvergütungen (16,4 Mill S) und für Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG (7,8 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/50403 Anlagen (+ 14,0 %) + 6 715 402,19 S

Mehrausgaben für Amts- und Betriebsausstattung (13,8 Mill S) im Zusammenhang mit dem Finanzreformgesetz 1998, BGBl I Nr 29/1999.

1/50407 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 7,3 %) – 12 227 568,99 S

Minderausgaben für Familienbeihilfen (11,8 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/50408 Aufwendungen (– 6,8 %) – 79 618 800,47 S

Minderausgaben für Miet- und Pachtzinse (30,4 Mill S) infolge eines geringeren Bedarfes an Mietobjekten, für Aufwandsentschädigungen (24,2 Mill S) infolge deren Verlagerung zu den Personalausgaben, für Druckwerke (22,2 Mill S), für Energiebezüge (9,7 Mill S) und für Leistungen der Post (4,5 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben für Instandhaltung von Gebäuden (9,8 Mill S), für sonstige Werkleistungen juristischer Personen (5,0 Mill S), für Verbrauchsmaterialien für Personalcomputer (4,8 Mill S) und für Schulung und Weiterbildung durch juristische Personen (3,0 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/50428 Zahlungen an die BIG (– 12,1 %) – 9 367 033,67 S

Minderausgaben infolge niedrigerer Zahlungen als erwartet.

1/50438 Gebarung gemäß § 22 KHVG (– 89,2 %) – 9 809 300,-- S

Minderausgaben aus dem Prämienaufkommen aus der Grenzversicherung infolge einer Änderung des Verrechnungsmodus ab 1. Jänner 1999.

1/508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

1/5080 Österreichisches Postsparkassenamt

1/50800 Personalausgaben (– 12,7 %) – 83 166 907,30 S

Minderausgaben für Vertragsbedienstete I und II (53,2 Mill S) und für Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten (17,8 Mill S) infolge des Aufnahmestopps sowie für Belohnungen und Geldaushilfen (15,4 Mill S) und für Jubiläumswendungen (3,4 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben für Beamte (3,7 Mill S) aufgrund der allgemeinen Bezugserhöhung.

1/5083 Amt der Post und Telekom Austria AG

1/50830 Personalausgaben (+ 1,7 %) + 274 525 039,79 S

Mehrausgaben für Beamte und Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen für Beamte (214,0 Mill S) aufgrund der allgemeinen Bezugserhöhung, für Mehrleistungsvergütungen (77,7 Mill S), für Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG (50,3 Mill S) sowie für Jubiläumswendungen (20,7 Mill S) infolge eines höheren Bedarfes.

Minderausgaben für sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Beamten (38,6 Mill S), für sonstige Nebengebühren (37,5 Mill S) und für Vergütungen für Nebentätigkeit (12,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/50838 Aufwendungen (– 3,2 %) – 38 895 154,70 S

Minderausgaben für Aufwandsentschädigungen (54,2 Mill S) infolge eines geringeren Bedarfes.

Mehrausgaben für Inlandreisen (13,6 Mill S) und für Fahrtkostenzuschüsse (3,7 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

51 Kassenverwaltung

Mehrausgaben von 88 894 Mill S betrafen vor allem die Tilgung (77 432 Mill S) sowie Zinsen und Begebungskosten (496 Mill S) von kurzfristigen Verpflichtungen des Bundes, die Zuführungen an die zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (4 827 Mill S), an die besondere Rücklage (2 567 Mill S), an die allgemeine Rücklage (888 Mill S), an die besondere Aufwendungen-Rücklage (596 Mill S) und an die besondere Einnahmen-Rücklage (240 Mill S) sowie Aufwendungen für die Siedlungswasserwirtschaft (1 837 Mill S).

Minderausgaben von 3 641 Mill S entstanden hauptsächlich bei den Pauschalvorsorgen für Sachausgaben (zusammen 2 641 Mill S) und bei den Förderungen der Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive (1 000 Mill S).

1/511	Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)	
1/5110	Innovations- und Technologiefonds	
1/51108	Aufwendungen	(+ 3,1 %) + 12 387 161,46 S
	Mehrausgaben bei den Überweisungen an das Bundeskanzleramt wegen höherer Anforderungen.	
1/5111	Siedlungswasserwirtschaft	
1/51118	Aufwendungen	+ 1 836 529 652,15 S
	Mehrausgaben aufgrund der Ende 1999 getroffenen Neuregelung der Verrechnung der Budgetmittel für die Siedlungswasserwirtschaft.	
1/512	Rücklagen	
	Die Zuführung nicht in Anspruch genommener Teile von Ausgabenansätzen sowie solcher von zweckgebundenen Einnahmen und Einnahmen aus EU-Rückflüssen an Haushaltsrücklagen gemäß den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes und des Bundesfinanzgesetzes 1999 erfolgt durch buchmäßige Ausweisung von Mehrausgaben in entsprechender Höhe bei den nachstehenden Verrechnungsansätzen der Kassenverwaltung (Titel 1/512). Diesen Mehrausgaben stehen als Bedeckung einzelne Ausgabenersparungen und zweckgebundene Mehreinnahmen sowie Reste von nicht in Anspruch genommenen Rücklagenentnahmen bei den in Frage kommenden Voranschlagsansätzen gegenüber.	
1/51219	Zuführung an allgemeine Rücklage	+ 887 636 000,-- S
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.	
1/51249	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	+ 4 826 816 949,67 S
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.	
1/51269	Zuführung an besondere Rücklage	+ 2 566 837 000,-- S
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.	
1/51279	Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage	+ 239 619 005,80 S
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.	
1/51289	Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage	+ 596 002 000,-- S
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.	
1/518	Sonstige Pauschalvorsorgen	
1/5181	Pauschalvorsorge für Sachausgaben	
	Diese Pauschalvorsorge für Sachausgaben war zur Bedeckung der bei den einzelnen anweisenden Organen tatsächlich anfallenden unaufschiebbaren Mehrausgaben, insbesondere solcher für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, weiters für die Durchführung von unvorhersehbaren Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem sowie für Auslandseinsätze gemäß BGBl I Nr 38/1997 vorgesehen.	
1/51816	Förderungen	- 24 000 000,-- S
	Bei diesem Voranschlagsansatz wurden 14,2 Mill S zur Bedeckung von bestimmten Mehrausgaben (Hilfsprojekte zur Minenräumung) gebunden.	

1/51817 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) – 1 504 000 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz erfolgte keine Bindung.

1/51818 Aufwendungen – 1 113 295 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 110,2 Mill S zur Bedeckung von entsprechenden Mehrausgaben gebunden (vor allem für Projekte, die vom BKA, vom BMI und vom BMLV unterstützt wurden, sowie für Repräsentationsverpflichtungen des Bundespräsidenten).

1/5183 Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive

Diese Pauschalvorsorge war zur Bedeckung der bei bestimmten Voranschlagsansätzen entstandenen Mehrausgaben vor allem für Förderungen zugunsten der Technologie- und Exportoffensive vorgesehen.

1/51836 Förderungen – 1 000 000 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 910,2 Mill S zur Bedeckung von Mehrausgaben für entsprechende Forschungsprojekte gebunden.

519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben

5191 Kurzfristige Verpflichtungen

**1/51918 Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes
(Zinsen und Begebungskosten) (+ 314,1 %) + 496 319 118,22 S**

Mehrausgaben für Zinsen in inländischer (354,8 Mill S) und in fremder Währung (141,5 Mill S) infolge höherer Aufnahme von Kassenstärkern aufgrund der Einführung des Austrian Treasury Bill (ATB) Programms.

(Siehe auch Ansatz 8/51919).

7/51919 Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung) . (+ 103,2 %) + 77 432 088 351,95 S

Mehrausgaben infolge höherer Aufnahme von Kassenstärkerkrediten in fremder (25 641,9 Mill S) und in inländischer Währung (14 956,8 Mill S) aufgrund der Einführung des Austrian Treasury Bill (ATB) Programms sowie durch die damit verbundenen Devisentermingeschäfte bei Fremdwährungs-ATB (36 833,4 Mill S).

(Siehe auch Ansatz 8/51919).

1/52 Öffentliche Abgaben

1/527 Verschiedene Kosten

1/52718 Verkaufsvergütungen (– 16,0 %) – 21 524 761,64 S

Minderausgaben bei den Verkaufsvergütungen für Stempelmarken (allgemein) (23,8 Mill S), weil infolge der Gebührengesetz-Novelle 1999 (BGBl I Nr 92) die festen Gebühren seit Juli 1999 auch durch Barzahlung, mittels Euroscheckkarte mit Bankomatfunktion oder Kreditkarte entrichtet werden können.

1/53 Finanzausgleich

Minderausgaben von 1 123 Mill S entstanden vor allem beim Katastrophenfonds, bei der Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden (502 Mill S), bei Schäden im Vermögen der Gemeinden (71 Mill S) und des Bundes (53 Mill S) sowie bei Zahlungen an die Länder (24 Mill S). Weiters betrafen sie den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder (157 Mill S), Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz (105 Mill S), Finanzzuweisungen für

umweltschonende und energiesparende Maßnahmen (96 Mill S), Zuschüsse für Krankenanstalten (82 Mill S) und Zuschüsse nach § 3 WBF-ZG (22 Mill S).

Mehrausgaben von 548 Mill S betrafen die Bedarfszuweisung an die Länder (316 Mill S), Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten (100 Mill S), Zahlungen für Schäden im Vermögen privater Personen im zweckgebundenen Gebarungsbereich des Katastrophenfonds (100 Mill S) und Ausgaben für Kinderbetreuungseinrichtungen (33 Mill S).

1/530 Leistungen an Länder und Gemeinden

1/53007 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder (– 10,3 %) – 157 168 156,-- S

Minderausgaben, weil der aus Bundesmitteln zu leistende Kopfquotenausgleich, der von jeder Änderung des örtlichen Aufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben abhängt, schwer abschätzbar ist.

1/53027 Bedarfszuweisung an Länder (+ 4,0 %) + 315 587 263,-- S

Mehrausgaben, entsprechend dem höheren Aufkommen an den für die Bemessung der Bedarfszuweisung maßgeblichen Abgaben (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Wohnbauförderungsbeitrag) in den Monaten Oktober 1998 bis September 1999.

1/53047 Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen (– 12,8 %) – 95 647 825,-- S

Minderausgaben aufgrund des niedrigeren Aufkommens an der für die Bemessung der Finanzzuweisung maßgeblichen Abgabe (Energieabgabe) in den Monaten November 1998 bis Oktober 1999.

1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden (– 33,3 %) – 5 000 000,-- S

Minderausgaben, da nur eine Gemeinde die gesetzlichen Voraussetzungen (BGBl Nr 346/1982) erfüllt hat.

1/53097 Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten .. (+ 4,9 %) + 99 804 920,-- S

Mehrausgaben aufgrund des höheren Aufkommens an Mineralölsteuer.

1/532 Zweckzuschüsse des Bundes I

1/53207 Zuschüsse für Krankenanstalten (– 5,8 %) – 81 703 404,-- S

Minderausgaben aufgrund des geringeren Aufkommens an Umsatzsteuer.

1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz (– 26,2 %) – 104 796 630,11 S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen von Bundeszuschüssen zu den von den Ländern zur Verfügung gestellten Mitteln für den Wohnbau (Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982: 22,1 Mill S bzw Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1983: 82,7 Mill S).

1/53237 Zuschüsse nach § 3 des Wohnbauförderungszuschussgesetzes (– 17,4 %) – 21 961 903,09 S

Minderausgaben, weil einige der von den Ländern gemeldeten Jahresbeiträge an Annuitätzuschüssen und Wohnbeihilfen geringer als erwartet waren.

1/53297 Kinderbetreuungseinrichtungen + 32 998 000,-- S

Mehrausgaben, da einerseits Teile der ersten Tranche von Seiten der Länder erst 1999 abberufen wurden und andererseits das Land Tirol die zweite Tranche bereits 1999 beanspruchte.

1/534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen (+ 69,5 %) + 99 954 630,-- S

Mehrausgaben infolge höherer Anforderungen.

1/53418 Zahlungen an Länder (– 6,0 %) – 24 009 800,-- S

Minderausgaben für Schäden im Vermögen der Länder (11,9 Mill S) sowie für Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren (12,1 Mill S).

1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden (– 23,0 %) – 71 269 200,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Schäden im Vermögen der Gemeinden.

1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes (– 21,0 %) – 53 259 000,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen von Bundesmitteln durch einzelne Verwaltungsbereiche.

1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawineschäden (– 18,3 %) – 501 618 000,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen von Bundesmitteln durch einzelne Verwaltungsbereiche.

54 Bundesvermögen

Minderausgaben von 5 630 Mill S betrafen vorwiegend Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (2 100 Mill S) (Übrige Gebarung) und Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (1 639 Mill S) samt Nebengebarung (AFG) (1 327 Mill S) (zweckgebundene Gebarung) im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes gemäß Ausfuhrförderungsgesetz, die Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen (263 Mill S), Zahlungen an internationale Finanzinstitutionen (247 Mill S) und Aufwendungen für sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen zu Lasten des Allgemeinen Haushalts (21 Mill S).

Die Mehrausgaben betragen 15 Mill S.

1/540 Kapitalbeteiligung

1/54052 Internationale Finanzinstitutionen (– 14,9 %) – 247 206 183,66 S

Minderausgaben beim Europäischen Entwicklungsfonds (162,9 Mill S), bei der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (Miga) (10,0 Mill S) und bei der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (8,0 Mill S) infolge des Nichtabrufes der Beiträge; weitere Minderausgaben beim Afrikanischen Entwicklungsfonds (52,4 Mill S), bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (14,8 Mill S), bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (7,2 Mill S) und beim Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (3,2 Mill S) infolge geringerer Einlösung von Bundesschatzscheinen sowie bei der Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (35,0 Mill S) infolge Nichtzustandekommens des Vertrages.

Mehrausgaben bei der Asiatischen Entwicklungsbank (23,3 Mill S) und bei der Internationalen Entwicklungsorganisation (7,4 Mill S) infolge höherer Einlösung von Bundesschatzscheinen sowie bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (14,3 Mill S) aufgrund höherer Barzahlungen.

1/541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)

1/54108 Aufwendungen (+ 764,7 %) + 8 083 305,06 S

Mehrausgaben vor allem wegen vermehrter Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Aktienverkäufen (7,4 Mill S).

1/547	Haftungsübernahmen des Bundes	
1/5470	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)	
1/54707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (AFG) (– 42,0 %)	– 12 610 232,09 S
	Minderausgaben an Kapitalertragsteuer auf Zinsen als Folge eines geringeren Guthabens am Konto bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG gemäß § 7 AFG.	
1/54708	Nebengebarung (AFG) (– 40,9 %)	– 1 327 232 598,14 S
	Minderausgaben bei den Kosten gemäß § 7 Abs 2 AFG (1 256,3 Mill S) und bei der Kursrisikogarantie (120,0 Mill S) infolge rückläufigen Zinsen- und Kostenaufwandes.	
	Mehrausgaben beim Bankanteil an Haftungsentgelten (49,0 Mill S).	
1/54709	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (– 22,7 %)	– 1 639 286 544,53 S
	Minderausgaben wegen geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG (1 565,2 Mill S) sowie aus Wechselbürgschaften gemäß § 2 AFG (74,1 Mill S).	
1/5471	Sonstige Finanzhaftungen	
1/54718	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen (– 30,1 %)	– 263 301 769,79 S
	Minderausgaben bei Kursrisikogarantien (AFFG) (229,6 Mill S) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Schilling und ausländischen Währungen. Weitere Minderausgaben für Verpflichtungen gemäß Garantiegesetz 1977 (33,7 Mill S) wegen geringerer Inanspruchnahme bei Schadensfällen.	
1/5472	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung)	
1/54729	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (– 100,0 %)	– 2 100 000 000,-- S
	Minderausgaben infolge geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG.	
548	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen	
1/5482	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	
1/54828	Aufwendungen für Internationales Zentrum Wien ... (+ 186,4 %)	+ 6 709 262,17 S
	Mehrausgaben infolge Anfalls größerer Reparaturen.	
5484	Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen	
1/54847	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 19,8 %)	– 11 905 433,05 S
	Minderausgaben vor allem infolge geringerer Zahlungen an die Weltbank für die Globale Umweltfazilität (11,3 Mill S).	
1/54848	Aufwendungen (– 8,5 %)	– 21 285 632,83 S
	Minderausgaben insbesondere aufgrund geringerer Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG gemäß BGBl Nr 206/1982.	
1/55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	
	<i>Minderausgaben von 2 132 Mill S entstanden vor allem bei den Ruhebezügen (1 340 Mill S), bei Dienstgeberbeiträgen (79 Mill S), bei den Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (20 Mill S) sowie bei Familien- und Geburten-</i>	

beihilfen (17 Mill S) für Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes, bei den Ersätzen für Pensionen der Landeslehrer (619 Mill S) sowie bei den Versorgungsbezügen (16 Mill S), den Ruhebezügen (14 Mill S) und den Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (13 Mill S) für sonstige Bedienstete.

Mehrausgaben von 847 Mill S betrafen vor allem Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen bei den Österreichischen Bundesbahnen (645 Mill S) und bei der Post und Telekom Austria AG (88 Mill S) sowie Versorgungsbezüge der Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes (114 Mill S).

1/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

1/55000 Ruhebezüge (– 5,4 %) – 1 340 259 028,81 S

Minderausgaben infolge eines geringeren Zuganges an Ruhebezugsempfängern (1 282,8 Mill S) und eines geringeren Anfalls von Todesfallbeiträgen (55,7 Mill S).

1/55010 Versorgungsbezüge (+ 1,8 %) + 114 050 513,12 S

Mehrausgaben infolge der allgemeinen Bezugserhöhung und eines höheren Anfalls an Versorgungsempfängern.

1/55030 Dienstgeberbeiträge (– 7,8 %) – 78 705 779,38 S

Minderausgaben korrespondierend zu den Minderausgaben bei den Ruhebezügen.

1/55047 Familien- und Geburtenbeihilfen (– 17,8 %) – 16 618 525,-- S

Minderausgaben infolge der geringeren Anzahl an Familienbeihilfenempfängern.

1/55057 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (– 3,8 %) – 19 614 385,20 S

Minderausgaben beim Pflegegeld für Versorgungsbezugsempfänger (25,1 Mill S) infolge geringeren Neuzuganges.

Mehrausgaben beim Pflegegeld für Ruhebezugsempfänger (5,6 Mill S) infolge höheren Neuzuganges.

1/551 Ersätze an Länder

1/55107 Ersätze für Pensionen der Landeslehrer (– 6,4 %) – 618 518 560,17 S

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl von Neuzugängen bei den Ruhegenussempfängern (604,5 Mill S) sowie bei den Pflegegeldbeziehern (14,0 Mill S).

1/552 Sonstige Bedienstete

1/55200 Ruhebezüge (– 3,3 %) – 13 976 254,10 S

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl an Ruhebezugsempfängern.

1/55210 Versorgungsbezüge (– 9,7 %) – 16 215 498,40 S

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl an Empfängern von Versorgungsbezügen, als bei der Erstellung des Bundesvoranschlags erwartet wurde.

1/55220 Außerordentliche Versorgungsgenüsse (– 21,5 %) – 10 116 742,70 S

Minderausgaben infolge einer Verringerung der Anzahl der Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen.

1/55257 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (- 37,1 %) - 12 646 308,30 S

Minderausgaben, da der Zugang an Anspruchsberechtigten geringer war, als bei der Erstellung des Bundesvoranschlags erwartet wurde.

1/555 Sonstige Pensionsleistungen

1/5550 Österreichische Bundesbahnen

1/55507 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 2,9 %) + 644 529 195,97 S

Mehrausgaben infolge eines höheren Standes an Pensionsempfängern, als bei der Erstellung des Bundesvoranschlags erwartet wurde (583,3 Mill S), sowie infolge eines höheren Bedarfes beim Pflegegeld (59,9 Mill S).

1/5551 Post und Telekom Austria AG

1/55517 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 0,8 %) + 88 114 346,36 S

Mehrausgaben bei den Pensionen (65,2 Mill S) infolge der allgemeinen Bezugserhöhung und beim Pflegegeld (23,4 Mill S) durch den Anstieg der Anspruchsberechtigten.

56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen

Mehrausgaben in Höhe von 68 482 Mill S betrafen vorwiegend die Kapitalauszahlung (33 222 Mill S) sowie sonstige Ausgaben (376 Mill S) für Kredite und Darlehen in heimischer Währung, die Kapitalauszahlung für Kredite und Darlehen in fremder Währung (13 265 Mill S), die Kapitalauszahlung in fremder (12 243 Mill S) und heimischer (4 482 Mill S) Währung für Ausgaben aus Währungstauschverträgen und die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen (1 298 Mill S) sowie Zahlungen im Rahmen des sonstigen Aufwands (1 056 Mill S). Weiters betrafen sie Verzinsung und Aufgeld von titrierter Finanzschuld (Anleihen: 1 266 Mill S; Bundesobligationen und Schuldverschreibungen: 52 Mill S) in heimischer Währung, die Tilgung (675 Mill S) sowie Verzinsung und Aufgeld (50 Mill S) von nicht titrierter Finanzschuld (Kredite und Darlehen) in heimischer Währung, Verzinsung und Aufgeld von titrierter Finanzschuld (Anleihen) in fremder Währung (293 Mill S) sowie die Auszahlung der Veranlagungserträge (94 Mill S).

Die Minderausgaben betragen lediglich 20 000 S.

560 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

5600 Anleihen

1/56008 Verzinsung und Aufgeld + 1 266 197 328,52 S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung.

5601 Bundesobligationen und Schuldverschreibungen

1/56018 Verzinsung und Aufgeld + 51 998 000,-- S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung einer Kreditoperation nach Voranschlagserstellung.

561 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

5610 Kredite und Darlehen

1/56108 Verzinsung und Aufgeld + 49 823 309,47 S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung.

7/56109	Tilgung	+ 674 999 000,-- S
	Mehrausgaben infolge Tilgung von nach Voranschlagserstellung begebener Darlehen.	
562	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5620	Anleihen	
1/56208	Verzinsung und Aufgeld (+ 343,8 %)	+ 293 338 604,04 S
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung.	
5621	Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	
1/56218	Verzinsung und Aufgeld	+ 39 212 978,52 S
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung.	
564	Ausgaben aus Währungstauschverträgen	
5640	In heimischer Währung	
1/56408	Verzinsung und Aufgeld	+ 36 218 853,81 S
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung.	
5641	In fremder Währung	
1/56418	Verzinsung und Aufgeld	+ 31 836 509,93 S
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung.	
7/5642	In heimischer Währung	
7/56429	Kapitalauszahlung	+ 4 482 008 456,90 S
	Mehrausgaben infolge Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung.	
7/5643	In fremder Währung	
7/56439	Kapitalauszahlung	+ 12 243 455 770,73 S
	Mehrausgaben infolge Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung.	
565	Zahlungen	
5650	Kredite und Darlehen in heimischer Währung	
1/56508	Sonstige Ausgaben	+ 375 893 872,08 S
	Mehrausgaben aufgrund der Verrechnung von Stückzinsen für nach Voranschlagserstellung gewährte Darlehen an Rechtsträger des Bundes.	
7/56509	Kapitalauszahlung	+ 33 221 984 442,37 S
	Mehrausgaben infolge Auszahlung von Darlehen an Rechtsträger des Bundes, refinanziert aus Finanzschuld aufnehmen unter Berücksichtigung von Währungstauschverträgen (28 483,8 Mill S), aus Verkäufen von im Bundesbesitz befindlichen Bundstiteln (3 440,1 Mill S) sowie aus Barvorlagen (1 298,1 Mill S).	

5651	Kredite und Darlehen in fremder Währung	
7/56519	Kapitalauszahlung	+ 13 265 238 264,17 S

Mehrausgaben infolge Auszahlung von Darlehen an Rechtsträger des Bundes, refinanziert aus Finanzschuld aufnehmen unter Berücksichtigung von Währungstauschverträgen.

569	Sonstiger Aufwand	
1/56908	Aufwendungen	+ 1 055 622 421,16 S

Mehrausgaben für Provisionen und Entgelte in heimischer (355,2 Mill S) und fremder (29,6 Mill S) Währung sowie wegen Emissionsverlusten in heimischer (322,2 Mill S) und fremder (234,5 Mill S) Währung. Weitere Mehrausgaben aufgrund von Kursverlusten beim Verkauf von im Bundesbesitz befindlichen Bundstiteln für Rechtsträger des Bundes (110,7 Mill S) sowie für eine mit einem Wahrungstauschvertrag ausgestattete Kreditoperation (3,4 Mill S).

5691	Kurzfristige Verpflichtungen	
7/56919	Kurzfristige Verpflichtungen (Tilgung)	+ 1 298 069 940,09 S

Mehrausgaben infolge Rückzahlung von Barvorlagen für Rechtsträger des Bundes in heimischer Währung.

1/56928	Auszahlung der Veranlagungsertrage	+ 93 502 133,17 S
----------------	--	-------------------

Mehrausgaben infolge Auszahlung von Veranlagungsertragen an Rechtsträger des Bundes.

58 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Mehrausgaben von 62 491 Mill S entstanden hauptsächlich bei der Tilgung (27 480 Mill S) und bei Verzinsung und Aufgeld (14 243 Mill S) von Anleihen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung), bei der Kapitalauszahlung in fremder Währung (10 636 Mill S), bei der Tilgung von Bundesschatzscheinen (5 641 Mill S) (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung), bei der Tilgung von Krediten und Darlehen – nicht titrierte Finanzschuld in heimischer (1 157 Mill S) und in fremder (257 Mill S) Währung –, bei Verzinsung und Aufgeld von Anleihen (1 153 Mill S) und von Bundesobligationen und Schuldverschreibungen (87 Mill S) (titrierte Finanzschuld in fremder Währung) sowie bei Zahlungen beim Titel 589 "Sonstiger Aufwand" (1 141 Mill S). Weiters betrafen die Mehrausgaben Aufwendungen für Devisentermingeschäfte (236 Mill S), Verzinsung und Aufgeld für Ausgaben aus Währungstauschverträgen in heimischer Währung (191 Mill S) sowie die Tilgung (159 Mill S) und Verzinsung und Aufgeld (109 Mill S) von Bundesobligationen und Schuldverschreibungen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung).

Minderausgaben von 44 195 Mill S betrafen vor allem die Tilgung (30 000 Mill S) sowie Verzinsung und Aufgeld (13 010 Mill S) für Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV), Verzinsung und Aufgeld von Bundesschatzscheinen (644 Mill S) bzw von Krediten und Darlehen in heimischer Währung (292 Mill S) sowie die Tilgung von Anleihen (titrierte Finanzschuld in fremder Währung) (162 Mill S).

580	Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5800	Anleihen	
1/58008	Verzinsung und Aufgeld	(+ 27,7 %) + 14 242 899 772,86 S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (14 181,7 Mill S); weitere Mehrausgaben für Stuckzinsenzahlungen beim Erwerb (310,2 Mill S) bzw Verkauf (111,3 Mill S) von

Bundestiteln an Rechtsträger sowie aufgrund ungünstiger variabler Zinssatzentwicklung (37,6 Mill S).

Minderausgaben infolge vorzeitiger Tilgungen nach Voranschlagserstellung im Wege der Konversion (366,5 Mill S) sowie günstiger Devisenkurse (31,3 Mill S).

7/58009 Tilgung (+ 24,5 %) + 27 479 675 573,66 S

Mehrausgaben aufgrund der Verrechnung der Eigenquote bei Bundesanleihen (23 667,7 Mill S), beim Verkauf von Bundestiteln an Rechtsträger (3 440,1 Mill S) sowie beim Erwerb sonstiger Bundestitel (479,5 Mill S).

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse (105,9 Mill S) sowie geringerer Einlösung fälliger Bundestitel (2,5 Mill S).

5801 Bundesobligationen und Schuldverschreibungen

1/58018 Verzinsung und Aufgeld (+ 8,5 %) + 109 152 875,72 S

Mehrausgaben für Zinsaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (106,6 Mill S) sowie für Stückzinsenzahlungen beim Erwerb von Bundestiteln (3,6 Mill S).

7/58019 Tilgung (+ 3,4 %) + 159 499 000,-- S

Mehrausgaben beim Erwerb von Bundestiteln (163,5 Mill S).

Minderausgaben infolge geringerer Tilgungsverlosungen (4,0 Mill S).

5802 Bundesschatzscheine

1/58028 Verzinsung und Aufgeld (– 18,5 %) – 644 111 877,47 S

Minderausgaben infolge vorzeitiger Tilgung nach Voranschlagserstellung im Wege der Konversion (1 634,8 Mill S) sowie günstiger variabler Zinssatzentwicklung (80,9 Mill S).

Mehrausgaben für Zinsaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (1 071,6 Mill S).

7/58029 Tilgung (+ 171,9 %) + 5 640 841 920,35 S

Mehrausgaben beim Erwerb von Bundestiteln (4 128,1 Mill S) sowie infolge Tilgung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (1 512,8 Mill S).

581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

5810 Kredite und Darlehen

1/58108 Verzinsung und Aufgeld (– 1,6 %) – 291 714 453,21 S

Minderausgaben infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung (683,6 Mill S) sowie vorzeitiger Tilgungen nach Voranschlagserstellung im Wege der Konversion (139,2 Mill S).

Mehrausgaben für Zinsaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (531,3 Mill S).

7/58109 Tilgung (+ 6,6 %) + 1 156 952 487,21 S

Mehrausgaben infolge Tilgung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (1 235,9 Mill S).

Minderausgaben durch den Entfall einer Plantilgung aufgrund vorzeitiger Tilgung im Vorjahr im Wege der Konversion (79,0 Mill S).

582	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5820	Anleihen	
1/58208	Verzinsung und Aufgeld	(+ 13,4 %) + 1 153 327 749,25 S
	Mehrausgaben für Zinsaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (1 112,5 Mill S); weitere Mehrausgaben aufgrund ungünstiger Devisenkurse (98,2 Mill S) sowie Aufgeldzahlung wegen vorzeitiger Tilgungen nach Voranschlagserstellung im Wege der Konversion (26,7 Mill S).	
	Minderausgaben infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung bzw günstiger Devisenkurse (84,1 Mill S).	
7/58209	Tilgung	(- 2,2 %) - 161 667 575,46 S
	Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse.	
5821	Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	
1/58218	Verzinsung und Aufgeld	(+ 34,5 %) + 86 658 760,14 S
	Mehrausgaben für Zinsaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (73,0 Mill S) sowie ungünstiger Devisenkurse (13,6 Mill S).	
583	Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5830	Kredite und Darlehen	
1/58308	Verzinsung und Aufgeld	(- 4,0 %) - 30 096 103,27 S
	Minderausgaben infolge einer vorzeitigen Tilgung nach Voranschlagserstellung (95,0 Mill S).	
	Mehrausgaben aufgrund ungünstiger Devisenkurse (62,7 Mill S) sowie für Zinsaufwand infolge Begebung einer Kreditoperation nach Voranschlagserstellung (2,3 Mill S).	
7/58309	Tilgung	(+ 186,4 %) + 257 169 080,-- S
	Mehrausgaben infolge einer Tilgung nach Voranschlagserstellung (395,2 Mill S).	
	Minderausgaben durch den Entfall einer Plantilgung aufgrund vorzeitiger Tilgung im Vorjahr (138,0 Mill S).	
584	Ausgaben aus Währungstauschverträgen	
5840	In heimischer Währung	
1/58408	Verzinsung und Aufgeld	(+ 9,1 %) + 190 918 748,-- S
	Mehrausgaben infolge Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung (461,3 Mill S).	
	Minderausgaben aufgrund günstiger variabler Zinssatzentwicklung bei Währungstauschverträgen bzw günstiger Devisenkurse (270,4 Mill S).	
5841	In fremder Währung	
1/58418	Verzinsung und Aufgeld	(- 0,4 %) - 13 695 794,09 S
	Minderausgaben aufgrund günstiger variabler Zinssatzentwicklung bei Währungstauschverträgen bzw günstiger Devisenkurse (262,2 Mill S).	
	Mehrausgaben infolge Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung (248,5 Mill S).	

7/58419 Tilgung (– 0,7 %) – 39 862 998,07 S

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse.

7/5843 In fremder Währung

7/58439 Kapitalauszahlung + 10 635 766 410,16 S

Mehrausgaben infolge Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung.

588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

5881 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV)

Bei diesem Paragraphen wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die im Vorjahr nach Erstellung des Voranschlags durchgeführten Kreditoperationen und für die im laufenden Jahr jeweils neu durchzuführenden Kreditoperationen mit Zinsenverpflichtungen im selben Jahr pauschal veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen sachlich zugeordnet werden können, dient die pauschale Vorsorge bei diesem Paragraphen der Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs 3 BHG bzw Art V Abs 3 BFG 1999.

1/58818 Verzinsung und Aufgeld (– 100,0 %) – 13 010 000 000,-- S

Minderausgaben aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden Ansätzen 1/58008, 1/58018, 1/58028, 1/58108, 1/58208, 1/58218, 1/58308, 1/58408 und 1/58418.

7/58819 Tilgung (– 100,0 %) – 30 000 000 000,-- S

Minderausgaben aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden Ansätzen 7/58009, 7/58029, 7/58109 und 7/58309 (2 927,8 Mill S).

5882 Devisentermingeschäfte

1/58828 Aufwendungen + 236 435 698,94 S

Mehrausgaben infolge Abschlusses eines Devisentermingeschäfts.

1/589 Sonstiger Aufwand

1/58908 Aufwendungen (+ 28,6 %) + 1 141 289 351,41 S

Mehrausgaben infolge von Kursverlusten in heimischer Währung bei Käufen und Verkäufen von Bundestiteln (1 023,8 Mill S) sowie Emissionsverlusten bei Kreditoperationen in heimischer (548,9 Mill S) und fremder (51,3 Mill S) Währung; weitere Mehrausgaben aufgrund der Weitergabe von Kursgewinnen anlässlich des Verkaufs von Bundestiteln an Rechtsträger (26,2 Mill S), einer Kursdifferenz bei einer Konversion (9,6 Mill S) sowie einer mit einem Währungstauschvertrag ausgestatteten Kreditoperation (4,3 Mill S).

Minderausgaben aufgrund geringerer Provisionen und Entgelte bei Kreditoperationen in heimischer (468,9 Mill S) und fremder (51,9 Mill S) Währung.

1/60 Land- und Forstwirtschaft

Mehrausgaben von 1 943 Mill S betrafen vorwiegend die EAGFL-Garantie/Ackerkultur, Zucker und Textilpflanzen (655 Mill S), nationale Marktordnungs- ausgaben und flankierende Maßnahmen (Bundesanteile) (411 Mill S), Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen (100 Mill S), Zahlungen an die Agrarmarkt Austria (88 Mill S), degressive Ausgleichszahlungen

(54 Mill S), Personalausgaben der Zentraleitung (41 Mill S) und der Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten (37 Mill S) sowie Bundeszuschüsse für Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne für Interessentengewässer (32 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich und Ausgaben für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen im Rahmen der Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens (31 Mill S).

Minderausgaben von 1 322 Mill S betrafen hauptsächlich die EAGFL-Garantie/tierische Erzeugnisse (386 Mill S), die Förderung land- und forstwirtschaftlicher Kredite (319 Mill S), Personalausgaben des Wildbach- und Lawinverbauungsdienstes (46 Mill S), nationale Förderungsmaßnahmen im Rahmen der agrarischen Strukturförderung (41 Mill S), flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie) (38 Mill S) sowie Aufwendungen in Vollziehung des Hydrographiegesetzes (31 Mill S).

1/600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

1/6000 Zentraleitung

1/60000 Personalausgaben (+ 12,4 %) + 41 432 882,49 S

Mehrausgaben hauptsächlich bei den Beamten aufgrund von Übernahmen in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis und wegen allgemeiner Bezugserhöhung (35,4 Mill S).

1/60008 Aufwendungen (+ 3,9 %) + 6 347 530,85 S

Mehrausgaben vor allem für Bedienstete gemäß P.4 (7) Stellenplan (Arbeitsleihverträge) infolge des Abschlusses weiterer Arbeitsleihverträge (6,7 Mill S), bei Weinflaschenkapseln mit Banderolenausstattung aufgrund erhöhter Erfordernisse in der Weinwirtschaft (4,5 Mill S) und bei Kapitaltransferzahlungen in das Ausland für die Sanierung des Österreichraumes bei der FAO in Rom (3,0 Mill S).

Minderausgaben größtenteils bei Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen (4,7 Mill S) und bei wasserrechtlichen Fachgutachten und Untersuchungen aufgrund überhöhter Veranschlagung (3,5 Mill S).

1/60018 Agrarmarkt Austria (+ 25,8 %) + 88 468 290,-- S

Mehrausgaben aufgrund des genehmigten Finanzplanes gemäß § 19 Abs 5 AMA-Gesetz, BGBl Nr 376/1992 idgF (88,5 Mill S).

1/6003 Agrar- und forstpolitische sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen

1/60038 Aufwendungen (- 4,7 %) - 16 498 700,57 S

Minderausgaben hauptsächlich bei den agrarischen Maßnahmen infolge Ausgabenrückstellungen für die Bedeckung von Mehrerfordernissen (14,6 Mill S) und bei den wasserwirtschaftlichen Unterlagen, Entgelte an Unternehmungen, aufgrund der vorrangigen Durchführung von Projekten in ausschließlicher Bundesinteresse gegenüber Kooperationsprojekten mit den Bundesländern (4,3 Mill S).

Mehrausgaben vor allem bei den Entgelten an Unternehmungen zur Erstellung des Lageberichts gemäß § 9 LWG, da die für die Bearbeitung der Buchführungsergebnisse durch die Land- und forstwirtschaftliche Buchführungsgesellschaft vorgesehenen Budgetmittel nicht ausreichten (3,6 Mill S).

1/6004	Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959	
1/60048	Aufwendungen	(– 72,7 %) – 27 975 366,82 S
	Minderausgaben vor allem bei den sonstigen Leistungen von Gewerbebetreibenden, Firmen und juristischen Personen aufgrund geringerer Kostenersatzansprüche an den Bund (28,9 Mill S).	
1/6005	Vollziehung des Hydrographiegesetzes	
1/60058	Aufwendungen	(– 34,0 %) – 31 437 730,22 S
	Minderausgaben hauptsächlich bei den Kosten für Beobachtungen der Grundwassergüte, da die mitveranschlagten Mittel für die Beobachtung von Seen nicht in Anspruch genommen wurden (24,5 Mill S), und bei der Beobachtung der Oberflächenwassergüte, da sich die Erweiterung des Fließgewässermessnetzes noch in der Umsetzungsphase befindet (5,6 Mill S).	
1/6008	Sonstige Aufgaben	
1/60086	Förderungen	(+ 74,6 %) + 29 032 771,97 S
	Mehrausgaben vor allem bei der Überweisung an die AMA; Rindfleischwerbung aufgrund der Marketingaktivitäten zur Aufklärung über Qualität des Rindfleisches (30,0 Mill S) und bei Subventionen an private, nicht auf Gewinn gerichtete Institutionen aufgrund der Förderung von Projekten im land- und forstwirtschaftlichen Bereich (7,4 Mill S).	
	Minderausgaben vorwiegend bei der VA-Post Internationalisierung-PRÄKO aufgrund des geringeren Bedarfs (6,0 Mill S).	
1/60087	Internationale Nahrungsmittelhilfe (Gesetzliche Verpflichtungen)	(– 28,4 %) – 8 164 215,69 S
	Minderausgaben aufgrund geringerer Zahlungsverpflichtungen (8,2 Mill S).	
1/6009	Vollziehung des Forstgesetzes 1975	
1/60098	Aufwendungen	(– 56,7 %) – 9 596 445,11 S
	Minderausgaben vorwiegend bei den Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) des Forstgesetzes 1975 mangels geeigneter Aufforstungsflächen (7,9 Mill S).	
1/601	Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)	
1/60126	Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebarung)	(– 5,0 %) – 5 147 936,-- S
	Minderausgaben vorwiegend bei den Erhebungen, der Projektierung und Betreuung in Wäldern mit Schutzwirkung, Investitionen (12,0 Mill S) und bei den forstlichen Maßnahmen, da durch die Auslastung des Finanzierungsrahmens für langjährige Projekte neue Projekte nicht durchgeführt werden konnten, und durch Ausgabenrückstellungen zugunsten dringender Förderungsmaßnahmen nach den Naturkatastrophen des Winters 1998/99 (5,6 Mill S).	
	Mehrausgaben hauptsächlich bei den forstlichen Maßnahmen, da aufgrund der Naturkatastrophen des Winters 1998/99 vordringlich Maßnahmen im Bereich der Schutzwälder Österreichs durchgeführt wurden (15,9 Mill S).	
1/60136	Förderung der Weinwirtschaft	(+ 32,9 %) + 8 751 298,89 S
	Mehrausgaben vorwiegend bei der Weinabsatz- und Strukturförderung aufgrund von Abrechnungen aus der zweckgebundenen Gebarung (7,2 Mill S).	

1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen (+ 2,0 %) + 8 871 112,66 S

Mehrausgaben vorwiegend bei der Energie aus Biomasse – LWK und Land, Investitionen durch verstärkte Förderung von Projekten für die Errichtung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energieträger (38,9 Mill S), bei der Förderung landtechnischer Maßnahmen – LWK (6,1 Mill S), für die Schulung und Weiterbildung im Rahmen von Maschinenringkursen sowie für die Aufrechterhaltung der Maschinenringe (3,8 Mill S) und bei qualitätsverbessernden und produktionsumlenkenden Alternativen in der Tierhaltung für die Errichtung einer österreichweiten Schweineprüfanstalt zur Verbesserung der Qualität der Schweinefleischerzeugung (3,5 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich bei den forstlichen Maßnahmen – Land, Investitionen und Grund und Boden – LWK, Investitionen (22,1 Mill S), bei der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung – Land und LWK, Investitionen (8,0 Mill S) und bei den Maßnahmen des Forstschutzes – Land und LWK (6,4 Mill S) aufgrund von Ausgabenrückstellungen zur Finanzierung nicht vorhersehbarer, unabweislicher Ausgaben und zur Bedeckung der vom Bundesminister für Finanzen verfügbaren fünfprozentigen Bindung bei der Förderung von Innovationen – Land und LWK, Investitionen aufgrund geringerer Antragstellungen (5,5 Mill S) und bei Überweisungen an die AMA, Übergangsbeihilfen für Zuchtsauen, infolge Rücküberweisung der Restmittel aus dem Vorjahr (4,6 Mill S).

1/60166 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen (+ 69,7 %) + 30 999 295,-- S

Mehrausgaben bei der Werbung und Markterschließung durch vermehrte Werbe- und Markterschließungsmaßnahmen in Form von Produkt- und Leistungspräsentationen der österreichischen Landwirtschaft (29,5 Mill S) und für die verstärkte Förderung von Vermarktungseinrichtungen zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa (6,0 Mill S).

1/6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite

1/60186 Förderungen (– 54,4 %) – 319 074 390,12 S

Minderausgaben bei den Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (AIK, ASK und BSF) und für Konsolidierungskredite bis 1994 (214,2 Mill S) bzw ab 1995 (102,5 Mill S) sowie für das EU-Fitnessprogramm ab 1995 (10,2 Mill S) jeweils infolge günstiger Zinsentwicklung und durch Ausgabenrückstellungen.

Mehrausgaben bei den Zinsenzuschüssen für das EU-Fitnessprogramm bis 1994 infolge zu geringer Dotierung (7,8 Mill S).

1/602 Agrarische Strukturförderung

1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen (– 20,7 %) – 41 489 000,-- S

Minderausgaben bei den Überweisungen an die AMA, Ausgleichszulage national, durch Auflassung bzw Zusammenlegung von kleineren landwirtschaftlichen Betrieben (41,5 Mill S).

1/603 Marktordnungsmaßnahmen

1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker und Textilpflanzen) Überweisungen an die AMA (+ 12,5 %) + 654 989 793,01 S

Mehrausgaben hauptsächlich bei Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Getreide und Mais (326,6 Mill S), Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen (57,3 Mill S), Rapsamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen (41,1 Mill S), Leinsamen außer Faserlein (40,0 Mill S), Faserlein (5,4 Mill S) und Durum (23,6 Mill S), allgemein, jeweils aufgrund geänderten Anbauverhaltens, weiters durch unerwartet große Interventionsmengen bei Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, sonstige Kosten (106,0 Mill S) bzw technische Kosten (38,6 Mill S), bei Erstattungen für die Erzeugung von Zucker (157,4 Mill S), Maisstärke

(76,1 Mill S) und Weizenstärke (20,4 Mill S) infolge erhöhter Erstattungssätze, bei der Nahrungsmittelhilfe für Russland, Roggen, die erst im Jahre 1999 von der EU beschlossen wurde (33,7 Mill S), sowie für die Vergütung von Lagerkosten infolge weltweit schwankender Zuckerpreise (6,4 Mill S).

Minderausgaben vorwiegend bei Währungsausgleichsmaßnahmen nach Beendigung dieser Maßnahme (133,0 Mill S), bei Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Rapssamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen (22,2 Mill S), Getreide und Mais (17,7 Mill S), Kartoffelstärke (12,7 Mill S) sowie Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen (4,1 Mill S) jeweils aufgrund des geänderten Anbauverhaltens, bei Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, Finanzkosten, infolge eines zu hoch veranschlagten Zinssatzes (7,2 Mill S) sowie bei Ausgleichszahlungen, Erzeuger, infolge nicht in Anspruch genommener Quotenüberschreitung (6,5 Mill S).

1/60314 EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugung) (– 28,4 %) – 16 747 064,99 S

Minderausgaben vorwiegend bei den Maßnahmen des EAGFL-Garantie mangels Auszahlungen an Erzeugerorganisationen (35,0 Mill S), bei Obst und Gemüse, Finanzausgleich für Rücknahmemaßnahmen und Ankauf für unentgeltliche Verteilung, da marktbedingt nur geringe Rücknahmen bei Karfiol erforderlich waren (6,9 Mill S), und bei Währungsausgleichsmaßnahmen nach Beendigung dieser Maßnahme (3,0 Mill S).

Mehrausgaben hauptsächlich bei Obst und Gemüse, Beihilfen an anerkannte Erzeugerorganisationen (12,8 Mill S) und bei Zahlungen für lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels (4,4 Mill S) durch Posteneröffnungen im Laufe des Budgetjahres 1999 sowie bei Prämien für Tabak, deren VA-Post lediglich mit einem Erinnerungswert dotiert worden war (10,9 Mill S).

1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisungen an die AMA (– 23,0 %) – 385 863 182,69 S

Minderausgaben hauptsächlich bei Prämien für Mutterkühe aufgrund geringerer Restzahlungen infolge eines Vorschusses aus dem Jahr 1998 (171,4 Mill S), bei Sonderprämien infolge geringerer Inanspruchnahme als angenommen (163,4 Mill S), bei Beihilfen zur Kaseinherstellung (54,0 Mill S), bei Beihilfen für Magermilchpulver zur Kälberfütterung (33,7 Mill S) und bei Beihilfen für flüssige Magermilch zur Kälberfütterung (20,0 Mill S) jeweils infolge geringeren Zuspruchs durch die Wirtschaft, bei der Einlagerung von Magermilchpulver, Wertberichtigung der Bestände (50,7 Mill S), technische Kosten (3,1 Mill S) bzw Finanzkosten (3,1 Mill S), bei Interventionskäufen Butter und Rahm, Wertberichtigung der Bestände (40,5 Mill S) bzw technische Kosten (4,4 Mill S), und bei sonstigen Interventionen bei Schweinefleisch (6,0 Mill S) jeweils mangels öffentlicher Lagerhaltung, bei Währungsausgleichsmaßnahmen nach Beendigung dieser Maßnahme (34,0 Mill S), bei der Frühvermarktungsprämie für Kälber durch geringere Inanspruchnahme (21,4 Mill S), bei sonstigen Beihilfen im Zusammenhang mit Butter nach Senkung des Beihilfenniveaus (17,4 Mill S), bei Beihilfen für Schulmilch durch Unterschreitung des angestrebten Absatzes (13,1 Mill S) und bei der Einlagerung von Rindfleisch, öffentliche Lagerhaltung, sonstige Kosten, aufgrund vorzeitiger Auslagerung (12,5 Mill S).

Mehrausgaben vorwiegend bei der Extensivierungsprämie infolge zu geringer Veranschlagung (172,7 Mill S), bei Hilfslieferungen nach Russland, Schweinefleisch, die erst im Jahre 1999 von der EU beschlossen wurden (49,7 Mill S), bei den Interventionen bei Schweinefleisch, die nur mit einer Erinnerungspost veranschlagt waren (17,3 Mill S), bei der Einlagerung von Rindfleisch, öffentliche Lagerhaltung, technische Kosten, infolge marktbedingt geringerer Auslagerungsmengen (9,9 Mill S), bei Prämien für Mutterschafe und -ziegen infolge Prämien erhöhungen zum Ausgleich der negativen Preisentwicklung (6,4 Mill S), bei Maßnahmen zur Förderung des Absatzes und Verbrauches von Rindfleisch infolge höherer Inanspruchnahme dieser Aktion als erwartet (6,0 Mill S) und bei Interventionskäufen bei Butter und Rahm, private Lagerhaltung, wegen unerwartet positiver Aktionsaufnahme durch die Wirtschaft (4,8 Mill S).

1/60346 Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie) (+ 28,5 %) + 718 053 093,23 S

Eine Richtigstellung gemäß § 9 RHG wegen unrichtiger Ansatzzuordnung (756,5 Mill S; vgl Ansatz 1/60356) führte zu einer Ansatzüberschreitung in Höhe von 718,1 Mill S.

Mehrausgaben vorwiegend bei den Umweltmaßnahmen, Beihilfe gemäß VO 2078/92, Überweisungen an die AMA, aufgrund der Umbuchung von 1/60356 (756,5 Mill S) und durch die Änderung des EURO-Kurswertes gegenüber dem Veranschlagungszeitpunkt (19,0 Mill S), weiters bei der Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Beihilfe gemäß VO 2080/92; Überweisungen an die AMA, da infolge der Auflassung der Zahlstellen bei den Ämtern der Landesregierungen Tirol und Vorarlberg die Abwicklung dieser Maßnahme der AMA übertragen wurde (60,8 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich bei der Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Beihilfen gemäß VO 2080/92, infolge der Auflassung der Zahlstellen bei den Ämtern der Landesregierungen Tirol und Vorarlberg (116,4 Mill S).

1/60356 Nationale Marktordnungsausgaben und flankierende Maßnahmen (Bundesanteile) (- 11,7 %) - 345 598 358,91 S

Eine Richtigstellung gemäß § 9 RHG wegen unrichtiger Ansatzzuordnung (756,5 Mill S; vgl Ansatz 1/60346) führte zu einer Ansatzunterschreitung in Höhe von 345,6 Mill S.

Minderausgaben vorwiegend bei den Umweltmaßnahmen, Beihilfe gemäß VO 2078/92, Überweisungen an die AMA, aufgrund der Umbuchung zu 1/60346 (756,5 Mill S), bei der Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Beihilfe gemäß VO 2080/92, infolge der Auflassung der Zahlstellen bei den Ämtern der Landesregierungen Tirol und Vorarlberg (33,9 Mill S) und bei den Mutterkuhprämien durch geringere Restzahlungen infolge höherer Akkontierungen aus dem Jahr 1998 (24,5 Mill S).

Mehrausgaben hauptsächlich bei den Umweltmaßnahmen, Beihilfe gemäß VO 2078/92, Überweisungen an die AMA, infolge vermehrter Anträge auf Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (406,0 Mill S) sowie bei der Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Beihilfe gemäß VO 2080/92, Überweisungen an die AMA, da infolge der Auflassung der Zahlstellen bei den Ämtern der Landesregierungen Tirol und Vorarlberg die Abwicklung dieser Maßnahme der AMA übertragen wurde (33,9 Mill S), und bei den Kosten der Lagerhaltung wegen zu geringer Bedarfsschätzungen (30,7 Mill S).

1/605 Lehr- und Versuchsanstalten

1/6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

1/60500 Personalausgaben (+ 3,3 %) + 11 982 105,77 S

Mehrausgaben für Beamte Z wegen allgemeiner Bezugserhöhung (5,3 Mill S) sowie für VB I/L Z wegen allgemeiner Entgeltserhöhung (12,8 Mill S) und bei Belohnungen und Geldaushilfen Z aufgrund der Auszahlung von Belohnungen für besondere Leistungen und administrative Belohnungen (3,2 Mill S).

Minderausgaben bei den VB I Z (3,5 Mill S) und den VB II/R Z (3,4 Mill S) infolge Nichtbesetzung freier Planstellen und bei Mehrleistungsvergütungen Z aufgrund der verspäteten Vorlage der Abrechnungen (3,4 Mill S).

1/6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten

1/60510 Personalausgaben (+ 12,2 %) + 36 752 244,43 S

Mehrausgaben hauptsächlich bei Beamten Z wegen allgemeiner Bezugserhöhung (23,7 Mill S) und bei VB I Z wegen allgemeiner Entgeltserhöhung (15,8 Mill S).

Minderausgaben vorwiegend bei VB II R (3,2 Mill S) durch Nichtbesetzung freier Planstellen.

1/60518 Aufwendungen (– 4,5 %) – 5 838 297,34 S

Minderausgaben hauptsächlich bei sonstigen Geldverkehrsspesen aufgrund unzutreffender Budgetierung (17,3 Mill S), weiters bei Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen infolge noch nicht vergebener Wartungsaufträge (3,5 Mill S).

Mehrausgaben vorwiegend bei den sonstigen Zinsen-Inland aufgrund kontenspezifischer Zuordnung (16,0 Mill S), weiters bei Einzelpersonen-Saatgut durch erstmalige Übernahme der Kosten im Zusammenhang mit der Vollziehung des Saatgutgesetzes (4,3 Mill S).

1/6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

1/60530 Personalausgaben (+ 8,3 %) + 8 734 366,28 S

Mehrausgaben hauptsächlich bei den Beamten Z aus der vermehrten Übernahme in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis (17,7 Mill S).

Minderausgaben vorwiegend bei den VB I Z wegen der vermehrten Übernahme in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis (6,0 Mill S).

1/6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

1/60580 Personalausgaben (+ 16,9 %) + 7 919 396,86 S

Mehrausgaben für Beamte Z aufgrund allgemeiner Bezugserhöhung (8,0 Mill S).

1/606 Übergangsregelungen

1/60606 Degressive Ausgleichszahlungen + 53 999 893,34 S

Mehrausgaben vorwiegend bei Überweisungen an die AMA; Bundesanteil, Milch, da die Auszahlung für den Anlieferungsmonat Dezember 1998 erst im Jänner 1999 fällig wurde (26,4 Mill S), bei Überweisungen an die AMA; Bundesanteil, Geflügel, infolge verspäteter Antragstellung (12,9 Mill S) und bei Überweisungen an die AMA; Bundesanteil, Mastschweine – Inland, infolge Aufstockung bzw Verlängerung der Beihilfen (10,0 Mill S).

1/608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinerverbauung

1/6080 Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst

1/60800 Personalausgaben (– 23,4 %) – 45 587 602,99 S

Minderausgaben hauptsächlich bei den KV-Bediensteten der Bauhöfe, da diese ab dem Jahr 1998 zulasten der entsprechenden Baufelder der Wildbach- und Lawinerverbauung verrechnet werden (61,1 Mill S).

Mehrausgaben vorwiegend bei den Beamten aufgrund allgemeiner Bezugserhöhung (17,9 Mill S).

1/60803 Anlagen (– 40,3 %) – 6 576 322,41 S

Minderausgaben hauptsächlich bei Hardware (ADV) infolge Ausgabenbindung und Rückstellung zugunsten Anschaffungen nicht systemisierter Hard- und Software (11,6 Mill S).

Mehrausgaben vorwiegend bei Amtsausstattung infolge Neuregelung der Softwareverrechnung (3,9 Mill S).

1/6082	Wildbach- und Lawinenverbauung	
1/60826	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen	+ 99 996 000,-- S

Mehrausgaben beim Lawinenverbauungs-Sonderprogramm für die Finanzierung von Sofortmaßnahmen nach den Lawinenkatastrophen im Februar 1999 in den Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg (100,0 Mill S).

1/6083	Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60836	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung) (+ 3,4 %)	+ 27 913 092,-- S

Mehrausgaben größtenteils bei der Sanierung von geschädigten Wäldern mit Schutzwirkung, für umfangreiche Sofortmaßnahmen nach dem Bergsturzereignis im Juli 1999 und für die Installierung eines Frühwarnsystems am Eibelschrofen in Tirol (104,5 Mill S); beim Wartschenbach (7,4 Mill S) und beim Wörglerbach/Wildenbach (5,9 Mill S) zur Sicherung des Siedlungsraumes und der Verkehrswege, beim Naviserbach (4,8 Mill S), bei der Krimmler Ache – Blaubach (3,9 Mill S) und beim Prolebbach (3,4 Mill S) infolge witterungsbedingt schnelleren Baufortschrittes, beim Hirschbach zur Erzielung eines Sofortschutzes für den Ortsbereich St. Kathrein am Hauenstein (8,7 Mill S), beim Schwarzachergraben infolge Errichtung einer ganzjährig nutzbaren Baustellenzufahrt (7,3 Mill S) und bei der Wagrainer Ache aufgrund vorgezogener Entwässerungsmaßnahmen (4,1 Mill S).

Minderausgaben vorwiegend bei den Lawinenverbauungen (59,5 Mill S), bei der Gramaiser-Heuberg-Lawine (5,5 Mill S), bei der Lenzerwald-Lawine (4,1 Mill S), bei der Gatsauna-Goldeforlawine (4,0 Mill S), bei der Thüringerberglawine (4,0 Mill S) und bei der Lahnkendl- und Achrainlawine (3,1 Mill S), da diese Bauvorhaben größtenteils beim Lawinenverbauungs-Sonderprogramm (1/60826) finanziert wurden, bei den Wildbachverbauungen (24,0 Mill S) und bei den Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung, Investitionen (12,0 Mill S) durch Ausgabenrückstellungen für die umfangreichen Sofortmaßnahmen nach dem Bergsturzereignis am Eibelschrofen in Tirol sowie bei der Sanierung von geschädigten Wäldern mit Schutzwirkung und beim Gaisbach, da die vorgeschriebene Verlegung einer Druckrohrleitung nicht durchgeführt werden konnte (4,3 Mill S).

1/60838	Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen (zweckgebundene Gebarung) (– 20,7 %)	– 8 058 586,76 S
----------------	---	------------------

Minderausgaben vor allem bei Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmen (3,5 Mill S) und bei Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (3,3 Mill S), da Projektierungsarbeiten witterungsbedingt verzögert wurden.

1/6084	Bundesflüsse	
1/60848	Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne (– 14,6 %)	– 5 380 609,67 S

Minderausgaben vor allem bei der internationalen Rheinregulierung, da die Bauvorhaben zur Gänze mit Mitteln des Katastrophenfonds (1/60858) durchgeführt wurden (3,9 Mill S).

1/6085	Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60858	Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne (zweckgebundene Gebarung) (+ 4,9 %)	+ 16 563 990,-- S

Mehrausgaben hauptsächlich bei den sonstigen Vorhaben zur Behebung von Hochwasserschäden (70,2 Mill S), bei den Grenzgewässern, durch Inangriffnahme von Großbauvorhaben an österreichisch-ungarischen Grenzgewässern im Südburgenland (25,3 Mill S) und bei der internationalen Rheinregulierung für

die Durchführung dringender Sanierungsmaßnahmen an den Dämmen und beim Illspitz (6,1 Mill S).

Minderausgaben größtenteils beim Rheintalinnenkanal wegen Bauunterbrechung aufgrund einer Umprojektierung (30,0 Mill S), bei der Lech Musau, da mangels Erfüllung zusätzlicher Auflagen mit den Bauarbeiten noch nicht begonnen werden konnte (29,0 Mill S), beim Laxenburger Entwässerungsrayon, Neubau Kaiserablässe, da die Ausschreibung des 2. Bauteils aufgrund fehlender Mittel bei der Bundeswasserbauverwaltung Niederösterreich vorläufig zurückgestellt werden musste (18,5 Mill S), sowie bei der Raab, Hochwasser-Schutz Gleisdorf (5,8 Mill S) und bei der Leitharegulierung (3,1 Mill S) wegen Bauverzögerungen.

1/6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

1/60876 Bundeszuschuss für Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenplanung (zweckgebundene Gebarung) (+ 10,1 %) + 32 167 000,-- S

Mehrausgaben vorwiegend bei den sonstigen Vorhaben wegen Durchführung von Folgemaßnahmen nach der Hochwasserkatastrophe 1997 und für vorbeugende Hochwasserschutzmaßnahmen (42,8 Mill S), beim Purbach, Stadtgemeinde Judenburg (6,7 Mill S), bei der Metnitz, Friesach, Regulierung, 1. Bauabschnitt (3,5 Mill S), und beim Grafenbach, Gemeinde Griffen, Hochwasserschutz, infolge vorgezogener Hochwasserschutzmaßnahmen (3,2 Mill S), beim Kohlbach, Gemeinde Schwendt, aufgrund frühzeitiger Fertigstellung der Regulierung des Kohlbaches (3,3 Mill S) und schließlich bei der VA-Post Kronsegg Langenlois, Rückhaltebecken, da die Arbeiten aus Sicherheitsgründen beschleunigt durchgeführt werden mussten (3,3 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich beim Wienfluss, Rückhalteanlagen Auhof, infolge verzögerter Baudurchführung im Zusammenhang mit der von der HLAG durchgeführten Wientalquerung der Westbahn (9,0 Mill S), bei der Großbache, Gemeinde Kirchdorf, aufgrund witterungsbedingter Verzögerungen des Baufortschritts (5,0 Mill S), beim Wienfluss, Rückhalteanlagen, infolge vorzeitiger Fertigstellung (3,6 Mill S), bei der Söllheimerbachregulierung wegen einer Verschiebung in der Bauzeitplanung (3,4 Mill S), beim Fischbach, Hochwasserschutz Seekirchen, da im Jahr 1999 nur Restarbeiten angefallen sind (3,3 Mill S), sowie beim Petersbach, Gemeinde Maria Lanzendorf, da aufgrund fehlender Bundesmittel das Projekt nicht begonnen werden konnte (3,0 Mill S).

1/63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

Mehrausgaben von 1 020 Mill S betrafen vorwiegend Förderungen (777 Mill S) und Aufwendungen (45 Mill S) der Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich), Strukturmaßnahmen EU (146 Mill S) sowie Aufwendungen der Zentraleitung (31 Mill S).

Die Minderausgaben betragen 85 Mill S.

1/630 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

1/6300 Zentraleitung

1/63000 Personalausgaben (+ 2,9 %) + 16 302 661,82 S

Mehrausgaben bei den Vertragsbediensteten (gesamt 13,9 Mill S) infolge der Optierungen in das neue Gehaltschema und wie bei den Beamten (2,0 Mill S) aufgrund der Bezugserhöhung.

1/63003 Anlagen (- 61,3 %) - 17 026 994,43 S

Minderausgaben bei der Anschaffung von Hardware (9,0 Mill S), Software (3,7 Mill S), Amtsausstattung (2,8 Mill S) sowie Maschinen und maschinellen Anlagen (1,9 Mill S) aufgrund äußerst sparsamer Bewirtschaftung.

1/63008 Aufwendungen (+ 20,7 %) + 31 477 141,21 S

Mehrausgaben für Werkleistungen (gesamt 14,2 Mill S) infolge größeren Bedarfes an Studien und Zahlungen im Zusammenhang mit dem Grubenunglück Lassing. Weitere Mehrausgaben entstanden für BTX-Gebühren (5,9 Mill S), Druckwerke (6,0 Mill S), Dienstreisen (5,1 Mill S), ADV-Gebrauchsgüter (3,8 Mill S), Miet- und Pachtzinsen (2,6 Mill S), Lizenzen (2,6 Mill S), geringwertige Wirtschaftsgüter (2,5 Mill S) und Instandhaltungen (1,7 Mill S) aufgrund erhöhten Bedarfes.

Die Minderausgaben ergeben sich durch geringere Zahlungen an die Bundesrechenzentrum GmbH (15,9 Mill S) und durch Einsparungen bei den Repräsentationsausgaben (gesamt 6,9 Mill S).

1/6301 Kapitalbeteiligungen

1/63016 Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (-5,0 %) - 5 813 700,- S

Minderausgaben aufgrund geringerer Zuschüsse an die Österreichische Donaubetriebs AG (5,0 Mill S) und die Austrian Business Agency (0,8 Mill S).

1/631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/6313 Bergbau und Grundstoffe - Förderung

1/63136 Förderungen (- 6,7 %) - 11 773 000,- S

Minderausgaben bei den Beihilfen nach dem Bergbauförderungsgesetz (sonstige Beteiligungen) (16,8 Mill S) und den Beihilfen für die verstaatlichte Industrie (7,9 Mill S).

Mehrausgaben bei den Beihilfen für sonstige Unternehmen (10,3 Mill S) für Such- und Aufschlusstätigkeiten sowie für Zuschüsse an Institutionen (2,6 Mill S).

1/6315 Sonstige Wirtschaft (einschließlich Energiewesen und Tourismus)

1/63156 Förderungen (- 3,7 %) - 36 199 735,50 S

Minderausgaben entstanden bei diversen BÜRGES-Aktionen durch die Einstellung von Aktionen, geringeren Antragseingang und aufgrund von Bedarfsverschiebungen (zusammen 109,0 Mill S), bei den Zinsenzuschüssen nach dem Fernwärmeförderungsgesetz (36,1 Mill S) wegen des Auslaufens der Aktion, bei den Zuschüssen an die Wirtschaft (27,1 Mill S), bei der Tourismus-Infrastrukturförderung (10,1 Mill S), bei den Betriebsicherungsmaßnahmen (8,7 Mill S) und der ERP-TOP-Tourismusförderung (6,7 Mill S) infolge geringerer Förderungszusagen sowie Rückzahlung von Förderungsmitteln. Weitere Minderausgaben entstanden bei den Zinsenzuschüssen für die Papierindustrie (3,7 Mill S) aufgrund fallender Zinsbelastung.

Mehrausgaben ergaben sich bei Zuschüssen an die Wirtschaftskammer Österreich (47,2 Mill S) für Maßnahmen im Rahmen der von der Bundesregierung initiierten Exportoffensive, bei den Zuschüssen an Institutionen (28,4 Mill S), bei der Marktoffensive im Tourismus (25,0 Mill S) und der Gewerbestrukturverbesserungsaktion (24,9 Mill S) aufgrund gestiegenen Antragseinganges. Weiters entstanden sie für die Förderung des Europcamps (15,0 Mill S), für Leader Interreg Programme (8,5 Mill S) sowie für Zuschüsse an nicht einzeln anzuführende juristische Personen (3,3 Mill S), für die Audiovisions- und Filmindustrie (2,5 Mill S) und für die Kammern der gewerblichen Wirtschaft (2,2 Mill S) aufgrund erhöhten Bedarfes.

1/6317 Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)

1/63176 Förderungen (+ 962,5 %) + 776 611 927,35 S

Mehrausgaben ergaben sich für Förderungsmaßnahmen des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (471,7 Mill S) aufgrund nicht ausreichender Dotierung sowie infolge zusätzlicher Förderungen zur Intensivierung der Forschungsprogramme im Rahmen der Technologiemilliarde beim Forschungsförderungsfonds (210,2 Mill S), dem Seedfinancing Programm (63,8 Mill S) und einzelnen Förderungsbeiträgen (33,6 Mill S). Bei Zuschüssen an Institutionen ergaben sich Mehrausgaben (15,0 Mill S) für die Förderung von technologiepolitisch bedeutsamen Projekten.

Minderausgaben (19,5 Mill S) bei den Zuschüssen an die Wirtschaft zugunsten anderer Förderungsaktionen.

1/63178 Aufwendungen (+ 176,5 %) + 45 005 952,36 S

Mehrausgaben bei den sonstigen Werkleistungen (Technologiemilliarde) (44,1 Mill S) für begleitende Maßnahmen zu Schwerpunkten im Technologie- und Innovationsbereich, für Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen (9,0 Mill S) für begleitende Programmmanagements zu ITF-Programmen sowie bei Zahlungen an die Innovationsagentur (2,5 Mill S) zur Durchführung von Programmen im Technologiebereich.

Minderausgaben bei den Refundierungen für Gutachten und Beratungskosten des Forschungsförderungsfonds (6,0 Mill S), der ITF-Administration (4,0 Mill S) und bei den Werkleistungen von Einzelpersonen (1,0 Mill S) infolge Bedarfsentfalls.

1/63186 Strukturmaßnahmen EU + 145 665 514,-- S

Die Überschreitungen (145,7 Mill S) ergeben sich, da dieser Ansatz nicht ausreichend budgetiert wird. Budgetmittel werden im Wege einer Überschreitungsgenehmigung erst zugewiesen, wenn der Nachweis über die Auszahlung für EU-kofinanzierte Projekte erbracht wurde.

1/633 Bergbehörden

1/63308 Aufwendungen (+ 94,2 %) + 5 371 696,53 S

Mehrausgaben (5,8 Mill S) für Ersatzvornahmen im Zusammenhang mit dem Grubenunglück in Lassing.

1/64 Bauten und Technik

Minderausgaben von 1 925 Mill S betrafen hauptsächlich Wasserbauvorhaben aus Mitteln des Katastrophenfonds im zweckgebundenen Gebarungsbereich (436 Mill S), Anlagen der Bundesstraßen (262 Mill S), der sonstigen Bundesgebäude (257 Mill S), der Schulen der Unterrichtsverwaltung (205 Mill S), des Katastrophenfonds/vorbeugende Maßnahmen im zweckgebundenen Gebarungsbereich (108 Mill S), der Schulen der Wissenschaftsverwaltung (87 Mill S) sowie der land- und forstwirtschaftlichen Schulen und Anstalten (24 Mill S). Weiters entfielen Minderausgaben auf Aufwendungen (139 Mill S) und Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) (29 Mill S) für Bundesstraßen (sonstige Ausgaben), auf Aufwendungen im zweckgebundenen Gebarungsbereich des Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (70 Mill S) sowie auf Aufwendungen für sonstige Bundesgebäude (35 Mill S) und der Wasserstraßendirektion (23 Mill S). Ebenso betrafen sie die Personalausgaben der Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen) (25 Mill S), des Amtes der Wasserstraßendirektion (24 Mill S) und des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (23 Mill S) sowie Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung (23 Mill S).

Mehrausgaben von 445 Mill S betrafen vor allem Anlagen der Bundesstraßen A und S (178 Mill S), Aufwendungen für Bundesstraßen (107 Mill S), für Schulen der Wissenschaftsverwaltung (24 Mill S) und für Bauten für die Landesverteidigung (17 Mill S), Ausgaben für sonstige Liegenschaftsankäufe (86 Mill S) sowie Förderungen des technischen Versuchswesens (18 Mill S).

1/640	Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen	
1/6407	Regierungsgebäude	
1/64078	Aufwendungen	(– 29,3 %) – 12 080 284,23 S

Minderausgaben resultieren im wesentlichen aus geringeren Zahlungen bei den Telefongebühren (5,7 Mill S) sowie bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen aufgrund von Verzögerungen bei der Auftragsabwicklung (5,3 Mill S).

1/641	Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)	
1/64166	Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)	(– 87,7 %) – 436 141 377,30 S

Minderausgaben vorwiegend für vorbeugende Maßnahmen und Hochwasserschutzbauten mangels entsprechender Vorhaben.

1/6417	Technisches Versuchswesen	
1/64176	Förderungen	(+ 66,3 %) + 18 129 500,-- S

Mehrausgaben infolge Bereitstellung von Mitteln aus der Technologiemilliarde (9,8 Mill S) und von Zuschüssen im Rahmen des Impulsförderungsprogrammes (9,7 Mill S) zur Durchführung technologiepolitischer Maßnahmen.

1/64178	Aufwendungen	(+ 42,6 %) + 5 106 355,96 S
----------------	---------------------------	-----------------------------

Mehrausgaben bei den refundierbaren Sachverständigengutachten (6,2 Mill S) und den Entgelten für sonstige Leistungen aus Mitteln der Technologiemilliarde (1,8 Mill S).

Minderausgaben für Akkreditierungen (2,7 Mill S) aufgrund geringeren Bedarfes.

1/6419	Sonstige Förderungsmaßnahmen	
1/64196	Förderungen	(– 52,9 %) – 15 600 000,-- S

Minderausgaben aufgrund geringerer Mittelanforderungen seitens der Marchfeldkanal-Errichtungsgesellschaft.

1/642	Bundesstraßenverwaltung	
1/6420	Bundesstraßen	
1/64203	Anlagen	(– 11,2 %) – 261 805 664,55 S

Minderausgaben wegen kurzfristig vorgezogener kleiner Baumaßnahmen bei den Bauvorhaben mit Gesamtkosten unter 150 Mill S (110,7 Mill S) sowie wegen zu hoher Veranschlagung bei den Bauvorhaben B 311 Umfahrung Schwarzach (85,0 Mill S) und B 78 Umfahrung Obdach (34,6 Mill S); weiters wegen Rückstellung von Baumaßnahmen infolge einer Bürgerinitiative beim Bauvorhaben B 3 Wagramer Straße - Brünnerstraße (82,1 Mill S), wegen Baustopps und Nichtausführung der Umfahrung B 7 Eibesbrunn-Wolkersdorf (47,4 Mill S), wegen Teilung des Bauvorhabens B 1 Umfahrung Timmelkam (28,8 Mill S) in Timmelkam/Ost und Timmelkam/West sowie wegen des Konkursverfahrens einer bauausführenden Unternehmung beim Bauvorhaben B 3 Umfahrung Perg (22,1 Mill S) und wegen Bauverzögerungen durch das Bundesdenkmalamt beim Vorhaben B 122a Nordspange Steyr/B 115 Dornach (21,1 Mill S).

Mehrausgaben wegen fehlender Veranschlagung beim Bauvorhaben B 209 Umfahrung Pöchlarn (103,5 Mill S) sowie für Liegenschaftserwerb zufolge höherer Grundstückspreise (94,2 Mill S).

1/64208 Aufwendungen (+ 7,4 %) + 106 603 159,74 S

Mehrausgaben für Instandhaltung von Straßenbauten mit Gesamtkosten unter 50 Mill S (137,6 Mill S) wegen Zurückstellung von Neubauvorhaben sowie für Überweisungen an Länder und Gemeinden (22,5 Mill S).

Minderausgaben bei den Beiträgen für den Einbau von Lärmschutzfenstern (29,9 Mill S); bei Beiträgen an Baufonds (8,0 Mill S) und bei Miet- und Pachtzinsen (3,5 Mill S) wegen zu hoher Veranschlagung sowie beim Bauvorhaben B 19 Donaubrücke Tulln wegen unrichtiger Veranschlagung (9,7 Mill S).

1/6422 Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)

1/64223 Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) (– 11,0 %) – 28 522 679,07 S

Minderausgaben bei Hochbauten der Bundesstraßenverwaltung bedingt durch die geringeren Einnahmen bei der zweckgebundenen Gebarung (vgl 2/64200 und 2/64202).

1/64228 Aufwendungen (– 5,0 %) – 139 063 169,75 S

Minderausgaben wegen Einsparungen beim Personalaufwand (126,6 Mill S), bei den Überweisungen an die Länder gemäß FAG und wegen Verlagerung der Mittel für Verbrauchsgüter (85,7 Mill S) in die zweckgebundene Gebarung.

Mehrausgaben für Energiebezüge (17,9 Mill S), für Schadensvergütungen (10,2 Mill S), für Instandhaltung von Kraftfahrzeugen sowie für Maschinen und maschinelle Anlagen wegen Mehrbedarfes und Ersatzbeschaffungen (9,4 Mill S); weiters für Leistungen von Gewerbetreibenden (9,0 Mill S), für Miet- und Pachtzinse (8,6 Mill S), für Instandhaltung von Gebäuden (4,0 Mill S), für Überweisungen an Gemeinden (3,9 Mill S), Zahlungen an die ÖBB (2,7 Mill S) und für Leistungen der Post (2,5 Mill S) wegen zu niedriger Veranschlagung.

1/6423 Bundesstraßen A + S

1/64233 Anlagen (+ 178,2 %) + 178 158 680,26 S

Mehrausgaben für Liegenschaftserwerb durch die ASFINAG aufgrund der Ermächtigung im Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997.

1/6425 Katastrophenfonds – Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)

1/64253 Anlagen (– 26,1 %) – 107 994 369,60 S

Minderausgaben wegen bauablaufbedingter Verzögerungen bei Lawinenschutzbauten auf Bundesstraßen.

1/6426 Katastrophenfonds – Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)

1/64268 Aufwendungen (– 27,8 %) – 70 156 920,88 S

Minderausgaben bei der Beseitigung von Schäden auf Bundesstraßen (56,3 Mill S) sowie bei Überweisungen an die Länder bzw Straßengesellschaften (9,9 Mill S) wegen geringerer Schadenshöhe.

1/6427	Straßenforschung		
1/64278	Aufwendungen	(– 58,7 %)	– 15 849 533,57 S
	Minderausgaben wegen geringerer Förderungstätigkeit bzw nicht zeitgerechten Abschlusses der Vorhaben.		
1/644	Wasserbauverwaltung		
1/6440	Wasserstraßendirektion		
1/64408	Aufwendungen	(– 13,7 %)	– 22 969 353,22 S
	Minderausgaben bei Instandhaltungen von Wasser- und Kanalisationsbauten (29,5 Mill S) wegen geringeren Instandhaltungsbedarfes.		
	Mehrausgaben resultieren aus der vermehrten Beauftragung der Österreichischen Donau-Betriebs AG (6,9 Mill S).		
1/6441	Amt der Wasserstraßendirektion		
1/64410	Personalausgaben	(– 34,3 %)	– 23 830 791,30 S
	Minderausgaben bei den Beamtenbezügen (13,8 Mill S), Mehrleistungsvergütungen (7,0 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (1,3 Mill S) infolge Personalverminderung.		
1/64418	Aufwendungen	(– 61,2 %)	– 6 588 805,50 S
	Minderausgaben vorwiegend bei den Inlandreisen wegen geringeren Personaleinsatzes (5,6 Mill S).		
1/645	Bundesgebäudeverwaltung		
1/6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)		
1/64500	Personalausgaben	(– 4,0 %)	– 15 440 269,56 S
	Minderausgaben bei Gehältern der Vertragsbediensteten (7,1 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (4,4 Mill S) wegen Aufnahmesperre sowie bei den Jubiläumszuwendungen (2,9 Mill S) infolge geringeren Anfalls.		
1/6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)		
1/64530	Personalausgaben	(– 5,1 %)	– 24 938 432,90 S
	Minderausgaben bei Gehältern der Vertragsbediensteten (17,0 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (4,7 Mill S) wegen Aufnahmesperre sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (1,3 Mill S) und Jubiläumszuwendungen (1,0 Mill S) infolge geringeren Anfalls.		
1/64533	Anlagen	(– 47,8 %)	– 5 189 508,37 S
	Minderausgaben resultieren aus der Nichtrealisierung von Hardware- (4,0 Mill S) und Amtsausstattungsankäufen (0,7 Mill S).		
1/64538	Aufwendungen	(– 11,5 %)	– 6 887 705,08 S
	Die Minderausgaben ergeben sich infolge einer äußerst sparsamen Bewirtschaftung bei ADV-Gebrauchsgütern (1,5 Mill S), bei der Reinigung durch Firmen (1,7 Mill S) und bei Programmerstellungen (2,8 Mill S).		

1/646	Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung	
1/6460	Betriebskosten und Hauserfordernisse	
1/64607	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(– 8,0 %) – 22 556 023,40 S
	Minderausgaben bei den Gebühren für Wasser und Kanal (16,1 Mill S) sowie bei Müllentsorgung (6,8 Mill S) und anderen öffentlichen Abgaben (3,1 Mill S).	
	Mehrausgaben bei der Grundsteuer (3,7 Mill S).	
1/64608	Aufwendungen	(– 3,2 %) – 7 427 927,81 S
	Minderausgaben bei Energiebezügen (7,0 Mill S), bei Versicherungen (10,2 Mill S) und bei geringwertigen Wirtschaftsgütern (3,9 Mill S).	
	Mehrausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbebetrieben, Firmen und juristischen Personen (11,6 Mill S).	
1/64613	Ankäufe für Schulen der Unterrichts- und der Wissenschaftsverwaltung	(– 57,6 %) – 12 085 946,-- S
	Minderausgaben für unbebauten Grund und Boden (6,6 Mill S) und für Gebäude (zusammen 5,0 Mill S) durch Ausgabenrückstellungen.	
1/64633	Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung	(– 31,5 %) – 9 446 936,40 S
	Minderausgaben bei Gebäuden (13,5 Mill S).	
	Mehrausgaben bei bebautem Grund und Boden (5,5 Mill S).	
1/64663	Sonstige Liegenschaftsankäufe	(+ 244,8 %) + 85 696 666,29 S
	Mehrausgaben bei bebautem (28,1 Mill S) und unbebautem (18,8 Mill S) Grund und Boden, bei Gebäuden (33,9 Mill S) und bei Kosten für Servitutsrechte (4,8 Mill S).	
1/647	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)	
1/64708	Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs 2 Z 2 FAG	(– 5,0 %) – 15 500 798,09 S
	Minderausgaben durch verminderte Überweisungen für Schulen der Unterrichtsverwaltung (6,5 Mill S) und der Wissenschaftsverwaltung (30,6 Mill S).	
	Mehrausgaben durch erhöhte Überweisungen für sonstige Amtsgebäude der BGV I (21,6 Mill S).	
1/6471	Schulen der Unterrichtsverwaltung	
1/64713	Anlagen	(– 20,2 %) – 205 465 775,03 S
	Minderausgaben zufolge Reduktion der Dispositionsreserve bei Bauvorhaben (536,7 Mill S) sowie infolge verringerter Zahlungen an Bauträger – da bereits Vorauszahlungen geleistet wurden – für das BG Hollabrunn (35,0 Mill S).	
	Mehrausgaben wegen zügigen Baufortschritts und Freigabe zusätzlicher Mittel bei den Bauvorhaben HTBLA Klagenfurt (85,5 Mill S) und HTBLA Rennweg-Kaserne (59,6 Mill S), weiters infolge des Beginns neuer (im Teilheft nicht genannter) Bauvorhaben, wie das BG und BRG Lienz (44,1 Mill S), das BG Feldkirch (67,8 Mill S), das BRG Vöcklabruck, Schloß Wagrain (30,9 Mill S), das BG und BRG Linz (32,3 Mill S) und bei der HTBLVA Innsbruck (22,6 Mill S).	

1/6472 Schulen der Wissenschaftsverwaltung

1/64723 Anlagen (– 20,5 %) – 87 140 492,55 S

Minderausgaben infolge Reduktion der Dispositionsreserve für diese Bauvorhaben (211,7 Mill S).

Mehrausgaben infolge zügigeren Baufortschritts beim Bauteil A der Technischen Universität Graz, Inffeldgasse (23,4 Mill S) und durch den Beginn der (im Teilheft noch nicht genannten) Bauvorhaben der Aufstockung der Mensa in Innsbruck, Josef Hirnstraße (36,7 Mill S); weiters infolge der Funktionsadaptierung und Generalsanierung (32,6 Mill S) und für die Sporthalle der Universitäts-Sportanlagen in Innsbruck, Fürstenweg (45,8 Mill S).

1/64728 Aufwendungen (+ 6,8 %) + 23 823 002,63 S

Mehrausgaben infolge Erhöhung der Dispositionsreserve (23,0 Mill S).

1/6473 Bauten für die Landesverteidigung

1/64738 Aufwendungen (+ 2,2 %) + 17 394 975,71 S

Mehrausgaben vorwiegend infolge des Beginns des (im Teilheft noch nicht genannten) Bauvorhabens Schwarzenbergkaserne, Ersatzbauten, Wals-Siezenheim (62,9 Mill S) und zufolge der Erhöhung bei Verbrauchsgütern für innerbetriebliche Leistungen (22,9 Mill S); weitere Mehrausgaben waren betragsmäßig nicht zu erläutern.

Minderausgaben zufolge langsamen Baufortschritts, verzögerter Abrechnung und Zurückstellung von Leistungen bei Instandhaltung von militärischen Bauten (71,9 Mill S) und bei der Generalsanierung der Hillerkaserne in Linz-Ebelsberg (20,0 Mill S).

1/6474 Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

1/64743 Anlagen (– 7,1 %) – 23 927 004,34 S

Minderausgaben zufolge langsamen Baufortschritts, verzögerter Abrechnung und Zurückstellung von Leistungen bei der HBLA für Obst- und Weinbau, Klosterneuburg (14,9 Mill S) und beim Francisco-Josephinum in Weinzierl (5,7 Mill S) sowie infolge der Reduktion der Dispositionsreserve (111,9 Mill S).

Mehrausgaben infolge des zügigen Baufortschritts und der damit verbundenen Freigabe zusätzlicher Mittel bei der HBLA für alpenländische Landwirtschaft, Elixhausen (19,3 Mill S), infolge des Beginns des (im Teilheft noch nicht genannten) Bauvorhabens HBLA Elmbergweg, Linz (26,8 Mill S) und der bevorzugten Bedeckung von Bauträgerverpflichtungen (59,8 Mill S).

1/6475 Sonstige Bundesgebäude

1/64753 Anlagen (– 12,4 %) – 256 713 962,73 S

Minderausgaben durch verringerte Zahlungen an Bauträger aufgrund bereits erfolgter Vorauszahlungen bei den Bauvorhaben Naturhistorisches Museum, 1010 Wien, Burgring 7 (28,3 Mill S), Gendarmerieeinsatzkommando Wr. Neustadt (67,3 Mill S), weiters infolge langsameren Baufortschritts, verzögerter Abrechnung und Zurückstellung von Leistungen bei den Bauvorhaben Wiedererrichtung des Redoutensaaltraktes 1010 Wien, Hofburg (63,7 Mill S) und der Brandschutzeinrichtungen von Amtsgebäuden (21,6 Mill S) sowie durch Reduktion der Dispositionsreserve (561,5 Mill S).

Mehrausgaben wegen zügigen Baufortschritts und der Freigabe zusätzlicher Mittel bei den Bauvorhaben Inangriffnahme von Brandschutzeinrichtungen der Kulturbauten (26,1 Mill S), Generalsanierung des Belvedere, 1030 Wien (24,6 Mill S), weiters infolge des Neubeginns der Bauvorhaben Generalsanierung Bundesstraßenzollamt Spielfeld (24,1 Mill S), Aufstockung Gefange-

nenhaus Alpenstraße, Salzburg (26,0 Mill S), Bundesamtsgebäude (BAG) Imst, Pfeiffenbergerstraße (26,5 Mill S), Amtsgebäude Garnisonstraße, Linz (33,7 Mill S), Justizanstalt Hamerlingstraße, Wels (39,6 Mill S) und Justizanstalt Völserstraße, Innsbruck (24,0 Mill S); weitere Mehrausgaben wegen bevorzugter Bedeckung von Bauträgerverpflichtungen bei den Bauvorhaben Generalsanierung des Technischen Museums, 1140 Wien (29,5 Mill S), Landesgericht I und landesgerichtliches Gefangenenhaus (92,3 Mill S) sowie Zoll- und Zollwachschule 1030 Wien, Erdbergerstraße (59,7 Mill S).

1/64758 Aufwendungen (– 2,9 %) – 34 566 366,17 S

Minderausgaben zufolge langsamen Baufortschritts, verzögerter Abrechnungen und Zurückstellung von Leistungen bei den Bauvorhaben Einfriedung des Volksgartens, 1010 Wien (8,0 Mill S), bei Brandschutzeinrichtungen bei Kulturbauten (18,6 Mill S), Sanierung der Glas- und Blechdächer der Neuen Burg, 1010 Wien (9,6 Mill S), Einfriedung des Burggartens, 1010 Wien (5,0 Mill S), Erhaltungsbeiträgen von Wohngebäuden (14,6 Mill S) sowie bei den Brandschutzeinrichtungen der Hofburg in Innsbruck, Rennweg (14,0 Mill S), und durch Reduktion der Dispositionsreserve (38,5 Mill S).

Mehrausgaben infolge zügigeren Baufortschritts und der damit verbundenen Freigabe zusätzlicher Mittel bei der Innensanierung der Augustinerkirche, 1010 Wien (14,9 Mill S) und der Hauptmietzinsbelastung von Wohngebäuden (48,3 Mill S).

1/649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

1/6490 Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens

1/64900 Personalausgaben (– 3,0 %) – 22 568 421,50 S

Die Minderausgaben bei den Gehältern der Beamten (15,4 Mill S) und den Vertragsbediensteten (gesamt 6,7 Mill S) sowie den dazugehörigen Dienstgeberbeiträgen (4,3 Mill S) ergaben sich durch die Personalreduktion infolge von Umstrukturierungsmaßnahmen und Aufnahmeperrre.

Mehrausgaben bei den sonstigen Nebengebühren (2,6 Mill S) aufgrund gestiegener Erschwerniszulagen.

1/64907 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 22,8 %) – 5 162 558,77 S

Die Minderausgaben (4,9 Mill S) ergaben sich im Wesentlichen durch geringere Zahlungen für Familienbeihilfen.

1/65 Verkehr und Telekom

Mehrausgaben von 2 729 Mill S betrafen hauptsächlich Kapitalbeteiligungen (2 410 Mill S), Förderungen - EU Kofinanzierung (227 Mill S), Förderungen von regional- und strukturpolitischen Maßnahmen (31 Mill S) sowie Aufwendungen im Rahmen der Sondervorhaben-Technologie/Exportoffensive (21 Mill S).

Minderausgaben von 1 431 Mill S betrafen vorwiegend verminderte Kosten für die Eisenbahn-Infrastruktur (1 150 Mill S), geringere Förderungen an Privatbahnen (189 Mill S) und Ausgaben für die Verkehrsverbände (33 Mill S), Förderungen verkehrswirtschaftlicher Maßnahmen (31 Mill S) sowie Aufwendungen der Zentraleitung (21 Mill S).

1/650 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr

1/6500 Verwaltungsbereich Verkehr

1/65000 Personalausgaben (+ 5,3 %) + 15 389 118,85 S

Mehrausgaben vor allem, weil die Bezugserhöhungen und die Auswirkungen des neuen Besoldungsschemas sowie die Übernahme von zwei Bediensteten nicht veranschlagt waren (zusammen 15,7 Mill S).

1/65007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 30,5 %) - 5 841 101,71 S

Minderausgaben, weil Sachverständigengutachten in geringerem Ausmaß als vorgesehen erforderlich (4,0 Mill S) und geringere Mitgliedsbeiträge für internationale Organisationen zu leisten waren (1,1 Mill S).

1/65008 Aufwendungen(- 14,9 %) - 21 179 908,61 S

Minderausgaben wegen geringerer Inanspruchnahme von Leistungen von Dritten (12,1 Mill S), geringerer Aufwendungen für das Ökopunktesystem (3,2 Mill S), für ADV-Gebrauchsgüter und für Programmerstellungen (2,4 Mill S), für Druckwerke (2,0 Mill S) und für Vergütungen an das BKA (Ökopunktestatistik) (1,3 Mill S).

1/6501 Schiffahrtspolizei

1/65013 Anlagen(- 75,4 %) - 6 132 191,14 S

Minderausgaben wegen geringeren Bedarfs an Betriebsausstattung, Maschinen, Amtsausstattung und an Wasserfahrzeugen (6,1 Mill S).

1/6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten

1/65023 Anlagen(- 28,5 %) - 8 667 693,39 S

Minderausgaben wegen geringeren Bedarfs an Amtsausstattung (13,3 Mill S), ADV-Hard- und Software (4,7 Mill S), weiters für Kraftfahrzeuge und Maschinen (2,2 Mill S).

Mehrausgaben für Sonderanlagen der Fernmeldebehörde (11,6 Mill S).

1/65028 Aufwendungen(- 5,0 %) - 5 371 000,-- S

Minderausgaben wegen geringeren Bedarfs an Leistungen von Dritten (7,0 Mill S), wegen geringeren Aufwands für Miet- und Pachtzinse und infolge geringerer Höhe der Mitgliedsbeiträge für internationale Organisationen (2,2 Mill S).

Mehrausgaben wegen höheren Bedarfs an sonstigen ADV-Leistungen und Lizenzgebühren für Software (3,5 Mill S).

1/651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/65108 Verkehrsverbände(- 5,0 %) - 32 885 000,-- S

Minderausgaben bei den Verkehrsverbänden Oberösterreich (26,5 Mill S), Kärnten (12,4 Mill S), Niederösterreich und Burgenland (8,8 Mill S), Salzburg (4,1 Mill S), Großraum Graz (4,0 Mill S) und Vorarlberg (3,6 Mill S).

Mehrausgaben bei den Verkehrsverbänden Tirol (17,9 Mill S) und Ost-Region (8,5 Mill S).

1/65118 Allgemeiner Verkehr(- 28,0 %) - 18 834 409,67 S

Minderausgaben, weil die Finanzierung einer Verkehrssicherheitskampagne durch den Verkehrssicherheitsfonds (1/65708) erfolgte (10,5 Mill S), sowie infolge geringerer Kosten für Gutachtertätigkeit (10,0 Mill S) und für die Erstellung des Bundesverkehrswegeplanes (5,6 Mill S).

Mehrausgaben für Beratungen (8,1 Mill S).

1/65133 Kapitalbeteiligungen + 2 410 242 000,-- S

Mehrausgaben wegen Kapitalaufstockung der ÖBB (2 000,0 Mill S), Kapitalzuführung an die Graz-Köflacher-Eisenbahn GmbH (250,0 Mill S), Kapitalauf-

stockung der Schieneninfrastrukturfinanzierungs GmbH (150,0 Mill S) und Einbringung des Stammkapitals für die Schienen Control GmbH (10,0 Mill S).

1/65148 Kosten für Eisenbahn-Infrastruktur (– 9,9 %) – 1 090 005 000,-- S

Minderausgaben für Sonderanlagen der ÖBB (1 238,4 Mill S).

Mehrausgaben für Info-Initiativen und Gutachten (zusammen 123,5 Mill S) sowie für sonstige Rechts- und Beratungskosten (24,8 Mill S).

1/652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/6522 Sondervorhaben - Technologie/Exportoffensive

1/65228 Aufwendungen + 20 785 337,86 S

Mehrausgaben infolge zu geringer Veranschlagung und erst während des Jahres 1999 erfolgter Posteneröffnungen (20,8 Mill S).

1/65236 Förderungen - EU-Kofinanzierung + 226 901 000,-- S

Mehrausgaben, weil zum Zeitpunkt der Budgeterstellung die Höhe der EU-Kofinanzierung noch nicht bekannt war (226,9 Mill S).

1/6524 Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen

1/65246 Förderungen (– 43,2 %) – 31 257 063,78 S

Minderausgaben wegen geringerer Inanspruchnahme von Förderungen (31,3 Mill S).

1/6525 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

1/65256 Förderungen (+ 30,7 %) + 30 766 956,85 S

Mehrausgaben infolge höherer Inanspruchnahme von Förderungen (30,8 Mill S).

1/65266 Förderungen an Privatbahnen (– 44,5 %) – 188 979 000,-- S

Minderausgaben bei der Graz-Köflacher-Eisenbahn GmbH (176,6 Mill S), für diverse Firmen (14,5 Mill S), bei der Südburgenländischen Regionalbahn GmbH (9,0 Mill S) und bei der AG der Wiener Lokalbahnen zur Verlustabdeckung (7,4 Mill S).

Mehrausgaben bei der Raab-Oedenburg-Ebenfurter Eisenbahn-NSB (10,6 Mill S), bei der AG der Wiener Lokalbahnen (5,1 Mill S) und bei den Steiermärkischen Landesbahnen (3,0 Mill S).

1/6527 Technologieförderung gemäß ITF-Gesetz

1/65276 Förderungen (+ 16,2 %) + 8 217 130,-- S

Mehrausgaben infolge höherer Inanspruchnahme von Förderungen (8,2 Mill S).

**1/657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds
(zweckgebundene Gebarung)**

1/65706 Förderungen (– 45,5 %) – 8 648 324,29 S

Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Förderungen (8,6 Mill S).

1/65707 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 24,5 %) – 6 922 110,10 S

Minderausgaben, weil weniger Wunschkennzeichen vergeben wurden (5,7 Mill S).

1/65708 Aufwendungen (+ 208,1 %) + 15 658 286,64 S

Mehrausgaben wegen der Durchführung einer Verkehrssicherheitskampagne (18,8 Mill S).

Minderausgaben wegen geringerer Inanspruchnahme von Leistungen von Dritten (2,2 Mill S).

1/71 Bundestheater

Mehrausgaben in Höhe von 243 Mill S betrafen vor allem den Aktivitätsaufwand im Rahmen der Personalausgaben (175 Mill S) sowie Aufwendungen (53 Mill S) und Anlagen (12 Mill S).

Die Minderausgaben beliefen sich auf 16 Mill S.

1/710 Personalausgaben

1/71000 Aktivitätsaufwand (+ 17,4 %) + 175 282 990,34 S

Mehrausgaben bei Bediensteten mit Bühnendienstverträgen (zusammen 100,3 Mill S), bei Dienstgeberbeiträgen (zusammen 21,3 Mill S), beim technischen Personal (15,6 Mill S) und bei Beamten (3,9 Mill S) aufgrund der Zurechnung von Sonderzahlungsteilen des Bezugs durch die Ausgliederung per 1. September 1999 und durch vermehrte Abschlüsse von Residenzverträgen. Weitere Mehrausgaben bei Mehrleistungsvergütungen (26,7 Mill S) und Jubiläumszuwendungen (6,7 Mill S) durch verstärkt anfallende Proben und Ruhestandsversetzungen.

1/71010 Pensionsaufwand (– 3,0 %) – 16 256 641,-- S

Minderausgaben bei den sonstigen Versorgungsbezügen (8,3 Mill S) und bei den sonstigen Ruhebezügen (3,8 Mill S) für das künstlerische und technische Personal.

1/711 Sachausgaben

1/71133 Anlagen (+ 18,0 %) + 12 440 144,54 S

Mehrausgaben beim Investitionsprogramm für Sonderanlagen (zusammen 19,3 Mill S) und für Baumaßnahmen an den Theatergebäuden und Kulissendepots (13,6 Mill S) sowie für die Anschaffung eines neuen Softwareprogrammes (3,3 Mill S), um einen reibungslosen Spielbetrieb zu gewährleisten.

Minderausgaben bei den Baumaßnahmen für das Investitionsprogramm (zusammen 16,4 Mill S) infolge Ausgabenrückstellung.

1/71188 Aufwendungen (+ 20,3 %) + 52 998 441,35 S

Mehrausgaben für Entgelte an Unternehmungen (18,6 Mill S) aufgrund der erfolgten Ausgliederung des Publikumsdienstes, bei sonstigen Leistungen/ADV (13,6 Mill S) und für Rechts- und Beratungskosten (8,0 Mill S) aufgrund der Ausgliederung der Bundestheater, bei Entgelten an Unternehmungen für den Opernball (7,3 Mill S), bei Materialbeschaffungen für Dekorationen und Kostüme (zusammen 7,1 Mill S), bei Entgelten für Fernsehabgeltungen (6,3 Mill S) sowie für Tantiemen, weil öfters geschützte Werke gespielt wurden, sowie bei Werkverträgen (3,2 Mill S) infolge der Ausgliederung.

Minderausgaben vor allem bei sonstigen Leihgebühren (3,3 Mill S), weil geplante Anmietungen von Produktionen nicht durchgeführt wurden, und bei der Instandhaltung von Sonderanlagen des Bühnenbetriebes (3,1 Mill S), weil diese Ausgaben bereits von den neuen Gesellschaften übernommen wurden.

4.3 Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen**2/02 Bundesgesetzgebung****2/021 Nationalrat**

2/02104 Erfolgswirksame Einnahmen (– 22,2 %) – 6 236 756,20 S

Mindereinnahmen infolge geringerer Pensionsbeitragseinnahmen (6,5 Mill S).

2/10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen**2/100 Bundeskanzleramt****2/1000 Zentraleitung**

2/10004 Erfolgswirksame Einnahmen (– 47,2 %) – 36 421 895,09 S

Mindereinnahmen vor allem bei Kostenersätzen für die Benützung des Zentralen Ausweichsystems (28,4 Mill S) infolge ausstehender Kostenersätze diverser Nutzer, bei Pensionsbeiträgen für die Obersten Organe gemäß BGBl Nr 273/1972 (7,3 Mill S) infolge Rückgangs von Pensionsbeitragszahlungen von Regierungsmitgliedern sowie beim Pensionssicherungsbeitrag (4,5 Mill S) infolge Reduzierung des Prozentsatzes des Beitrags.

2/10034 Bundesgesetzblatt (+ 109,6 %) + 28 350 178,36 S

Mehreinnahmen vor allem bei Abonnementgebühren (21,2 Mill S) und Abonnementgebühren von Bundesorganen (6,7 Mill S) infolge des gestiegenen Umfangs der Bundesgesetzblätter.

2/1005 Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF) (zweckgebundene Gebarung)

2/10050 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 3,1 %) + 12 388 000,-- S

Mehreinnahmen durch Überweisungen vom ITF infolge höheren Auszahlungsbedarfs aufgrund zahlungsreifer Abrechnungen (12,4 Mill S).

2/102 Statistisches Zentralamt

2/10204 Erfolgswirksame Einnahmen (– 25,1 %) – 7 447 778,99 S

Mindereinnahmen betrafen vor allem die Vergütungen vom BMWV (4,0 Mill S) infolge verminderter Leistungserbringung.

2/10205 EU-Statistiken + 16 185 042,63 S

Mehreinnahmen bei Zahlungen der EU für die Durchführung von Statistiken (16,2 Mill S) infolge eines lediglich veranschlagten Erinnerungsbetrages.

2/1076 Amt der Bundessporteinrichtungen

2/10764 Erfolgswirksame Einnahmen (– 60,2 %) – 6 320 711,50 S

Mindereinnahmen vor allem infolge teilweise noch nicht erfolgter Überweisung der Personalersätze und Refundierungen (6,3 Mill S).

2/109	Dienststellen	
2/1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	
2/10904	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 43,5 %) - 14 144 036,87 S

Mindereinnahmen vor allem an Untersuchungsgebühren infolge des Wegfalls von Importkontrollen zwecks Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Waren aus EU-Ländern.

2/1092	Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst	
2/10924	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 23,1 %) + 8 083 122,64 S

Mehreinnahmen an Ein- und Durchfuhrgebühren (6,8 Mill S) aufgrund vermehrter veterinärbehördlich kontrollpflichtiger Einfuhrsendungen und durch die Ausfuhrkontrolle im Rahmen der Amtshilfe für das Bundesministerium für Finanzen.

2/11 Inneres

Mindereinnahmen in Höhe von 137 Mill S entstanden vorwiegend durch geringere erfolgswirksame Einnahmen bei der Bundespolizei (80 Mill S) und zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen aus Strafgeldern gemäß § 100 Abs 10 StVO (47 Mill S).

Mehreinnahmen in Höhe von 118 Mill S betrafen vorwiegend erfolgswirksame Einnahmen des Zivildienstes (45 Mill S) sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes (21 Mill S) und zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen der Bundespolizei (36 Mill S).

2/110	Bundesministerium für Inneres	
2/1100	Zentralleitung	
2/11000	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 624,2 %) + 5 293 064,21 S

Mehreinnahmen vor allem aufgrund von Kostenersätzen der Europäischen Union für verschiedene vom BMI durchgeführte Projekte (4,8 Mill S).

2/111	Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)	
2/1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	
2/11104	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 67,8 %) + 21 339 437,25 S

Mehreinnahmen durch gestiegene Zahlungen von Sozialversicherungsträgern (22,5 Mill S).

2/1113	Strafgelder gemäß § 100 Abs 10 StVO	
2/11130	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(- 12,4 %) - 47 024 709,71 S

Mindereinnahmen aus verhängten Geldstrafen infolge Anzeigenrückganges.

2/1117	Zivildienst	
2/11174	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 18,3 %) + 44 597 620,74 S

Die Mehreinnahmen bei den Ersätzen und Überweisungen gemäß § 41 ZDG sind auf die höhere Anzahl von eingesetzten Zivildienstleistenden sowie auf die Einführung einer Mindestvergütung pro eingesetztem Zivildienstleistenden ab dem Jahre 1999 zurückzuführen.

2/113	Bundespolizei	
2/1130	Bundespolizei	
2/11300	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	+ 36 297 774,01 S

Mehreinnahmen aus Strafgeldern gemäß § 37 Abs 8 des Führerscheingesetzes, BGBl I Nr 120/1997 (36,9 Mill S).

2/11304	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 15,9 %) – 79 978 520,14 S
----------------	--	-------------------------------------

Mindereinnahmen bei den Verwaltungsstrafen (46,3 Mill S), vor allem aufgrund geringerer Verkehrsüberwachungstätigkeiten, infolge des verstärkten Einsatzes der Sicherheitswache zur Kriminalitätsbekämpfung bzw der umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen aufgrund von Demonstrationen; weiters bei den Kostenbeiträgen gemäß § 55 und 56 KFG (10,2 Mill S) durch gesetzliche Änderungen, bei den Bundes-Kommission- und Bundes-Überwachungsgebühren (6,7 Mill S) und bei den Kostenbeiträgen für sonstige hoheitliche Leistungen (5,0 Mill S). Weitere Mindereinnahmen waren aus der Vergabe von Kfz-Kennzeichentafeln, bei den Nebenleistungen, bei den im Zuge von Verkehrsunfällen gemäß § 4 Abs 5b StVO eingehobenen Kostenersätzen, den Kostenersätzen für Alkotests und Blutalkoholbestimmungen, den Kostenersätzen aus dem Strafvollzug, bei den Organmandaten und den Verfallserlösen (zusammen 15,1 Mill S) zu verzeichnen.

Mehreinnahmen ergaben sich durch die eingehobenen Kostenersätze für amtsärztliche Gutachten gemäß der Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung, BGBl II Nr 322/1997 (3,6 Mill S).

2/114	Bundesgendarmerie	
2/1140	Bundesgendarmerie	
2/11407	Bestandswirksame Einnahmen	(– 42,5 %) – 5 699 452,40 S

Mindereinnahmen vor allem bei den Veräußerungen von Kraftfahrzeugen (4,9 Mill S).

2/12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Mehreinnahmen in Höhe von 136 Mill S entstanden vorwiegend aus erfolgswirksamen Einnahmen der Schulaufsichtsbehörden (26 Mill S) und der sonstigen Einrichtungen für Jugendernziehung (12 Mill S) sowie aus zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen der allgemein bildenden höheren Schulen (18 Mill S), der Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (17 Mill S) und des Bundesdenkmalamts (14 Mill S).

Die Mindereinnahmen in Höhe von 104 Mill S betrafen hauptsächlich zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen des Denkmalfonds (50 Mill S) sowie erfolgswirksame Einnahmen der allgemein bildenden höheren Schulen (18 Mill S) und der Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (10 Mill S).

2/120	Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	
2/1200	Zentraleitung	
2/12009	Bezugsvorschussersätze	(– 18,6 %) – 8 544 468,-- S

Mindereinnahmen bei sonstigen Bezugsvorschussersätzen (10,5 Mill S) infolge geringerer Anzahl von gewährten Bezugsvorschüssen.

2/122	Bundesministerium; Zweckaufwand	
2/1229	Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung)	
2/12290	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(- 99,9 %) - 50 093 000,-- S
	Mindereinnahmen bei verschiedenen Einnahmen (50,0 Mill S) infolge Nichtgenehmigung einer geplanten "Rubbelaktion" zu Gunsten des Denkmalfonds.	
2/124	Nachgeordnete Dienststellen	
2/1242	Sonstige Einrichtungen für Jugendziehung	
2/12424	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 22,0 %) + 11 756 842,40 S
	Mehreinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (11,7 Mill S) infolge höherer Teilnehmerzahl an der "Wien-Aktion" und der "Europa-Aktion".	
2/1248	Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)	
2/12480	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 61,7 %) + 13 836 700,80 S
	Mehreinnahmen bei Spenden (14,2 Mill S) für das Wiener Konzerthaus.	
2/126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	
2/1260	Schulaufsichtsbehörden	
2/12604	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 15,2 %) + 26 202 977,88 S
	Mehreinnahmen bei Ersätzen der Länder (29,0 Mill S) betrafen insbesondere eine Nachzahlung des Landes Wien.	
2/127	Allgemein bildende Schulen	
2/1270	Allgemein bildende höhere Schulen	
2/12704	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 30,9 %) - 18 124 184,24 S
	Mindereinnahmen bei Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (6,5 Mill S) infolge geringerer Anzahl von überlassenen Bediensteten; weiters beim Betreuungsbeitrag für ganztägige Schulformen (4,1 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme der ganztägigen Betreuung sowie bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (3,2 Mill S) infolge Änderung der Verbuchung.	
2/1272	Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)	
2/12720	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 130,2 %) + 18 168 606,28 S
	Mehreinnahmen bei Miet- und Pachtzinsen (7,7 Mill S) sowie bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (6,0 Mill S) infolge vermehrter Vermietung von Werbeflächen und Räumlichkeiten; weiters bei Spenden (4,0 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
2/128	Berufsbildende Schulen	
2/1281	Sozialakademien, Lehnanstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe	
2/12814	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 82,1 %) - 9 805 441,62 S
	Mindereinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (6,4 Mill S) infolge Änderung der Verbuchung sowie bei Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (3,0 Mill S).	

2/1283	Technische und gewerbliche Lehranstalten (zweckgebundene Gebarung)	
2/12830	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 11,0 %) + 7 386 640,54 S
	Mehreinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (3,8 Mill S) sowie bei Miet- und Pachtzinsen (3,1 Mill S) infolge vermehrter Überlassung von Schulraum.	
2/1284	Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe (zweckgebundene Gebarung)	
2/12840	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 34,1 %) + 16 732 554,81 S
	Mehreinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen für Küchen (9,8 Mill S) infolge vermehrter Teilnahme am Mittagstisch sowie bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (4,3 Mill S) infolge vermehrter Überlassung von Schulraum.	
2/1287	Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgebundene Gebarung)	
2/12870	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 181,1 %) + 5 755 736,07 S
	Mehreinnahmen bei Miet- und Pachtzinsen (2,9 Mill S) sowie bei Gebühren und Kostenersätzen (1,7 Mill S) infolge vermehrter Überlassung von Schulraum.	
2/13	Kunst	
2/131	Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand)	
2/1310	Amt der Bundestheater	
2/13104	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 86,2 %) + 6 052 848,50 S
	Mehreinnahmen aus Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (13,1 Mill S) durch die Gesellschaften.	
	Mindereinnahmen bei Rückersätzen von Ausgaben des laufenden Jahres (7,0 Mill S).	
2/14	Wissenschaft und Forschung	
	<i>Mindereinnahmen in Höhe von 116 Mill S betrafen vorwiegend erfolgswirksame Einnahmen der Universitäten (52 Mill S) und des Amtes des BFPZ Arsenal (22 Mill S) sowie zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen der Universitäten (24 Mill S) und Bezugsvorschussersätze der Zentraleitung (10 Mill S).</i>	
	<i>Die Mehreinnahmen betragen 4 Mill S.</i>	
2/140	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	
2/1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft	
2/14009	Bezugsvorschussersätze	(- 36,4 %) - 9 814 774,40 S
	Mindereinnahmen bei den sonstigen Bezugsvorschussersätzen (9,1 Mill S) infolge geringerer Anträge.	
2/1402	Amt des BFPZ Arsenal	
2/14024	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 23,9 %) - 21 872 229,65 S
	Mindereinnahmen bei den Ersätzen vom BFPZ Arsenal (21,9 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.	

2/142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen**2/1420 Universitäten**

2/14204 Erfolgswirksame Einnahmen (– 56,6 %) – 52 226 582,53 S

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung bei Miet- und Pachtzinsen (11,4 Mill S), Ersätzen aus persönlicher Gutachtertätigkeit (10,5 Mill S), Kostenersätzen für die Benützung von Bundeseinrichtungen (10,4 Mill S), privaten Ferngesprächen (4,2 Mill S), Vergütungen vom BMWA (BuT) (4,1 Mill S), verschiedenen Einnahmen (3,5 Mill S), sonstigen Personalkostenersätzen (3,1 Mill S) sowie bei der Tierhaltung (3,0 Mill S).

2/1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)

2/14210 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (– 6,3 %) – 23 780 335,24 S

Mindereinnahmen bei den Personalkostenersätzen gemäß § 4 Abs 7 des Universitätsorganisationsgesetzes (81,7 Mill S) infolge geringeren Personalbedarfs und bei den sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (15,8 Mill S) sowie den Vergütungen vom BMLV (3,7 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

Mehreinnahmen bei Unterrichtsgeld und Prüfungsgebühren (39,2 Mill S), bei Beiträgen an Turninstitute (19,3 Mill S) sowie der Veräußerung von Handelswaren (3,2 Mill S) aufgrund gestiegener Studentenzahlen. Weitere Mehreinnahmen bei Kostenersätzen in der Teilrechtsfähigkeit für Nebentätigkeit (6,5 Mill S) und Kostenersätzen für die Benützung von Bundeseinrichtungen (6,1 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/143 Universitäten der Künste**2/1430 Universitäten der Künste**

2/14304 Erfolgswirksame Einnahmen (– 12,9 %) – 5 944 773,07 S

Mindereinnahmen bei den verschiedenen Einnahmen (5,8 Mill S) infolge von Sparmaßnahmen und Rationalisierungen im Bereich der privaten Wirtschaft.

2/15 Soziales

Mehreinnahmen von 1 654 Mill S betrafen insbesondere zweckgebundene Einnahmen der Arbeitslosenversicherungsbeiträge (896 Mill S), den Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (425 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen aus der Pflegevorsorge (Kostenersatz) (201 Mill S), Überweisungen von der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (57 Mill S) und den Beitrag der Gebietskörperschaften im zweckgebundenen Gebarungsbereich (56 Mill S).

Mindereinnahmen von 345 Mill S betrafen vor allem die Überweisung vom Familienlastenausgleich (327 Mill S).

2/150 Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**2/1500 Zentralleitung**

2/15004 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 74,7 %) + 13 160 231,30 S

Mehreinnahmen hauptsächlich bei Kostenersätzen durch die EU.

2/153	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	
2/1534	Pflegevorsorge (Kostenersatz)	
2/15344	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 200 626 009,17 S
	Mehreinnahmen aufgrund der Abschlussrechnungen der Sozialversicherungsträger für 1998.	
2/155	Arbeitsmarktpolitik (I)	
2/1551	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	
2/15513	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen (– 20,9 %)	– 8 263 803,29 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung und geringerer Tilgungen aufgrund der Eröffnung von Insolvenzverfahren.	
2/15550	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgebundene Einnahmen) (– 5,4 %)	– 326 840 340,05 S
	Mindereinnahmen infolge geringerer Ausgaben für Karenzgeld im Jahr 1999.	
2/15580	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgebundene Einnahmen) (+ 1,9 %)	+ 896 158 553,59 S
	Mehreinnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (879,7 Mill S) infolge höherer Beschäftigung sowie bei den Sicherungsbeiträgen (30,2 Mill S).	
	Mindereinnahmen bei Rückersätzen gemäß Arbeitslosenversicherungsabkommen (10,7 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.	
2/15581	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgebundene Gebarung) (+ 29,7 %)	+ 56 350 418,06 S
	Mehreinnahmen infolge Unterschätzung.	
2/15590	Überweisungen von der BUAK	+ 57 100 286,50 S
	Mehreinnahmen infolge Nichtbudgetierung.	
2/15591	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (+ 17,0 %)	+ 424 811 477,23 S
	Mehreinnahmen infolge notwendiger Abgangsdeckung der zweckgebundenen Gebarung der Arbeitsmarktpolitik.	
2/157	Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung	
2/15794	Sonstige Einnahmen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung (– 9,1 %)	– 6 350 588,22 S
	Mindereinnahmen bei Beihilfen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfen-Gesetz infolge zu hoher Budgetierung.	
2/16	Sozialversicherung	
	<i>Mehreinnahmen in Höhe von 5 088 Mill S entstanden vorwiegend durch höhere erfolgswirksame Einnahmen beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (5 058 Mill S) und bei den sonstigen Leistungen zur Sozialversicherung (18 Mill S).</i>	
	<i>Die Mindereinnahmen betragen lediglich 1 000 S.</i>	

2/160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)**2/16004 Erfolgswirksame Einnahmen + 5 057 698 187,96 S**

Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von in Vorjahren geleisteten Vorschüssen.

2/161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen**2/16104 Erfolgswirksame Einnahmen + 6 243 579,50 S**

Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von im Jahre 1998 geleisteten Vorschüssen.

2/164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung**2/16404 Erfolgswirksame Einnahmen + 18 228 860,89 S**

Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von im Jahre 1998 geleisteten Vorschüssen auf das Sonderruhegeld.

2/165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)**2/16504 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 4,3 %) + 5 922 060,44 S**

Mehreinnahmen infolge Unterschätzung der Beitragseinnahmen.

2/17 Gesundheit*Mindereinnahmen von 141 Mill S betrafen vorwiegend zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (98 Mill S) und erfolgswirksame Einnahmen (19 Mill S) für den Mutter-Kind-Pass im zweckgebundenen Gebarungsbereich sowie erfolgswirksame Einnahmen der bakteriologisch-serologischen und sonstigen Untersuchungsanstalten (23 Mill S).**Die Mehreinnahmen betragen 3 Mill S.***2/172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge****2/1724 Mutter-Kind-Pass (zweckgebundene Gebarung)****2/17240 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (- 19,0 %) - 98 477 298,04 S**

Mindereinnahmen infolge geringerer Überweisungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds für die Abgeltungen von Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Pass.

2/17294 Erfolgswirksame Einnahmen (- 25,4 %) - 19 050 100,90 S

Mindereinnahmen bei Leistungen nach dem Arzneimittelgesetz durch die nicht erfolgte Gebührenänderung (37,7 Mill S).

Mehreinnahmen insbesondere beim aliquoten Vorsteueranteil der VOEST-ALPINE Medizintechnik GesmbH (17,5 Mill S) infolge höherer Vorsteuerersätze beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien.

2/179	Dienststellen		
2/1792	Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten		
2/17924	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 11,7 %)	- 22 948 378,60 S
	<i>Mindereinnahmen aufgrund nicht erfolgter Kostenersätze für Untersuchungen nach dem Bazillenausscheidergesetz (16,5 Mill S) sowie infolge Verminderung von Kostenersätzen für einzelne Untersuchungen (7,0 Mill S).</i>		
2/18	Umwelt		
	<i>Mehreinnahmen in Höhe von 2 164 Mill S betrafen vorwiegend zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen der Siedlungswasserwirtschaft (2 157 Mill S).</i>		
	<i>Mindereinnahmen von 378 Mill S entstanden durch verringerte erfolgswirksame Einnahmen der Siedlungswasserwirtschaft (378 Mill S).</i>		
2/186	Umweltschutz		
2/1863	Siedlungswasserwirtschaft		
2/18630	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		+ 2 157 458 593,12 S
	<i>Mehreinnahmen vor allem aus Überweisungen von Steueranteilen (1 688,6 Mill S) und vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (zusammen 468,0 Mill S) infolge Umstellung der Verrechnung auf zweckgebundene Gebärung.</i>		
2/18634	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 100,0 %)	- 378 000 000,-- S
	<i>Mindereinnahmen aus Überweisungen vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds wegen der Verrechnung bei der zweckgebundenen Gebärung.</i>		
2/19	Jugend und Familie		
	<i>Mindereinnahmen in Höhe von 2 029 Mill S betrafen vorwiegend geringere erfolgswirksame Einnahmen des Reservefonds für Familienbeihilfen (2 025 Mill S).</i>		
	<i>Mehreinnahmen von 356 Mill S entstanden vor allem bei Dienstgeberbeiträgen (Sektion A) (254 Mill S), bei Unterhaltsvorschüssen (43 Mill S), bei Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt) (42 Mill S) und beim Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer (13 Mill S).</i>		
2/191	Familienpolitische Maßnahmen		
2/1913	Reservefonds für Familienbeihilfen		
2/19134	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 45,8 %)	- 2 025 099 664,94 S
	<i>Der aus der Gebärung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen überwiesene Überschuss in Höhe von 6 242 418 965,84 S wurde gemäß § 40 Abs 7 FLAG 1967 in Höhe von 2 394 017 335,06 S zur Aufrechnung eines in der Vergangenheit vom Bund getragenen Abganges verwendet.</i>		
2/193	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebärung)		
2/19300	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)	(+ 0,6 %)	+ 253 887 539,82 S
	<i>Mehreinnahmen infolge einer zu niedrigen Veranschlagung.</i>		

2/19310 Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer (+ 0,2 %) + 12 528 735,46 S

Die Mehreinnahmen entsprechen dem Abgabenaufkommen.

Nicht eingehaltene Ansatzbindung (62,5 Mill S). Demgegenüber jedoch geringere Inanspruchnahme der Überschreitungsbewilligungen bei den Ansätzen 1/19337 und 1/19389.

2/19340 Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt) (+ 15,3 %) + 42 016 794,06 S

Mehreinnahmen im Zusammenhang mit Schülerfreifahrten (34,3 Mill S) und Lehrlingsfreifahrten (7,3 Mill S) infolge einer höheren Leistung von Eigenanteilen als erwartet.

2/19382 Unterhaltsvorschüsse (+ 10,5 %) + 43 422 023,69 S

Mehreinnahmen aus Rückzahlungen infolge erneut zu niedriger Veranschlagung.

2/20 Äußeres

2/200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

2/2000 Zentraleitung

2/20004 Erfolgswirksame Einnahmen (– 35,6 %) – 8 033 444,10 S

Mindereinnahmen vor allem bei Rückersätzen von Ausgaben der Vorjahre (3,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung sowie bei Transportspesenersätzen (2,3 Mill S) und bei sonstigen Einnahmen (1,9 Mill S).

2/2005 EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget)

2/20054 Erfolgswirksame Einnahmen + 25 749 000,-- S

Mehreinnahmen (25,7 Mill S) infolge des einmaligen Kostenbeitrages der Stadt Wien für Veranstaltungen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft.

2/201 Vertretungsbehörden

2/20104 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 15,1 %) + 9 686 525,50 S

Mehreinnahmen vor allem bei Kursdifferenzen aus der Fremdwährungsgebahrung (15,2 Mill S) infolge gestiegenen US-Dollars und der mit ihm verbundenen Währungen.

Mindereinnahmen betrafen vor allem Miet- und Pachtzinsersätze (1,9 Mill S), rücker setzte Ausgaben aus dem laufenden Jahr (1,8 Mill S) und Zinsen aus dem Geldverkehr (1,4 Mill S).

2/205 Entwicklungshilfe

2/20509 Darlehensrückzahlungen (– 27,9 %) – 6 608 251,88 S

Mindereinnahmen bei sonstigen Investitionsdarlehen (Ausland) (6,6 Mill S) infolge wirtschaftlicher Schwäche der Kreditpartner und aufgrund des Entschuldungsgesetzes (BGBl Nr 84/1997).

2/30 Justiz

Mindereinnahmen von 198 Mill S betrafen vor allem erfolgswirksame Einnahmen der Justizbehörden in den Ländern (197 Mill S).

Die Mehreinnahmen betragen 14 Mill S.

2/302 Justizbehörden in den Ländern

2/30204 Erfolgswirksame Einnahmen (– 2,7 %) – 197 219 155,23 S

Mindereinnahmen hauptsächlich bei Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen (177,2 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung, weiters bei Strafgeldern (11,1 Mill S) wegen der geringeren Höhe der Tagsätze sowie der bedingten Strafnachsicht; bei Vollzugs- und Wegegebühren (7,7 Mill S) wegen gesetzlicher Neuregelung; bei Kostenersätzen (4,1 Mill S), weil weniger Richteramtswärter bei Rechtsanwälten und Notaren Dienst versahen, sowie bei Veräußerungen von Handelswaren wegen zu hoher Veranschlagung.

Mehreinnahmen bei sonstigen Einnahmen (3,5 Mill S) aufgrund höherer Ersätze in Amtshaftungssachen.

2/303 Justizanstalten

2/30304 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 2,5 %) + 10 620 466,05 S

Mehreinnahmen vor allem bei Einnahmen aus der Erbringung von Nebenleistungen (10,1 Mill S) infolge der Einführung eines Regiekostenbeitrages für die Verkaufsunternehmen für Zusatznahrungs- und Genussmittel in den Justizanstalten und vermehrter Kostenersätze für Schubhäftlinge, vor allem in der Justizanstalt Ried im Innkreis, sowie bei Einnahmen aus betriebsmäßigen Leistungen (7,3 Mill S) durch die Intensivierung der Gefangenenarbeitseinsätze.

Mindereinnahmen bei den Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug (3,7 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung sowie bei Veräußerungen von Erzeugnissen und sonstigen Einnahmen (insgesamt 3,8 Mill S).

2/40 Militärische Angelegenheiten**2/400 Bundesministerium für Landesverteidigung**

2/40004 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 25,9 %) + 23 297 290,39 S

Mehreinnahmen ergaben sich aus der Untervermietung von Wohnungen an Bundesbedienstete infolge höherer Betriebs- und Heizkosten (23,1 Mill S).

2/40009 Bezugsvorschussersätze (+ 33,5 %) + 9 389 298,80 S

Mehreinnahmen infolge zu geringer Veranschlagung.

2/401 Heer und Heeresverwaltung

2/40104 Erfolgswirksame Einnahmen (– 8,4 %) – 25 046 228,07 S

Mindereinnahmen entstanden bei den Kostenersätzen für Auslandseinsätze durch Nichtbegleichung von Zahlungsrückständen (23,3 Mill S), bei „Sonstige verschiedene Einnahmen“ wegen Rückganges von Verlusten und Beschädigungen (8,2 Mill S), bei Veräußerungen (4,7 Mill S) und für Pönalzahlungen (4,5 Mill S).

Mehreinnahmen ergaben sich daraus, dass Milizsoldaten von der Möglichkeit, Kampfanzüge käuflich zu erwerben, Gebrauch machten (11,5 Mill S), sowie infolge von Prämienvergütungen für Arbeitsaufträge an Behindertenwerkstätten (3,6 Mill S).

2/402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)

2/40200 Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen) (– 11,6 %) – 12 367 617,77 S

Mindereinnahmen wegen geringerer Umsätze.

2/405	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe	
2/4050	Allentsteig (betriebsähnliche Einrichtung)	
2/40504	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 48,1 %) + 11 052 481,16 S
	Mehreinnahmen infolge gestiegenen Preisniveaus am Rundholzmarkt (8,1 Mill S), bei der Jagd (1,4 Mill S) durch vermehrten Wildabschuß sowie bei Vergütungen vom BMLF (0,7 Mill S) aufgrund von EU-Förderungen für die Landwirtschaft.	
2/50	Finanzverwaltung	
	<i>Mehreingänge von 318 Mill S betrafen hauptsächlich erfolgswirksame Einnahmen des Amtes der Post und Telekom Austria AG (190 Mill S) und der Dienststellen der Finanzlandesdirektionen (30 Mill S) sowie Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen (69 Mill S).</i>	
	<i>Mindereingänge von 168 Mill S entstanden vor allem bei Ersätzen der Österreichischen Postsparkasse (85 Mill S), bei Einhebungsvergütungen (36 Mill S) sowie bei Bezugsvorschussersätzen (14 Mill S).</i>	
2/500	Bundesministerium für Finanzen	
2/5000	Zentraleitung	
2/50000	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 51,6 %) + 5 160 276,05 S
	Mehreinnahmen aus Kostenersätzen der EU (4,1 Mill S) im Zusammenhang mit der Einführung des EURO.	
2/50004	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 10,9 %) + 11 761 130,06 S
	Mehreinnahmen aus Überweisungen gemäß Art 12 des Vertrages zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich vom 2. Dezember 1890, RGBl Nr 41/1891 (4,5 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung und aus Kostenersätzen der EU für Dienstreisen (3,2 Mill S).	
2/5001	Einhebungsvergütung gemäß Art II Abs 3 Eigenmittelbeschluss	
2/50014	Einhebungsvergütungen	(- 8,8 %) - 35 965 462,97 S
	Mindereinnahmen, da bei den korrespondierenden traditionellen Eigenmittelverpflichtungen der EU wesentlich niedrigere Beträge gutgeschrieben wurden.	
2/501	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	
2/50100	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	+ 68 938 864,57 S
	Mehreinnahmen, weil bei der Voranschlagserstellung weder Art noch Menge der von der OeNB rückgelieferten Silbermünzen bekannt waren.	
	Nicht eingehaltene Ansatzbindung (22,6 Mill S), demgegenüber jedoch geringere Inanspruchnahme der Überschreibungsbewilligung beim Ansatz 1/50107.	
2/50124	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)	(- 14,7 %) - 5 554 696,02 S
	Mindereinnahmen, da die gemäß dem Wertpapieraufsichtsgesetz, BGBl Nr 753/1996 idGF, zu entrichtende Gebühr nicht im erwarteten Umfang einging.	

2/502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	
2/50299	Bezugsvorschussersätze	(– 24,2 %) – 13 899 373,40 S
	Mindereinnahmen aus sonstigen Bezugsvorschussersätzen (11,1 Mill S) insbesondere von Bediensteten der Post und Telekom Austria AG infolge eines zu beobachtenden Desinteresses an Bezugsvorschüssen.	
2/504	Finanzlandesdirektionen	
2/5040	Dienststellen	
2/50404	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 13,3 %) + 30 195 097,51 S
	Mehreinnahmen aus Einhebungsvergütungen von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (17,2 Mill S), welche nicht nur von der Höhe der eingehobenen Beträge, sondern auch gemäß § 126 Abs 1 des Wirtschaftskammergesetzes 1998, BGBl I Nr 103, von dem mit der zuständigen Finanzlandesdirektion vereinbarten Prozentsatz abhängig sind, sowie aus nachträglich empfangenen Rabatten (15,8 Mill S) von der Post und Telekom Austria AG.	
2/50434	Gebarung gemäß § 22 KHVG	(– 54,1 %) – 5 947 212,14 S
	Mindereinnahmen aus dem Prämienaufkommen aus der Grenzversicherung (9,8 Mill S) infolge einer Änderung des Verrechnungsmodus ab 1. Jänner 1999.	
	Mehreinnahmen aus einem unerwarteten Gewinn aus der Grenzversicherung (3,9 Mill S).	
2/507	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	
2/5071	Finanzprokuratur	
2/50714	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 29,8 %) + 5 879 414,13 S
	Mehreinnahmen aus Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen (4,6 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.	
2/5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt	
2/50724	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 23,9 %) – 8 438 700,05 S
	Mindereinnahmen aus Punzierungsgebühren gemäß Punzierungsgesetz (7,7 Mill S) infolge eines weiteren Rückganges der Stückzahlen und des Gewichtes der zur Punzierung vorgelegten Edelmetallgegenstände.	
2/508	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	
2/5080	Österreichisches Postsparkassenamt	
2/50804	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse	(– 12,6 %) – 85 246 137,40 S
	Mindereinnahmen im Zusammenhang mit den Minderausgaben beim Ansatz 1/50800.	
2/5083	Amt der Post und Telekom Austria AG	
2/50834	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 1,1 %) + 189 975 681,34 S
	Mehreinnahmen im Zusammenhang mit den Mehrausgaben vor allem beim Ansatz 1/50830.	

51 Kassenverwaltung

Mehreingänge von 90 295 Mill S betrafen hauptsächlich die Aufnahme kurzfristiger Verpflichtungen des Bundes (77 593 Mill S), die nicht veranschlagten Entnahmen aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage (3 641 Mill S), aus der besonderen Rücklage (1 610 Mill S), aus der allgemeinen Rücklage (657 Mill S), aus der besonderen Einnahmen-Rücklage (260 Mill S), zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen der Siedlungswasserwirtschaft (2 581 Mill S) und des Geldverkehrs des Bundes (105 Mill S), die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage (766 Mill S) und aus der besonderen Aufwendungen-Rücklage (141 Mill S), Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr (318 Mill S) sowie die Auflösung von Rücklagen (49 Mill S). Weiters betrafen die Mehreingänge Zahlungen von der EU: EAGFL/Garantie (1 250 Mill S), Europäischer Regionalfonds (835 Mill S), Europäischer Sozialfonds (EU/Übrige) (284 Mill S) und EAGFL/Ausrichtung und FIAF (200 Mill S).

Mindereinnahmen von 105 Mill S gab es vorwiegend durch verringerte Zahlungen von der EU betreffend den Europäischen Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) (105 Mill S).

2/510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr (+ 56,6 %) + 318 247 291,27 S

Mehreinnahmen aus der Veranlagung von höheren Kassenbeständen (318,1 Mill S).

2/511 Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)**2/5110 Innovations- und Technologiefonds**

2/51100 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 26,6 %) + 105 464 336,52 S

Mehreinnahmen vor allem durch Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel (100,0 Mill S) und durch höhere Rückflüsse vom Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft (7,6 Mill S).

Mindereinnahmen (4,2 Mill S) infolge geringerer ERP-Fonds-Tilgungen.

2/5111 Siedlungswasserwirtschaft

2/51110 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen + 2 580 746 301,17 S

Mehreinnahmen infolge Änderung der Verrechnung (bei den Einnahmen aus bestimmten Steueranteilen 2 400,00 Mill S und bei der Überweisung vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds 200,0 Mill S).

Mindereinnahmen aus den geringeren Zinsen bei der Veranlagung der für die Siedlungswasserwirtschaft bereitgestellten Mittel (19,3 Mill S).

2/512 Rücklagen

Die Rücklagenentnahmen hängen vom Bedarf der anweisenden Organe ab und werden, sofern sie nicht veranschlagt sind, zur Bedeckung von entsprechenden Mehrausgaben oder zweckgebundenen Mindereinnahmen herangezogen. Die Auflösungen von Rücklagen sind dann vorzunehmen, wenn die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach weggefallen ist. Eine Veranschlagung solcher Einnahmen ist nicht immer möglich.

2/51217 Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt) + 657 326 000,-- S

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der allgemeinen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51247	Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage (nicht veranschlagt)	+ 3 641 409 411,99 S
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben und zweckgebundenen Mindereinnahmen.	
2/51257	Entnahme aus Ausgleichsrücklage	+ 766 047 486,40 S
	Mehreinnahme aufgrund der Abschlussbuchung gemäß § 53 Abs 3 BHG, womit der Ausgabenüberschuss im Gesamthaushalt ausgeglichen wurde.	
2/51267	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)	+ 1 609 529 000,-- S
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	
2/51277	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rücklage (nicht veranschlagt)	+ 260 373 686,-- S
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Einnahmen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	
2/51287	Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage	+ 140 906 000,-- S
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Aufwendungen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	
2/51297	Auflösung von Rücklagen	+ 49 125 000,-- S
	Mehreinnahmen durch Rücklagenauflösungen nicht mehr benötigter Rücklagenbestände, die gemäß Budgetüberschreitungsgesetz 1999, BGBl I Nr 103, zur Bedeckung von Mehrausgaben in den Bereichen des BKA (41,6 Mill S), des BMUK (4,0 Mill S) und des VwGH (3,5 Mill S) herangezogen wurden.	
2/513	Zahlungen von der EU	
2/51305	Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) (- 8,2 %)	- 105 085 994,51 S
	Mindereinnahmen, weil infolge geänderter Verrechnung bestimmte Einnahmen auf den Voranschlagsansatz 2/51325 umgebucht wurden.	
2/51306	Europäischer Regionalfonds (EU)	+ 834 544 843,64 S
	Mehreinnahmen, weil bei der Budgeterstellung eine Schätzung der Einnahmen nicht möglich war.	
2/51314	EAGFL/Garantie (EU)(+ 12,0 %)	+ 1 250 082 529,17 S
	Mehreinnahmen, da aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission der EU-Anteil für die agrarischen Umweltförderungen Österreichs erhöht wurde.	
2/51315	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)(+ 11,4 %)	+ 199 916 688,48 S
	Mehreinnahmen, da die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw Überweisungen erfolgten.	
2/51325	Europäischer Sozialfonds (EU/Übrige)	+ 283 544 372,16 S
	Mehreinnahmen, weil bei Budgeterstellung eine Schätzung der Einnahmen aufgrund der geänderten Verrechnung nicht möglich war.	

519 Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen**8/5191 Kurzfristige Verpflichtungen**

8/51919 Kurzfristige Aufnahmen des Bundes (+ 103,5 %) + 77 592 751 550,32 S

Mehreinnahmen wegen höherer Aufnahme von Kassenstärkerkrediten in fremder (25 600,2 Mill S) und in inländischer Währung (14 956,8 Mill S) aufgrund der Einführung des Austrian Treasury Bill (ATB) Programms sowie durch die damit verbundenen Devisentermingeschäfte bei Fremdwährungs-ATB (37 035,7 Mill S).

(Siehe auch Ansatz 1/51918 und Ansatz 7/51919).

2/52 Öffentliche Abgaben

Der Bund verzeichnete vor Abzug der Überweisungen Mindereinnahmen von 21 603 Mill S (ungünstiger) und Mehreinnahmen von 10 306 Mill S (günstiger). Unter Berücksichtigung der Mehrüberweisungen von 2 427 Mill S (ungünstiger) und der Minderüberweisungen von 6 494 Mill S (günstiger), die bei den Titeln 2/528 und 2/529 als Abzugsposten verrechnet werden, lag der Bundesanteil an öffentlichen Abgaben in Höhe von 449 663 Mill S somit um 7 229 Mill S (ungünstiger) über der Voranschlagsannahme von 456 892 Mill S.

Die Mindereinnahmen von 24 030 Mill S entfielen vorwiegend auf Umsatzsteuer (6 048 Mill S), Kapitalertragsteuer auf Zinsen (5 898 Mill S), Körperschaftsteuer (3 321 Mill S), veranlagte Einkommensteuer (2 153 Mill S), Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben (1 259 Mill S), Energieabgabe (928 Mill S), Versicherungssteuer (476 Mill S), auf in Stempelmarken entrichtete Gebühren (451 Mill S), Biersteuer (219 Mill S), Alkoholsteuer (194 Mill S), Konzessionsabgabe (140 Mill S), Zölle (138 Mill S), Straßenbenützungsabgabe (136 Mill S), Grunderwerbsteuer (101 Mill S), motorbezogene Versicherungssteuer (100 Mill S) sowie auf Kraftfahrzeugsteuer (37 Mill S).

Die Mehreinnahmen von 16 800 Mill S entfielen hauptsächlich auf Lohnsteuer (5 007 Mill S), Mineralölsteuer (2 084 Mill S), Kapitalertragsteuer (1 115 Mill S), Tabaksteuer (426 Mill S), Erbschafts- und Schenkungssteuer (345 Mill S), übrige Gebühren (235 Mill S), Kapitalverkehrssteuern (234 Mill S), Normverbrauchsabgabe (140 Mill S), Gewerbesteuer (139 Mill S), Wohnbauförderungsbeitrag (130 Mill S), zweckgebundene Einnahmen des Altlastenbeitrags (118 Mill S), Sicherheitsabgabe (105 Mill S), Bundesgewerbesteuer (104 Mill S) sowie auf Vermögensteuer (91 Mill S).

2/520 Einkommen- und Vermögensteuern

2/52004 Veranlagte Einkommensteuer (– 5,1 %) – 2 152 898 606,73 S

Mindereinnahmen infolge eines nicht absehbaren Rückganges des Aufkommens sowie erhöhter Erstattungen im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung.

2/52014 Lohnsteuer (+ 2,5 %) + 5 006 746 001,52 S

Mehreinnahmen, weil diese bei der Budgetierung in dieser Größenordnung nicht abschätzbar waren, und zum Teil infolge verminderter Inanspruchnahme von Freibetragsbescheiden.

2/52024 Kapitalertragsteuer (+ 22,3 %) + 1 115 179 547,40 S

Mehreinnahmen infolge Nichtvorhersehbarkeit des Ausschüttungsverhaltens.

2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen (– 23,6 %) – 5 898 427 585,94 S

Mindereinnahmen, weil das weitere Sinken der Zinsen im Zeitpunkt der Budgetierung nicht vorhersehbar war.

2/52034	Körperschaftsteuer	(- 6,9 %)	- 3 321 212 401,04 S
	Mindereinnahmen infolge der Herabsetzung der Vorauszahlungen bei großen körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmungen und Gutschriften aus Veranlagungen früherer Jahre.		
2/52044	Gewerbsteuer		+ 139 461 519,26 S
	Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.		
2/52054	Bundesgewerbsteuer		+ 103 800 876,05 S
	Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.		
2/52064	Vermögensteuer		+ 90 543 617,62 S
	Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.		
2/52066	Erbschafts- und Schenkungssteuer	(+ 26,6 %)	+ 345 451 673,23 S
	Mehreinnahmen infolge schwer abschätzbarer Gebarung.		
2/52086	Wohnbauförderungsbeitrag	(+ 1,7 %)	+ 130 244 250,38 S
	Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.		
2/522	Umsatzsteuer		
2/52204	Umsatzsteuer	(- 2,6 %)	- 6 047 946 177,02 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.		
2/523	Ein- und Ausfuhrabgaben		
2/52304	Zölle	(- 3,9 %)	- 137 743 618,55 S
	Mindereinnahmen, da sich das Wachstum der Importe geringer als prognostiziert entwickelt hat.		
2/524	Verbrauchssteuern		
2/52404	Tabaksteuer	(+ 2,8 %)	+ 426 342 828,91 S
	Mehreinnahmen durch Unterschätzung der Auswirkung steuerlicher Maßnahmen zur Verminderung der Einkäufe im benachbarten Ausland.		
2/52414	Biersteuer	(- 9,9 %)	- 218 609 034,45 S
	Mindereinnahmen durch Rückgang des Konsums von Biersorten mit hoher Stammwürze bei Substitution durch leichtere Sorten.		
2/52444	Mineralölsteuer	(+ 6,0 %)	+ 2 084 172 987,82 S
	Mehreinnahmen durch Abnahme des "Tanktourismus" und durch Zunahme des Verkehrs.		
2/52464	Alkoholsteuer	(- 13,9 %)	- 193 961 592,02 S
	Mindereinnahmen bedingt durch den Trend zu leichteren Getränken.		
2/52484	Schaumweinsteuer	(+ 2,0 %)	+ 6 042 071,66 S
	Mehreinnahmen infolge gestiegenen Absatzes von Schaumwein.		

2/525	Stempel- und Rechtsgebühren	
2/52504	In Stempelmarken entrichtete Gebühren	(- 10,5 %) - 450 596 952,15 S
	Mindereinnahmen im Wesentlichen infolge Umschichtung zu den übrigen Gebühren (Einführung der Barzahlung ab 1. Juli 1999).	
2/52524	Übrige Gebühren	(+ 3,8 %) + 234 568 768,38 S
	Mehreinnahmen bei den sonstigen Gebühren (403,0 Mill S) vor allem infolge der Umschichtung von den in Stempelmarken zu entrichtenden Gebühren.	
	Mindereinnahmen bei den Gebühren aus dem Glücksspielmonopol (168,4 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.	
2/526	Verkehrssteuern	
2/52604	Kapitalverkehrssteuern	(+ 18,0 %) + 233 983 405,40 S
	Mehreinnahmen, da der diesen Steuern unterliegende Kapitalverkehr mittelfristig kaum abschätzbar ist.	
2/52605	Sicherheitsabgabe	(+ 41,8 %) + 104 607 162,50 S
	Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.	
2/52615	Energieabgabe	(- 14,3 %) - 927 972 293,07 S
	Mindereinnahmen infolge des milden Winters und erhöhter Vergütungen aufgrund des Energieabgabenvergütungsgesetzes.	
2/52624	Normverbrauchsabgabe	(+ 2,4 %) + 139 803 134,14 S
	Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.	
2/52634	Grunderwerbsteuer	(- 1,7 %) - 100 579 422,83 S
	Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.	
2/52644	Versicherungssteuer	(- 4,5 %) - 476 074 937,31 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung sowie des Preisdruckes aufgrund des Konkurrenzkampfes.	
2/52645	Motorbezogene Versicherungssteuer	(- 1,0 %) - 99 827 778,21 S
	Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.	
2/52654	Straßenbenützungsgabgabe	(- 11,3 %) - 135 816 131,35 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.	
2/52661	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) ...	(+ 0,5 %) + 5 629 705,49 S
	Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.	
2/52664	Kraftfahrzeugsteuer	(- 4,9 %) - 36 845 515,80 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.	
2/52674	Spielbankabgabe	(+ 1,3 %) + 17 086 805,17 S
	Mehreinnahmen infolge nicht einschätzbaren Spielverhaltens.	

2/52675 Konzessionsabgabe (– 5,2 %) – 140 070 642,-- S

Mindereinnahmen infolge nicht einschätzbaren Spielverhaltens.

2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen) (+ 15,5 %) + 118 102 258,-- S

Mehreinnahmen, da die Beträge nach § 6 Abs 1 Z 3 des Altlastensanierungsgesetzes unterschätzt wurden.

2/52704 Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben (– 31,5 %) – 1 259 205 410,14 S

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung insbesondere der Abgabenguthaben (1 449,0 Mill S), weil deren Bestand zum Jahresende infolge starker Schwankungen schwer abschätzbar ist; weiters infolge zu hoher Veranschlagung der Einnahmen gemäß § 60 des Zollgesetzes und § 69 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes (8,2 Mill S) sowie der verfallenen Geldbeträge und Wertersatz (4,0 Mill S).

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung insbesondere bei den Einkommen- und Vermögensteuern (174,3 Mill S) sowie von sonstigen Abgaben (28,6 Mill S).

2/528 Ab Überweisungen (I)

2/52804 Ertragsanteile der Länder und Gemeinden (+ 2,4 %) + 4 064 368 575,-- S

Minderüberweisungen im Zusammenhang mit den Abweichungen im Aufkommen bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung (+ 5,8 %) + 81 703 404,-- S

Minderüberweisungen infolge von Mindereinnahmen an Umsatzsteuer.

2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden – 145 648 013,45 S

Mehrüberweisungen infolge Mehreinnahmen an Gewerbesteuer.

2/52834 Steueranteil für Siedlungswasserwirtschaft – 2 252 020 500,-- S

Mehrüberweisungen infolge der geänderten Verrechnung. Bei diesem erstmals für das Finanzjahr 1999 gebildeten VA-Ansatz wurden lediglich 1 000 S veranschlagt.

2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile) (– 0,2 %) – 12 528 735,46 S

Mehrüberweisungen infolge geringfügiger Mehreinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den FLAF abzuziehen sind.

2/52894 An den Katastrophenfonds (– 0,4 %) – 16 657 421,-- S

Mehrüberweisungen infolge geringfügiger Mehreinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den Katastrophenfonds abzuziehen sind.

2/529 Ab Überweisungen (II)

2/52904 Beitrag zur Europäischen Union (+ 7,5 %) + 2 348 163 693,47 S

Minderüberweisungen infolge von Gutschriften zugunsten Österreichs aufgrund des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltes 1/1999 sowie der Berichtigung der Bemessungsgrundlagen für die Jahre 1995 bis 1998 (MwSt und BSP) in Höhe von jeweils 0,8 Mrd S. Weiters wurde infolge eines verminderten Liquiditäts-

bedarfes der EU der Restsaldo auf dem Artikel 9 - Konto der EU um 0,7 Mrd S aufgestockt.

2/53 Finanzausgleich

Ausschließliche Mindereinnahmen in Höhe von 707 Mill S betrafen die Dotierung des Katastrophenfonds (625 Mill S) sowie die Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung (82 Mill S).

2/532 Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge und Ersätze

2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung (- 5,8 %) - 81 703 404,-- S

Mindereinnahmen aufgrund des geringen Aufkommens an Umsatzsteuer.

2/534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

2/53400 Dotierung des Katastrophenfonds (- 15,2 %) - 625 165 801,56 S

Mindereinnahmen aufgrund der Reduzierung der Dotierung gemäß § 5 Abs 1 des Katastrophenfondsgesetzes (623,9 Mill S) sowie geringere Einnahmen aus der Veranlagung der Fondsmittel (41,8 Mill S).

Mehreinnahmen aus den Aufkommensanteilen an Lohn-, Körperschaft- und Kapitalertragssteuer (16,7 Mill S), durch Transferzahlungen von der Hagelversicherungsanstalt (20,1 Mill S) sowie durch Stundungs- und Verzugszinsen (3,8 Mill S).

2/54 Bundesvermögen

Mindereingänge von 8 918 Mill S betrafen hauptsächlich bestandswirksame Einnahmen aus Veräußerungserlösen im Rahmen der Kapitalbeteiligung (3 000 Mill S), zweckgebundene bestandswirksame (2 403 Mill S) und erfolgswirksame (503 Mill S) Einnahmen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz, Veräußerungen von unbeweglichem Bundesvermögen (2 250 Mill S), zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG) (224 Mill S), Zinsen von der Österreichischen Industrieholding AG (222 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen aus der Elektrizitätswirtschaft (126 Mill S), Einnahmen aus sonstigen Unternehmungen (125 Mill S) und geringere Rückzahlungen der Flughafenbetriebsgesellschaften (41 Mill S).

Mehreingänge von 4 872 Mill S entstanden vorwiegend aus erfolgswirksamen Einnahmen betreffend die Oesterreichische Nationalbank (2 858 Mill S), aus sonstigen Finanzhaftungen (463 Mill S) und aus Veräußerungserlösen (24 Mill S), aus verschiedenen Abfuhr (624 Mill S), aus Fruchtgenussentgelten und Abgeltungen (357 Mill S) sowie aus sonstigen Veräußerungen von unbeweglichem Bundesvermögen (256 Mill S), aus Darlehensrückzahlungen von der Österreichischen Industrieholding AG (225 Mill S) sowie aus sonstigen Einziehungen zum Bundesschatz (37 Mill S).

2/540 Kapitalbeteiligung (Erträge)

2/5404 Elektrizitätswirtschaft

2/54044 Erfolgswirksame Einnahmen (- 100,0 %) - 125 745 000,-- S

Mindereinnahmen zufolge unterbliebener Dividendenzahlung der Verbundgesellschaft.

2/5405	Internationale Finanzinstitutionen	
2/54057	Bestandswirksame Einnahmen	+ 8 296 251,61 S
	Mehreinnahmen durch eine Ausgleichszahlung der Europäischen Investitionsbank.	
2/5407	Oesterreichische Nationalbank	
2/54074	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 39,0 %)	+ 2 858 354 358,18 S
	Mehreinnahmen durch die Neuregelung der Gewinnabfuhr gemäß Nationalbankgesetz-Novelle, BGBl I Nr 60/1998.	
2/54094	Sonstige Unternehmungen (- 71,7 %)	- 125 311 536,23 S
	Mindereinnahmen hauptsächlich wegen Entfalls der Dividendenzahlungen der Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs-AG (94,5 Mill S) und der Flughafen Wien AG (51,1 Mill S).	
	Mehreinnahmen vor allem aus höheren Dividendenzahlungen verschiedener Wohnbaugesellschaften (11,6 Mill S) und der Monopolverwaltungsgesellschaft mbH (8,0 Mill S).	
2/541	Kapitalbeteiligung (Erlöse)	
2/5418	Veräußerungserlöse	
2/54184	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 23 912 956,81 S
	Mehreinnahmen aus einem Abschichtungserlös der Börsbeteiligungsgesellschaft mbH zufolge Verkaufs der Aktien betreffend die Wiener Börse AG (16,9 Mill S) und aus einer Besserungszahlung der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH im Zusammenhang mit den im Jahre 1996 erfolgten Aktienverkäufen betreffend die Bank Austria AG (7,0 Mill S).	
2/54187	Bestandswirksame Einnahmen (- 100,0 %)	- 3 000 008 000,-- S
	Mindereinnahmen vor allem infolge unterbliebener Veräußerungen von Anteilen an verschiedenen Aktiengesellschaften.	
2/542	Bundesarlehen	
2/5421	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft	
2/54214	Zinsen (- 98,9 %)	- 222 464 490,-- S
	Mindereinnahmen wegen geringerer Zinsenzahlungen der ÖIAG für Darlehen.	
2/54219	Darlehensrückzahlungen (+ 39,1 %)	+ 225 000 000,-- S
	Mehreinnahmen aus höheren Darlehensrückzahlungen der ÖIAG.	
2/5425	Sonstige Unternehmungen	
2/54254	Zinsen (+ 17,3 %)	+ 12 278 800,81 S
	Mehreinnahmen insbesondere an Zinsen aus Wohnbodarlehen zufolge bereits im Dezember 1999 geleisteter Zahlungen (13,5 Mill S).	
2/5428	Ausland	
2/54284	Zinsen (- 37,9 %)	- 18 971 545,38 S
	Mindereinnahmen wegen Rückgangs der variablen Zinssätze.	

2/543	Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile	
2/5430	Flughafenbetriebsgesellschaften	
2/54307	Rückzahlungen	(– 100,0 %) – 41 000 000,-- S
	Mindereinnahmen infolge unterbliebener Umwandlung von Treuhandvermögen in Betriebsvermögen bei der Kärntner Flughafenbetriebsgesellschaft mbH.	
2/545	Einziehungen zum Bundesschatz	
2/5451	Einziehungen aufgrund besonderer Bestimmungen	
2/54514	Sonstige Einziehungen	(+ 67,5 %) + 37 100 046,78 S
	Mehreinnahmen infolge vermehrten Anfalls von erblosen Nachlässen (19,5 Mill S), Abgabenüberzahlungen (14,6 Mill S) und sonstigen Einziehungen (3,1 Mill S).	
2/546	Unbewegliches Bundesvermögen	
2/54607	Veräußerungen	(– 71,6 %) – 2 250 413 103,35 S
	Mindereinnahmen vor allem aufgrund unterbliebener Veräußerungen von bebauten Liegenschaften an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH (2 800,0 Mill S), wegen geringeren Erwerbs von unbebauten (46,8 Mill S) und bebauten (9,6 Mill S) Liegenschaften durch Gemeinden sowie geringerer Veräußerungen von bebauten Liegenschaften (29,3 Mill S) und Gebäuden (20,7 Mill S) an sonstige Interessenten durch die Bundesimmobiliengesellschaft mbH; Mindereinnahmen weiters infolge geringerer Veräußerungen von bebauten Liegenschaften an Gemeinden durch die Bundesimmobiliengesellschaft mbH (10,0 Mill S).	
	Mehreinnahmen aus den nichtveranschlagten Veräußerungen von bebauten Liegenschaften an eine im Alleineigentum der Bundesimmobiliengesellschaft mbH stehende Gesellschaft gemäß 5. BIG-Gesetz-Novelle, BGBl I Nr 47/1999, (282,8 Mill S), aus dem Erwerb von bebauten (151,6 Mill S) und unbebauten (82,1 Mill S) Liegenschaften sowie Gebäuden (11,5 Mill S) durch sonstige Interessenten, aus den Veräußerungen von unbebauten Liegenschaften im Tauschwege (124,0 Mill S) und aus den Veräußerungen von unbebauten Liegenschaften an sonstige Interessenten durch die Bundesimmobiliengesellschaft mbH (16,2 Mill S).	
2/54608	Veräußerungen (sonstige)	+ 255 506 547,95 S
	Mehreinnahmen durch die Veräußerungen militärischer Liegenschaften.	
2/54624	Fruchtgenussentgelte und Abgeltung	(+ 32,7 %) + 356 692 476,65 S
	Mehreinnahmen vor allem wegen höherer Überweisungen von Fruchtgenussentgelten seitens der ASFINAG (178,2 Mill S), der Österreichischen Bundesforste AG (96,0 Mill S) und der Bundesimmobiliengesellschaft mbH (78,9 Mill S).	
2/547	Haftungsübernahmen des Bundes	
2/5470	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)	
2/54700	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(– 14,0 %) – 502 790 402,76 S
	Mindereingänge aus sonstigen Einnahmen aus Schadensfällen aufgrund geringeren Zinsenanfalls (1 169,0 Mill S). Weiters Mindereinnahmen aus den Zinsen zu dem niedrigeren Guthaben bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG gemäß § 7 AFG (50,4 Mill S).	
	Mehreinnahmen bei den Haftungsentgelten aus Garantien gemäß AFG (709,0 Mill S) und aus Wechselbürgschaften gemäß AFG (7,7 Mill S).	

2/54702 Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen (- 34,8 %) - 2 403 098 771,75 S

Mindereinnahmen bei Rückersätzen aus Haftungsansprüchen von Garantien (2 313,5 Mill S) infolge geringeren Anfalls und bei Rückersätzen aus Wechselbürgschaften (89,6 Mill S).

2/5471 Sonstige Finanzhaftungen

2/54710 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG) (- 68,9 %) - 224 016 847,58 S

Mindereinnahmen aus der Erstattung von Erträgen aus der Kursrisikogarantie (AFFG) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Schilling und ausländischen Währungen.

2/54714 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 180,9 %) + 463 395 707,51 S

Mehreinnahmen an Haftungsentgelten aufgrund vermehrter Haftungsübernahmen gemäß AFG (448,5 Mill S) und aus sonstigen Haftungsübernahmen (14,9 Mill S).

2/548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen

2/54834 Verschiedene Abfuhren + 623 864 563,10 S

Mehreinnahmen gemäß § 5 Abs 1 des Katastrophenfondsgesetzes 1996 idF BGBl I Nr 130/1997.

2/55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Mindereinnahmen von 685 Mill S entstanden vor allem bei Überweisungen von Pensionsträgern (370 Mill S) und beim Beitrag zur Pension gemäß § 13a PG (106 Mill S) im Rahmen der sonstigen Pensionseinnahmen sowie beim Beitrag der Post und Telekom Austria AG (186 Mill S) und bei Beiträgen von Landeslehrern gemäß § 107a LDG (22 Mill S).

Mehreinnahmen von 643 Mill S betrafen hauptsächlich sonstige Pensionsbeiträge (346 Mill S), den Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen (276 Mill S) sowie Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten in der Hoheitsverwaltung (16 Mill S).

2/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

2/55006 Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten (+ 82,5 %) + 16 195 729,59 S

Mehreinnahmen durch die Zahlungen der Beiträge zur Deckung der Pensionsaufwände von ausgegliederten Gesellschaften, wie zB der Österreichischen Donau-Betriebs-AG (7,6 Mill S) und der Österreichischen Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH (5,0 Mill S).

2/551 Ersätze von Ländern

2/55104 Beiträge von Landeslehrern gemäß § 107a des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes (- 12,6 %) - 21 822 700,62 S

Mindereinnahmen infolge der Minderausgaben beim Pensionsaufwand der Landeslehrer.

2/555	Sonstige Pensionsleistungen	
2/5550	Österreichische Bundesbahnen	
2/55504	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen	(+ 4,5 %) + 276 181 315,18 S

Mehreinnahmen beim Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen (263,1 Mill S) infolge der allgemeinen Bezugserhöhung und beim Pensionsversicherungsbeitrag (14,5 Mill S) infolge der Mehrausgaben beim Pensionsaufwand.

2/5551	Post und Telekom Austria AG	
2/55514	Beitrag der Post und Telekom Austria AG	(- 4,6 %) - 186 432 234,48 S

Mindereinnahmen infolge eines geringeren Aktivaufwandes für Beamte als Beitragsberechnungsgrundlage durch Berücksichtigung der Vorruhestandsbezieher.

2/556	Sonstige Pensionseinnahmen	
2/55604	Pensionsbeiträge	(+ 4,9 %) + 346 124 336,99 S

Mehreinnahmen durch den gestiegenen Aktivaufwand (376,7 Mill S) und beim Pensionsbeitrag der PTA (7,9 Mill S).

Mindereinnahmen bei den Provisionsbeiträgen (35,2 Mill S) bedingt durch die erst im Jahre 2000 erfolgte Überweisung.

2/55614	Überweisungen von Pensionsträgern	(- 57,1 %) - 369 546 325,22 S
----------------	--	--------------------------------------

Mindereinnahmen infolge geringerer Überweisungen von Pensionsversicherungsträgern.

2/55615	Beitrag zur Pension gemäß § 13a PG	(- 16,5 %) - 106 284 568,60 S
----------------	---	--------------------------------------

Mindereinnahmen beim Pensionsversicherungsbeitrag (93,5 Mill S) und beim Pensionsbeitrag der PTA (16,6 Mill S), da von einer höheren Anzahl von Personen bei der Bundesvoranschlagserstellung ausgegangen wurde.

Mehreinnahmen beim Pensionsbeitrag der Bundestheater (3,8 Mill S) infolge fehlender Erfahrungswerte.

56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen

Mehreinnahmen in Höhe von 68 482 Mill S betrafen vorwiegend alle Ansätze für Erlöse aus Schuldaufnahmen (zusammen 61 915 Mill S), die Kapitalrückzahlung (1 973 Mill S) und Zinsen (1 370 Mill S) bei Krediten und Darlehen in heimischer Währung. Weitere Mehreinnahmen entstanden bei kurzfristigen Aufnahmen (1 298 Mill S) und Erträgen aus Veranlagungen (94 Mill S) sowie erfolgswirksamen Einnahmen (978 Mill S), alles beim Titel 569 „Sonstige Einnahmen“. Weiters betrafen sie erfolgswirksame Einnahmen bei Anleihen in heimischer (376 Mill S) und fremder (78 Mill S) Währung und bei Zinsen und Aufgeld der Einnahmen aus Währungstauschverträgen in fremder (185 Mill S) und heimischer (36 Mill S) Währung sowie bei Zinsen (179 Mill S) von Krediten und Darlehen in fremder Währung beim Titel 565 „Rückzahlungen“.

Die Mindereinnahmen betragen lediglich 16 000 S.

560	Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5600	Anleihen	
2/56004	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 375 892 872,07 S
	Mehreinnahmen aus der Verrechnung von Stückzinsen bei der Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (264,6 Mill S) sowie beim Verkauf von im Bundesbesitz befindlichen Bundestiteln für Rechtsträger des Bundes (111,3 Mill S).	
8/56009	Erlöse – Anleihen	+ 26 145 891 561,15 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1999 in Verbindung mit  65c BHG (22 705,8 Mill S) sowie aus dem Verkauf von im Bundesbesitz befindlichen Bundestiteln für Rechtsträger des Bundes (3 440,1 Mill S).	
5601	Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	
8/56019	Erlöse – Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	+ 3 440 073 000,-- S
	Mehreinnahmen aus dem Erlös einer Kreditoperation, begeben gemäß Art II BFG 1999 in Verbindung mit  65c BHG.	
561	Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5610	Kredite und Darlehen	
8/56109	Erlöse – Kredite und Darlehen	+ 714 228 541,13 S
	Mehreinnahmen aus dem Erlös einer Kreditoperation, begeben gemäß Art II BFG 1999 in Verbindung mit  65c BHG.	
562	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5620	Anleihen	
2/56204	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 77 524 547,63 S
	Mehreinnahmen aus der Verrechnung von Stückzinsen bei der Begebung einer Kreditoperation nach Voranschlagserstellung.	
8/56209	Erlöse – Anleihen	+ 12 243 454 770,73 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1999 in Verbindung mit  65c BHG.	
5621	Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	
8/56219	Erlöse – Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	+ 2 691 602 388,63 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1999 in Verbindung mit  65c BHG.	
564	Einnahmen aus Währungstauschverträgen	
5640	In heimischer Währung	
2/56404	Zinsen und Aufgeld	+ 36 218 853,82 S
	Mehreinnahmen aus der Verrechnung von Zinsen für nach Voranschlagserstellung getätigte Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen.	

5641	In fremder Währung	
2/56414	Zinsen und Aufgeld	+ 185 390 402,50 S
	Mehreinnahmen aus der Verrechnung von Zinsen für nach Voranschlagserstellung getätigte Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen.	
8/5642	In heimischer Währung	
8/56429	Erlöse – Schulden aus Währungstauschverträgen	+ 6 105 723 856,90 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen, begeben gemäß Art II BFG 1999 in Verbindung mit § 65c BHG.	
8/5643	Finanzschuld in fremder Währung	
8/56439	Erlöse – Schulden aus Währungstauschverträgen	+ 10 573 633 875,54 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen, begeben gemäß Art II BFG 1999 in Verbindung mit § 65c BHG.	
565	Rückzahlungen	
5650	Kredite und Darlehen in heimischer Währung	
2/56504	Zinsen	+ 1 369 979 012,97 S
	Mehreinnahmen aus Zinsenzahlungen von Rechtsträgern des Bundes für die Gewährung von Darlehen (1 368,0 Mill S) und Barvorlagen (2,0 Mill S).	
8/56509	Kapitalrückzahlung	+ 1 973 070 940,09 S
	Mehreinnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen (675,0 Mill S) sowie Barvorlagen (1 298,1 Mill S) durch Rechtsträger des Bundes.	
5651	Kredite und Darlehen in fremder Währung	
2/56514	Zinsen (+ 209,8 %)	+ 179 007 706,47 S
	Mehreinnahmen aus Zinsenzahlungen von Rechtsträgern des Bundes für nach Voranschlagserstellung gewährte Darlehen.	
569	Sonstige Einnahmen	
2/56904	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 978 130 887,47 S
	Mehreinnahmen aus Emissionsgewinnen in heimischer (761,9 Mill S) und fremder (5,1 Mill S) Währung sowie im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen (184,6 Mill S); weitere Mehreinnahmen durch die Übernahme von Kursgewinnen infolge des Verkaufs von im Bundesbesitz befindlichen Bundestiteln für Rechtsträger des Bundes (26,2 Mill S).	
8/5691	Kurzfristige Verpflichtungen	
8/56919	Kurzfristige Aufnahmen	+ 1 298 069 940,09 S
	Mehreinnahmen aus der Aufnahme von Barvorlagen für Rechtsträger des Bundes in heimischer Währung.	
2/56924	Erträge aus Veranlagungen	+ 93 502 132,84 S
	Mehreinnahmen infolge Zinsenertragen aus Veranlagungen für Rechtsträger des Bundes.	

58 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Die Mehreinnahmen betragen 258 619 Mill S. Sie entstanden insbesondere bei allen Ansätzen für Erlöse aus Schuldaufnahmen (zusammen 248 303 Mill S), weil die Veranschlagung dieser Erlöse – abgesehen von Erinnerungsbeträgen – beim unten angeführten Ansatz 8/58809 als Pauschalvorsorge in einer Gesamtsumme erfolgte. Weitere Mehreinnahmen betrafen sonstige erfolgswirksame Einnahmen (5 077 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen von Anleihen in heimischer (4 210 Mill S) und fremder (39 Mill S) Währung (titrierte Finanzschuld) und von Devisentermingeschäften (238 Mill S). Ebenso entstanden sie bei Zinsen und Aufgeld von Währungstauschverträgen in heimischer (394 Mill S) und fremder (345 Mill S) Währung.

Die Mindereinnahmen betragen 235 292 Mill S und entstanden beim Ansatz 8/58809 „Schuldaufnahmen gemäß Art II BFG“ (235 059 Mill S) sowie beim Kapital der Einnahmen aus Währungstauschverträgen in fremder (162 Mill S) und heimischer (71 Mill S) Währung.

580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung**5800 Anleihen**

2/58004 Erfolgswirksame Einnahmen + 4 209 501 185,48 S

Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Stückzinsen anlässlich der Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung sowie beim Erwerb von Bundestiteln (2 591,6 Mill S); weitere Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen im Bundesbesitz befindlicher (1 151,1 Mill S) bzw verliehener (466,5 Mill S) Bundestitel.

8/58009 Erlöse – Anleihen + 196 353 205 336,42 S

Mehreinnahmen infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung; demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/58809.

5801 Bundesobligationen und Schulverschreibungen

2/58014 Erfolgswirksame Einnahmen + 11 437 680,17 S

Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen im Bundesbesitz befindlicher Bundestitel.

5802 Bundesschatzscheine

8/58029 Erlöse – Bundesschatzscheine + 13 325 070 001,86 S

Mehreinnahmen infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung; demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/58809.

581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung**5810 Kredite und Darlehen**

8/58109 Erlöse – Kredite und Darlehen + 10 124 910 301,80 S

Mehreinnahmen infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung; demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/58809.

582 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung**5820 Anleihen**

2/58204 Erfolgswirksame Einnahmen + 39 156 309,15 S

Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen eines im Bundesbesitz befindlichen Bundestitels (23,1 Mill S) sowie von Stückzinsen anlässlich der Begebung einer Kreditoperation nach Voranschlagserstellung (15,9 Mill S).

8/58209 Erlöse – Anleihen + 15 327 000 678,10 S

Mehreinnahmen infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung; demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/58809. Hinsichtlich eines Teilbetrags von 10 635,8 Mill S vgl Ansatz 7/58439.

5821 Bundesobligationen und Schuldverschreibungen

8/58219 Erlöse – Bundesobligationen und Schuldverschreibungen + 2 449 199 371,44 S

Mehreinnahmen infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung; demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/58809.

584 Einnahmen aus Währungstauschverträgen

5840 In heimischer Währung

2/58404 Zinsen und Aufgeld(+ 13,6 %) + 394 079 913,51 S

Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (441,7 Mill S).

Mindereinnahmen infolge ungünstiger variabler Zinssatzentwicklung bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen bzw ungünstiger Devisenkurse (47,2 Mill S).

8/58409 Kapital (– 1,1 %) – 70 928 130,86 S

Mindereinnahmen infolge ungünstiger Devisenkurse.

5841 In fremder Währung

2/58414 Zinsen und Aufgeld (+ 6,0 %) + 345 490 715,43 S

Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (724,5 Mill S).

Mindereinnahmen infolge ungünstiger variabler Zinssatzentwicklung bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen bzw ungünstiger Devisenkurse (379,0 Mill S).

8/58419 Kapital (– 2,2 %) – 161 666 575,46 S

Mindereinnahmen infolge ungünstiger Devisenkurse.

8/5843 In fremder Währung

8/58439 Erlöse – Schulden aus Währungstauschverträgen + 10 724 482 159,87 S

Mehreinnahmen infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung; demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/58809.

588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

8/58809 Schuld aufnehmen gemäß Art II BFG (– 100,0 %) – 235 059 004 000,-- S

Den Mindereinnahmen von 235 059,0 Mill S stehen auf den sachlich in Betracht kommenden Ansätzen 8/58009, 8/58029, 8/58109, 8/58209, 8/58219 und 8/58439 verteilt Mehreinnahmen von zusammen 227 091,5 Mill S gegenüber. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Finanzschulden wurde um die Ausnützung von in Art II und VII BFG 1999 ausgesprochenen Ermächtigungen im Ausmaß von 21 302,3 Mill S erhöht bzw um die im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus der Aufnahme kurzfristiger Verpflichtungen in Höhe von 160,7 Mill S verringert. Im Ausmaß von 29 109,1 Mill S wurde von der diesem Ansatz zugrundeliegenden Schuldaufnahmeermächtigung nicht Gebrauch gemacht.

5882	Devisentermingeschäfte	
2/58824	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 237 779 698,91 S

Mehreinnahmen infolge Abschlusses eines Devisentermingeschäfts.

2/589	Sonstige Einnahmen	
2/58904	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 5 077 361 908,01 S

Mehreinnahmen aus Emissionsgewinnen bei Kreditoperationen in heimischer (4 095,5 Mill S) und fremder (107,5 Mill S) Währung sowie aus Kursgewinnen beim Erwerb von Bundestiteln (632,6 Mill S) bzw Kursverlusten beim Verkauf von Bundestiteln an Rechtsträger (110,7 Mill S); weitere Mehreinnahmen im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen (110,7 Mill S), aus Leihentgelten von im Bundesbesitz befindlichen Bundestiteln (12,1 Mill S), infolge von Kursdifferenzen bei einer vorzeitigen Tilgung im Wege der Konversion (4,6 Mill S) sowie aus sonstigen Einnahmen (3,8 Mill S).

2/60 Land- und Forstwirtschaft

Mindereingänge von 223 Mill S betrafen hauptsächlich zweckgebundene Einnahmen aus Mitteln des Katastrophenfonds im Bereich Vollziehung des Hydrographiegesetzes (41 Mill S), land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben (36 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen bei den agrar- und forstpolitischen sowie wasserwirtschaftlichen Unterlagen (31 Mill S) und im Zusammenhang mit öffentlichem Wassergut (21 Mill S), bei den Bundesämtern für Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Bundesanstalten (16 Mill S) sowie im Bereich Bundesflüsse (16 Mill S) und Marktordnungsmaßnahmen bei Zucker (EU-Eigenmittel) (26 Mill S).

Die Mehreingänge in Höhe von 103 Mill S betrafen vor allem Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) im Bereich Bundesflüsse (41 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen der Zentraleitung (21 Mill S) und bei Marktordnungsmaßnahmen (7 Mill S) sowie zweckgebundene Einnahmen aus internationalen Forschungs- und Versuchsvorhaben (8 Mill S).

2/600	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	
2/6000	Zentraleitung	
2/60004	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 38,2 %) + 21 473 369,72 S

Mehreinnahmen bei Erträgen aus Kapitalbeteiligungen durch die Auszahlung einer Dividende der Österreichischen Bundesforste AG (40,0 Mill S), bei Zinsen aus dem Geldverkehr aufgrund der verspätet eingelangten Abrechnungen aus dem Jahr 1998 (7,2 Mill S) und bei Ersätzen der landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften GesmbH, da zum Zeitpunkt der Erstellung des Doppelbudgets für die Jahre 1998 und 1999 der Kostenersatz für die Bezüge der Beamten des ausgegliederten Unternehmens noch nicht veranschlagt werden konnte (5,3 Mill S).

Mindereinnahmen bei Einnahmen von übrigen Sektoren der Wirtschaft (13,0 Mill S), bei sonstigen verschiedenen Einnahmen (11,8 Mill S) und bei Untersuchungsgebühren gemäß Pflanzenschutzmittelgesetz (4,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

2/6003	Agrar- und forstpolitische sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen	
2/60034	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 87,9 %) - 30 787 525,10 S

Mindereinnahmen bei den sonstigen Kostenersätzen der EU aufgrund zu hoher Veranschlagung (30,8 Mill S).

2/6005	Vollziehung des Hydrographiegesetzes	
2/60050	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	(– 48,0 %) – 40 949 000,-- S
	Mindereinnahmen bei den Überweisungen für die Erhebung der Wassergüte, da die Beobachtung der Seen aufgrund der fehlenden Wasserrahmenrichtlinie unterblieben ist (41,3 Mill S).	
2/60064	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	(– 100,0 %) – 36 001 736,-- S
	Mindereinnahmen, da die Gebühren gemäß Saatgutgesetz 1997 beim Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft sowie bei der Bundesanstalt für Agrarbiologie zu vereinnahmen waren (36,0 Mill S).	
2/6009	Vollziehung des Forstgesetzes 1975	
2/60090	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(– 60,9 %) – 7 302 834,98 S
	Mindereinnahmen aufgrund des Ausbleibens von Großprojekten wie Kraftwerksbauten und Autobahnneutrassierungen sowie infolge der Zurverfügungstellung von Ersatzflächen durch die Rodungswerber (7,3 Mill S).	
2/601	Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)	
2/60190	Internationale Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckgebundene Einnahmen	+ 7 660 074,30 S
	Mehreinnahmen bei den Überweisungen der EU aufgrund einer vermehrten Teilnahme der nachgeordneten Dienststellen des BMLF an internationalen Forschungsprojekten (7,7 Mill S).	
2/603	Marktordnungsmaßnahmen	
2/60304	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 7 491 306,21 S
	Mehreinnahmen hauptsächlich bei der Einbehaltung von Sicherstellungen, die von der Ausnützung der beantragten Lizenzen abhängig und daher nicht kalkulierbar waren (7,4 Mill S).	
2/60305	Zucker, EU-Eigenmittel	(– 5,2 %) – 25 797 888,65 S
	Mindereinnahmen bei der Lagerabgabe, da bei der Budgetierung die Senkung des Abgabesatzes noch nicht berücksichtigt werden konnte (80,3 Mill S).	
	Mehreinnahmen bei der Produktionsabgabe infolge einer VA-Posteneröffnung und der darauf verbuchten Ergänzungsabgabe (54,5 Mill S).	
2/605	Lehr- und Versuchsanstalten	
2/6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
2/60504	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 7,6 %) – 5 159 594,65 S
	Mindereinnahmen vor allem bei den Schülerheimbeiträgen aufgrund von Umbaumaßnahmen, geringerer Anmeldezahlen und zunehmender Austritte während des Schuljahres (4,4 Mill S).	

2/6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten	
2/60514	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 23,5 %) – 16 085 538,56 S
	Mindereinnahmen bei Untersuchungsgebühren vor allem durch die vermehrte Übernahme gesetzlicher Aufgaben und des daraus resultierenden starken Rückgangs von privatwirtschaftlichen Aufträgen Dritter (26,2 Mill S).	
	Mehreinnahmen vor allem bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen zufolge Fehlveranschlagung (9,9 Mill S).	
2/6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
2/60524	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 38,7 %) – 5 710 076,22 S
	Mindereinnahmen vor allem bei den Internatsbeiträgen infolge sinkender Schülerzahlen (5,1 Mill S).	
2/608	Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	
2/6081	Öffentliches Wassergut	
2/60814	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 41,3 %) – 21 001 104,30 S
	Mindereinnahmen hauptsächlich bei den Miet- und Pachtzinsen infolge Preisverfalls aufgrund des regen Verkaufes von Landflächen des öffentlichen Wassergutes an Kärntner Seen an die Anrainer (21,1 Mill S).	
2/6084	Bundesflüsse	
2/60844	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)	(– 33,5 %) – 15 630 660,67 S
	Mindereinnahmen bei den Interessentenbeiträgen gemäß Wasserbautenförderungsgesetz infolge der schwer vorhersehbaren Beitragsleistungen aufgrund der unterschiedlichen Finanzierungsschlüssel der einzelnen Vorhaben (15,2 Mill S).	
2/60890	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	(+ 2,5 %) + 40 596 000,-- S
	Mehreinnahmen bei den Interessentengewässern, Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (32,2 Mill S), bei den Wildbach- und Lawinenverbauungen, Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (16,1 Mill S) und bei den Bundesflüssen, Bauaufwand für vorbeugende Maßnahmen (8,4 Mill S) infolge einer höheren Zuweisung von Mitteln des Katastrophenfonds für die Durchführung vordringlicher Baumaßnahmen.	
	Mindereinnahmen bei den Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen aufgrund von Minderanforderungen von Mitteln des Katastrophenfonds, da Vorhaben witterungsbedingt nicht durchgeführt werden konnten (16,1 Mill S).	
2/63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	
	<i>Mehreinnahmen in Höhe von 138 Mill S betrafen vorwiegend erfolgswirksame Einnahmen der Zentraleitung (72 Mill S), Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz (37 Mill S) sowie Erträge aus Kapitalbeteiligungen (24 Mill S).</i>	
	<i>Die Mindereinnahmen betragen 47 Mill S.</i>	

2/630	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	
2/6300	Zentraleitung	
2/63004	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 59,3 %) + 72 098 947,45 S

Die Mehreinnahmen (73,1 Mill S) resultieren aus Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen (BTX) infolge vermehrter Anmeldungen zur Grundstücksdatenbank.

2/6301	Kapitalbeteiligungen	
2/63014	Erträge	(+ 90,9 %) + 23 639 960,08 S

Mehreinnahmen (23,6 Mill S) aufgrund der nicht abschätzbaren Gewinnausschüttung der BIG.

2/632	Einrichtungen des Patentwesens	
2/6320	Österreichisches Patentamt	
2/63204	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz ..	(+ 13,0 %) + 36 959 171,75 S

Mehreinnahmen (42,1 Mill S) bei europäischen Patentgebühren aufgrund des europäischen Patentübereinkommens, bei den Markengebühren (10,2 Mill S) aufgrund erhöhter Anmeldungen und bei den europäischen Recherchegebühren (5,1 Mill S) durch zusätzliche Recherchen.

Mindereinnahmen bei den inländischen Patentgebühren (15,0 Mill S) aufgrund geringerer Anmeldungen sowie bei den Veröffentlichungen (6,4 Mill S) aufgrund geringerer Inanspruchnahme.

2/633	Bergbehörden	
2/63305	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen	(– 14,2 %) – 40 810 248,18 S

Mindereinnahmen bei den schwer abschätzbaren Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen (40,8 Mill S) infolge zu hoher Präliminierung.

2/64 Bauten und Technik

Mindereingänge von 927 Mill S ergaben sich hauptsächlich wegen geringerer Zuweisung von Mitteln des Katastrophenfonds für den Wasserbau (424 Mill S) sowie wegen geringerer erfolgswirksamer (134 Mill S) und zweckgebundener erfolgswirksamer (43 Mill S) Einnahmen bei der Bundesstraßenverwaltung. Weiters entstanden sie bei zweckgebundenen Einnahmen (vorbeugende Maßnahmen) (58 Mill S) und (Beseitigung von Schäden) (55 Mill S) beim Katastrophenfonds sowie bei zweckgebundenen Einnahmen aus Veräußerungserlösen (50 Mill S), bei den erfolgswirksamen Einnahmen des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (64 Mill S) und bei den Ersätzen der Österreichischen Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft (26 Mill S).

Die Mehreinnahmen beliefen sich auf 99 Mill S.

2/640	Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen	
2/6402	Schönbrunner Tiergartenamt	
2/64024	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 57,1 %) – 9 846 491,80 S

Mindereinnahmen bei den Ersätzen der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft mbH (9,4 Mill S) infolge Überpräliminierung.

2/641	Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)		
2/64160	Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	(– 85,4 %)	– 424 344 000,-- S
	Mindereinnahmen infolge geringeren Mittelbedarfs bei vorbeugenden Maßnahmen des Katastrophenfonds; vgl Ansatz 1/64166.		
2/6417	Technisches Versuchswesen		
2/64174	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 558,7 %)	+ 10 223 384,12 S
	Mehreinnahmen bei den Gebühren lt Akkreditierungsgesetz sowie bei den refundierbaren Sachverständigengutachten aus der Zulassung von Umweltgutachten.		
2/642	Bundesstraßenverwaltung		
2/64200	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(– 6,2 %)	– 42 922 224,98 S
	Mindereinnahmen bei den Geldstrafen gemäß § 100 StVO (45,4 Mill S) sowie bei den Beiträgen von Gemeinden zu Straßenbauten (25,6 Mill S) mangels deren rechtzeitiger Kenntnis der Beitragshöhe.		
	Mehreinnahmen aus Umsatzsteigerungen bei den Tankstellen und Raststationen (19,6 Mill S). Von den Beiträgen der ASFINAG an gemeinsamen Bauvorhaben, die der Bund finanziert, war zum Zeitpunkt der Budgeterstellung die Beitragshöhe nicht bekannt (10,7 Mill S).		
2/64202	Veräußerungserlöse (zweckgebundene Einnahmen)	(– 45,0 %)	– 49 508 594,44 S
	Mindereinnahmen aus Liegenschaftsveräußerungen.		
2/64204	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 95,9 %)	– 134 289 797,39 S
	Mindereinnahmen vor allem bei Schadenersatzleistungen wegen zu hoher Veranschlagung durch das BMF (116,4 Mill S).		
2/64250	Katastrophenfonds – Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Einnahmen)	(– 12,8 %)	– 58 274 000,-- S
	Mindereinnahmen wegen geringeren Mittelbedarfs für Schadensbeseitigungen an Bundesstraßen.		
2/64260	Katastrophenfonds – Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Einnahmen)	(– 21,7 %)	– 54 706 000,-- S
	Mindereinnahmen wegen geringeren Mittelbedarfs für Schadensbeseitigungen an Bundesstraßen.		
2/644	Wasserbauverwaltung		
2/6440	Wasserstraßendirektion		
2/64400	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	(– 27,1 %)	– 19 000 000,-- S
	Mindereinnahmen zufolge geringeren Mittelbedarfs (vgl 1/64408).		
2/64404	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 28,1 %)	– 6 291 168,89 S
	Mindereinnahmen vor allem bei den Miet- und Pachtzinsen (4,5 Mill S) wegen verspäteter Vorlage der Abrechnungen seitens der Pächter.		

2/6441	Amt der Wasserstraßendirektion	
2/64414	Ersätze der Österreichischen Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft	(– 32,4 %) – 25 950 745,10 S
	Mindereinnahmen wegen zu hoher Veranschlagung.	
2/645	Bundesgebäudeverwaltung	
2/6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)	
2/64504	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 46,2 %) – 11 549 250,59 S
	Mindereinnahmen aufgrund einer Änderung des Vertrages mit der Schloss Schönbrunn Kultur- und BetriebsgesmbH (12,2 Mill S).	
2/6452	Kongresszentrum in der Wiener Hofburg	
2/64524	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 48,4 %) + 5 423 900,19 S
	Mehreinnahmen bei Miet- und Pachtzinsen (4,6 Mill S) durch größere Auslastung bei Konferenzen und Veranstaltungen.	
2/6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)	
2/64534	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 18,3 %) + 17 573 860,84 S
	Mehreinnahmen aufgrund höherer Ersätze der Bundesimmobiliengesellschaft mbH (27,6 Mill S).	
	Mindereinnahmen bei sonstigen verschiedenen Einnahmen (6,4 Mill S).	
2/646	Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung	
2/64604	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 4,1 %) – 14 864 246,03 S
	Mindereinnahmen bei Miet- und Pachtzinsen (11,2 Mill S) durch Übertragung der Verwaltung von Liegenschaften an die BIG und Verkäufe.	
2/647	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)	
2/64700	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 235,5 %) + 63 770 708,41 S
	Mehreinnahmen bei sonstigen verschiedenen Einnahmen (9,6 Mill S), beim Beitrag des AMS Österreich (12,1 Mill S) und bei Beiträgen Dritter zu Bauvorhaben des Bundes (Investitionen) (57,8 Mill S).	
	Mindereinnahmen beim Beitrag des Wohnhaus-, Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds (26,9 Mill S).	
2/649	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	
2/6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	
2/64904	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 25,6 %) – 63 804 637,45 S
	Mindereinnahmen (71,3 Mill S) vorwiegend aus Eich- und Prüfgebühren. Durch den Beitritt zur EU kommt es zu einer Reduktion der Eichungen, da EU-Normen anerkannt werden müssen und gemäß EU-Konformitätsbewertungsverfahren Prüfungen vermehrt durch autorisierte Privatfirmen durchgeführt werden; weitere Mindereinnahmen bei den Vermessungsgebühren (5,6 Mill S) aufgrund geringerer Vermessungstätigkeit sowie bei den Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (1,7 Mill S), den Kostenersätzen für hoheitliche Leistungen (1,3 Mill S) und den Vergütungen vom BMUK (1,2 Mill S).	

Mehreinnahmen aus dem Verkauf vermessungstechnischer Unterlagen (10,4 Mill S), aus Vergütungen vom BMLV (3,3 Mill S) und für Zulassungsverfahren (1,3 Mill S).

2/65 Verkehr und Telekom

Mehreingänge von 2 502 Mill S betrafen vorwiegend erfolgswirksame Einnahmen bei fernmeldebehördlichen Tätigkeiten (1 546 Mill S) und Erträge aus Kapitalbeteiligungen (850 Mill S).

Die Mindereinnahmen betragen 21 Mill S.

2/650 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr

2/6500 Verwaltungsbereich Verkehr

2/65000 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen + 17 782 688,29 S

Mehreinnahmen durch Verwaltungsstrafen (Ökopunktesystem) (17,8 Mill S).

2/6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten

2/65024 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 229,0 %) + 1 545 560 623,78 S

Mehreinnahmen aufgrund des Verkaufserlöses der 4. GSM-Lizenz (1 350,1 Mill S), bei Funkgebühren (125,4 Mill S) sowie bei Rundfunk- und Fernsehgebühren (68,8 Mill S).

2/651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

2/6513 Kapitalbeteiligungen

2/65134 Erträge + 909 999 000,-- S

Mehreinnahmen im Bereich der ÖBB (Sonstiger Verkehr) (910,0 Mill S).

2/652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

2/6527 Technologieförderung gemäß ITF-Gesetz

2/65270 Mittel gemäß ITF-Gesetz (zweckgebundene Einnahmen)(+ 19,1 %) + 13 933 000,-- S

Mehreinnahmen wegen höherer Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Innovations- und Technologiefonds (13,9 Mill S).

2/65273 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen(- 32,8 %) - 5 306 500,03 S

Mindereinnahmen infolge verspäteter Darlehensrückzahlungen (4,8 Mill S).

2/655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

2/65504 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 446,6 %) + 8 047 921,92 S

Mehreinnahmen bei den Prüfungsgebühren (8,2 Mill S).

2/657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgebundene Gebarung)

2/65700 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 28,5 %) - 15 983 744,94 S

Mindereinnahmen bei Wunschkennzeichen (9,6 Mill S) und wegen geringerer Zinserträge aus der Veranlagung von Fondsmitteln (6,4 Mill S).

2/71	Bundestheater		
2/712	Allgemeine Betriebseinnahmen		
2/71204	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 55,5 %)	+ 13 088 339,40 S
	Mehreinnahmen aus Fernsehübertragungen (8,5 Mill S).		
2/713	Übrige Einnahmen		
2/71304	Tageseinnahmen	(+ 9,2 %)	+ 27 995 420,67 S
	Mehreinnahmen aus dem täglichen Kartenverkauf und sonstigen Tageseinnahmen (28,5 Mill S) sowie aus der Veranstaltung des Opernballs (5,9 Mill S) aufgrund des guten Besuches.		
	Mindereinnahmen bei geschlossenen Vorstellungen (6,4 Mill S).		
2/71305	Einnahmen aus Sonderveranstaltungen	(+ 63,0 %)	+ 12 317 530,91 S
	Mehreinnahmen durch zusätzliche Gastspiele (12,3 Mill S).		
2/71504	Pensions- und Provisionsbeiträge	(+ 9,4 %)	+ 7 460 165,83 S
	Mehreinnahmen überwiegend aus Überweisungen von Pensionsträgern (3,8 Mill S).		

5. Bericht zur Jahresbestandsrechnung

5.1 Darstellung des Vermögens und der Schulden

Das Vermögen des Bundes umfasst grundsätzlich die Gesamtheit der in der Verfügung des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Rechnerisch werden hier die Endbestände der aktiven Bestandskonten dargestellt.

Dabei können die Ergebnisse der Jahresbestandsrechnungen bzw der Bilanzen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes führt beispielsweise zur Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Rechnerisch werden hier die Endbestände der passiven Bestandskonten dargestellt.

Die Gliederung der Jahresbestandsrechnung des Bundes entspricht den Vorgaben des § 21 RLV und des Kontenplanes des Bundes.

5.2 Darstellung des Kapitalausgleichs

Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes, so dass der Darstellung des Grundkapitals und des Kapitalausgleichs lediglich die Bedeutung einer rechnungstechnischen Bilanzausgleichsposition zukommt. Deren Aussagewert ist beschränkt, weil das Anlagevermögen hohe Bewertungsreserven enthält und weil die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" bedeutsame Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert ist.

Diesbezüglich wird auf die Ausführungen zur Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung in den Begriffsbestimmungen (TZ 1.5.2) verwiesen.

Das Grundkapital (Band 2, Tabelle B.1) entspricht dem in der Bilanz des Bundesbetriebes (Band 2, Tabelle B.6.2) ausgewiesenen Grundkapital, während für die sonstigen Stellen der Bundesverwaltung einschließlich der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes kein Grundkapital vorhanden und somit nicht nachweisbar ist. Der anfängliche Kapitalausgleich des Jahres 1999 entspricht dem schließlichen Kapitalausgleich des Jahres 1998. Die unentgeltlichen Zu- und Abgänge im Anlage- und Umlaufvermögen sind in der Kapitalerhöhung und Kapitalverminderung enthalten. Der Vermögensabgang ist im Band 2 in den Tabellen B.1 (Aktiva) und B.4 (Erträge) jeweils als letzte Position ausgewiesen.

5.3 Gesamtstand des Vermögens

Dem Vermögensnachweis liegt das erfasste Vermögen des Bundes zugrunde, das in den Bestandsrechnungen für das Jahr 1999 der anweisenden Organe enthalten ist. Eine weitere Aufgliederung der Aktiva nach Vermögensarten, getrennt nach Amtsorganen (früher: Hoheitsverwaltung), betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes und Bundesbetrieben, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.1).

In der Aktiven Rechnungsabgrenzung sind zur periodengerechten Abgrenzung unter anderen auch die vor dem 1. Jänner 2000 zu Lasten des Finanzjahres 2000 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des Vermögens erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, wobei die Amtsorgane gemäß § 57 Abs 3 BHG pauschal abzuschreiben haben.

5.4 Gesamtstand der Schulden

Dem Schuldennachweis liegen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen für das Jahr 1999 der anweisenden Organe enthalten sind.

Eine weitere Aufgliederung der Passiva nach Schuldarten, getrennt nach Amtsorganen, betriebsähnlichen Einrichtungen und dem Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.2).

In der Passiven Rechnungsabgrenzung sind unter anderen auch die gemäß § 52 Abs 2 BHG (Auslaufzeitraum) zu Lasten des Finanzjahres 1999 geleisteten Zahlungen enthalten.

5.5 Rücklagen

In der Jahresbestandsrechnung werden auch die gemäß § 53 BHG gebildeten Haushaltsrücklagen gegengleich dargestellt (siehe auch TZ 3.8).

Die der Haushaltsrücklage zugeführten Beträge können nach Maßgabe der Bestimmungen des jeweiligen Bundesfinanzgesetzes und gemäß § 53 BHG mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen in künftigen Finanzjahren verwendet werden und erhöhen dadurch den für die begünstigten Ausgaben vorgesehenen Ermächtigungsrahmen.

Auf den zur näheren Information im folgenden angeführten Rücklagenkonten wurden Umbuchungen, die aus den Tabellen B.3.3 "Übersichten über die Rücklagen" nicht hervorgehen, bei den Rücklagenbeständen vorgenommen.

Rücklagen- konten	Kontenbezeichnungen	Zubuchungen (+) Abbuchungen (-)
Besondere Rücklagen		
2989/845	Sondervorhaben Technologie (1/65226)	- 40 000 000,-- S
2989/846	Sondervorhaben Technologie (1/65228)	+ 40 000 000,-- S

Gemäß § 53 Abs 3 BHG hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushalts einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Bezüglich der Gebarung der Ausgleichsrücklage im Finanzjahr 1999 wird auf die folgende Übersicht 11 verwiesen.

Den Stand der Haushaltsrücklagen und die Entwicklung der Rücklagen von 1990 bis 1999 zeigen die Übersichten 11 und 12.

Übersicht 11 **Stand der Haushaltsrücklagen**

Bezeichnung	Anfänglicher Stand 1999	Entnahmen	Auflösungen Verringerung	Zuführungen	Schließlicher Stand 1999
	Millionen Schilling				
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	7.011	- 4.098	-	+ 4.937	7.850
Allgemeine Rücklage	3.590	- 666	- 34	+ 888	3.778
Besondere Rücklage	15.093	- 1.609	- 1.475	+ 2.567	14.576
Besondere Einnahmen-Rücklage	376	- 260	-	+ 239	355
Besondere Aufwendungen-Rücklage	655	- 141	- 24	+ 596	1.086
Ausgleichsrücklage	5.738	- 766	- 3.000	-	1.972
Summe	32.463	- 7.540	- 4.533	+ 9.227	29.617

Übersicht 12 **Entwicklung der Rücklagen des Bundes**

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling									
Haushaltsrücklagen	33.773	26.229	34.151	30.365	29.163	21.146	19.181	21.584	32.463	29.617

5.6 Bundesbetrieb und betriebsähnliche Einrichtungen

Gemäß § 98 Abs 2 Z 4 BHG sind in den BRA die Vermögens- und Schuldenrechnungen (die Bilanzen) der Bundesbetriebe und der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes aufzunehmen. Die bundeseinheitliche Gliederung ist vom RH im Einvernehmen mit dem BMF festzulegen. Siehe dazu aber auch TZ 5.1.

Die Abschlussrechnung des Bundesbetriebes Österreichischer Bundestheaterverband wird in Band 2, Tabelle B.6.2, veröffentlicht, die Abschlussrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen in Band 2, Tabellen B.6.1.

Die 1996 vorgenommenen Ausgliederungen der Bundesbetriebe Österreichische Bundesforste, Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung und Österreichische Bundesbahnen sowie die Auflösung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols hatten zur Folge, dass der Österreichische Bundestheaterverband als einziger Bundesbetrieb im Bundeshaushalt (Kapitel 71) enthalten ist und daher seit dem BRA 1997 nur mehr seine Abschlussrechnung im Band 2 des BRA veröffentlicht wird. Da der Österreichische Bundestheaterverband mit Wirkung vom 1. September 1999 ebenfalls ausgegliedert wurde, waren dessen Ergebnisse nur bis 31. August 1999 zu berücksichtigen, wodurch nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Jahren davor gegeben ist.

Übersicht 13 vermittelt einen Überblick über die Entwicklung der bilanzmäßig ausgewiesenen Ergebnisse der Bundestheater im Zeitraum von 1990 bis 1999.

Übersicht 13 Entwicklung des Vermögensabganges (Reinverlust) der Bundestheater

Bundesbetrieb	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling									
Reinverlust:										
Öst. Bundestheaterverband	1.681	1.854	2.003	2.038	2.228	2.378	1.580	2.265	2.283	1.944

5.7 Erläuterungen zur Jahresbestandsrechnung über Veränderungen des Vermögens und der Schulden des Bundes gegenüber dem Vorjahr

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahresbestandsrechnung 1999 (siehe Band 2, Tabelle B.1) gegenüber dem Jahre 1998 eingetretenen Veränderungen von über 50 Mill S betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (ausgenommen Grundkapital und Kapitalausgleich) im Band 2, Tabellen B.2.1 (Aktiva) und B.2.2 (Passiva) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

Die für den Bereich Bundestheaterverband teilweise nicht unbeträchtlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr stehen im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung aus dem Bundeshaushalt ab 1. September 1999 und betreffen lediglich die Zeitspanne 1. Jänner bis 31. August 1999.

AKTIVA

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

I. Anlagevermögen

2. **Bebaute Grundstücke** + 303 090 523,28 S

Zugänge im Bereich BMwA (290 Mill S) standen vorwiegend im Zusammenhang mit neuen Bauvorhaben.

3. **Grundstückseinrichtungen** + 2 322 478 910,97 S

Zugänge vorwiegend im Bereich BMwA (2 353 Mill S) betrafen hauptsächlich die Ablöse von Grundstückseinrichtungen von der ASFINAG und die Übernahme fertiggestellter Bundesstraßenteile aus dem ASFINAG-Streckennetz, weiters die Fertigstellung von Bauvorhaben, insbesondere der B 124 Königswiesener

Straße, der B 170 Brixental Straße, der B 139 Kremstal Straße, der B 50 Oberwarter Straße sowie der B 115 Eisen Straße.

4. Gebäude + 1 848 799 864,54 S

Zugänge im Bereich BMWA (1 745 Mill S) betrafen insbesondere die Fertigstellung von Bauvorhaben für die allgemeine Verwaltung sowie für Kultur- und Schulzwecke; Abgänge betrafen vor allem Wohngebäude und Bundessporteinrichtungen infolge deren Übergabe an die BIG. Im Bereich BMLF (83 Mill S) entstanden Zugänge vorwiegend durch die Fertigstellung von landwirtschaftlichen Schulen.

5. Sonderanlagen + 97 151 366,83 S

Zugänge im Bereich BMWA (159 Mill S) ergaben sich im wesentlichen bei den Kasernen durch Neubewertungen, Abgänge bei den Flugplätzen.

Abgänge im Bereich Bundestheaterverband (67 Mill S) standen im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung mit 1. September 1999.

6. Maschinen und maschinelle Anlagen + 340 025 542,52 S

Zugänge im Bereich BMWV (197 Mill S) betrafen hauptsächlich die Anschaffung von ADV-Geräten und Zubehör sowie von verschiedenen Maschinen und maschinellen Anlagen, im Bereich BMI (94 Mill S) den Ausbau und die Modernisierung der ADV-Anlagen.

9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung + 682 447 193,25 S

Zugänge betrafen im Bereich BMWV (404 Mill S) hauptsächlich Anschaffungen und Ersteinrichtungen für neue Institutsräume bei den Universitäten und Labor-einrichtungen, im Bereich BMI (214 Mill S) vor allem die Modernisierung der technischen Ausstattung und der Fernmeldeeinrichtungen sowie die Errichtung von Datennetzen bei Polizei und Gendarmerie, im Bereich BMUK (181 Mill S) betrafen sie vorwiegend die Einrichtung und Ausstattung von Neu-, Zu- und Umbauten der allgemein bildenden höheren und berufsbildenden Schulen sowie Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung und entstanden weiters durch Vermögenszugänge bei den Sammlungen der Museen und der Österreichischen Nationalbibliothek.

Abgänge entstanden im Bereich BMUJF (177 Mill S) durch die Ausgliederung des Umweltbundesamtes.

10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen – 1 658 725 574,65 S

Abgänge entstanden im Bereich BMWA (1 597 Mill S) vorwiegend infolge der Fertigstellung und Umbuchung von Bauvorhaben, insbesondere der B 124 Königswiesener Straße, der B 139 Kremstal Straße, der B 331 Pinzgauer Ersatzstraße, der B 170 Brixental Straße, der B 50 Oberwarter Straße, der B 209 Pöchlerner Straße und der B 314 Fernpass Ersatzstraße. Weitere Abgänge gab es bei Bauvorhaben an Kasernen, an sonstigen Gebäuden, an Hochschulen und wissenschaftlichen Anstalten, an forstwirtschaftlichen Schulen und Verwaltungsgebäuden; Zugänge entstanden bei berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Die Abgänge im Bereich BKA (113 Mill S) ergaben sich durch die Ausgliederung der Bundessportheime.

14. Aktivierungsfähige Rechte – 64 053 791,17 S

Abgänge entstanden in mehreren Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, da sie jeweils unter die Betragsgrenze von 50 Mill S fielen.

15. Beteiligungen + 9 377 114 829,11 S

Zugänge entstanden im Bereich BMF (4 756 Mill S) vor allem durch die Kapitalerhöhungen beim Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), der BÜRGENS-Förderungsbank und der Asiatischen Entwicklungsbank, im Bereich Verkehr (4 610 Mill S) durch die Erfassung des Grundkapitals und die Kapitalaufstockung

der ÖBB sowie die Kapitalzuführung an die Graz-Köflacher-Eisenbahn GmbH; gleichzeitig entstanden jedoch Abgänge durch eine Kapitalherabsetzung der SCHIG.

II. Umlaufvermögen

4. **Bargeld und Wertzeichen** + 54 875 759,36 S

Zugänge entstanden in mehreren Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, da sie jeweils unter die Betragsgrenze von 50 Mill S fielen.

5. **Guthaben bei der ÖPSK** - 525 727 801,22 S

Abnahme vor allem im Bereich BMF (527 Mill S) wegen geringerer Veranlagungen auf dem PSK-Hauptkonto.

7. **Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen** + 20 204 280 775,44 S

Die Erhöhungen im Bereich BMF (20 115 Mill S) setzten sich einerseits vorwiegend aus höheren Veranlagungen allgemeiner Mittel und von Geldern der Rechtsträger bei diversen Kreditinstituten und sonstigen Gesellschaften, Erhöhungen infolge Verrechnungsänderung bei der Veranlagung von Kassennitteln in Wertpapieren, höheren Einnahmen beim Siedlungswasserwirtschaftsfonds sowie aus höheren Rückstellungen bei der OeKB gemäß § 7 AFG und andererseits aus Verminderungen durch die DKZ-Umstellung bei der Verrechnung von Veranlagungen der Gelder von Rechtsträgern und durch geringere Guthaben infolge erhöhter Haftungsansprüchen gemäß §§ 3 bis 5 AFGG zusammen. Im Bereich BMA (90 Mill S) entstanden Erhöhungen vorwiegend durch Anweisungen von Dienstvorschüssen an die Vertretungen im Ausland.

8. **Schwebende Geldgebarungen** + 4 315 012 992,99 S

Zugänge sind vor allem auf einen Rückgang nicht abgebuchter Schecks vorwiegend im Bereich BMAGS zurückzuführen.

10. **Wertpapiere und Gesellschaftsanteile des Umlaufvermögens** + 51 364 063 696,56 S

Die Zugänge im Bereich BMF (51 395 Mill S) ergaben sich vorwiegend aus einem höheren Bestand an Wertpapieren im Bundesbesitz und vermehrten Wertpapierpensionsgeschäften für Rechtsträger sowie infolge einer Verrechnungsänderung bei den im Bundesbesitz befindlichen Bundesanleihen, gleichzeitig kam es zu Verminderungen durch die geringere Veranlagung von Kassennitteln in Wertpapieren, durch die DKZ-Umstellung bei der Verrechnung von Veranlagungen von Geldern der Rechtsträger sowie durch die geringere Veranlagung von Mitteln des Katastrophenfonds.

11. **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** + 4 657 496 257,30 S

Zugänge gab es im Bereich BMAGS (4 879 Mill S) durch die Buchung der Forderung aus Beiträgen zum Karenzurlaubsgeld an den Familienlastenausgleichsfonds, im Bereich BMJ (89 Mill S) durch höhere Forderungen bei Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen und bei Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug.

Abgänge entstanden im Bereich BMF (389 Mill S) infolge geringerer Forderungen aus Grundstücksverkäufen und aufgrund der Akontozahlung der BIG.

12. **Forderungen aus Darlehen** - 1 725 754 674,40 S

Abgänge ergaben sich im Bereich BMF (1 681 Mill S) vorwiegend durch geringere Darlehen an die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG), an Tschechien, Rumänien und die Slowakei sowie durch geringere Forderungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung.

13. Forderungen aus Haftungsinanspruchnahmen + 337 898185,32 S

Zugänge im Bereich BMF (338 Mill S) ergaben sich wegen höherer Forderungen aus Rückersätzen bei Haftungsübernahmen gemäß AFG.

**14. Forderungen aus voranschlagswirksamen
Vorschüssen + 532 731 972,11 S**

Zugänge im Bereich BMUJF (528 Mill S) ergaben sich aus Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, BGBl Nr 451/1985.

**15. Forderungen aus voranschlagsunwirksamen
Vorschüssen + 315 631 398,56 S**

Zugänge im Bereich BMF (297 Mill S) resultieren überwiegend aus einer Verrechnungsumstellung, im Bereich BMLF (58 Mill S) entstanden sie durch gestiegene aushaftende Interessentenbeiträge im Rahmen des Lawinenverbauungs-Sonderprogramms.

16. Ersatzforderungen + 61 113 520,37 S

Zugänge entstanden in mehreren Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, da sie jeweils unter die Betragsgrenze von 50 Mill S fielen.

17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen - 99 905 749,18 S

Abgänge im Bereich BMLV (182 Mill S) entstanden durch vermehrte Abrechnung von gegebenen Anzahlungen im Zusammenhang mit Waffenlieferungen.

18. Forderungen aus Währungstauschverträgen + 62 791 156 068,80 S

Vermehrungen entstanden im Bereich BMF (54 817 Mill S) durch neue Vertragsabschlüsse, günstigere Devisenkurse sowie durch die DKZ-Umstellung der Verrechnung der Währungstauschverträge mit Rechtsträgern, gleichzeitige Verminderungen betrafen die Tilgung von Währungstauschverträgen.

19. Forderungen an Rechtsträger + 45 944 346 731,88 S

Zugänge entstanden im Bereich BMF (45 944 Mill S) durch neue Rechtsträgerfinanzierungen und durch Devisenkursschwankungen.

20. Sonstige Forderungen - 17 307 632 121,57 S

Abgänge im Bereich BMF (16 284 Mill S) entstanden einerseits durch die Verrechnungsänderung bei den im Bundesbesitz befindlichen Bundesanleihen und durch das Sinken der nichtfälligen sonstigen Forderungen der Finanzämter, andererseits kam es zu Zugängen durch vermehrte Steuerrückstände bei den Finanz- und Zollämtern und erhöhte nichtfällige Forderungen bei den 0%-Französische-Francis-Schuldverschreibungen 1991-2006/I, II und III (SWAP) sowie bei Devisentermingeschäften von diversen USD-ATBs. Im Bereich BMUJF (2 361 Mill S) betrafen sie vor allem verminderte Forderungen gegenüber dem Reservefonds für Familienbeihilfen, im Bereich BMAGS (1 610 Mill S) entstanden sie vorwiegend wegen der Verminderung der nichtfälligen sonstigen Forderungen aus Rückersätzen von Ausgaben der Vorjahre auf Bundesbeiträge der Pensionsversicherung, im Bereich BMJ (95 Mill S) durch den Rückgang fälliger Forderungen bei Strafgehdern. Im Bereich BMwA (57 Mill S) entstanden die Abgänge infolge geringerer sonstiger fälliger Forderungen.

Zugänge im Bereich Verkehr (3 194 Mill S) entstanden durch die noch nicht rückgeführte Kapitalherabsetzung bei der SCHIG und vermehrte Forderungsvorschreibungen an Dritte.

21. Haushaltsrücklagen - 2 845 418 628,92 S

Siehe die gleichbezeichnete Position unter Passiva.

III. Aktive Rechnungsabgrenzung – 1 063 455 204,87 S

Vorwiegend weniger im Bereich BMAGS (1 996 Mill S) durch die Verminderung der Vorschüsse an die Sozialversicherungsträger für Leistungen im Bereich der Sozialversicherung und im übrigen Ressortbereich. Abgänge im Bereich Bundestheaterverband (58 Mill S) standen im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung mit 1. September 1999.

Zugänge im Bereich BMF (957 Mill S), ergaben sich einerseits durch die Verrechnung einer Schuldaufnahme gemäß § 65a BHG 1986 idgF (Erlös 1/2000 – Verrechnung 1999), durch die Überweisung von Tilgung und Zinsen einer USD-Anleihe, durch höhere Vorlaufzahlungen für Pensionen sowie durch die Erhöhung der Beamtenbezüge und Beamtenpensionen ab Jänner 2000, andererseits kam es zu Verminderungen durch die Nichtbegebung einer Bundesanleihe in fremder Währung und mangels einer Konversionstilgung.

V. Grundkapital und Kapitalausgleich

Das Grundkapital des Bundesbetriebes Bundestheaterverband in Höhe von 250 Mill S blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der negative schließliche Kapitalausgleich betrug 1 286 619 Mill S. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 114 032 Mill S. Auf die Ausführungen unter TZ 5.2 dieses Berichtes wird verwiesen.

PASSIVA**I. Rücklagen****1. Haushaltsrücklagen – 2 845 418 628,92 S**

Bei den im Bereich des BMF verrechneten Haushaltsrücklagen veränderte sich der Stand der Rücklagen entsprechend den im Finanzjahr 1999 erfolgten Inanspruchnahmen (Entnahmen, Auflösungen, Verringerung) und Zuführungen. Einzelheiten sind der TZ 3.8 dieses Berichtes zu entnehmen.

III. Schulden**1. Schulden aus Lieferungen und Leistungen + 11 463 006 790,68 S**

Zugänge im Bereich Verkehr (15 533 Mill S) entstanden durch die Erfassung von Vorbelastungen gegenüber der SCHIG für bis 1998 erbrachte Infrastrukturinvestitionen. Im Bereich BMUK (58 Mill S) resultieren sie aus der Übernahme von IT-Angelegenheiten durch die BRZ-GmbH und aus der Generalsanierung des Technischen Museums, im Bereich BMJ (57 Mill S) aus dem Anstieg der Schulden bei Vergütungen für Gefangenenarbeiten, bei Leistungen der Post, bei Hardware und bei Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz.

Abgänge entstanden im Bereich BMwA (3 847 Mill S) hauptsächlich durch die nachträgliche Richtigstellung der Verbindlichkeiten der Sondergesellschaften im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Rechtsverhältnisse der ASFINAG, im Bereich BMI (193 Mill S) vorwiegend durch die Neubewertung und Korrektur von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Räumung von Mülldeponien sowie durch verringerte Leasingverbindlichkeiten für Fahrzeuge der Exekutive, im Bereich BMLF (178 Mill S) vor allem durch verspätete Abrechnungen von INVEKOS-Werkverträgen (bisher nur als künftige Verpflichtung erfasst) und durch die Abstattung fällig gewordener Raten.

2. Schulden aus voranschlagsunwirksamen Erlägen + 31 387 145 932,43 S

Zugänge entstanden im Bereich BMF (30 805 Mill S) vorwiegend durch vermehrte Wertpapierpensionsgeschäfte und bei der Veranlagung der Gelder für

Rechtsträger, durch höhere Finanzverwahrnisse bzw sonstige Verwahrnisse, durch eine Verrechnungsumstellung, durch höhere Erläge für Pensionszahlungen sowie durch die höhere Abfuhr von Lohnsteuer an das Finanzamt, gleichzeitig entstanden jedoch Abgänge durch die DKZ-Umstellung bei den Veranlagungen für diverse Rechtsträger und durch den Wegfall von Konversionstilgungen im Jahre 1999. Im Bereich Verkehr (377 Mill S) entstanden Zugänge durch die Vorschreibungen für zu erwartende EU-Gelder, im Bereich BMLV (168 Mill S) auf dem Finanzamtsverrechnungskonto-Umsatzsteuer infolge der Lieferung von Radaranlagen.

Abgänge im Bereich Bundestheaterverband (112 Mill S) standen im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung mit 1. September 1999.

3. Ersatzschulden + 1 486 022 677,11 S

Zugänge entstanden vor allem im Bereich BMF (1 484 Mill S) vorwiegend durch die voranschlagswirksame Verrechnung der Guthaben auf Abgabenkonten.

5. Schulden aus Währungstauschverträgen + 61 787 190 672,41 S

Zugänge entstanden im Bereich BMF (53 960 Mill S) vor allem inbfolge der Neuabschlüsse von Währungstauschverträgen, infolge ungünstigerer Devisenkurse als 1998 sowie durch die DKZ-Umstellung der Währungstauschverträge mit Rechtsträgern, gleichzeitig kam es zu Verminderungen durch die Tilgung von Währungstauschverträgen und durch günstigere Devisenkurse.

6. Sonstige Schulden + 21 837 367 724,52 S

Zugänge entstanden im Bereich Verkehr (20 466 Mill S) durch die Erfassung von Vorbelastungen gegenüber den ÖBB für bis 1998 erbrachte Infrastrukturleistungen. Im Bereich BMF (2 385 Mill S) entstanden die Zugänge einerseits durch höhere Schulden an den Europäischen Entwicklungsfonds und an die Europäische Union, höhere sonstige nichtfällige Schulden durch die Zurückstellung von Silbergedenkmünzen, höhere Schulden an die Globale Umweltfazilität, höhere Schuldeinbuchungen für Schuldenerleichterungen infolge internationaler Aktionen für Post-Toronto- und Nachfolgeabkommen, an die ÖIAG und an die Wiener Börse AG, andererseits durch Verminderungen, resultierend aus geringeren Finanzzuweisungen an Länder und Gemeinden, geringeren Schuldbuchungen bei den Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden, KRAZAF und Katastrophenfonds, aus den Abstattungen an Internationale Finanzinstitutionen und die IAKW, geringeren Kosten für Länder mit mittlerem Einkommen sowie aus geringeren Vorbelastungen bei den Zuschüssen für Umweltschutz an Länder und Gemeinden. Im Bereich BKA (148 Mill S) betrafen die Zugänge Erhöhungen der nichtfälligen Schulden an Theater, Konzertveranstalter und Ausstellungen.

Die Abgänge entstanden im Bereich BMAGS (697 Mill S) durch die Verminderung der nichtfälligen sonstigen Schulden an die Sozialversicherungsträger betreffend Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und für die Förderungen von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (EU) sowie gemäß AMFG und AMSG. Im Bereich BMwA (300 Mill S) betrafen sie Korrekturen der Forderungen bei diversen Förderungsaktionen in den Bereichen Fremdenverkehr und Technologie, im Bereich BMUK (129 Mill S) entstanden sie durch den geringeren Anfall von Zahlungsverpflichtungen und die Abstattung der Schuld an die „Stiftung Leopold“.

7. Finanzschulden + 118 917 476 585,48 S

Die Zugänge im Bereich BMF ergaben sich im Zusammenhang mit der höheren Finanzschuldengebarung.

8. Rechtsträgerschulden + 45 395 932 757,86 S

Zugänge entstanden im Bereich BMF durch neue Rechtsträgerfinanzierungen und durch Devisenkursschwankungen.

V. Passive Rechnungsabgrenzung + 4 939 758 791,75 S

Höhere Zahlungen entstanden im Bereich BMF (4 745 Mill S) einerseits vorwiegend aus der Begebung einer Bundesanleihe gemäß § 65a BHG 1986 idgF, durch Tilgung und Zinsen einer USD-Anleihe, aus einem Überschuss des Ausgleichsfonds (Reservefonds) für Familienbeihilfen 1999 sowie Entgeltzahlungen an die BRZ-GmbH, andererseits durch Verminderungen, resultierend aus dem Wegfall einer Begebung einer Bundesanleihe in fremder Währung sowie durch geringere Finanzaufweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten. Höhere Zahlungen im Auslaufzeitraum betrafen im Bereich BMAGS (3 523 Mill S) vorwiegend Überweisungen an die Sozialversicherungsträger für Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung, an Betriebe im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (national und EU) und an das AMS, im Bereich BMUK (81 Mill S) insb Schulraum-Normmieten, im Bereich BMA (79 Mill S) entstanden sie wegen vermehrter Buchungen, da erst zu diesem Zeitpunkt die tatsächlichen Restbeträge bei den diversen Voranschlagsbeträgen ersichtlich waren, im Bereich BMLV (60 Mill S) durch Überweisungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Duellsimulatoren für die Infanterie sowie für Kampfpanzer.

Niedrigere Zahlungen entstanden im Bereich Verkehr (2 766 Mill S) durch ein vermindertes Zahlungsaufkommen bei Förderungen bzw Kapitalbeteiligungen im Auslaufzeitraum, in den Bereichen BMwA (497 Mill S), BMWV (84 Mill S) und BMLF (51 Mill S) infolge verminderter Zahlungen im Auslaufzeitraum. Abgänge im Bereich Bundestheaterverband (81 Mill S) standen im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung mit 1. September 1999.

6. Bericht zur Jahreserfolgsrechnung**6.1 Darstellung der Aufwendungen und Erträge**

§ 98 Abs 2 Z 3 bzw 4 BHG sieht die Aufstellung von Erfolgsrechnungen für den gesamten Bereich des Bundes vor. Für den Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband und die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes ist der Abschluss der Erfolgsrechnung in der Gestalt einer Gewinn- und Verlustrechnung verpflichtend vorgeschrieben, deren Form und Gliederung durch die Rechnungslegungsverordnung bundeseinheitlich festgelegt ist (siehe dazu auch TZ 5.1). Hinsichtlich des Österreichischen Bundestheaterverbandes ist anzumerken, dass dieser in Folge seiner Ausgliederung mit Wirksamkeit vom 1. September 1999 letztmalig aufgenommen wurde und nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Jahren davor gegeben ist. Dabei können die Ergebnisse der Erfolgsrechnungen bzw der Gewinn- und Verlustrechnungen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen – doppischen – Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die Darstellung des Gesamtergebnisses aller Stellen des Bundes in der Erfolgsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge des Bundes, sodass der Darstellung des Vermögensabgangs lediglich die Rolle einer rechnungstechnischen Ausgleichsposition zukommt, die für Abstimmzwecke als Mindestvoraussetzung erforderlich ist (siehe Band 2, Tabelle B.4). Die einschränkenden Bemerkungen hinsichtlich der Aussagekraft des Kapitalausgleichs in der Jahresbestandsrechnung (TZ 5.1 und 5.2) gelten sinngemäß.

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes führt beispielsweise zur Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Anlage 2 zu § 22 RLV) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung (Band 2, Tabelle B.4).

Eine weitere Aufgliederung nach Aufwands- und Ertragsarten, getrennt nach Amtsorganen, dem Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband und den betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabellen B.5.1 und B.5.2).

6.2 Erläuterungen zur Jahreserfolgsrechnung über Veränderungen der Aufwendungen und Erträge des Bundes gegenüber dem Vorjahr

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahreserfolgsrechnung 1999 (siehe Band 2, Tabelle B.4) gegenüber dem Jahre 1998 eingetretenen Veränderungen von über 50 Mill S betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (ausgenommen Vermögensabgang) im Band 2, Tabellen B.5.1 (Aufwendungen) und B.5.2 (Erträge) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

Die für den Bereich Bundestheaterverband teilweise nicht unbeträchtlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr stehen im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung aus dem Bundeshaushalt ab 1. September 1999 und betreffen lediglich die Zeitspanne 1. Jänner bis 31. August 1999.

AUFWENDUNGEN

Veränderungen
gegenüber dem Vorjahr

I. Aufwand für Bedienstete

1. Aktivitätsaufwand + 2 875 404 307,80 S

Höhere Aufwendungen entstanden im Bereich BMI (882 Mill S) vor allem infolge einer Umstellung der Verrechnungsmodalitäten des Nachtdienstgeldes sowie durch Personalaufstockungen bei Polizei und Gendarmerie, im Bereich BMUK (648 Mill S) überwiegend durch die Nichtrealisierung von geplanten Einsparungen, durch die allgemeine Bezugserhöhung und infolge Mehrbedarfs für Maturavorbereitungen, im Bereich BMWV (533 Mill S) entstanden sie vor allem infolge der allgemeinen Bezugserhöhung, der Besoldungsreform für Vertragsbedienstete sowie der allgemeinen Vorrückungen. Im Bereich BMF (348 Mill S) betrafen die Mehraufwendungen vorwiegend die allgemeine Bezugserhöhung und Optierungen im Zusammenhang mit der Besoldungsreform für Vertragsbedienstete, im Bereich BMJ (308 Mill S) entstanden sie durch die mit Jänner 1999 wirksam gewordene Bezugsregelung und das Vertragsbedienstetenreformgesetz, durch die Überleitung der Richter und Staatsanwälte in ein neues Besoldungssystem und durch das Ansteigen der sonstigen Nebengebühren. Im Bereich BMLV (220 Mill S) betrafen sie hauptsächlich Geldbezüge der Beamten infolge der allgemeinen Bezugserhöhung und Kosten für die Ausweitung des Grenzeinsatzes, im Bereich BMLF (87 Mill S) die allgemeine Bezugserhöhung sowie die Vertragsbedienstetenreform und im Bereich BMAGS (67 Mill S) die allgemeine Erhöhung der Geldbezüge im gesamten Ressortbereich.

Verminderte Aufwendungen im Bereich Bundestheaterverband (403 Mill S) standen im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung mit 1. September 1999.

2. Pensionsaufwand + 927 661 329,26 S

Höhere Aufwendungen entstanden im Bereich BMF (1 180 Mill S) infolge der allgemeinen Bezugserhöhung sowie durch eine höhere Anzahl von Ruhe- und Versorgungsbezugsempfängern.

Verminderte Aufwendungen im Bereich Bundestheaterverband (265 Mill S) standen im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung mit 1. September 1999.

3. Gesetzlicher Sozialaufwand + 194 548 566,44 S

Höhere Aufwendungen entstanden in den Bereichen BMUK (106 Mill S), BMWV (78 Mill S) und BMI (52 Mill S) für Dienstgeberbeiträge infolge des vermehrten Aktivitätsaufwands.

Verminderte Aufwendungen resultierten im Bereich BMF (64 Mill S) aus geringeren Zahlungen an die aktiven Bediensteten der Post und Telekom Austria AG und im Bereich Bundestheaterverband (56 Mill S) standen sie im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung mit 1. September 1999.

III. Abschreibungen und Wertberichtigungen

1. **Anlagevermögen** + 314 883 919,-- S

Höhere Aufwendungen resultierten im Bereich BMWA (457 Mill S) aus der Fertigstellung von Bauvorhaben bzw Ankäufen von Anlagen sowie im Bereich BMUK (50 Mill S) aus Ausscheidungen infolge Überalterung und vermehrter Abschreibungen.

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMJ (142 Mill S) infolge verminderter Abschreibungen, im Bereich Verkehr (52 Mill S) durch verminderte Ausbuchungen von Software.

2. **Umlaufvermögen** + 184 962 515,17 S

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMJ (103 Mill S) infolge Vermehrung der Abschreibungen von Forderungen durch die Gerichte und die Einbringungsstelle des OLG Linz, im Bereich BMF (56 Mill S) betrafen sie vor allem die Uneinbringlichkeit von Haftungsentgelten im Bereich des AFG und vermehrte Abschreibungen.

IV. Übrige Aufwendungen

1. **Geringwertige Gebrauchsgüter und Ersatzteile** - 85 407 319,70 S

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMI (59 Mill S) durch Einsparungen bei Bekleidung, Ausrüstung und Amtsausstattung.

2. **Werkstoffe, Handelswaren, Verbrauchsgüter** + 309 587 156,44 S

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMLV (205 Mill S) hauptsächlich durch die Beschaffung von Munition und Treibstoffen für Luftfahrzeuge, im Bereich BMUJF (90 Mill S) infolge von Mehrausgaben für Schulbücher.

5. **Aufwandsentschädigungen** - 274 882 815,67 S

Niedrigere Aufwendungen im Bereich BMI (225 Mill S) entstanden durch eine Änderung der Verrechnung des Nachtdienstgeldes, im Bereich BMF (94 Mill S) durch geringere Zahlungen an die aktiven Bediensteten der Post und Telekom Austria AG.

6. **Werkleistungen** + 56 357 922,34 S

Höhere Aufwendungen entstanden in mehreren Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, da sie jeweils unter die Betragsgrenze von 50 Mill S fielen.

10. **Transporte durch Dritte** + 152 057 952,42 S

Höhere Aufwendungen entstanden vorwiegend im Bereich BMUJF (146 Mill S) durch Mehrausgaben bei den Schüler- und Lehrlingsfreifahrten.

11. **Zinsenaufwand** + 6 022 565 466,42 S

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMF (6 035 Mill S) vor allem aus der Erhöhung der Finanzschulden sowie der verstärkten Aufnahme von Kassenstärkermittel.

12. Erlösberichtigungen + 65 632 928,75 S

Höhere Aufwendungen im Bereich BMUK (66 Mill S) entstanden durch die Leistung von Vergütungen für Privatschulen der Stadt Wien seitens des Bundes.

13. Sonstige Aufwendungen + 43 285 494 053,34 S

Höhere Aufwendungen im Bereich BMF (29 126 Mill S) ergaben sich vorwiegend durch Gebührenrichtigstellungen bei Finanzschulden und Kassenstärkern, durch höhere Emissions- bzw Kursverluste beim Erwerb von Bundstiteln, bei der Begebung von Währungstauschverträgen (SWAP), durch höhere Vorbelastungen bei der Zurückstellung von Silbergedenkmünzen und höhere Zahlungen im IT-Bereich; gleichzeitig ergaben sich Minderaufwendungen aus der Verminderung der Ausgaben für Währungstauschverträge. Im Bereich Verkehr (14 194 Mill S) entstanden Mehraufwendungen im Zusammenhang mit Forderungen an den Bund gemäß SCHIG-Gesetz (ASFINAG-Altschulden). Im Bereich BMUK (323 Mill S) betrafen sie vor allem Entgelte für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen, im Bereich BMLV (193 Mill S) Miet- und Pachtzinse, insbesondere Leasingkosten von Transportflugzeugen für Auslandseinsätze, die vermehrte Inanspruchnahme von sonstigen Werkleistungen Dritter sowie Gebührenrichtigstellungen. Im Bereich BMJ (193 Mill S) betrafen sie hauptsächlich das Ansteigen der Ausgaben für sonstige Werkleistungen Dritter, die Änderungen der Forderungen aus Bezugsvorschussersätzen, das Ansteigen ersatzpflichtiger Entschädigungen nach dem ASGG sowie der Entgelte von Rechtspraktikanten. Im Bereich BMWV (186 Mill S) entstanden Mehraufwendungen hauptsächlich für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen sowie im Forschungsbereich. Im Bereich BMAGS (60 Mill S) betrafen sie vorwiegend Gebührenrichtigstellungen und Mehrausgaben für Werkleistungen Dritter, gleichzeitig ergaben sich jedoch Verminderungen bei Schadensvergütungen, Leistungen der Post und Repräsentationskosten. Im Bereich BMwA (53 Mill S) entstanden höhere Aufwendungen infolge des vermehrten Bedarfs an Werkleistungen in der Zentraleitung.

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMI (424 Mill S) vorwiegend durch Einsparungen bei Mietenvorauszahlungen, bei Kranken- und Heilanstaltskosten für Kriegsflüchtlinge, bei den Kosten für Flughafenüberwachung und für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen, bei den Ausgaben für die Entsorgung von Mülldeponien sowie bei den Kosten für ADV-Software betreffend Schengen. Im Bereich BMA (251 Mill S) betrafen sie den Wegfall der Gebarung für die EU-Ratspräsidentschaft und Gebührenrichtigstellungen, im Bereich BMLF (186 Mill S) überwiegend die Verringerung von nichtfälligen Schulden im Rahmen der INVEKOS-Werkverträge. Im Bereich BKA (108 Mill S) entstanden sie vorwiegend durch den Wegfall der Gebarung für die EU-Ratspräsidentschaft und im Bereich BMUJF (60 Mill S) durch die Ausgliederung des Umweltbundesamtes aus dem Bundeshaushalt.

14. Vergütungen und Überweisungen + 292 335 065,30 S

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMF (2 044 Mill S) hauptsächlich wegen einer Überweisung an das BMUJF, durch eine Dotierung des ITF sowie wegen vermehrter Überweisungen im Rahmen des Katastrophenfonds für Schäden im Vermögen des Bundes.

Niedrigere Aufwendungen im Bereich BMUJF (1 614 Mill S) entstanden durch Minderausgaben bei den Beitragzahlungen zum Karenzurlaubsgeld und bei Überweisungen betreffend Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, im Bereich BMAGS (126 Mill S) vor allem durch verminderte Überweisungen zugunsten der Arbeitsmarktpolitik und geringere sonstige Vergütungen und Überweisungen; gleichzeitig erfolgte jedoch eine Erhöhung der Arbeitsmarktpolitik-Abgangsdeckung.

15. Anlagen für Zwecke des Bundesheeres – 1 652 114 352,58 S

Niedrigere Aufwendungen im Bereich BMLV (1 653 Mill S) betrafen vorwiegend Waffenankäufe.

V. Bestandsminderungen + 2 472 341 174,66 S

Höhere Aufwendungen im Bereich Verkehr (2 807 Mill S) entstanden durch die Kapitalherabsetzung bei der SCHIG.

Niedrigere Aufwendungen im Bereich BMwA (167 Mill S) ergaben sich durch Richtigstellungen bei der BBD Wien, im Bereich BMWV (138 Mill S) resultierten sie aus dem Wegfall der Ausbuchungen bei Software, welche bereits im Vorjahr infolge Neuregelung der Software-Verbuchung erfolgt waren.

VI. Transfers + 27 622 556 667,66 S

Höhere Aufwendungen im Bereich Verkehr (19 167 Mill S) standen im Zusammenhang mit Forderungen der ÖBB an den Bund. Im Bereich BMAGS (3 477 Mill S) betrafen sie einerseits erhöhte Transferzahlungen an die Träger öffentlichen Rechts sowie an Unternehmungen im Bereich Sozialversicherung, weiters Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz, Überweisungen an den ATF, an die Träger der Krankenversicherung für Karenzurlaubsgeld, an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger gemäß AMPFG, an das AMS, an die übrigen Sektoren der Wirtschaft, an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft zur Sicherung der Jugendausbildung sowie Förderungen an Betriebe für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG, AMVG und der EU. Weitere erhöhte Transferzahlungen an Haushalte und private Institutionen betrafen Leistungen nach dem AIVG und KGG – etwa Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Arbeitslosen- und Weiterbildungsgeld –, die Sicherung der Jugendausbildung sowie das Beschäftigungsprogramm. Andererseits ergaben sich verminderte Zahlungen an das AMS, an Haushalte und private Institutionen für Leistungen nach dem AIVG und KGG – wie etwa Karenzurlaubsgeld –, für Krankenversicherungsbeiträge, für Karenzurlaubsgeld- und Beihilfenbezieher, für Leistungen nach dem Sonderunterstützungsgesetz und für Rentengebühren der Einrichtungen der Kriegsof- und Heeresversorgung. Im Bereich BMUJF (3 261 Mill S) betrafen Mehraufwendungen hauptsächlich gestiegene Ausgaben für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie höhere Zahlungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen infolge eines Überschusses des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, sowie an Unternehmungen. Im Bereich BMUK (1 906 Mill S) entstanden sie überwiegend durch die laufenden Transferzahlungen an Gebietskörperschaften aufgrund des Struktureffekts, die Weiterführung der Integration behinderter Kinder und durch die Neuregelung des Schuleingangsbereiches (schulische Betreuung von Kindern, welche bisher wegen mangelnder Schulreife zurückgestellt worden waren). Im Bereich BKA (1 120 Mill S) resultierten sie vor allem aus der vermehrten Gewährung von diversen Förderungen. Die höheren Aufwendungen im Bereich Gesundheit (447 Mill S) entstanden einerseits durch die Erhöhung der Transferzahlungen an die Träger öffentlichen Rechts sowie an Unternehmungen für den klinischen Mehraufwand und für Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz sowie an Haushalte und private Institutionen für Zuwendungen und Subventionen, andererseits durch Minderausgaben für den Mutter-Kind-Pass und für sonstige Transferzahlungen. Im Bereich BMWV (209 Mill S) betrafen die Mehraufwendungen hauptsächlich erhöhte Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts – wie BFPZ Arsenal und Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung –, im Bereich BMI (154 Mill S) resultierten sie aus der Zunahme der Gesetzlichen Verpflichtungen im Rahmen des Zivildienstes sowie aus vermehrten Ausgaben für Kriegsflüchtlinge und Asylwerber.

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMLF (1 046 Mill S) einerseits durch verminderte Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts sowie an Unternehmungen im Zusammenhang mit den degressiven Ausgleichszahlungen, den land- und forstwirtschaftlichen Investitionskrediten und der agrarischen Strukturförderung, andererseits entfielen Mehraufwendungen auf Umweltmaßnahmen und Überweisungen an die AMA zur Abdeckung des Verwaltungsaufwandes, der wieder zur Gänze aus Budgetmitteln abzudecken war. Im Bereich BMF (538 Mill S) setzten sich Minderausgaben einerseits aus geringeren Zuschüssen an Länder und Gemeinden für Umweltschutz sowie für Kinderbetreuungseinrichtungen, aus

geringeren Zahlungen bei den Post-Toronto-Abkommen, geringeren Beihilfen und Ausgleichszahlungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, geringeren Zuschüssen für Betriebsneugründungen, geringeren Leistungen aus Kursrisikogarantien sowie aus geringeren Stützungen an die ÖKB-AG und andererseits aus den Mehraufwendungen für höhere Pensionszahlungen an die ÖBB und die Post und Telekom Austria AG, aus höheren Bedarfszuweisungen an Länder und Gemeinden, höheren Transferzahlungen an Länder gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, aus höheren Zahlungen bedingt durch EU-Subventionen bei den Ausfuhrerstattungen, aus höheren Zahlungen an die Globale Umweltfazilität sowie für Landeslehrer, für Schäden im Vermögen privater Personen, für den Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich an die Länder und für die Katastrophenhilfe zusammen. Im Bereich Bundesgesetzgebung (443 Mill S) resultierten verminderte Aufwendungen aus geringeren Zuwendungen an den Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus und verminderten Transferzahlungen an Pensionskassen, im Bereich BMA (111 Mill S) betrafen sie vorwiegend reduzierte Leistungen im Bereich der Entwicklungshilfe.

ERTRÄGE

- 1. Haupterträge**
- 2. Erlöse aus Leistungen - 187 737 206,01 S**

Verminderte Erträge im Bereich Bundestheaterverband (183 Mill S) standen im Zusammenhang mit dessen Ausgliederung mit 1. September 1999.

- 3. Gebühren und Kostenbeiträge + 3 230 616 458,51 S**

Höhere Erträge entstanden im Bereich Verkehr (1 556 Mill S) durch Einnahmen aus Konzessionsentgelt gemäß Fernmeldegesetz 1993, im Bereich BMF (1 058 Mill S) dadurch, dass keine weitere Abrechnung der Konzessionsabgabe der Post und Telekom Austria AG mehr erfolgte, sowie aus höheren Haftungsentgelten gemäß AFG (diverse Garantien) und AFFG; Mindererträge ergaben sich vor allem aus geringeren Haftungsentgelten bei AFG für Wechselbürgschaften. Im Bereich BMJ (498 Mill S) entstanden die Mehrerträge hauptsächlich durch höhere Gebühren und Ersätze in Rechtssachen. Im Bereich BMwA (121 Mill S) resultierten sie aus Kostenersätzen der BIG infolge von Nachzahlungen aus dem Vorjahr sowie aus höheren Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen durch BTX-Abfragen.

- 4. Vergütungen und Überweisungen + 12 251 653 858,60 S**

Höhere Erträge ergaben sich im Bereich BMAGS (10 447 Mill S) vor allem durch die Überweisung vom Familienlastenausgleich zugunsten der Arbeitsmarktpolitik, durch die Forderungsbuchung aufgrund des Rechnungsabschlusses 1998 der AMV und durch erhöhte Einnahmen aus der Arbeitsmarktpolitik-Abgangsdeckung; gleichzeitig entstanden Verminderungen aus der Überweisung der Beiträge der EU und des Europäischen Regionalfonds (EFRE) für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Im Bereich BMUJF (1 689 Mill S) entstanden Mehrerträge durch die nunmehr zweckgebundene Verrechnung der Siedlungswasserwirtschaft (Überweisung von Steueranteilen) bei dieser Position. Im Bereich BMF (112 Mill S) ergaben sie sich hauptsächlich aus der Dotierung des ITF und durch vermehrte Rückflüsse vom ERP und FFF-Fonds, im Bereich BMwA (109 Mill S) entstanden sie durch höhere Mittelzuweisungen für den Katastrophenfonds.

- 5. Direkte Abgaben + 4 254 378 221,04 S**

Höhere Erträge ergaben sich im Bereich BMF (1 573 Mill S) hauptsächlich durch das nominelle Wachstum der direkten Abgaben (mit Ausnahme der Körperschaftsteuer), im Bereich BMAGS (1 567 Mill S) vorwiegend durch die Erhöhung der Einnahmen aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen und im Bereich BMUJF (1 112 Mill S) insbesondere aus Dienstgeberbeiträgen und Anteilen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

6. Indirekte Abgaben + 12 381 445 430,57 S

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMF (12 509 Mill S) hauptsächlich aus dem nominellen Wachstum der indirekten Abgaben.

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMLF (127 Mill S) dadurch, weil die Verrechnung der Einnahmen von Zusatzabgaben im Bereich der Milchquotenregelung im Nachweisjahr beim BMF erfolgt war.

IV. Übrige Erträge

1. Erlöse für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter – 131 711 546,25 S

Niedrigere Erträge, vorwiegend im Bereich BMF (124 Mill S), betrafen die Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbergedenkmünzen.

2. Zinsenerträge + 5 835 307 731,74 S

Die höheren Erträge, vor allem im Bereich BMF (5 825 Mill S) setzten sich einerseits aus höheren Kurs- und Emissionsgewinnen sowie sonstigen Geldverkehrserträgen, aus der Verzinsung von Darlehen und Wertpapieren, Stückzinsen und Zinsen aus dem Bundesbesitz und der Wertpapierleihe sowie andererseits aus Verminderungen im Zusammenhang mit den Zinsen aus dem Bundesbesitz, mit der DKZ-Umstellung bei der Gebarung für die Rechtsträger, mit dem Gesellschafter-Darlehen der ÖIAG sowie geringeren Zinsen aus der Veranlagung von Kassenmittel zusammen.

3. Erträge aus Beteiligungen + 2 113 882 170,82 S

Die erhöhten Erlöse im Bereich Verkehr (3 710 Mill S) betrafen die Abfuhr von Erträgen von den ÖBB.

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMF (1 686 Mill S) hauptsächlich aus der geringeren Gewinnabfuhr der OeNB, aus geringeren Dividendenzahlungen durch die Österreichische Elektrizitätswirtschaft, die Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs-AG sowie die Flughafen Wien AG und weiters wegen des Wegfalls einer Zahlung an die Mitgliedstaaten der Europäischen Investitionsbank.

4. Sozialbeiträge + 239 949 647,99 S

Höhere Erträge entstanden vorwiegend im Bereich BMF (282 Mill S) bei den Pensionsbeiträgen aufgrund des gestiegenen Aktivitätsaufwands.

5. Aufwandsberichtigungen + 424 014 951,60 S

Höhere Erträge im Bereich BMAGS (355 Mill S) entstanden aus der Erhöhung der Rückersätze von Ausgaben der Vorjahre bei den Bundesbeiträgen zur Pensionsversicherung sowie des Kostenersatzes bei der Pflegevorsorge, im Bereich BMLF (57 Mill S) entstanden sie durch die Erfassung von Rückforderungsbeträgen gegenüber einzelnen Bundesländern im Zusammenhang mit unmittelbar vor dem EU-Beitritt durchgeführten Exporten von Verarbeitungsprodukten des Vieh- und Fleischbereichs.

6. Sonstige Erträge + 939 342 672,86 S

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMWA (2 811 Mill S) durch die nachträgliche Richtigstellung der Verbindlichkeiten der Sondergesellschaften im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Rechtsverhältnisse der ASFINAG und im Bereich BMLV (126 Mill S) durch Gebührenrichtigerstellungen sowie gestiegene Einnahmen aus der Untervermietung von Wohnungen.

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMF (1 965 Mill S) einerseits durch geringere Einnahmen aufgrund von Bezugsrechtserlösen bei der Bank Austria AG, durch geringere sonstige Einnahmen gemäß AFG, durch Mindererträge bei

den Finanzschulden aus deren Änderung und aus der Abschöpfung der Mittel des Katastrophenfonds, andererseits entstanden Mehrerträge im Zusammenhang mit der Änderung von Finanzschulden aufgrund von Kassenstärkerahmen (ATB-Programm) und aus Devisentermingeschäften, durch erhöhte Einnahmen aus Währungstauschverträgen und bei den Erträgen aus SWAP sowie aus den Euro-Umrechnungen. Mehrerträge gab es weiters aufgrund des höheren Fruchtgenussentgelts der BIG und ÖBF AG sowie durch Umbuchungen. Im Bereich BMA (70 Mill S) entstanden verminderte Erträge vorwiegend durch Gebührenrichtstellungen.

VI. Bestandsmehrungen + 4 961 593 685,72 S

Mehrerträge im Bereich Verkehr (4 998 Mill S) entstanden durch den Nachtrag der Kapitalausstattung aus der Eröffnungsbilanz der ÖBB und im Bereich BMWA (118 Mill S) durch Korrekturbuchungen im Hochbaubereich.

Mindererträge im Bereich BMUK (131 Mill S) ergaben sich durch den Wegfall der inventurbedingten Mehrerträge des Vorjahres.

VII. Transfers - 2 782 842 967,62 S

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMF (3 327 Mill S) hauptsächlich durch geringere Beitragszahlungen an die EU/Bund, durch die Auflösung des Nullkuponfonds, durch die geringere Erstattung von Erträgen aus der Kursrisikogarantie (AFFG), durch den Wegfall der Einnahmen gemäß Art 81 EU-Beitrittsakte, durch geringere Einnahmen beim EU-Regionalfonds und beim EU-Sozialfonds, durch geringere Zahlungen der Länder und Gemeinden, geringere Pensionsersätze der Post und Telekom Austria AG und durch geringere Ersätze von Pensionsversicherungsträgern. Gleichzeitig entstanden Mehrerträge durch höhere Zahlungen der EAGFL/Ausrichtung und FIAF, der EAGFL/Garantie und des Europäischen Sozialfonds, durch höhere Pensionsersätze und den Pensionsversicherungsbeitrag der ÖBB sowie durch die erstmalige Überweisung durch den UWWF.

Höhere Erträge ergaben sich im Bereich BMUJF (494 Mill S) durch die nunmehr zweckgebundene Verrechnung der Siedlungswasserwirtschaft (Überweisung vom UWF) bei dieser Position sowie im Bereich BMJ (117 Mill S) vor allem infolge der Erhöhung des Ersatzes des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und des erhöhten Eingangs von Geldstrafen. Im Bereich BMI (53 Mill S) resultierten sie aus vermehrten Kostenersätzen im Rahmen des Zivildienstes und der EU sowie aus Mehreinnahmen an Strafgeldern.

IX. Vermögensabgang

Der schließliche Vermögensabgang betrug 115 953 Mill S. Er erhöhte sich gegenüber dem Jahre 1998 um 39 342 Mill S.

7. Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschulden

7.1 Allgemeines

Gemäß § 9 RHG 1948 hat der Rechnungshof den Bundesrechnungsabschluss zu verfassen und zugleich dem Nationalrat jährlich einen Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. Der folgende Bericht gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Finanzierung des Bundeshaushaltes. Einzelheiten dazu enthalten die Tabellen C.1.1 bis C.7.7.3 im Band 2. Weiters werden Besonderheiten des Berichtsjahrs erläutert.

Zusammen mit dem vom Staatsschuldenausschuss zu verfassenden Bericht über die Finanzschuld des Bundes 1999 (kurz: Finanzschuldenbericht) ist damit eine umfassende Information gewährleistet; allenfalls auftretende Unterschiede oder Besonderheiten in der Darstellung werden im Anlassfall gesondert erläutert. So ist vorab darauf hinzuweisen, dass im Finanzschuldenbericht der Saldo aus den Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen dem Finanzschuldenstand sowie den Summen der Finanzschuldenaufnahmen und Tilgungen zugeschlagen bzw davon abgezogen wird. Weiters werden im Finanzschuldenbericht die Finanzschulden "netto" im Sinne der Aufrechnung von Verbindlichkeiten und Forderungen aus der Finanzierung von Rechtsträgern ausgewiesen. Die Werte des BRA folgen hingegen dem Bruttogrundsatz gemäß § 75 Abs 1 BHG und der Bestimmung des § 65 Abs 1 BHG, wonach Schulden aus Währungstauschverträgen keine Finanzschulden begründen. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem Endbestand an nichtfälligen Finanzschulden gemäß BHG ("Finanzschulden im engeren Sinn") und den "Finanzschulden im weiteren Sinn" wird in TZ 7.4.4 erläutert.

Die Gebarung hinsichtlich Finanzierungen für Rechtsträger wird wegen der besseren Übersichtlichkeit von jener der Finanzschulden des Bundes getrennt dargestellt (TZ 7.5).

Gemäß § 65c Z 1 BHG sind Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger nicht als Finanzschulden des Bundes zu behandeln. Die durch den Bund vorgenommene Finanzierung für Rechtsträger wird daher in TZ 7.5 gesondert beschrieben.

Entwicklung und Stand der Bundesschulden werden in TZ 7.6 nachgewiesen.

7.2 Ausgleichshaushalt

Der Gesamthaushalt wird gemäß § 16 Abs 1 BHG aus dem Haushalt der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben (Allgemeiner Haushalt) und dem Ausgleichshaushalt gebildet. Der Ausgleichshaushalt wird durch Finanzschuldenaufnahmen, Währungstauschverträge und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangene Geldverbindlichkeiten finanziert; sein Überschuss dient zum Ausgleich des Abgangs des Allgemeinen Haushalts.

184

Zusammengefasst zeigt der Ausgleichshaushalt für 1999 folgendes Bild:

		Voranschlag	Zahlungen	Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)	
		Millionen S			
1.	Finanzschulden (Kapitel 58)				
1.1	Ausgaben	175 270	179 802	-	4 532
1.2	Einnahmen	245 059	247 579	+	2 520
2.	Währungstausch- verträge (Kapitel 58)				
2.1	Ausgaben	13 807	24 400	-	10 593
2.2	Einnahmen	14 164	24 656	+	10 492
3.	Rechtsträgerschulden und kurzfristige Verpflichtungen (Kapitel 56)				
3.1	Ausgaben	0	48 460	-	48 460
3.2	Einnahmen	0	48 507	+	48 507
4.	Währungstausch- verträge (Kapitel 56)				
4.1	Ausgaben	0	16 726	-	16 726
4.2	Einnahmen	0	16 679	+	16 679
5.	Kurzfristige Verpflichtungen zur Kassenstärkung (Kapitel 51)				
5.1	Ausgaben	75 000	152 432	-	77 432
5.2	Einnahmen	75 000	152 593	+	77 593
6.	Tilgung für ÖIAG (Kapitel 54)				
6.1	Ausgaben	0	0		0
7.	Summen				
7.1	Ausgaben	264 077	421 820	-	157 743
7.2	Einnahmen	334 223	490 014	+	155 791
8.	Überschuss	70 146	68 194	-	1 952

7.2.1 Finanzschulden**7.2.1.1 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens**

Der Bundesminister für Finanzen wurde mit Art II BFG 1999 ermächtigt, den Abgang des Allgemeinen Haushalts durch die Aufnahme von Finanzschulden zu bedecken. Der zu Jahresbeginn mit 235,059 Mrd S festgelegte Rahmen erhöhte sich insbesondere durch den Erwerb von Bundestiteln auf 256,201 Mrd S. Die Ausnützung des Rahmens für die Bedeckung des Abganges im Allgemeinen Haushalt und für die Tilgung von Schulden unter Einbeziehung des Saldos aus der Gebarung mit Währungstauschverträgen betrug 227,092 Mrd S.

Die Ermächtigung gemäß Art II Abs 2 Z 2 BFG 1999 (Deckung von Ausgabenüberschreitungen) sowie die Ermächtigungen gemäß Art III BFG 1999 (Konjunkturausgleich, Einnahmenausgleich und Erhöhung der EG-Beitragsverpflichtung) wurden im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht in Anspruch genommen.

7.2.1.2 Aufnahme nach Schuldgattungen

Der Gesamtzugang an Finanzschulden (247,579 Mrd S) enthielt neben oben genannten Finanzschuld-aufnahmen zur Abgangsdeckung und zur Finanzschuldtilgung auch Finanzschuld-aufnahmen für die Wertpapiergebarung und verteilte sich auf die einzelnen Schuldgattungen wie folgt:

	in heimischer Währung Mrd S	in Fremdwährung Mrd S	Summe Mrd S	(%)
Anleihen	206,353	15,327	221,680	(89,5 %)
Bundesobligationen, Schuldverschreibungen	0	2,449	2,449	(1,0 %)
Bundesschatzscheine	13,325	–	13,325	(5,4 %)
Darlehen, Kredite	10,125	0	10,125	(4,1 %)
	229,803 (92,8 %)	17,776 (7,2 %)	247,579 (100,0 %)	

Insgesamt wurde der Finanzierungsbedarf im Jahr 1999 von 247,579 Mrd S zu 92,8 % in Schilling (229,803 Mrd S) und zu 7,2 % (17,776 Mrd S) in fremder Währung bedeckt. 1998 betrug bei einem Gesamtfinanzierungsbedarf von 239,811 Mrd S der Anteil der Schuld in heimischer Währung 54,6 % und jener der Fremdwährungsschuld 45,4 %. Der hohe Anteil an Finanzschulden in Fremdwährung im Jahr 1998 begründete sich in der erhöhten Aufnahme von Finanzschulden in DEM und ECU, die im Hinblick auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) vorgenommen wurde.

Im Jahr 1999 wurden diese Fremdwährungsschulden bereits im Hinblick auf die EWWU als heimische Währung ausgewiesen. Zu den heimischen Währungen zählen die nationalen Währungen jener EU-Mitgliedstaaten, die gemäß Entscheidung 98/317/EG des Rates mit 1. Jänner 1999 den Euro (EUR) einführen. Die nationalen Währungseinheiten sind gleichsam Unterteilungen des EUR zu den in der Verordnung (EG) Nr 2866/98 des Rates, Amtsblatt ABI L 359 vom 31. Dezember 1998, genannten Umrechnungskursen.

7.2.1.3 Tilgung von Finanzschulden

Für die planmäßige Tilgung von Finanzschulden aller Gattungen waren im Kapitel 58 insgesamt 175,270 Mrd S veranschlagt.

Tatsächlich wurden für die planmäßige Rückzahlung von Finanzschulden 179,802 Mrd S ausgegeben. Die Differenz aus den veranschlagten und den tatsächlich verwendeten Tilgungsbeträgen zeigt saldomäßige Mehrausgaben von 4,532 Mrd S; diese sind teils auf die Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden nach der Voranschlagserstellung, teils auf Wertpapierkäufe einschließlich der Eigenquote bei Bundesanleihen zurückzuführen (siehe TZ 4.2, ansatzweise Erläuterung zu den Ausgaben 7/58009, 7/58029 und 7/58109).

7.2.1.4 Zinsendienst und sonstiger Aufwand

Die Ausgaben für die Verzinsung und für den sonstigen Aufwand zu Finanzschulden, wie Aufgeld, Provisionen, Entgelte und Spesen, waren im Allgemeinen Haushalt zu veranschlagen und zu verrechnen (siehe Band 2, Tabelle C.2.1).

Im Finanzjahr 1999 waren für Verzinsung einschließlich Aufgeld und sonstige Aufwendungen für Finanzschulden 104,171 Mrd S an Ausgaben zu leisten. Die Zahlungen überschritten den veranschlagten Rahmen von 101,414 Mrd S um 2,757 Mrd S.

Vom Gesamtbetrag dienten 5,137 Mrd S für die mit der Begebung von Finanzschulden einhergehenden Kosten (zB Provisionen, Emissionsverluste). Sie überschritten den veranschlagten Betrag von 3,995 Mrd S um 1,141 Mrd S. Diesen Kosten standen Emissionsgewinne, Einnahmen aus dem Abschluss von Währungstauschverträgen und sonstige Einnahmen von insgesamt 5,077 Mrd S und Einnahmen aus Stückzinsen aus der Aufstockung von Bundesanleihen sowie Zinseinnahmen aus den im Bundesbesitz befindlichen Fremdwährungsanleihen des Bundes von insgesamt 4,260 Mrd S (zusammen 9,337 Mrd S)

gegenüber. In Beziehung zum tatsächlichen Tilgungsaufwand von 179,802 Mrd S gesetzt, betrug die Leistung für den Nettozinsendienst 52,7 %.

Setzt man die Ausgaben für die Verzinsung und den sonstigen Aufwand in Höhe von 104,171 Mrd S abzüglich Zinseinnahmen von zusammen 9,337 Mrd S mit dem Nettoabgabenerfolg des Bundes von 449,663 Mrd S in Beziehung, so folgt daraus eine Zinsen-Steuer-Quote von 21,1 % (1998: 20,5 %). Im Jahr 1999 musste daher mehr als ein Fünftel des dem Bund zufließenden Abgabenertrages für die laufende Bedienung der Staatsschuld herangezogen werden; gegenüber 1998 erhöhte sich dieser Anteil um 0,6 Prozentpunkte.

7.2.2 Währungstauschverträge

Die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen sind – soweit sie den Kapitaltausch betreffen – im Ausgleichshaushalt brutto zu veranschlagen und zu verrechnen.

Für 1999 waren 14,164 Mrd S in Einnahme und 13,807 Mrd S in Ausgabe veranschlagt. Tatsächlich wurden 24,656 Mrd S aus Währungstauschverträgen eingenommen und 24,400 Mrd S ausgegeben. Der wesentliche Vorteil der Währungstauschverträge liegt in der günstigeren Verzinsung:

Für Aufgeld und Verzinsung der ausgetauschten Fremdwährungsbeträge waren im Finanzjahr 1999 Einnahmen von 8,687 Mrd S und Ausgaben von 5,864 Mrd S veranschlagt. Tatsächlich wurden 9,426 Mrd S an Einnahmen erzielt und 6,041 Mrd S an Ausgaben geleistet. Die erwarteten "Nettoeinnahmen" von 2,823 Mrd S aus der Verzinsung der Währungstauschgeschäfte wurden somit von den tatsächlichen "Nettoeinnahmen" in Höhe von 3,385 Mrd S um 0,562 Mrd S übertroffen (siehe Band 2, Tabelle C.2.1).

Werden im Gegensatz zu TZ 7.2.1.4 die Nettozinsen in Höhe von 91,448 Mrd S, dh der Nettoaufwand für die Verzinsung der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, zum Nettoabgabenerfolg des Bundes (449,663 Mrd S) in Beziehung gesetzt, so erhöht sich die Zinsen-Steuer-Quote auf 20,3 % (1998: 19,7 %).

7.2.3 Kreditoperationen zur Kassenstärkung

Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden, zählen gemäß § 65 Abs 2 BHG nicht zu den Finanzschulden. Sie bedürfen zu ihrer Aufnahme auch keiner bundesgesetzlichen Ermächtigung iSd Art 42 Abs 5 B-VG; wohl aber besteht eine betragsliche Bindung an Voranschlagsansätze.

Im Kapitel 51 waren zunächst je 75 Mrd S für Ausgaben und Einnahmen als Rahmen veranschlagt. Diese Ermächtigung wurde in Verbindung mit der in Art V Abs 1 Z 33 BFG 1999 vorgesehenen Möglichkeit, den veranschlagten Rahmen um 85 Mrd S zu erhöhen, im Ausmaß von 152,593 Mrd S genutzt. Der Grund für die erhöhte Aufnahme war in der Einführung des Austrian Treasury Bill Programms zu finden. Die Aufnahme erfolgte teils in heimischer Währung (69,957 Mrd S) und teils in Fremdwährung (45,6 Mrd S) sowie in Form von Devisentermingeschäften (37,036 Mrd S). Bei der Rückzahlung der Kassenstärker (in Summe 152,432 Mrd S) kam es bei jenen in Fremdwährung (45,642 Mrd S) zu einem Kursverlust von 42 Mill S, während hinsichtlich der Devisentermingeschäfte (36,833 Mrd S) ein Gewinn von 202 Mill S erzielt wurde.

An Ausgaben für die Verzinsung der Kassenstärkerkredite waren 159 Mill S veranschlagt. Tatsächlich wurden jedoch aufgrund der höheren Kassenstärkeraufnahmen Zinsenzahlungen in der Höhe von 654 Mill S geleistet.

7.3 Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen

7.3.1 Umwandlung von Finanzschulden

Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß § 65b Abs 3 Z 1 lit a bzw lit b BHG idgF ermächtigt, bis zu 20 % der zu Beginn des vorangegangenen Finanzjahres bestehenden Verpflichtungen des Bundes aus Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge zu prolongieren bzw zu konvertieren.

In allen Fällen hatten einander die Höhe der Schuldverpflichtung vor und nach der Umwandlung zu entsprechen, wobei die Obergrenzen mit 299,137 Mrd S vorgegeben waren.

Die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und Währungstauschverträgen im Rahmen einer Konversion oder Prolongation waren nicht zu veranschlagen. Die

Ermächtigung zur Prolongation wurde nicht genutzt. Die Konversionen sind in Band 2, Tabelle C.5.1 dargestellt.

Die im Jahr 1999 vollzogenen Konversionen umfassten hinsichtlich Aufnahme von Finanzschulden ein Ausmaß von 175,826 Mrd S, hinsichtlich Zahlungen aus Finanzschulden für die vorzeitige Tilgung im selben Jahr 175,862 Mrd S und für die Tilgung zu einer Konversion aus dem Jahr 1998 (Konversionsüberhang aus dem Vorjahr) 0,1 Mrd S.

7.3.2 Kreditoperationen gemäß § 65 b Abs 3 Z 1 lit c BHG

Wie auch Prolongationen und Konversionen sind gemäß § 65 b Abs 3 Z 1 lit c BHG idgF durchgeführte Kreditoperationen für Rückkauffinanzierungen von Wertpapieren und für die nachträgliche Veränderung bestehender Verpflichtungen aus Finanzschulden und Währungstauschgeschäften nicht voranschlagswirksam zu verrechnen. Während im Jahr 1999 keine Rückkauffinanzierungen vorgenommen wurden, ergaben die aus Währungstauschverträgen herangezogenen Beträge zur nachträglichen Veränderung bestehender Verpflichtungen mit 71,808 Mrd S auf der Einnahmenseite und 71,652 Mrd S auf der Ausgabenseite Nettoeinnahmen von 0,156 Mrd S (Tabelle C.5.2).

7.4 Entwicklung und Stand der Finanzschulden und Währungstauschverträge

7.4.1 Entwicklung und Stand der Finanzschulden und der Zinsen

Der im Bundesrechnungsabschluss 1998 ausgewiesene Endbestand an Finanzschulden in Höhe von 1 599,312 Mrd S enthielt auch die Rechtsträgerschulden im Ausmaß von 30,406 Mrd S. Für den Bundesrechnungsabschluss 1999 wurde eine Trennung vorgenommen, so dass der Anfangsbestand der Finanzschulden, um den Betrag der Rechtsträgerschulden bereinigt, 1 568,906 Mrd S betrug. Der Gesamtbestand an Finanzschulden des Bundes erhöhte sich im Finanzjahr 1999 auf 1 687,824 Mrd S oder um 7,6 % (im Jahr 1998: + 4,8 %) (siehe Band 2, Tabelle C.7.1.1).

Die im Gesamtstand enthaltenen fälligen Finanzschulden in der Höhe von 7 Mill S blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Als fällig gelten jene Finanzschulden, die der Bund mangels Vorlage der Anleihewertpapiere durch die Gläubiger nach Ende ihrer Laufzeit im Finanzjahr 1999 nicht tilgen konnte (Gläubigerverzug).

Der Stand an nichtfälligen Finanzschulden zum Jahresbeginn 1999 im Ausmaß von 1 568,899 Mrd S erhöhte sich durch Schuldaufnahmen in der Höhe von 229,083 Mrd S und durch den Saldo aus Erhöhungen und -verminderungen der Fremdwährungskurse in der Höhe von 31,334 Mrd S. Diese Kurswertänderungen beruhen vor allem auf dem steigenden Kurswert des JPY (bei einem Finanzschuldenstand von 649 Mrd JPY ergab die Bewertung zum 31. Dezember 1999 einen Zuwachs von 20,779 Mrd S gegenüber dem Stichtag 31. Dezember 1998). Weitere Zuwächse ergab die Bewertung der Fremdwährungen USD, GBP und CAD (Band 2, Tabellen C.7.1.2 und C.7.1.3).

Vermindert wurde der nichtfällige Finanzschuldenstand hingegen durch Schuldtilgungen im Ausmaß von 137,923 Mrd S, durch den Verkauf von Wertpapieren des Bundes im Ausmaß von 3,440 Mrd S, dessen Erlös der Finanzierung von Rechtsträgern diente, und durch den Saldo aus der Durchführung von Schuldumwandlungen (Konversionen) im Ausmaß von 0,136 Mrd S.

Die nichtfälligen Finanzschulden wuchsen demnach im Finanzjahr 1999 um 118,918 Mrd S oder 7,6 % und betragen somit am 31. Dezember 1999 1 687,817 Mrd S. Die nichtfälligen Finanzschulden in Fremdwährung verminderten sich um 47,5 %, die in heimischer Währung erhöhten sich um 25,9 %. Die Umschichtung von Finanzschulden in Fremdwährung zu Finanzschulden in heimischer Währung beruhte auf der Einführung des Euro (EUR), weil mit dem Finanzjahr 1999 die Finanzschulden in Währungseinheiten der einzelnen EU-Mitgliedstaaten in der EWWU (zB DEM, NLG, nicht aber GBP) im Hinblick auf die EUR-Umstellung unter heimischer Währung ausgewiesen werden.

Die Verpflichtungen aus Zinsenzahlungen einschließlich Aufgeld mit Fälligkeit in künftigen Jahren, die im Allgemeinen Haushalt ausgewiesen werden, beliefen sich zum Jahresende 1999 auf 627,755 Mrd S. Das entspricht einem Anteil an den nichtfälligen Finanzschulden (1 687,817 Mrd S) von 37,2 % (1998: 38,8 %).

Der nach Höhe und Fälligkeit gegliederte Zinsendienst der einzelnen Schuldverträge ist in Band 2, Tabelle C.3.1.1 dargestellt.

Übersicht 14

Entwicklung der Finanzschulden des Bundes und ihrer Zinsenverpflichtungen

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ¹⁾	1999
	Millionen Schilling (Index 1990 = 100)									
Nichtfällige Finanzschulden (ohne Währungstausch- verträge)	853.549 (100)	931.936 (109)	987.954 (116)	1.104.628 (129)	1.218.112 (143)	1.333.733 (156)	1.416.043 (166)	1.497.365 (175)	1.568.899 (184)	1.687.817 (198)
Verpflichtungen (Zinsen, Aufgeld) für nichtfällige Finanzschulden	564.870 (100)	587.688 (104)	584.621 (103)	549.615 (97)	584.692 (104)	629.101 (111)	621.354 (110)	620.930 (110)	608.562 (108)	627.755 (111)
Anteil der Verpflichtungen an den nichtfälligen Finanzschulden in %	66,2	63,1	59,2	49,8	48,0	47,2	43,9	41,5	38,8	37,2

1) Gegenüber der Darstellung im BRA 1998 bereinigt bei den nichtfälligen Finanzschulden um 30,406 Mrd S, bei den Verpflichtungen um 11,484 Mrd S wegen getrennter Darstellung von Finanzschulden und Rechtsträger-Schulden

7.4.2 Finanzschuldquote

Gemessen an der für 1999 vorläufigen Höhe des Brutto-Inlandsproduktes (2 685,9 Mrd S) erreichte der Bestand an Finanzschulden (1 687,824 Mrd S) einen Anteil von 62,8 % (1998: 59,8 %). Setzt man die Nettoveränderung der nichtfälligen Finanzschulden des Jahres 1999 (118,918 Mrd S) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 4,4 % (1998: 2,7 %).

Übersicht 15

Entwicklung der Finanzschuldquote des Bundes

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling									
Finanzschulden	853.573	931.952	987.967	1.104.638	1.218.122	1.333.742	1.416.051	1.497.373	1.568.906	1.687.824
Brutto-Inlandsprodukt	1.813.500	1.945.800	2.057.300	2.125.300	2.237.900	2.328.700	2.414.600	2.514.400	2.622.600	2.685.900
Finanzschuldquote in %	47,1	47,9	48,0	52,0	54,4	57,3	58,6	59,6	59,8	62,8

7.4.3 Entwicklung der Währungstauschverträge und der Zinsen

Währungstauschverträge waren gemäß § 65b Abs 4 Z 3 BHG mit den letztlich erhaltenen Fremdwährungsbeträgen auf die Obergrenzen für Kreditoperationen anzurechnen. Entsprechend der regelmäßigen Vertragsgestaltung, wonach die Vertragspartner Beträge in verschiedenen Währungen gegenseitig austauschen und sich zu einem Rücktausch dieser Fremdwährungsbeträge zu einem in der Zukunft gelegenen Zeitpunkt verpflichten, stehen einander Forderungen und Verbindlichkeiten aus diesen Verträgen gegenüber. Die Entwicklung dieser Bestände ist in Band 2, Tabellen C 7.2.1 und C 7.3.1 dargestellt; zusammengefasst ergab sich für das Finanzjahr 1999 folgendes Bild:

	Anfangsbestand 1999	Endbestand 1999
	Mrd S	
Kapitalforderungen	96,250	131,114
Kapitalschulden	- 100,245	- 133,556
Überhang aus den Kapitalschulden	- 3,995	- 2,442

Der Überhang aus den Kapitalschulden von 2,442 Mrd S lässt noch keine endgültigen Aussagen über den wirtschaftlichen Erfolg der Währungstauschgebarung zu. Dieser wird wesentlich vom Verhältnis der Wechselkurse zueinander und zur heimischen Währung im Zeitpunkt des vereinbarten Rücktausches mitbestimmt.

Die Bestände an Schulden und an Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) erhöhten sich im Jahresabstand zu den Bewertungsstichtagen 31. Dezember 1998 bzw 1999 wie folgt (siehe Tabellen C.7.2.1 und C.7.3.1):

	Schulden	Forderungen
	Mrd S	
Anfangsbestand	100,245	96,250
Zugang durch neu abgeschlossene WTV	+ 10,724	+ 10,636
Zugang durch Konversionen	+ 1,288	+ 1,256
Zugang durch nachträgliche WTV, Forwardswaps und Devisentermingeschäfte	+ 26,955	+ 26,835
Saldo aus Kurswertänderungen	+ 10,889	+ 12,713
Abgang durch Tilgungen von WTV	- 13,764	- 13,932
Abgang durch nachträgliche WTV, Forwardswaps und Devisentermin- geschäfte	- 2,781	- 2,644
Endbestand	133,556	131,114

Übersicht 16 bietet eine Zeitreihe über die in den letzten zehn Jahren ausgewiesenen Stände an Schulden und Forderungen aus Währungstauschgeschäften.

Übersicht 16

Entwicklung der Forderungen und Schulden des Bundes aus Währungstauschverträgen

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling (Index 1990 = 100)									
Forderungen aus Währungstauschverträgen ...	68.357 (100)	81.506 (119)	93.226 (136)	98.186 (144)	107.949 (158)	111.228 (163)	108.743 (159)	105.133 (154)	96.250 (141)	131.114 (192)
Schulden aus Währungstauschverträgen ...	76.415 (100)	87.315 (114)	97.265 (127)	102.604 (134)	118.211 (155)	127.852 (167)	109.829 (144)	103.453 (135)	100.245 (131)	133.556 (175)
Forderungen abzüglich Schulden	- 8.058	- 5.809	- 4.039	- 4.418	- 10.262	- 16.624	- 1.086	+ 1.680	- 3.995	- 2.442

Währungstauschgeschäfte dienen insbesondere der Erzielung günstigerer Zinssatzbedingungen. Die nichtfälligen Verpflichtungen zu bzw. Forderungen aus der Zinsenleistung nahmen im Berichtsjahr folgende Entwicklung (siehe Band 2, Tabellen C.3.2.1 und 3.3.1):

	Anfangsbestand 1999	Endbestand 1999
	Mrd S	
Zinsforderungen	58,709	79,987
Zinsverpflichtungen	- 31,204	- 44,061
Überhang aus den Zinsforderungen	27,505	35,926

Der Vorteil der höheren Zinsforderungen gegenüber den Zinsverpflichtungen aus Währungstauschverträgen (35,926 Mrd S) ist unter Beachtung der Wechselkurse dem Schuldenüberhang (2,442 Mrd S) zuzurechnen, der sich aus den Beständen an Kapitalschulden und -forderungen ergibt. Demnach verbleibt mit Ende 1999 ein "künftiger Gewinn" von 33,484 Mrd S, dessen Realisierung allerdings von der weiteren Entwicklung der Wechselkurse abhängt.

7.4.4 Nettostand der Finanzschulden einschließlich Währungstauschverträgen

Aus der Bruttodarstellung der Finanzschulden und Währungstauschverträge lässt sich der Finanzschuldenstand "netto" zum Jahresende 1999 wie folgt ableiten:

	Mrd S
nichtfälliger Finanzschuldenstand	1 687,817
zuzüglich Schulden aus WTV	+ 133,556
abzüglich Forderungen aus WTV	- 131,114
"Nettoschulden"	1 690,259 ¹³⁾

¹³⁾ Siehe dazu Finanzschuldenbericht 1999, Tabelle 1.

Auf die gleiche Weise lassen sich auch die Zinsenverpflichtungen darstellen:

	Mrd S
Zinsenstand zu den nichtfälligen Finanzschulden	627,755
zuzüglich Zinsenverpflichtungen zu WTV	+ 44,061
abzüglich Zinsforderungen zu WTV	- 79,987
"Nettozinsen"	591,829

Der unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen dargestellte Nettostand der Finanzschulden war gegenüber dem Bruttostand der nichtfälligen Finanzschulden um 2,422 Mrd S oder 0,1 % höher. Den Zinsenverpflichtungen aus den brutto dargestellten Finanzschulden standen um 35,926 Mrd S oder 5,7 % niedrigere künftige Nettozinsenverpflichtungen gegenüber.

Der durchschnittliche Zinssatz für die Nettoschuld betrug 5,4 % (1998: 5,7 %). Er wurde durch die aufgrund von Währungstauschgeschäften erzielte geringere Fremdwährungsverzinsung von durchschnittlich 4,2 % (1998: 4,7 %) erreicht, während die Schulden in heimischer Währung mit durchschnittlich 5,6 % (1998: 6,1 %) verzinst waren.

7.5 Rechtsträgerfinanzierung

Gemäß § 65c BHG darf der Bundesminister für Finanzen Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger durchführen bzw. Währungstauschverträge abschließen. Aus diesen Mitteln sind den betreffenden Rechtsträgern Finanzierungen zu gewähren. Als sonstige Rechtsträger bestimmt das BHG jene Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien übernommen hat (zB ÖBB, ASFINAG, ÖIAG).

Im Jahr 1999 wurden Kreditoperationen (Schuldaufnahmen, Währungstauschverträge und kurzfristige Verpflichtungen) im Ausmaß von 65 186 Mill S durch den Bund aufgenommen und an die Rechtsträger weitergeleitet (siehe Band 2, Tabelle C.2.2). Die den Kreditoperationen entsprechenden Zinsenleistungen einschließlich dem sonstigen Aufwand betragen 3,491 Mrd S (siehe Band 2, Tabelle C.2.1). Die Ausgeglichenheit der Gebarung wurde beim Kapital durch gleich hohe Beträge, bei den Zinsenleistungen durch annähernd gleich hohe Beträge auf der Ausgaben- und Einnahmenseite bestätigt.

Die Entwicklung der Rechtsträgerfinanzierung im Jahr 1999 stellte sich, wie folgt, dar (siehe Band 2, Entwicklung der Schulden in Tabelle C.7.4.1 sowie der Forderungen in Tabelle C.7.5.1).

Der Anfangsbestand an nichtfälligen Rechtsträger-Schulden in Höhe von 30,406 Mrd S wurde durch Schuldaufnahmen im Ausmaß von 41,795 Mrd S sowie durch Darlehensaufnahmen, finanziert aus dem Verkauf von Wertpapieren des Bundes, im Ausmaß von 3,440 Mrd S erhöht. Weiters trugen Kurswertänderungen von netto 0,835 Mrd S zur Erhöhung des Schuldenstandes bei, während Schuldtilgungen im Ausmaß von 0,675 Mrd S den Schuldenstand verminderten. Aufgrund dieser Entwicklung betrug der Endbestand an nichtfälligen Rechtsträger-Schulden 75,801 Mrd S (dies entspricht 4,5 % des Endbestandes der nichtfälligen Finanzschulden im Ausmaß von 1 687,817 Mrd S).

Die nichtfälligen Forderungen des Bundes an die Rechtsträger betragen zu Jahresbeginn 1999 30,406 Mrd S. Sie erhöhten sich durch weitere, unterjährige Zugänge an Forderungen um 45,189 Mrd S und durch den Saldo aus Erhöhungen und -verminderungen der Fremdwährungskurse um 1,430 Mrd S. Die Begleichung von Forderungen verminderte den Stand um 0,675 Mrd S. Der Endbestand an nichtfälligen Forderungen betrug daher 76,350 Mrd S.

Die Salden aus den Kurswertänderungen resultierten, wie in TZ 7.4.1 bereits zu den nichtfälligen Finanzschulden beschrieben, aus den steigenden Kurswerten der Fremdwährungen JPY, USD und GBP.

Der Bund schloss für die Finanzierung der Rechtsträger Währungstauschverträge ab, wobei mit Jahresende 1999 den Schulden aus Währungstauschverträgen in Höhe von 28,476 Mrd S (Ende 1998: 16,679 Mrd S) Forderungen in Höhe von 27,927 Mrd S (Ende 1998: 16,725 Mrd S) gegenüberstanden (siehe Band 2, Tabellen C.7.6.1 und C.7.7.1).

7.6 Entwicklung und Stand der Bundesschulden 1990 – 1999

Gemäß § 9 Abs 2 RHG ist dem Nationalrat jährlich ein Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. In Übersicht 17 werden die Finanzschulden sowie die sonstigen Schulden ("Verwaltungsschulden") in fällige und nichtfällige Schulden unterschieden.

Unter den sonstigen nichtfälligen Schulden finden sich vor allem die Schulden zu Lasten künftiger Jahre für Aufwendungen an die ÖIAG aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen des Bundes in Höhe von 46,222 Mrd S (Ansatz 7/54847). Im Zusammenhang mit diesen Schulden, die aus den der ÖIAG gewährten Krediten resultieren, sind die nichtfälligen Verpflichtungen (Zinsenleistung zu den Krediten) in Höhe von 11,267 Mrd S (Ansatz 1/54847) zu sehen.

Weiters werden unter den nichtfälligen Schulden insbesondere jene an Internationale Finanzinstitutionen von insgesamt 33,892 Mrd S (Ansätze 1/54052 und 1/54847), für Zahlungen an die Schieneninfrastrukturfinanzierungs GmbH in Höhe von 34,646 Mrd S und an die ÖBB in Höhe von 20,467 Mrd S (Ansatz 1/65148) nachgewiesen.

Übersicht 17

Entwicklung der Schulden des Bundes

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling (Index 1990 = 100)									
1. Voranschlagswirksam verrechnete Schulden:										
1.1 Finanzschulden und Rechtsträgerschulden (Tilgungen):										
Fällige (Bund)	24 (100)	16 (67)	13 (54)	10 (42)	10 (42)	9 (38)	8 (33)	8 (33)	7 (29)	7 (29)
Nichtfällige (Bund)	853.549 (100)	931.936 (109)	987.954 (116)	1.104.628 (129)	1.218.112 (143)	1.333.733 (156)	1.416.043 (166)	1.497.365 (175)	1.568.899 (184)	1.687.817 (198)
Nichtfällige (Rechtsträger)	—	—	—	—	—	—	—	—	30.406	75.801
Summe 1.1	853.573 (100)	931.952 (109)	987.967 (116)	1.104.638 (129)	1.218.122 (143)	1.333.742 (156)	1.416.051 (166)	1.497.373 (175)	1.599.312 (187)	1.763.625 (207)
1.2 Sonstige voranschlagswirksame Schulden:										
Fällige	4.199 (100)	5.645 (134)	5.663 (135)	6.076 (145)	4.758 (113)	9.250 (220)	13.336 (318)	4.700 (112)	20.368 (485)	22.947 (546)
Nichtfällige	261.764 (100)	345.079 (132)	394.890 (151)	419.118 (160)	439.821 (168)	464.151 (177)	432.906 (165)	232.980 (89)	237.156 (91)	331.179 (127)
Summe 1.2	265.963 (100)	350.724 (132)	400.553 (151)	425.194 (160)	444.579 (167)	473.401 (178)	446.242 (168)	237.680 (89)	257.524 (97)	354.126 (133)
Summe 1	1.119.536 (100)	1.282.676 (115)	1.388.520 (124)	1.529.832 (137)	1.662.701 (149)	1.807.143 (161)	1.862.293 (166)	1.735.053 (155)	1.856.836 (166)	2.117.751 (189)
2. Voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden:										
.....	18.773 (100)	34.266 (183)	19.120 (102)	23.558 (125)	21.521 (115)	26.661 (142)	29.294 (156)	20.791 (111)	6.045 (32)	37.403 (199)
Gesamtsumme	1.138.309 (100)	1.316.942 (116)	1.407.640 (124)	1.553.390 (136)	1.684.222 (148)	1.833.804 (161)	1.891.587 (166)	1.755.844 (154)	1.862.881 (164)	2.155.154 (189)

8. Bericht zu den Bundeshaftungen

8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem hierbei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt (siehe Band 2, Tabelle C.8.3). Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes 1969 idGF für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Übersicht 18

Entwicklung der Haftungen des Bundes

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling (Index 1990 = 100)									
Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden	726.033 (100)	738.946 (102)	764.715 (105)	797.634 (110)	775.315 (107)	792.987 (109)	777.786 (107)	811.620 (112)	816.492 (112)	844.765 (116)
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes 1)	147.900 (100)	161.966 (110)	179.893 (122)	191.953 (130)	184.333 (125)	205.189 (139)	219.364 (148)	246.055 (166)	261.587 (177)	281.354 (190)

1) Bereinigt um die Guthabenbestände des Bundes.

Haftungsübernahmen, die sich auf Fremdwährungsbeträge beziehen, wurden mit den zum 31. Dezember 1999 gültigen Devisenmittelkursen in Schilling umgerechnet und daraus das gesamte zu diesem Stichtag bestehende Haftungsobligo des Bundes ermittelt.

Zum Jahresende 1999 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 844 765 Mill S (1998: 816 492 Mill S); das entspricht einem Zugang im Jahresabstand um 3,5 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 108 462 Mill S und durch Abgänge von 102 300 Mill S, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Zusätzlich erhöhten Kurswertänderungen – insbesondere des USD, JPY, CAD und GBP (gereiht nach Haftungsvolumen) – die Haftungen in fremder Währung um 22 111 Mill S (siehe Band 2, Tabellen C.8.1 und C.8.2.2 bis C.8.2.4).

Bei Haftungen zu Gunsten der Exportförderung war ein Nettozugang von 35 648 Mill S zu verzeichnen. Insbesondere durch die höheren Kurswerte der Fremdwährungen USD, JPY, GBP und CAD (gereiht nach Haftungsvolumen) zum Stichtag 31. Dezember 1999 erhöhten sich die Haftungen in Fremdwährung zusätzlich um 14 820 Mill S.

Nettoabgänge betrafen Haftungen zu Gunsten der ÖIAG in Höhe von 16 969 Mill S und der ASFINAG in Höhe von 10 577 Mill S. Allerdings wirkte sich die Kursbewertung bei den Haftungen in den Fremdwährungen JPY, USD und CAD (gereiht nach Haftungsvolumen) für die ASFINAG im Ausmaß von 6 998 Mill S erhöhend aus. Einzelheiten dazu sind in Band 2, Tabellen C.8.2.1 und C.8.2.2 dargestellt.

Die Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse stieg gegenüber dem Vorjahr um 19 767 Mill S oder + 7,6 %. Da der Bund nicht für jenen Teil der in der Bilanz der Österreichischen Postsparkasse ausgewiesenen Verbindlichkeiten haftet, der seinen diesbezüglichen Guthabenbeständen entspricht, wurden diese in die Berechnung des Haftungsrahmens nicht miteinbezogen.

8.2 Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen

Aus den Haftungsübernahmen erwachsen dem Bund für Schadenszahlungen und sonstige Kosten Ausgaben von 8 133 Mill S; diesen standen Einnahmen aus Entgelten und Rückersätzen von 8 415 Mill S gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang von 282 Mill S (siehe TZ 4.2 und 4.3 der Erläuterungen zu Ausgaben-Titel 1/547 und Einnahmen-Titel 2/547). In der nachstehenden Zeitreihe sind die Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen gegenübergestellt, wobei diese Beträge beinahe zur Gänze dem Bereich der Exportförderung entstammen. Kosten bzw Entgelte sind in den Beträgen nicht enthalten.

Übersicht 19 **Schadenszahlungen und Rückersätze**

Bezeichnung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling (Index 1990 = 100)									
Schadenszahlungen ohne sonstige Kosten	9.114 (100)	12.923 (142)	10.076 (111)	9.851 (108)	11.597 (127)	7.609 (83)	7.513 (82)	6.194 (68)	4.976 (55)	5.588 (61)
Rückersätze ohne Entgelte	5.152 (100)	10.405 (202)	6.923 (134)	8.080 (157)	7.245 (141)	8.135 (158)	4.635 (90)	6.836 (133)	3.901 (76)	4.497 (87)

Von den Einnahmen aus Rückersätzen (ohne Entgelte) im Jahr 1999 im Ausmaß von 4 497 Mill S waren 2 614 Mill S auf Umschuldungskredite zurückzuführen. Kredite dieser Art wurden in Einzelfällen bestimmten Schuldnerländern gewährt, wobei die kreditgewährenden Banken bereits fällig gewordene Forderungen des Bundes beglichen haben. Forderungsankäufe durch die Oesterreichische Kontrollbank AG wurden im Jahr 1999 im Ausmaß von 977 Mill S vorgenommen. Die Rückersätze im engeren Sinn beliefen sich somit auf 906 Mill S.

9. Bericht zu den Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger

9.1 Allgemeines

Der RH veröffentlicht die Abschlussrechnungen der mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Einrichtungen, die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen des Bundes bestellt sind. Form und Gliederung der Abschlussrechnungen entsprechen grundsätzlich den bundeseinheitlichen Bestimmungen (siehe dazu Band 2, Tabellen D).

Gemäß den §§ 14 Abs 3 und 32 Abs 3 des Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes, BGBl Nr 11/1975, sind die Stiftungs- und Fondsorgane verpflichtet, der Stiftungs- oder Fondsbehörde bis Ende Juni eines jeden Jahres einen Rechnungsabschluss über das abgelaufene Kalenderjahr vorzulegen.

Gemäß den Richtlinien über die Rechnungslegung 1999 wären diese Abschlussrechnungen bis 7. Juli 2000 geprüft und genehmigt dem RH vorzulegen gewesen.

9.2 Ausstehende Fondsabschlüsse

9.2.1 Die Abschlussrechnungen des "Krankenanstalten – Zusammenarbeitsfonds" (KRAZAF) ab dem Jahr 1978 können nicht veröffentlicht werden, weil diese von den Fondsorganen noch nicht oder nur vorbehaltlich der Klärung offener Fragen genehmigt wurden.

Der RH verweist in diesem Zusammenhang auf seine nicht verwirklichte Empfehlung zur Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Endabrechnungen und zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung für die Erstellung der Rechnungsabschlüsse des KRAZAF (zuletzt im Wahrnehmungsbericht des RH über den KRAZAF und das Allgemeine Krankenhaus Wien, Reihe Bund 1995/6, S. 21 Abs 29).

Aufgrund der neuen Vereinbarung gem Art 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 kann eine Endabrechnung des KRAZAF erfolgen, sobald sich alle Vertragsparteien über ihre gegensätzlichen Standpunkte betreffend allfällige Nachzahlungen geeinigt bzw die noch offenen Fragen geklärt haben.

9.2.2 Die Abschlussrechnung des Strukturfonds für das Jahr 1999 konnte im BRA 1999 nicht veröffentlicht werden, weil das entsprechende Genehmigungsverfahren durch die Strukturkommission nicht rechtzeitig abgeschlossen wurde.

9.2.3 Die Abschlussrechnung des Arbeitsmarktservice Österreich für das Jahr 1999 konnte im BRA 1999 nicht veröffentlicht werden, weil das entsprechende Genehmigungsverfahren durch den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nicht rechtzeitig abgeschlossen wurde.

9.3 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds

Nach dem Rechnungsabschluss 1999 des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds wies die Jahreserfolgsrechnung einen Vermögenszugang von rd 1,9 Mrd S aus.

Der Zuschlag zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag für das Beitragsjahr 1999 wurde gemäß BGBl II Nr 511/1999 – wie in den beiden Jahren davor – mit 0,7 % festgesetzt.

Dadurch konnte der – bereits bis Ende 1998 – vorgesehen gewesene vollständige Abbau der Verschuldung des Fonds, die im Jahr 1995 mit rd 6 Mrd S den Höchststand aufgewiesen hatte, im Jahr 1999 erreicht und erstmals seit 1991 ein positives Reinvermögen von rd 224 Mill S erzielt werden.

9.4 Reservefonds für Familienbeihilfen

Die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen sollen betragsmäßig einem Drittel des Gesamtaufwandes des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen im letztabgelaufenen Jahr entsprechen (§ 40 Abs 2 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl Nr 376, in der geltenden Fassung).

Aufgrund des Ergebnisses der Bereichs-Voranschlagsvergleichsrechnung des Kapitels 19 "Jugend und Familie" für das Jahr 1999 wurden im Jahre 1999 insgesamt rd 51,5 Mrd S aufgewendet; ein Drittel dieses Aufwandes beträgt somit rd 17,2 Mrd S. Das Eigenkapital 1999 des Reservefonds für Familienbeihilfen betrug rd 3,8 Mrd S.

Demnach lagen die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen um rd 13,3 Mrd S (1998: 19,3 Mrd S) unter der im Gesetz geforderten Betragsgrenze.

9.5 Erstmals veröffentlichte Jahresabschlüsse

Erstmals veröffentlicht werden die Jahresabschlüsse der Bundes-Wertpapieraufsicht, des Kunsthistorischen Museums als wissenschaftliche Anstalt und der Bundesstelle für Sektenfragen.

9.6 Nachträglich veröffentlichte Fondsabschlüsse

Die für den BRA 1998 nicht rechtzeitig vorgelegten Abschlussrechnungen für 1998 des Strukturfonds, des Arbeitsmarktservices Österreich und des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen werden in diesem BRA veröffentlicht.

9.7 Agrarmarkt Austria (AMA)

Die Jahresbestandsrechnungen 1998 und 1999 der Agrarmarkt Austria (AMA) umfassen den Haushaltsbereich (Verwaltung) und den Zweckbereich (Zahlungen an die Begünstigten), die Jahreserfolgsrechnungen 1998 und 1999 hingegen ausschließlich den Haushaltsbereich.

Zur besseren Veranschaulichung der Bedeutung der AMA, die im Zweckbereich überwiegend als EU-Marktordnungs- und Förderungsabwicklungsstelle tätig ist, wird der Gesamtumfang der abgewickelten Maßnahmen wie folgt dargestellt:

Von der AMA abgewickelte Maßnahmen:	1998 in Mrd S	1999 in Mrd S
Pflanzlicher Bereich	13,296	16,947
Tierische Maßnahmen	4,622	1,978
Übergangsbeihilfen	1,027	0,051
Zusatzzahlungen (national)	0,145	0,147
Summe der von der AMA abgewickelten Maßnahmen:	19,090	19,123

Quelle: AMA-Geschäftsbericht 1998 und 1999, Einnahmen-Ausgabenrechnung. Bereich EU, Ausgaben (ohne Bankspesen, Kapitalertragssteuer und überwiesene Bankzinsen sowie ohne Abgrenzungen für Verbindlichkeiten aus noch nicht ausbezahlten Bundes- und Landesmitteln).

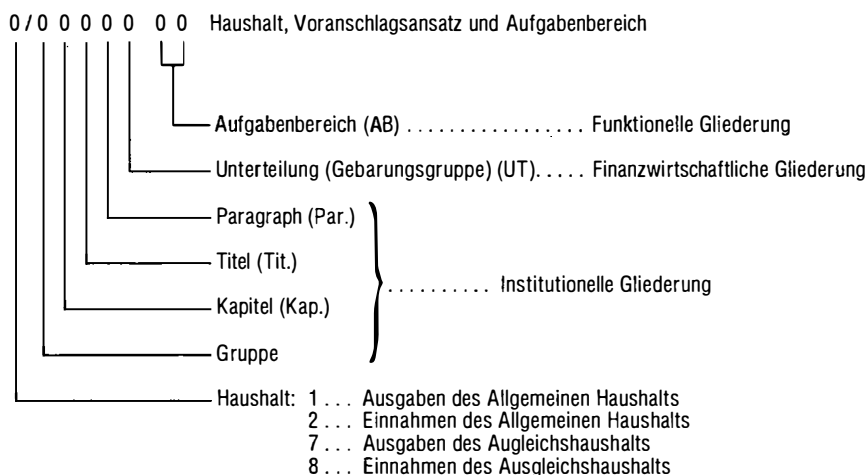
Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgte mit (vom Bund vorfinanzierten) EU-, Bundes- und Ländermitteln. Die Bundesanteile (Zahlungen an die AMA) sind im Bundesrechnungsabschluss bei Kap 60 "Land- und Forstwirtschaft" unter den folgenden Titeln erfasst worden:

- 1/601BM (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)
- 1/602Agrarische Strukturförderung
- 1/603Marktordnungsmaßnahmen
- 1/606Übergangsregelungen

Neben den oben angeführten Maßnahmen wurden im Zweckbereich noch geringfügige Abschlussbuchungen im Gefolge der mit dem EU-Beitritt ausgelaufenen nationalen Marktordnungsmaßnahmen (bspw in den Bereichen Milch und Mühlen) nachgewiesen.

Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung

Gliederung nach Haushalten, Voranschlagsansätzen und Aufgabenbereichen



Die 5. Dekade (Unterteilung) dient der finanzwirtschaftlichen Gliederung und kennzeichnet folgende Gebarunggruppen:

Ausgaben

Personalausgaben:

0 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben

Sachausgaben:

- 2 Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 3 Anlagen (Ermessensausgaben)
- 4 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 5 Förderungen – Darlehen (Ermessensausgaben)
- 6 Förderungen – Zuschuß (Ermessensausgaben)
- 7 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben
- 8 Aufwendungen – erfolgswirksam (Ermessensausgaben)
- 9 Aufwendungen – bestandswirksam (Ermessensausgaben)

Einnahmen

- 0-1 Zweckgebundene Einnahmen (erfolgswirksam)
- 2-3 Zweckgebundene Einnahmen (bestandswirksam)
- 4-6 Sonstige Einnahmen (erfolgswirksam)
- 7-9 Sonstige Einnahmen (bestandswirksam)

Die Aufgabenbereichs-Kennziffer dient der funktionellen Gliederung:

- 11 Erziehung und Unterricht (EU)
- 12 Forschung und Wissenschaft (FW)
- 13 Kunst (Kn)
- 14 Kultus (KI)
- 21 Gesundheit (Gh)
- 22 Soziale Wohlfahrt (SW)
- 23 Wohnungsbau (Wb)
- 32 Straßen (St)
- 33 Sonstiger Verkehr (Vk)
- 34 Land- und Forstwirtschaft (LF)
- 35 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft) (En)
- 36 Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) (IG)
- 37 Öffentliche Dienstleistungen (ÖD)
- 38 Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) (PD)
- 41 Landesverteidigung (Lv)
- 42 Staats- und Rechtssicherheit (SR)
- 43 Übrige Hoheitsverwaltung (Hv)

Verzeichnis der Abkürzungen

A/I	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BBG	Bundesbahngesetz
A/I L	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BDG	Beamten-Dienstrechtsgesetz
A/II	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	Bds. Inst	Bundesinstitut
A/II L	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BEA	Bundeserziehungsanstalt
A/JAL	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BER	Bestands- und Erfolgsrechnung
A/R	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BEV	Bestands- und Erfolgsverrechnung
AB	Aufgabenbereich	BFG	Bundesfinanzgesetz
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch	BFPZ	Bundesforschungs- und Prüfzentrum
Abs	Absatz	BFR	belgische Francs
ADV	Automationsunterstützte Datenverarbeitung	BFS	Bundesfachschule
AFFG	Ausführfinanzierungsförderungsgesetz	BG	Bundesgendarmarie, Bundesgymnasium
AFG	Ausfuhrförderungsgesetz	BGBI.	Bundesgesetzblatt
AG	Aktiengesellschaft	BGV	Bundesgebäudeverwaltung
AHF	Außenhandelsförderung	BHG	Bundeshaushaltsgesetz
AHS	Allgemeinbildende Höhere Schule	BHS	Berufsbildende höhere Schule
AIVG	Arbeitslosenversicherungsgesetz	BHV	Bundeshaushaltsverordnung
AMA	Agrarmarkt Austria	BIG	Bundesimmobiliengesellschaft
AMFG	Arbeitsmarktförderungsgesetz	BKA	Bundeskanzleramt
AMPFG	Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz	B-KUVG	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
AMS	Arbeitsmarktservice	B-KVG	Bauern-Krankenversicherungsgesetz
AMSG	Arbeitsmarktservicegesetz	BLA	Bundeslehranstalt
AMV	Arbeitsmarktverwaltung	BLVA	Bundeslehr- und Versuchsanstalt
AO	Amtsorgane	BM	Bundesministerium
ArbVermG	Arbeitsvermittlungsgesetz	BMA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Art	Artikel	BMAGS	Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG	BMF	Bundesministerium für Finanzen
ASGG	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz	BMI	Bundesministerium für Inneres
ASTP	Advanced System Technology Program	BMJ	Bundesministerium für Justiz
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	BMLF	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
ATB	Austrian Treasury Bills	BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
ATF	Ausgleichstaxfonds	BMUJF	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
AUD	Australische Dollar	BMUK	Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
Ausf.VKG	Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut	BMwA	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
B/I	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMWV	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr
B/I L	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BP	Bundespolizei
B/II	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	B-PVG	Bauern-Pensionsversicherungsgesetz
B/II L	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BRA	Bundesrechnungsabschluss
B/JAL	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BRAG	Bundesrechenamtsgesetz
B/R	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BRD	Bundesrepublik Deutschland
BA	Bundesanstalt	BRG	Bundesrealgymnasium
BAG	Bundesamtsgebäude	BSF	Besitzstrukturfonds
BAO	Bundesabgabenordnung	BStG	Bundesstraßengesetz
BAWAG	Bank für Arbeit und Wirtschaft AG	BSVG	Bauern-Sozialversicherungsgesetz
BB	Bundesbetriebe	BThV	Bundestheaterverband
BBA	Bundes-Bildungsanstalt	BUAK	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
		BUWOG	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H.
		BVA	Bundesvoranschlag
		BVFA	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt
		B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
		bzw.	beziehungsweise
		CA	Creditanstalt AG
		CAD	Kanadische Dollar
		CEPT	Conférence européenne des administrations des postes et des télécommunications
		CERN	Conseil européen pour la recherche nucléaire
		CHF	Schweizer Franken
		Co.	Compagnon
		Corp.	Corporation
		CPVF	Counterpart-Verwendungsfonds
		CZK	Tschechische Kronen
		D	Darlehen
		DDSG	Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft
		DEM	Deutsche Mark
		DFU	Datenfernübertragungseinrichtungen
		dgl.	dergleichen

DRTM	Data Relay Satellite and Technology Mission	HVG	Heeresversorgungsgesetz
DVA	Datenverarbeitungsanlage	i. Liqu.	in Liquidation
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
ECU (XEU)	European Currency Unit	IAKW	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
EDV	Elektronische Datenverarbeitung	idF	in der Fassung
EDVA	Elektronische Datenverarbeitungsanlage	idgF	in der geltenden Fassung
EE	Entwicklung und Erneuerung	IESG	Insolvenz-Entgeltversicherungsgesetz
EFTA	European Free Trade Association	IF	Investitionsförderung
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz	inkl.	inklusive
EG	Europäische Gemeinschaft	inländ.	inländisch
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	InvEG	Invalideneinstellungsgesetz
EOESP, EOSPC	Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG	INVEKOS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen
EP	Europaparlament	IPU	Interparlamentarische Union
ERP	European Recovery Program	IT	Informations-Technologie
ESA	European Space Agency	ITF	Innovations- und Technologiefonds
ESP	Spanische Peseten	ITFG	Innovations- und Technologiefondsgesetz
EstG	Einkommensteuergesetz	ITL	Italienische Lire
EU	Europäische Union	iVm	in Verbindung mit
EUR	Euro	IWF	Internationaler Währungsfonds
EURES	Europaweite Arbeitskräftevermittlung	iwS	im weiteren Sinne
EUROFIMA ...	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	JGG	Jugendgerichtsgesetz
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	JPY	Japanische Yen
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	Kap.	Kapitel
Fa	Firma	Kat. F.	Katastrophenfonds
FAG	Finanzausgleichsgesetz	KAVA	Konjunkturausgleich-Voranschlag
FAO	Food and Agriculture Organization	KEST	Kapitalertragsteuer
FB	Familienbeihilfen	KFB	Kunstförderungsbeitrag
FFF	Forschungsförderungsfonds	KFG	Kraftfahrergesetz
FinStrG	Finanzstrafgesetz	KFZ	Kraftfahrzeug
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds	KGG	Karenzgeldgesetz
FLAG	Familienlastenausgleichsgesetz	KHVG	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz
FLD	Finanzlandesdirektion	KOVG	Kriegsopferversorgungsgesetz
FMG	Fernmeldeinvestitionsgesetz	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
FOG	Forschungsorganisationsgesetz	Kto	Konto
ForstG	Forstgesetz	KVSG	Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz
FRE	Fondsrechnungseinheiten	Kz	Kennzahl
FRF	Französische Francs	LA	Lehranstalt
FRN	Floating Rate Notes	LAA	Landesarbeitsämter
F-VG	Finanz-Verfassungsgesetz	LB	Landesbedienstete
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	leg. cit.	legis citatae
GBI	Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen GmbH	LFG	Luftfahrtgesetz
GBP, Gbp	Britische Pfund	LIA	Landesinvalidenämter
gem.	gemäß	lit.	litera
gemeinn.	gemeinnützige	Lit	Italienische Lire
Ger. Bez.	Gerichtsbezirk	LKW	Lastkraftwagen
GesmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	LSR	Landesschulrat
GG	Gehaltsgesetz	Ltd	Limited
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	LUF	Luxemburgische Francs
GOG	Geschäftsordnungsgesetz	LuftVG	Luftverkehrsgesetz
GSPVG	Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz	LWK	Landwirtschaftskammer
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	m. b. H	mit beschränkter Haftung
GUG	Gehaltsüberleitungsgesetz	MFRM	Multilateral Forces Reduction Measures
GWF	Getreidewirtschaftsfonds	Mill	Millionen
H	Haben (vor Beträgen in Tabellen)	MOG	Marktordnungsgesetz
HAK	Handelsakademie	Mrd	Milliarden
HBLA	Höhere Bundeslehranstalt	MRG	Mietrechtsgesetz
HBLVA	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt	NLG	Niederländische Gulden
HDG	Heeresdisziplinargesetz	NO	Niederösterreich
HeimAG	Heimarbeitsgesetz	Nr.	Nummer
hfl	holländische Gulden	NSchG	Nachtschwerarbeitsgesetz
HKG	Handelskammergesetz	N.SWAP	Nachtrags-SWAP
HLA	Höhere Lehranstalt	NUS	Neue unabhängige Staaten
HTBLA	Höhere Technische Bundeslehranstalt		
HTL	Höhere Technische Lehranstalt		

ÖAF	Österreichische Automobilfabrik	SUG	Sonderunterstützungsgesetz
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen	SVA	Sozialversicherungsanstalt
ÖBF	Österreichische Bundesforste AG	SZR	Sonderziehungsrechte
ÖBFA	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	TB	Tätigkeitsbericht
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development	TGM	Technologisches Gewerbe-Museum
OeKB	Österreichische Kontrollbank	TNF	Technisch-naturwissenschaftliche Fakultät
OeNB	Österreichische Nationalbank	Tr.	Tranche
ÖFEG	Österreichische Fernmeldetechnische Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H.	TU	Technische Universität
ÖFG	Opferfürsorgegesetz	TZ	Textzahl
ÖFZS	Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf	uä	und ähnliches
ÖIAG	Österreichische Industrieverwaltungs-AG	UAE	UAE-Dirham
ÖIG	Österreichische Industrieverwaltungs-Gesellschaft mbH	udgl	und dergleichen
ÖKA	Oberösterreichische Kraftwerke AG	Ugl	Untergliederung
ÖKB	Österreichische Kontrollbank	UIT	Union Internationale des Telecommunications
ÖMIG	Österreichische Milchinformationsgesellschaft	UN	United Nations
ÖÖ	Oberösterreich	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
ÖPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
ÖPSK	Österreichische Postsparkasse AG	UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
ÖPTV	Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung	UNO	United Nations Organization
ÖRE	Office de recherches et d' essais de l'UIC	UOG	Universitäts-Organisationsgesetz
ÖRF	Österreichischer Rundfunk	US	United States
ÖS	Österreichische Schilling	USA	United States of America
ÖSTAT	Österreichisches Statistisches Zentralamt	USD	US-Dollar
ÖWuV	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	usw	und so weiter
Par.	Paragraph	UT	Unterteilung
PG	Pensionsgesetz	UWF, UWWF ..	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
Pkt.	Punkt	VA	Voranschlag, Versicherungsanstalt
PLZ	Polnische Zloty	VAMED	VOEST-ALPINE Medizintechnik Gesellschaft m. b. H.
PRAKO	Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs	VAP	Voranschlagspost
PRODEX	Programme for the development of scientific experiments	VB	Vertragsbediensteter
PSK	Postsparkasse	VBG	Vertragsbedienstetengesetz
Ptas	Spanische Peseten	VfGG	Verfassungsgerichtshofgesetz
PTA	Post und Telekom Austria AG	VfGH	Verfassungsgerichtshof
PVA	Pensionsversicherungsanstalt	vgl	vergleiche
rd	rund	VIAG	Vorarlberger Illwerke AG
RE	Rechnungseinheiten	VIBOR	Vienna Interbank Offered Rate
reg. Gen.	registrierte Genossenschaft	VMW	Vereinigte Metallwerke AG
RGBl.	Reichsgesetzblatt	VStG	Verwaltungsstrafgesetz
RGV	Reisegebührenvorschrift	VVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
RH	Rechnungshof	VVR	Voranschlagsvergleichsrechnung
RHG	Rechnungshofgesetz	VWG	Viehwirtschaftsgesetz
RLV	Rechnungslegungsverordnung	VwGG	Verwaltungsgerichtshofgesetz
RM	Reichsmark	VwGH	Verwaltungsgerichtshof
S	Schilling	VWV	voranschlagswirksame Verrechnung
SA	Soil (vor Beträgen in Tabellen)	W	Währung
SAC	Societe Anonyme	WBFG	Wohnbauförderungsgesetz, Wasserbautenförderungsgesetz
SAL	Strategic Arms Limitation	WBF-ZG	Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz
sB	sonstige Bedienstete	WEG	Wohnungseigentumsgesetz
SCHIG	Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH	WG	Weingesetz
SEK	Schwedische Kronen	WRG	Wasserrechtsgesetz
sfr	Schweizer Franken	WSchG	Währungsschutzgesetz
SFzG	Sonderfinanzierungsgesetz	WSD	Wasserstraßendirektion
skr	Schwedische Kronen	WTV	Währungsaustauschverträge
StbG	Staatsbürgerschaftsgesetz	WW-Fonds ...	Wohnhaus Wiederaufbaufonds
STEWEAG	Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG	XEU	Europäische Währungseinheit (ECU)
StG	Strafgesetz	ZAR	Südafrikanische Rand
StPO	Strafprozessordnung	zB	zum Beispiel
StVG	Strafvollzugsgesetz	ZDG	Zivildienstgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung	ZEDVA	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
		ZI	Zahl
		ZOR	Zentral- und Osteuropäische Republiken
		zw	zweckgebunden